Mittwoch, 28. Mai 1986 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 121 - 22.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Interview mit Ivan Nagel

Warum werden so wenige deutsche Bühnenautoren aufgeführt? Soll ein Theaterleiter selbst inszenieren? Behindert das „Intendanten-Karussell" den Regisseur-Nachwuchs und die deutsche Bühnenkultur? Darauf antwortet in einem WELT-Interview Stuttgarts Schauspielhaus-Chef Ivan Nagel. Seite 19

Paßkontrolle gegen Terrorismus?

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hält es für möglich, daß die „DDR" die zusätzliche Paßkontrolle beim Grenzübertritt der in Ost-Berlin akkreditierten Diplomaten nach West-Berlin jetzt eingeführt hat, um terroristischen Aktivitäten besser begegnen zu können. Seite 4

„Atomärzten" droht Spaltung

Der Vereinigung der „Ärzte gegen den Atomkrieg" droht die Spaltung. Auf ihrem Kongreß in Köln setzen die Vertreter Moskaus alles daran, eine Diskussion über die atomare Katastrophe in Tschernobyl zu verhindern. Ein Großteil der Mediziner protestiert gegen diese Informationspolitik. Seite 4

POLITIK

Drohungen: Ein Sprecher der in Südafrika verbotenen schwarzen Widerstandsbewegung ANC, Freddie Mzimba, hat weißen Eltern gedroht, sie müßten künftig mit dem Tod ihrer Kinder rechnen. Auch die Regierung in Pretoria mißachte das Leben wehrloser Zivilisten. (S. 5)

Anschläge: Die baskische Separatistenorganisation ETA hat Terroranschläge auf beliebte Touristenzentren während der Urlaubszeit angekündigt. Die Anschläge, hieß es in Erklärungen für die Presse, sollten die wirtschaftlichen Interessen Spaniens treffen.

Erschossen: Die irische Untergrundorganisation IRA hat ein prominentes Mitglied erschossen. Der 46 Jahre alte Frank Hegarty stand in dem Verdacht, Informant für britische und irische Sicherheitskräfte gewesen zu sein. Seine Leiche wurde nahe der Grenze zur Irischen Republik gefunden.

Italien: Die italienischen Christdemokraten beanspruchen für sich als stärkste politische Kraft des Landes grundsätzlich das Recht auf Führung der Regierung. Sie wollen aber die gegenwärtige Koalition unter dem Sozialisten Bettino Craxi bis zu den nächsten Wahlen mittragen. (S. 5)

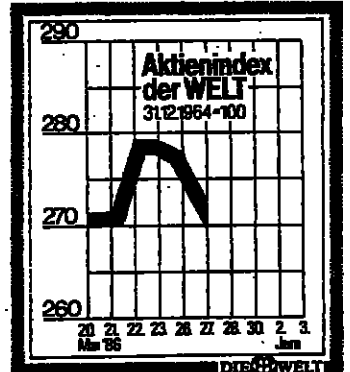
Luftverkehr: Die CDU befürwortet nach den Worten des Bundestagsabgeordneten Tillmann Kontakte zwischen der Lufthansa und der „DDR"-Fluggesellschaft „Interflug" über die Aufnahme von Direktflügen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR".

Japan: Das Kabinett in Tokio hat eine Sondersitzung des Parlaments für kommenden Montag anberaumt, um den Weg zu vorzeitigen Neuwahlen freizumachen. Ministerpräsident Nakasone will das Unterhaus auflösen. Er rechnet mit einem Sieg der Liberalen. Wahltermin soll der 6. Juli sein.

WIRTSCHAFT

Probleme: *Die Preussag AG hat zur Zeit mit einigen Problemen zu kämpfen.* Ob in diesem Jahr ein „dividendenfähiges" Ergebnis erzielt werden kann, ist nach den Worten von Preussag-Chef Saßmannshausen nicht zu beantworten. Das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres schloß knapp ausgeglichen ab. Der Metallbereich habe das Ergebnis stark belastet. (S. 10)

Börse: Verkaufsaufträge aus dem Ausland führten an den Aktienmärkten zu Kurseinbrüchen auf breiter Front. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 272,83 (277,91). BHF Rentenindex 106,570 (106,557). BHF Performance Index *104,191* (104,149). Dollarmittelkurs 2,2970 (2,2807) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,15 (-).



KULTUR

Mode: Paris zeigt französische Skulpturen des 19. Jahrhunderts, und damit beweist sich im Grand Palais, daß die Skulptur dieses Jahrhunderts, später lange mißachtet, wieder in Mode gekommen ist. Milhomme, Rodin, Degas sind zu sehen, auch Maillols berühmte „Mediterranée, die gelassen in sich selber ruht. (S. 19)

Carlos Kleiber: Der Schwierige achtmal hintereinander am Pult – Ein scheinbar unrealistischer Wunschtraum wurde in Japan innerhalb von elf Tagen Wirklichkeit. Kleiber holte mit dem Bayerischen Staatsorchester zu einem beispiellosen Siegeszug aus, in Tokio, Yokohama, Nagoya und schließlich in Osaka. (S. 19)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde aus Saarbrücken hat bei den französischen Tennis-Meisterschaften in Paris in der ersten Runde die Amerikanerin Lori McNeil mit 6:4 und 6:1 bezwungen. Der Australier McNamee schlug den Schweden Nyström. Er trifft in der nächsten Runde auf Jelen (Neuss). (S. 7)

Fußball: Eine Erklärung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit einem sanften Rüffel für den Teamchef soll zurechtrücken, was Franz Beckenbauer in Mexiko als Kritik an den Nationalspielern geäußert hat. Beckenbauer erklärte nun: „Wir können auch Weltmeister werden." (S. 7)

AUS ALLER WELT

„Boris": Sein Manager hält ihn für ein „selten gutes Produkt", nicht nur Pickel und Sommersprossen sitzen an der richtigen Stelle. Es gibt nur einen Mangel – er kann noch nicht Tennis spielen. Christoph Maier heißt der 20 Jahre alte Doppelgänger (Foto) von Boris Becker. Die täuschende Ähnlichkeit bringt Promotiontouren und damit Bargeld – doch nur, wenn der echte Champion in Form ist und bleibt. (S. 20)



Fronleichnam: Zu Tausenden steigen sie Jahr für Jahr aus den Regenwäldern in die Bergwelt der Anden, um zum Gott der Christen zu beten. Doch das Fest der Indios geht zurück in vorchristliche Jahrhunderte, als dunkle Mächte beschworen wurden. In einem Rausch von Farben und Klängen umtanzen sie ihr Heiligtum „Qoyllur Riti". Dann senkt sich die Nacht auf die Szene. (S. 20)

CDU verschärft Gangart im Niedersachsen-Wahlkampf

Hasselmann: Union muß stärker werden als SPD und Grüne zusammen

MICHAEL JACH, Hannover

Die aktuelle Stimmungslage im niedersächsischen Landtagswahlkampf hat bei der CDU zu einer gewissen Kurskorrektur geführt: Eindeutige Zielvorgabe für die Endphase der Auseinandersetzung um die politischen Gewichte in Hannover ist es, „notfalls" nicht auf die Freien Demokraten angewiesen zu sein. In Bonn gab CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski die Parole aus: „Wer Albrecht will, muß CDU wählen."

Die Hannoversche Parteizentrale sieht darin keinen Widerspruch zur bisher geübten strikten Neutralität in Richtung FDP: „Das ist ein Konkurrent, aber wir führen unseren Wahlkampf nicht gegen ihn." Der Vorstoß des CDU-Bundesgeschäftsführers ziele vorrangig auf eine hohe Wahlbeteiligung, die „erfahrungsgemäß der Regierungspartei zugute kommt". Wenn dennoch auch Anhänger der Union gemäß öffentlich erklärten Absichten FDP wählen wollten, werde dies „wohl nicht schaden". Aus Bonner CDU-Führungskreisen dringen allerdings, auf die FDP bezogen, skeptischere Töne. Was nütze es, wenn die Freien Demokraten mit Unterstützung aus dem Wählerpotential der Union von jetzt 3,3 Prozent auf vielleicht 4,5 Prozent kämen, damit an der Hürde des Wahlgesetzes scheiterten und schließlich die CDU in Gefahr brächten.

Die nach „Tschernobyl" von SPD und Grünen zunächst in die Defensive gedrängte CDU kommt nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann jetzt „aus der Deckung", um mit „dem kampftaktischen Vorteil des überlegten Endspurts" am 15. Juni eine Mehrheit „stärker als SPD und Grüne zusammen" zu erringen.

Hasselmann berichtete gestern in Hannover, entscheidenden Auftrieb habe der Bundeskongreß der Grünen gegeben. Deren Extremforderungen nach Beseitigung von Bereitschaftspolizei, Grenz- und Verfassungsschutz sowie NATO-Austritt hätten zur Folge, daß die psychologischen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe in breiten Wählerschichten überlagert würden von Sorge um den Bestand der freiheitlichen Demokratie.

So schließe sich auch die agrarpolitisch kritische Landbevölkerung wieder enger der Union an. Und grüne Forderungen nach Streichung des Wiedervereinigungsgebots brächten „unsere Vertriebenen" – ein gutes Viertel der Wahlberechtigten – an die Urnen.

Mit dem inneren Auftrieb der CDU geht eine verschärfte Auseinandersetzung mit dem SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder einher. Hasselmann erklärte „die Zeit der Schonung" für beendet. Zugleich gab Ministerpräsident Ernst Albrecht seine Zurückhaltung gegenüber Schröder auf. Selbst ein lange verweigertes Fernsehduell soll nun stattfinden.

Die Einschätzung, das „Gespenst Stimmung" sei für die Union gebannt, wurde gestern auch aus der Zwischenbilanz-Tagung der CDU-Landtagsfraktion bestätigt. Schwierig auszumachen ist, welchen Anteil daran eine Umfrage des Instituts „Basis Research" aus der Vorwoche hat. Diese mißt der CDU 47,5 Prozent zu, der SPD 40,5 und den Grünen acht Prozent, der FDP indes nur 3,3 Prozent.

DER KOMMENTAR

Strategiewechsel

MANFRED SCHELL

Die Schwäche der FDP in Niedersachsen bereitet der CDU erhebliche Sorgen. Die Freien Demokraten dümpeln *dort in der Wählergunst knapp* über drei Prozent. Eine steigende Tendenz, die ein Überspringen der entscheidenden Fünf-Prozent-Hürde aussichtsreich erscheinen läßt, gibt es (noch) nicht.

Diese Situation zwingt die Wahlstrategen der CDU zum Umdenken. Denn darauf zu vertrauen, daß die FDP es doch noch schafft und dann Ernst Albrecht als Koalitionspartner zur Verfügung steht, wäre ein Vabanquespiel, das niemand mehr einzugehen bereit ist. Weder Ernst Albrecht noch Helmut Kohl.

Für die CDU gibt es, wenn sie Regierungsmacht retten will, nur eine Alternative: Sie muß mit einem kräftigen Spurt auf der letzten Wegstrecke versuchen, die absolute Mehrheit der Mandate zu erringen.

Bemerkenswerterweise kam das Stichwort für die veränderte Wahlkampfstrategie zuerst aus Bonn. CDU-Bundesgeschäftsführer Radunski, ein in vielen Wahlkämpfen erprobter *Mann mit Gespür für Stimmungen*, hat den Ratschlag, nunmehr auf die Mehrheit der Mandate zu setzen, öffentlich erteilt. Er hat damit ausgesprochen, was Helmut Kohl und Heiner Geißler denken, die den FDP-Bundesparteitag genau verfolgt und gewichtet haben.

Die FDP hat es nicht vermocht, sich auf diesem Parteitag als die „bessere CDU", also werbewirksam für die aufsteigenden Mittelschichten, darzustellen. Sie hat zum Beispiel in der Frage, wie es auf dem Feld der Energiepolitik weitergehen soll, gekniffen, sich auf Prüfungsaufträge zurückgezogen. Ein kräftiges Sowohl-als-auch hat noch nie überzeugend gewirkt. Hinzu kommt, daß es der FDP in Niedersachsen an Führungsfiguren mangelt. Die CDU mit Ernst Albrecht geht einen schweren Weg. *Aber* einen leichteren gibt es für sie nicht.

Novelle zur Betriebsverfassung ‚beerdigt'

Union setzt sich gegen Freie Demokraten durch / Bei Sicherheitsgesetzen „geht Qualität vor"

DIETHART GOOS, Bonn

Das Betriebsverfassungsgesetz wird vor Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr geändert. Darauf haben sich gestern in Bonn die Spitzen der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP geeinigt. Zur Begründung hieß es, die verbleibende Zeit für die Beratungen im Bundestag und Bundesrat bis zur Wahl im Januar nächsten Jahres sei zu kurz, um das Vorhaben noch zu realisieren.

Mit diesem Beschluß hat sich die Union gegenüber den Freien Demokraten durchgesetzt. Mit Rücksicht auf ihre Wähler wollte die FDP mit Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte sowie einen besseren Minderheitenschutz erreichen. Diese Wunschliste der FDP ergänzten CDU und CSU jedoch mit dem Vorhaben, im Betriebsverfassungsgesetz ein Mitwirkungsrecht des Betriebsrates bei der Einführung neuer Technologien zu verankern. Diese Ergänzung macht aber zeitaufwendige Anhörungsverfahren in den zuständigen Bundestagsausschüssen erforderlich. In der gestrigen Koalitionsrunde verwiesen die FDP-Vertreter mit Parteichef und Wirtschaftsminister Bangemann an der Spitze vergeblich auf den engen Beratungsrahmen. Die Union ging von ihrer zusätzlichen Forderung nicht ab. Daher wurde die Erweiterung des Betriebsverfassungsgesetzes insgesamt „beerdigt".

Beide Seiten verständigten sich darauf, wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, die anstehenden Sicherheitsgesetze in aller Ruhe weiter zu beraten und sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Qualität gehe vor Schnelligkeit, hieß es. Von einer Paketlösung einschließlich des noch umstrittenen Zusammenarbeitsgesetzes der Sicherheitsdienste sei keine Rede gewesen. Bei dieser Einschätzung spielte die jüngste Äußerung von Bundesinnenminister Zimmermann eine wichtige Rolle. Der CSU-Politiker hatte erklärt, bei der gegenwärtigen Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sei eine schnelle Verabschiedung der Gesetzesänderungen nicht unbedingt erforderlich.

Zu Forderungen auf Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts im Zusammenhang mit den schweren Ausschreitungen vor dem Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf hieß es in der Koalitionsrunde, die bisherigen Regelungen seien ausreichend. Zugleich verwies Innenminister Zimmermann auf praktische Probleme beim Polizeieinsatz gegen gewalttätige Demonstranten.

Einigkeit bestand in der Koalitionsrunde darüber, daß vor dem Hintergrund der jüngsten Kernenergie-Beschlüsse auf dem FDP-Bundesparteitag die Forderungen des Bundeskanzlers nach verschärften internationalen Sicherheitsvorschriften für Atomreaktoren möglichst schnell verwirklicht werden sollten. Die FDP drängte darauf, die bisherigen Nutzungskonzepte für Wackersdorf und den Schnellen Brüter in Kalkar zu überprüfen.

Chirac bricht in Mitterrands Domäne ein

Vor dem Ende der „Cohabitation"? / Das verdächtige Schweigen des Präsidenten

PETER RUGE, Paris

An der Nahtstelle der „Cohabitation", im französischen Ministerrat, häuft sich neuer Konfliktstoff an: Zum ersten Mal seit dem Machtwechsel am 16. März erntete der Sozialist Mitterrand offenen Widerspruch aus den Reihen der bürgerlichen Regierung. Als der Staatspräsident seine „tiefe Beunruhigung" über die veränderten Unabhängigkeits-Pläne für das Überseeterritorium Neukaledonien formulierte, erhob der zuständige Minister Pons Einspruch. Seine Gesetzesvorlage fuße auf dem Mehrheitswillen der Inselbevölkerung und trage nicht nur den „Los-von-Frankreich-Bestrebungen" einer von den Linken im Mutterland unterstützten Minderheit Rechnung.

Pons hatte mit Rückendeckung des Premiers gehandelt, denn Jacques Chirac beginnt nun offensichtlich, auch im Außenbereich eigene Akzente zu setzen. Damit tangiert er bewußt Zuständigkeiten, die alle Präsidenten der V. Republik bisher für sich beanspruchen, die „domaines reservés" der französischen Außenpolitik.

Wer die vergangenen siebzig Tage der bürgerlichen Regierung analysiert, kommt zu einem erstaunlichen Mosaik: Jacques Chirac war gleich nach seinem Amtsantritt noch vor seiner Bonner Reise zu einem Blitzbesuch an die Elfenbeinküste gestartet. *Das neue Frankreich, so begründete* er seinen Abstecher, wolle sichtbar machen, wie wichtig es seine Beziehungen und Verpflichtungen in Afrika wieder nehme.

François Mitterrand läßt seinen Premier scheinbar gewähren – diesen Gaullisten ins zweite Glied zu stellen, hatte er schon einmal anderen zugeschoben, so den Japanern in Tokio beim Gipfel der Sieben im Mai. Ist es eine „Revanche" für diese protokollarische Hintansetzung, daß Jacques Chirac jetzt zu Seitenhieben gegen die Politik des Staatschefs ausholt?

Es ist mehr als eine Distanzierung von der bisherigen außenpolitischen Linie, wenn er erklärt, Frankreich könne bei den Aufständischen in Südafrika nichts gewinnen, wenn die Beziehungen zur Regierung Botha abgebrochen blieben. Ein Botschafter werde wieder auf Posten gehen.

Mit den Botschaftern Frankreichs rupft Chirac gleich noch ein weiteres Hühnchen: Dem UNO-Abgesandten, einem Mitterrand-Freund, wirft er vor, die neue französische Nahost-Politik in New York falsch dargestellt zu haben. Es gebe keinen völligen Rückzug aus dem Libanon. Einen anderen Günstling des Staatspräsidenten, dem mit Khadhafi befreundeten ehemaligen „Le Monde"-Journalisten Eric Rouleau, befiehlt er zum Rapport am letzten Wochenende nach Paris – nur, um beim Staatsbesuch in Tunis ungestört mit Präsident Bourguiba sprechen zu können.

Zu allem hüllt sich der Elysee in verdächtiges Schweigen. In Paris verstärkt sich deshalb der Eindruck, François Mitterrand werde bald zu einem überraschenden Gegenschlag ausholen, was ein Ende der „Cohabitation" bedeuten könnte.

Rheinmetall-Prozeß: Bewährungsstrafen

DW. Düsseldorf

Zu Bewährungsstrafen zwischen 15 Monaten und zwei Jahren sind die vier wegen nichtgenehmigter Waffenexporte angeklagten Mitarbeiter des Rüstungskonzerns Rheinmetall gestern vom Landgericht Düsseldorf verurteilt worden. Der ehemalige Geschäftsführer der Rheinmetall GmbH, Falcke und der Prokurist Köhler wurden zu je zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Hans Voss erhielt 18 Monate auf Bewährung, Friedrich Wilhelm Striepke eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten bei den über Drittländer geschleusten Lieferungen von 999 Maschinengewehren nach Saudi-Arabien, einer Munitionsfüllanlage nach Südafrika, sowie von Waffenteilen für Panzer nach Argentinien gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen haben.

Seite 4: Bonner Ruf geschadet

„Große Koalition nur in Krisenzeit"

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt schließt eine Große Koalition nach der Bundestagswahl 1987 nicht „absolut aus", will sie jedoch einer „wirklichen Krisensituation" vorbehalten wissen. „Mit der haben wir es hoffentlich nicht zu tun", sagte Brandt in einem Interview des Deutschlandfunks. Allerdings könne durch die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat „ein gewisser Zwang zur Verständigung über Sachfragen" entstehen. „Aber das sollte nicht die Form einer Koalition annehmen. Da wird dann vielleicht doch zuviel an Unwillen entstehen und das würde dem demokratischen Prozeß nicht gut bekommen." Eine soziallliberale Koalition schloß Brandt aus. Für die Landtagswahlen in Niedersachsen sieht er Chancen für den SPD-Kandidaten Schröder, auch ohne die Grünen in die Regierungsverantwortung zu nehmen.

Seite 2: Unter der großen Decke

Thatcher stellt sich gegen PLO

DW. Jerusalem

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat ihr Eintreten für die PLO deutlich abgeschwächt. In Israel sprach sich die Regierungschefin gegen einen souveränen palästinensischen Staat aus. London trete zwar für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein, „aber im Rahmen einer Föderation mit Jordanien, denn wir suchen Frieden gepaart mit Sicherheit", sagte Frau Thatcher bei einem Staatsbesuch in Jerusalem. Dies sei die beste Lösung, sagte Frau Thatcher weiter.

Auch die PLO werde Großbritannien nur dann anerkennen, wenn diese die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates und das Existenzrecht Israels akzeptierte. Da dies nicht der Fall sei, sollte nach den Worten von Frau Thatcher eine alternative Repräsentation für das palästinensische Volk erwogen werden.

Seite 8: Geste der Demut

Weizsäcker trifft türkische Opposition

DW. Ankara

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist gestern in Ankara mit führenden Vertretern der türkischen Oppositionsparteien zusammengetroffen. Weizsäcker, der sich seit Montag zu einem Staatsbesuch in der Türkei aufhält, sprach unter anderem mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Volkspartei, Aydin Güven Gürkan, sowie mit dem Chef der Demokratischen Linkspartei. Zuvor hatte der Präsident das türkische Parlament besucht.

Seite 3: Ein Satz des Kemal Atatürk

Kohl-Verfahren vor Einstellung

hy. Bonn

Das Verfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen uneidlicher Falschaussage bei der Bonner Staatsanwaltschaft soll Ende dieser Woche endgültig abgeschlossen werden. Weiter wurde der WELT zuverlässig bekannt, daß der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz diesem Entschluß nicht im Wege stehen werde. Er soll lediglich gedrängt haben, eine ausführliche Begründung des Einstellungsbeschlusses durch die Bonner Staatsanwälte zu erhalten.

Exportsteigerung auch in diesem Jahr

Mk. Bonn

Mit einem Rekord-Exportüberschuß in diesem Jahr rechnen die 43 deutschen Auslandshandelskammern. Die Ausfuhr, sogar nach Nordamerika, wird, trotz der kräftigen Aufwertung der D-Mark, weiter steigen, wenn auch nicht ganz so rasch wie im vergangenen Jahr. Obwohl die Einfuhren mengenmäßig stärker zunehmen werden, wird sich dies wegen des Preisverfalls beim Öl wertmäßig nicht auswirken.

Seite 9: Ein gutes Jahr für den Export

Haft nach Protest gegen Atomenergie?

DW. Wien

In der Tschechoslowakei wurden fünf österreichische Studenten verhaftet, die am Montag in der Prager Innenstadt Flugblätter gegen die Atomenergie verteilt hatten. Nach Angaben der österreichischen Hochschülerschaft hatten die Studenten in den Schriften gegen den Bau des Atomkraftwerks Temelin protestiert. Angaben darüber, wo die fünf Österreicher inhaftiert sind, machte das tschechoslowakische Außenministerium nicht.

Aufschwung gewinnt an Kraft

Mk. Bonn

Der wirtschaftliche *Aufschwung* wird nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) im weiteren Jahresverlauf deutlich an Breite gewinnen. Nach Ansicht der BVR wird die Produktion in der zweiten Jahreshälfte um sieben Prozent über der der ersten sechs Monate liegen. Ausschlaggebend dafür seien Preisstabilität und die verbesserte Ertragslage.

Mayr attackiert Bundesregierung

gba. Hamburg

Der *IG-Metall-Vorsitzende Mayr* hat in einer scharfen Attacke der Bundesregierung vorgeworfen, den mittelbar von einem Streik betroffenen Arbeitnehmern die eventuell fällig werdende Sozialhilfe nehmen zu wollen. Mayr vor dem DGB-Bundeskongreß: „Ich halte es auch für möglich, daß diese Regierung sogar fähig wäre, einen Gesetzentwurf einzubringen, der auch verhindern soll, daß in einem solchen Fall diese Menschen dann Sozialhilfe bekommen."

Kohl: Alle Regierungen zur Information verpflichten

Vorschläge für Konferenz über Reaktor-Sicherheit

ms. Bonn

Inzwischen haben die Regierungschefs von 21 Ländern positiv auf den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl reagiert, *die Konsequenzen* des Atomunfalls in Tschernobyl auf einer internationalen Konferenz zu erörtern. Dem Kanzler schwebt vor, auf dieser Konferenz auf Ministerebene für die Zukunft folgende Kriterien verbindlich machen zu lassen: Die Regierungen sollen bei Unfällen in Kernkraftwerken verpflichtet werden, den übrigen Staaten eine „schnelle und umfassende Information" zu geben. Der von einem Unglück betroffene Staat soll zugleich verpflichtet sein, ausländische Hilfsangebote anzunehmen.

Breiten Raum soll auf der internationalen Konferenz Fragen des Sicherheitsstandards beim Bau und später beim Betreiben der Kernkraftwerke eingeräumt werden. Außerdem möchte der Bundeskanzler, daß „Schadensersatzregelungen auf der Basis des Verursacherprinzips" erfolgen. Kohl strebt an, auf dem nächsten EG-Gipfel Ende Juni in Den Haag eine einheitliche Linie der Westeuropäer festzulegen.

Was die Konsequenzen, die als Ergebnis der Erfahrungen nach Tschernobyl innerhalb der Bundesrepublik gezogen werden müssen, betrifft, so hat der Kanzler angeordnet, alle „Schwachstellen" aufzulisten. Dazu gehört auch die Frage nach Mängeln in der Informationspolitik und die Frage, ob alle Meßstationen optimal gearbeitet haben. Auch erscheint eine Kompetenzabklärung zwischen Bund und Ländern erforderlich. Ein Großteil der Verunsicherung sei schließlich dadurch entstanden, daß einzelne Länder wie Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen die von der Strahlenschutzkommission des Bundes herausgegebenen Werte mit darüber hinaus gehenden Richtlinien „unterlaufen" hätten. Hier sei die „Arroganz" mancher Politiker gegenüber dem Sachverstand von 14 hochrangigen Experten zum Ausdruck gekommen, hieß es in Regierungskreisen in Bonn. In der Energiepolitik werde „nicht gewackelt", sagte Kohl.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch ein Gedenktag

Von Paul Spree

Die bisherigen 146 Tage dieses Jahres hat der Durchschnittsbürger für die vom Staat verordneten Steuern und Sozialabgaben arbeiten müssen, von nun an bis zum 365. Tag schafft er endlich für die eigene Brieftasche. An diesen „Gedenktag" erinnert der Bund der Steuerzahler. Nun soll nicht verkannt werden, *daß der fiskalisch gewürgte Bürger* auch für seine Steuern und Sozialabgaben einen Gegenwert erhält, aber ein vierzigprozentiger Abgabenanteil am Sozialprodukt verdient mehr als einen Gedenktag jährlich.

Noch 1960 genügten 119 Tage, um die Zwangsabgaben zu erarbeiten, 1970 waren es bereits 127 Tage, 1980 schon 140 Tage. Auch die erste Stufe der *Steuerreform, die 1986 in Kraft trat,* schob das „Gedenken" nur um einen Tag (auf den 145.) zurück. Die öffentliche Lautstärke, von der Steuererleichterungen regelmäßig begleitet sind, verdeckt den längerfristig ungebrochenen Trend: Steuern und Abgaben klettern unaufhörlich.

Nicht nur die blühende Schattenwirtschaft macht deutlich, wie heftig die Bundesrepublik die Belastbarkeit ihrer Steuerbürger erprobt. Andererseits weiß sie aber auch, daß man in den vollen Genuß von Wachstum, Leistung und schließlich mehr Arbeitsplätzen nur dann kommen wird, wenn der Staatsanteil zurückgedrängt wird. Eine satte Mehrheit von fast sechzig Prozent der Berufstätigen wird heute von einer progressiven Lohn- und Einkommensteuer erfaßt – 1960 befanden sich in diesem „Tarif für die Reichen" nur fünf Prozent.

Arbeit und Unternehmertätigkeit müssen von Abgaben entlastet werden. Da hilft kein Kraftakt, dies ist eine Daueraufgabe. Den nötigen Spielraum dafür muß sich die Finanzpolitik mühsam erobern. Jede Subvention verringert ihn dagegen. Wer den Landwirten, den Rentnerinnen oder anderen mehr oder weniger bedrängten Gruppen Gutes tun will, sollte stets bedenken, daß mit jeder Ausschüttung die verfügbare Masse für eine Steuer- und Abgabensenkung schmilzt.

Der Bundeskanzler hat deshalb gestern gut daran getan, für das emotionalisierte Thema eines Rentenzuschlags für „Trümmerfrauen" erst einmal eine Fachkommission nachdenken zu lassen. Der „Gedenktag des Steuerzahlers" mahnt.

Das Unvollkommene

Von Jürgen Liminski

Die KSZE-Expertenrunde von Bern, die sechs Wochen lang über menschliche Kontakte zwischen Ost und West diskutierte, ist ohne ein gemeinsames Schlußdokument beendet worden. Washington mochte dem von den anderen vierunddreißig Teilnehmern ausgehandelten Papier nicht zustimmen. Der Kompromiß war den menschenrechtsbewußten Amerikanern „zu dürftig". Und jetzt ist der Katzenjammer bei den Europäern groß.

Nicht wenige Medien schieben Washington die Schuld zu, weil es nicht zu einem harmonischen Ausklang in Bern gekommen ist. Aber mit oder ohne Dokument, den Menschen im Osten – um die geht es – ist mit bloßen Worten auf dem Papier nicht geholfen.

Die westeuropäischen Diplomaten äußern Bedauern. Auch der deutsche Delegationschef meinte sagen zu müssen, wie eine Nachrichtenagentur berichtet: „Das Dokument hätten wir mit all seinen Unvollkommenheiten gern mit nach Hause genommen."

Solche Worte haben in Amerika in der Regel ein anderes Echo, als man es sich im kleinen Europa vorstellt. Schließlich ging es den Amerikanern auch um Minderheiten; Bonn hätte da auch an die Rußlanddeutschen denken können, von denen derzeit kaum einer die Chance hat, die Sowjetunion zu verlassen. Man hätte sich den Amerikanern anschließen sollen, statt einem zweifelhaften Papier nachzutrauern.

In der Sache selbst besteht ansonsten kein Anlaß zum Trübsalblasen. Die Kompromißformel, mit der sich die Experten aus Moskau – auf die kommt es an, denn dort werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, nicht im Westen – einverstanden erklärt haben, kann ja auch ohne Beurkundung in der *Praxis ausprobiert werden. Dann ließe sich ermessen,* wie ernst es die Sowjets meinen. Und außerdem haben die Delegationsleiter, auch der deutsche, auf bilateralem Wege in den sechs Wochen manche Lösung von Härtefällen eingeleitet. Ganz umsonst war die Konferenz also nicht.

Pariser Roulette

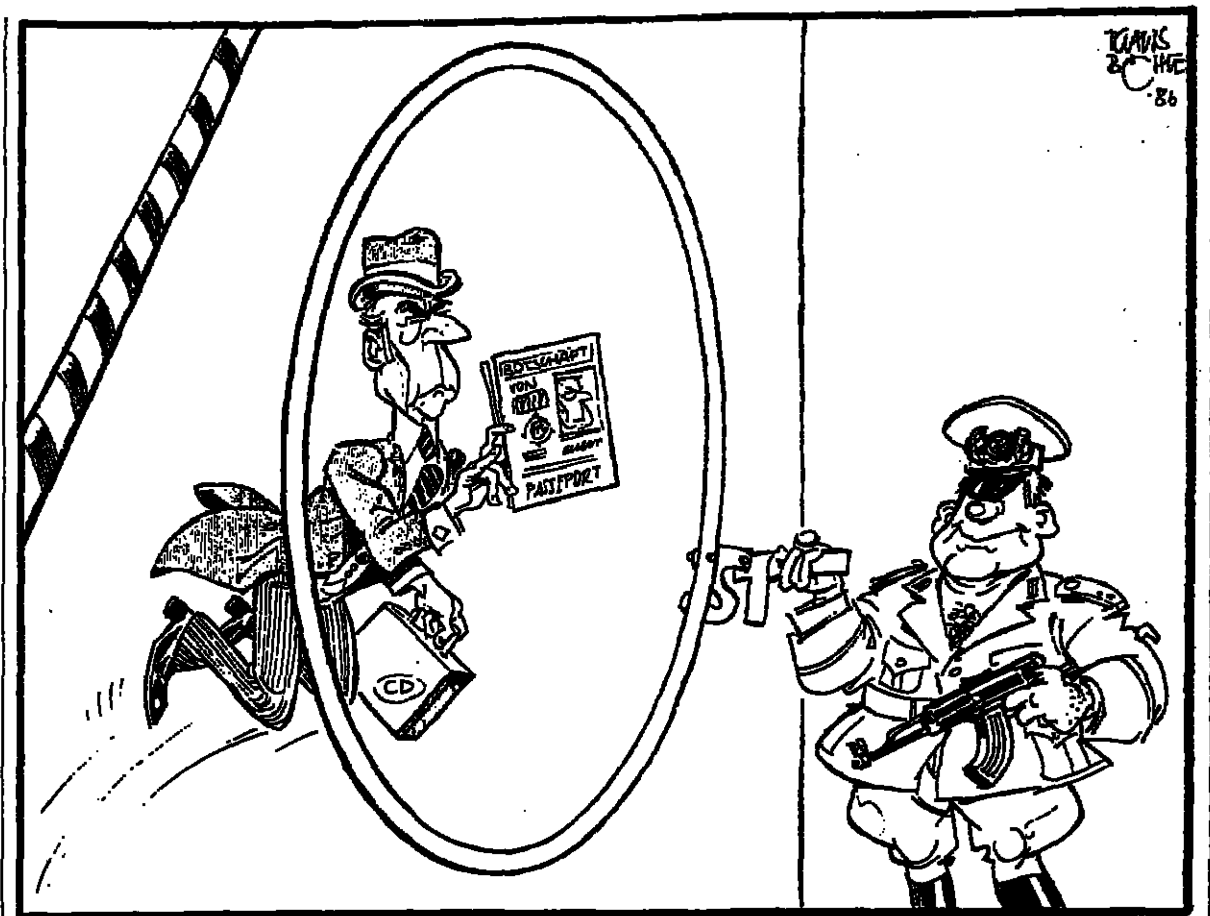
Von Joachim Schaufuß

Der Euphorie an der Pariser Börse ist die große Ernüchterung gefolgt. Nachdem die französischen Aktienkurse seit Jahresbeginn um mehr als 50 Prozent gestiegen waren, kam es in der letzten Woche zu einem Kursrückgang von 7 Prozent, der sich am Montag zu einer „historischen Baisse" von 8 Prozent zuspitzte. Für 70 Werte, die zunächst keine Käufer gefunden hatten, mußte die Notierung vertagt werden, und für 14 kam sie überhaupt nicht zustande. Das war schlimmer als am Tage nach der Wahl des Sozialisten Mitterrand zum Staatspräsidenten im Mai 1981.

Um eine rein politisch bedingte Baisse wie damals handelt es sich diesmal allerdings nicht. Immerhin bleibt festzustellen, daß sich die „Gnadenfrist" für die neue Regierung dem Ende zuneigt. Damit wird ihr Verhältnis zum Staatspräsidenten schwieriger. Schon zeigt die „Cohabitation", deren reibungsloses Funktionieren die Börse so positiv bestimmt hatte, ihre ersten Risse. Ein Bruch mit vorzeitigen Neuwahlen wird nicht mehr ausgeschlossen. Auch an der sozialen Front hat sich der Horizont verdüstert. Unter diesen Umständen fällt es der Regierung immer schwerer, die Unternehmer aus der Reserve zu locken. Sie zeigen kaum Neigung, mehr zu investieren und neue Arbeitskräfte einzustellen. Entsprechend schlecht steht es *um die französische Konjunktur, wie ihre jüngsten Indikatoren* zeigen.

Von der Malaise, die zunächst ausländische Aktionäre befallen hatte, wurden jetzt *auch die Franzosen selbst erfaßt.* Daß ihre Reaktion so heftig ausgefallen ist, hat allerdings auch psychologische Gründe, unter anderem das am Montag wiederhergestellte *Goldanonymat,* das eine gewaltige Goldhausse mit sich brachte.

Damit erweist sich, daß die Liberalisierungsaktion der Regierung *nicht nur ihre guten Seiten hat. So kann es nach* Aufhebung des sozialistischen Mieterschutzes durchaus zu einer neuen Flucht aus den Aktien in die Immobilien kommen. Und ob der Aktienmarkt die Privatisierungen ohne Verluste verkraften kann, ist eine weitere offene Frage. Denn die Franzosen sind keine typischen Aktionäre, sondern betrachten die Börse eher als ein Roulette.



Diplomat schööön! KLAUS BÖHLE

Unter der großen Decke

Von Peter Philipps

Allein schon das Wort schien auf lange Zeit in den Giftschrank verbannt: Große Koalition. Auf einmal ist es wieder da, geistert über die Bonner politische Bühne, wird greifbarer. Nicht mehr mit dem Bannstrahl der Lächerlichkeit wird belegt, wer dem Thema Nachdenken und Nachfragen widmet.

Die von den Demoskopen aufgezeichneten Stimmungswellen der niedersächsischen Wähler waren der Auslöser. „Ginge es nur um ein Plebiszit für oder gegen Ernst Albrecht", heißt es in der jüngsten „Forsa-Analyse" für die SPD beispielsweise, dann „stünden die Chancen der Union nicht schlecht." Aber die Landes-CDU hat, als Gegenkandidat Gerhard Schröder stärker als erwartet zulegte, in ihrem Wahlkampf-Konzept sehr früh die bundespolitische Komponente verstärkt. Die Darstellungsdefizite der Bundesregierung, die Bonner Koalitions-Rempeleien – sie schlugen damit *voll nach Niedersachsen durch,* wurden von der durch Tschernobyl aktualisierten und emotionalisierten Kernenergie-Debatte noch verschärft. Das zur Bequemlichkeit verführende Gefühl des sicheren Sieges im Kampf um Hannover, es war plötzlich dahin. Die sich derzeit abzeichnenden Trends des Wählerverhaltens lassen den Wahlausgang am 15. Juni heute offen erscheinen. Öffentliche Überlegungen des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf darüber, daß Niedersachsen verlorengehen und der Kanzler dadurch in die interne Diskussion kommen könnte, tragen sicher *nicht dazu bei, die Aussichten der* Union an der Leine zu verbessern.

Die Strategie der SPD ist angesichts dieser Situation folgerichtig: Weg von den landes-, hin zu den bundespolitischen Themen. Der Landtagswahlkampf wird zum Ringen um die Mehrheit im Bundesrat. Sollte dies gelingen, so die Botschaft, werde im Sozialbereich, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für einen schrittweisen „Umstieg" (Brandt) aus der Kernenergie alles besser werden. Den Bundeskanzler Kohl bringe man damit in Schwierigkeiten, aber noch nicht die Bonner Koalition, der in allen Umfragen immer noch von den Bürgern erheblich mehr wirtschaftspolitische Kompetenz zugetraut wird. Auf diese Weise sollen bisherige CDU- und FDP-Wähler angesprochen werden, das Thema Rot-Grün verliert auch im Land einen Teil der alten Brisanz.

Doch genau an diesem Punkt erscheint plötzlich der Geist der Großen Koalition. Weder Willy Brandt noch Hans-Jochen Vogel oder Peter Glotz scheuen sich mehr, die Worte auszusprechen – immer natürlich mit dem Hinweis, daß eine derartige Elefanten-Hochzeit lediglich „einer Krisensituation vorbe*halten" (Brandt) bleiben müsse.* Das Szenario nach einem Regierungswechsel in Niedersachsen könnte sich in Richtung auf einen solchen Einstieg entwickeln:

Im Bundesrat verfügten die SPD-regierten Länder dann gegenüber den Bonner Koalitionären über eine Mehrheit von sechs zu fünf. Der Vermittlungsausschuß *würde zu einer* Art vertraulicher Quasi-Koalitionsrunde.

Der zweite Schritt ergäbe sich *folgerichtig. Nach einer verlorenen* Niedersachsen-Wahl und angesichts einer Blockade durch den Bundesrat könnte die SPD einer Demontage des Kanzler-Ansehens aus Kohls eigenen Parteireihen von den politischen Logen-Plätzen aus zuzusehen. Die Kanzler-Episode Erhards ist noch in guter Erinnerung – wenn auch der jetzige Kanzler unvergleichlich viel stärker in der Partei verankert ist –, und die manchmal nicht einmal mehr versteckten Angriffe auf Kohl von CDU- und CSU-Unterführern lassen erwarten, daß sich nichts geändert hat. Die Bürgerlichen werden allzu schnell nervös. Die Folge könnte im Januar eine Art Patt-Situation nach der Bundestagswahl sein: daß weder die CDU/CSU mit der FDP noch die SPD über eine Mehrheit der Mandate verfügten.

Was bliebe? Mit den Grünen auf Kommunal- und Landesebene zusammenzuarbeiten, bereitet der SPD keine Schwierigkeiten – in einigen Kommunen der CDU übrigens auch nicht mehr –, aber Kanzler mit ihrer Hilfe will Rau auf keinen Fall werden. Dies hat er vor Betriebsräten in Niedersachsen noch einmal unterstrichen. Eine *Neuauflage der sozialliberalen Koalition* ist aus mehreren Gründen, auch als Überlebensfrage der FDP, ebenfalls kaum denkbar.

Dies bedeutete, daß es möglicherweise monatelang in Bonn zu einer politischen Agonie käme. Die *als Vorbedingung von Brandt,* Vogel und Glotz genannte „Krisensituation" wäre hergestellt, ein Zusammengehen der beiden Volksparteien, ohne die Gefahr einer Kernexplosion in ihrer Mitgliedschaft zu bewerkstelligen. Schon einmal kam die SPD auf diesem Weg in die Verantwortung.

Auch auf Unions-Seite scheint dieses Szenario nicht völlig ausgeschlossen zu werden. Dezent, aber unaufhaltsam bringt sich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth in Stellung als einer, der den Konsens mit sozialdemokratischen Vorstellungen in vielen Bereichen sucht.

Für die SPD ist die Strategie folgerichtig. Die Fünfzigprozent-Marke ist für sie praktisch unerreichbar. Und wer trotz der letzten Ausstiegs-Versammlung der Alternativen auf die Grünen spekuliert – schließlich ist nicht nur Brandts *Ideal immer noch die „Mehrheit* links von der Union" –, kann mit dem Stichwort „Große Koalition" dem Wähler gegenüber ein wohlanständiges Tarnmäntelchen vorweisen. Und die Union verwirren.

Denn trotz der auf dem entscheidenden *wirtschaftspolitischen Feld* errungenen Erfolge gibt es in deren Reihen inzwischen wieder viele, die nicht eine kraftvolle Vorwärtsstrategie verfolgen, sondern in die Defensive gingen. Noch offene persönliche Rechnungen mit Kohl kommen hinzu. Dies könnte im Januar zu einem bösen Erwachen führen, aber wer rechnet schon damit, solange man träumen kann?



Zurück nach 1966? Koalitionäre Kiesinger, Brandt FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Butros Ghali

Kairo wird ihm zu eng

Von Peter M. Ranke

Politische Unstimmigkeiten im Beraterstab des ägyptischen Präsidenten Mubarak sind nach Informationen diplomatischer Kreise der Anlaß dafür, daß Staatsminister Butros Ghali (63) nun schon zum zweiten Mal ein internationales Amt anstrebt. Er will sich 1987 zum Generalsekretär der Unesco wählen lassen, der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris.

Butros Ghali ist, wie in Kairo verlautet, darüber verärgert, daß der wichtige Präsidenten-Berater Usama El Baz praktisch die Außenpolitik Ägyptens bestimmt und am Außenminister vorbeiregiert, und zwar einseitig zugunsten der arabischen Orientierung Kairos. Außenminister ist zwar formell Abdel Meguid, aber geführt wurde die Außenpolitik praktisch von Butros Ghali, der jedoch jetzt nicht mehr an Usama El Baz vorbeikommt. Butros Ghali hat auch eingesehen, daß er als koptischer Christ und mit einer jüdischen Frau nicht mehr, wie seine früheren Verwandten, Minister oder General in Ägypten werden kann, da die von Usama El Baz betriebene Islamisierungspolitik das verhindert. Da sich Usama El Baz vor allem um die arabischen Angelegenheiten kümmert, hat sich Butros Ghali der afrikanischen Staatenwelt angenommen.

Wie Usama El Baz war Butros Ghali schon unter Präsident Sadat im Außenministerium und als hartnäckiger Verhandlungspartner in Camp David 1978/79 bekannt. Er steht auch heute weiter zum Friedensvertrag mit Israel und verteidigt ihn gegenüber afrika*nischen Regierungen. Er hält Ägyp*ten die afrikanische Flanke frei, wo Khadhafi der gefährliche Gegenspieler ist.

Als Absolvent der Pariser Sorbonne und als Student in den USA



Möchte Unesco-Chef werden: Butros Ghali FOTO: SVEN SIMON

hat der 1922 in Kairo geborene Butros Ghali westliche Denkweisen und westliche Demokratien kennengelernt, so daß der heutige Professor des Völkerrechts und der politischen Wissenschaften im Außenministerium als pro-westlich bekannt ist. Usama El Baz gilt hingegen als pro-arabisch. Vielleicht sieht man in Kairo deshalb Butros Ghali gar nicht so ungern ziehen? *Schon voriges Jahr* wollte der Ägypter Hochkommissar der UNO für Flüchtlinge werden, jedoch bekam schließlich der Schweizer Jean-Pierre Hocké diesen Posten.

Für die Unesco hat Butros Ghali gute Chancen, denn der jetzige Chef, der Senegalese Amadou Mahtar M'Bow, ist wegen seiner einseitigen Politik und Vetternwirtschaft bei vielen Regierungen verhaßt. Für Butros *Ghali* würden afrikanische Staaten stimmen, und auch die USA und Großbritannien würden unter einem Butros Ghali wohl auch wieder in die Unesco zurückkehren. Er ist erfahren, klarsichtig und integer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Wiesbadener Tagblatt

Es kommentiert Weizsäckers Türkeireise:

Auch in Ankara blieb er seinem Renommee treu, das richtige Wort zum richtigen Zeitpunkt zu sagen. Die Eintragung ins Goldene Buch des Atatürk-Museums jedenfalls ist als Motto seines Besuches nicht mißzuverstehen. Mit den Worten: „Die Freiheit ist die Mutter jeglichen Fortschritts" zitierte er den Staatsgründer Atatürk, um kategorisch anzufügen: „Dem türkischen Volk wünsche ich in diesem Geist eine glückliche und *friedliche* Zukunft."

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zur Zurückweisung von Bonner Diplomaten in Berlin:

Da die Ziele des Vorstoßes der DDR in der früheren Reichshauptstadt klar zu erkennen sind, verwundert die Bonner und die westalliierte Sprachlosigkeit doch sehr. Bei ähnlichen östlichen Übergriffen in der Vergangenheit rang man sich in Bonn umgehend wenigstens zu klaren Stellungnahmen durch. Jetzt drückte sich Regierungssprecher Friedhelm Ost vor der politischen Bewertung eines Schrittes gegen den Status der Stadt, die als weltpolitischer Seismograph anzusehen ist. Ist diese Leisetreterei die Folge der Pilgerfahrten führender Politiker aller Parteien zu Erich Honecker?

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Hier heißt es zur Wahlempfehlung beim DGB-Kongreß:

Der deutsche Gewerkschaftsbund ... ist vielmehr dabei, exakt das zu tun, wovor das Staatsoberhaupt warnte. Denn daran beißt keine Maus einen Faden ab: Mit dem Aufruf seines Vorsitzenden Ernst Breit auf dem Hamburger Bundeskongreß, die Arbeitnehmer sollten bei den bevorstehenden Wahlen mit ihren Stimmzet*teln gegen die in Bonn* Regierenden „Front machen", hat der DGB die parteipolitische Neutralität verlassen.

WESTFALENPOST

Das Hagener Blatt erörtert das Stichwort Sozialabbau:

Die lebhafte Kritik am zweiten Tag des DGB-Bundeskongresses an dem bisher „massivsten Sozialabbau" in der Bundesrepublik hat einen Haken. Denn der „Sozialabbau" begann bereits unter der Regierung Schmidt, die drastisch mit dem Rotstift eingreifen mußte, um dem Sozialbankrott zu entgehen. Selbst der SPD-Kanzlerkandidat Rau weigert sich heute, mit einer SPD-Regierung in Bonn die auf der Linie Schmidt–Blüm gefaßten Maßnahmen völlig zurückzunehmen. Auch das Gewerkschaftsrezept, mit großen Beschäftigungsprogrammen den nach wie vor traurigen Arbeitsmarkt flottzumachen, ist in der Ära Schmidt über zwanzig Mal versucht worden. Leider ohne Erfolg. Die Kompetenz des DGB in der Beschäftigungspolitik wäre größer, wenn er wirklich einen praktikablen Ratschlag zur Hand hätte. Wie schwierig das Wirtschaftsfeld zu beackern ist, zeigt das jüngste Kapitel des Neue-Heimat-Skandals.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zum „Schwarzen Montag" an der Pariser Börse meint er:

Warum haben die Finanzleute bis Ende Mai gewartet, um eine Situation zu sanktionieren, deren Gleichung sie kannten? Weil das politische Klima ihnen nicht (oder nicht mehr) dazu angetan scheint, eine rasche Sanierung zu begünstigen ... Dies um so mehr, als die Terminplanung ungenau ist und die ungeschickte Informationspolitik der Regierung Verwirrung schafft zwischen dem, was heute und was morgen getan werden soll.

Hält Washington den Freiheitskampf für Nicaragua durch?

Die Comandantes manövrieren geschickter als ihre Gegner / Von Werner Thomas

Der *6. Juni 1986 sollte* ja eigentlich als historisches Datum in die Geschichte Mittelamerikas eingehen. An diesem Tag sind die fünf regionalen Nationen Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua aufgerufen, in Pana*ma die Friedensvereinbarungen zu* unterzeichnen.

Applaus, Jubel und Euphorie wären die weltweite Reaktion. Endlich ein Ende der Kriege und Konflikte, die in den letzten acht Jahren fast achtzigtausend Todesopfer forderten? Wohl nicht. Die Inszenierung des Schlußaktes des Contadora-Dramas erweist sich als äußerst schwierig. Je näher der Termin rückt, desto häufiger ist von Verschiebung die Rede.

Das Gipfeltreffen der fünf Präsidenten am vergangenen Wochenende in dem guatemaltekischen Wallfahrtsort Esquipulas demonstrierte noch einmal die ganze Problematik. Die inspirative Umgebung – es wurde in einem Benediktinerkloster verhandelt – vermittelte keine Erleuchtung. Die Differen*zen zwischen dem marxistischen* Nicaragua und den vier Nachbarstaaten blieben bestehen. „Wir stimmen überein, nicht übereinzustimmen", sagte das nicaraguanische Delegationsmitglied Rogelio Ramirez.

Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras wollen termingemäß unterzeichnen. Die Sandinisten wollen sich dagegen noch nicht auf den 6. Juni festlegen lassen. Besonders mißfallen den Comandantes die Passagen über die *Rüstungsbegrenzung und den* Abzug fremder Militärberater (etwa dreitausend Kubaner). Sie verlangen zudem, daß die Reagan-Regierung zuvor einen Verzicht auf eine weitere Unterstützung der antisandinistischen „Contra"-Rebellen *bekundet. Die USA sind jedoch* kein Vertragspartner.

Obgleich Verteidigungsminister Humberto Ortega gelobte, „kein Gewehr" werde ohne die Erfüllung dieser Bedingung Nicaragua verlassen, zeigte sein Bruder Daniel, *der Präsident, jetzt Verhandlungsbereitschaft in der Abrüstungsfrage.* Der drängende Contadora-Termin brachte die Meinungsverschiedenheiten der sandinistischen Führungsspitze wieder offen zum Ausbruch. Die radikalen Comandantes um Innenminister Tomas Borge warnen vor Kompromissen. Der Kreis der Taktiker, zu denen die Ortegas zählen, unterstreicht die Vorteile einer Kooperation: So verurteilen die Vereinbarungen „irreguläre" militärische Organisationen wie die „Contras".

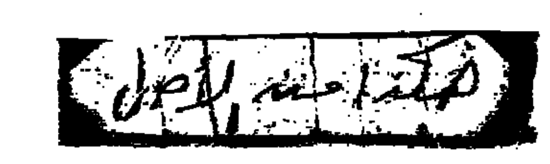
Die Taktiker scheinen zu empfehlen, man solle bis zum 6. Juni noch die besten Bedingungen aushandeln, kurzfristig unterschreiben, sich als Retter der Contadora-Initiativen feiern lassen – und dann die unbequemen Klauseln einfach ignorieren, etwa die Schaffung demokratischer, pluralistischer Verhältnisse. Diese Furcht grassiert in Washington. In der amerikanischen Hauptstadt haben sich ebenfalls zwei Lager formiert. Präsident Reagans Mittelamerika-Beauftragter Philip Habib verkündete, die *USA würden sich an die* Vereinbarungen halten, obgleich sie kein Unterzeichnerstaat seien.

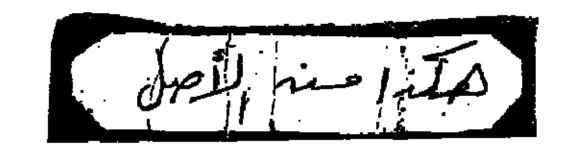
Das hieße, daß die Reagan-Regierung ihre militärische Präsenz in Honduras und El Salvador reduzieren, Truppenübungen in der mittelamerikanischen Region beenden und die „Contra"-Rebellen im Stich lassen würde. Der konservative republikanische Kongreßabgeordnete Jack Kemp forderte prompt Habibs Abberufung.

Die „New York Times" informierte – dank einer gezielten Indiskretion – über die Denkweise der anderen Seite. Die Zeitung veröffentlichte eine Pentagon-Studie, die die Befürchtung einer sandinistischen Unterschrift und anschließender sandinistischer Betrugsmanöver äußert. Da die USA die „Contra"-Karte dann nicht mehr spielen könnten, wäre nur noch eine Intervention amerikanischer Truppen in der Lage, den nicaraguanischen Revolutionsexport zu stoppen. Obgleich Elliott Abrams, der Lateinamerika-Chef des State *Department,* ähnliche Warnungen verbreitet, ließ Außenminister George Shultz seinen Pressesprecher Charles Redman erläutern, das Pentagon-Papier vertrete nicht die Meinung der Regierung.

Niemand weiß jedoch, wie der *Präsident* die konfuse Situation beurteilt. Er wollte seit einiger Zeit nicht mehr diese komplizierte Thematik kommentieren. Wahrscheinlich auch deshalb nicht, weil die drei „Contra"-Führer Adolfo Calero, Arturo Cruz und Alfonso Robelo auch *nach zweiwöchigen* Beratungen hinter verschlossenen Türen in Miami zerstritten sind.

Die Hoffnung, daß der Kongreß bald eine Wiederaufnahme der Militärhilfe für die antisandinistischen Rebellen beschließt, schwindet *immer mehr.* Ein Vertreter der costaricanischen Gipfeldelegation in Esquipulas erklärte resigniert: „Contadora gleicht immer mehr einem Labyrinth, in dem wir uns alle einmal verirren werden." Was den Sandinisten durchaus recht zu sein scheint.





Ins Gästebuch kam ein Satz des Kemal Atatürk

Richard von Weizsäcker als Staatsgast in der Türkei. Ein besonderes Ereignis, denn er ist der erste Staatsbesucher seit dem Militärputsch von 1980. Ein Besuch der offenen, aber betont freundlichen Worte.

Von EBERHARD NITSCHKE

Als ob er die inhaltsschwere Botschaft noch freundlich verpacken müsse, wandelte Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen vorgedruckten Satz seiner Tischrede, der in barschem Beamtendeutsch in den Text geraten war, liebenswürdig ab. Aus „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland" wurde so die melodiös vorgetragene Formulierung: „Ein Einwanderungsland ist die Bundesrepublik nicht."

Beim festlichen Abendessen von goldenem Geschirr, gegeben vom Präsidenten der Republik, Kenan Evren, zu Ehren des Staatsgastes aus Bonn in seinem hoch über Ankara gelegenen Präsidenten-Palast, zeigte der Bundespräsident, daß bei allen Liebenswürdigkeiten auch ganz feste Erwartungen ausgesprochen werden konnten.

Die zum Beispiel, daß auf dem Gebiet der Menschenrechte oder des Gewerkschaftswesens die Entwicklung in der Türkei so weitergehen solle, wie es im 1980 verkündeten Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie in der Türkei angekündigt worden war. Oder, daß eine Aussöhnung der Türkei mit dem NATO-Partner Griechenland stattfinden könne, „auch wenn die Geschichte belastend ist und gegenseitiges Mißtrauen ein behutsames Vorgehen erfordert". Schließlich, so von Weizsäcker, hätten sich auch Deutsche und Franzosen „irreversibel" versöhnt. Über allen Themen aber stand sein Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben von Türken und Deutschen.

Als erstem Staatsbesucher nach dem Militärputsch, mit dem 1980 in Ankara vorerst die Demokratie außer Kraft gesetzt wurde, wird Richard von Weizsäcker und seiner Frau an der Spitze einer großen Delegation, der auch Außenminister Genscher angehört, eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit zuteil. Nicht nur wurde durch Umfrage ermittelt, daß nahezu die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt von dem fünftägigen Aufenthalt des deutschen Staatsoberhauptes weiß und große Dinge davon erwartet. Sie hat in ihren größten Zeitungen auch gelesen, daß er ein „anderer Deutscher" („Milliyet") ist, einer, dessen Reden das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland „vollkommen veränderten", einer, der die Türken schon deswegen versteht, weil er noch vor wenigen Jahren als Regierender Bürgermeister von Berlin 120 000 von ihnen mitzuverwalten hatte.

Ein solcher Mann, ein „Freund in der Not" („Turkish Daily News"), dem man Weisheit, Verständnis, ja Liebe zum Land attestiert, der kann unter seinem eigenen, hier verkündeten Motto recht deutlich in die Tagespolitik eingreifen. Denn von Weizsäcker hatte in seiner Adresse an den türkischen Staatspräsidenten gesagt: „Anteilnahme, auch wenn sie kritische Elemente enthält, ist immer Ausdruck von Sympathie."

So bestand Richard von Weizsäcker auch in Ankara auf Gesprächen mit gestern noch verfemten Oppositionspolitikern – ein Punkt, der im sonst mit dem deutschen Papier identischen Programm des Staatsbesuches, wie es die türkische Seite verteilte, nicht vorkam.

Tausende von Schulkindern in schwarzen *Einheitskitteln mit* weißem Kragen säumten die Straßen auf dem Wege des Gastes vom Flughafen in die Stadt und schwenkten deutsche und türkische Fähnchen. Staatspräsident Evren hatte zusammen mit Ministerpräsident Turgut Özal die deutsche Delegation unter militärischem Gepränge auf dem Flughafen abgeholt. Der Sprühregen, *in dem die Schulkinder* am Wegesrand ausharrten, verwandelte sich beim Eintreffen von Weizsäckers und seiner Begleitung am Mausoleum für den Begründer der modernen Türkei, den 1938 verstorbenen Mustafa Kemal Atatürk, in einen soliden Landregen.

Ein Kranz für den Begründer der Republik

Die Kranzniederlegung, Programmpunkt eins auf dem 800 000 Quadratmeter großen Gelände, absolvierte der Bundespräsident zur Verwunderung der Gastgeber dennoch ohne Schirm, Hut oder Mantel und schrieb ins Gästebuch den in der heutigen Türkei besonders bedeutsamen Satz: „Die Freiheit ist die Mutter wirklichen Fortschritts." Zur Sicherheit setzte der Bundespräsident noch den Verfasser des Satzes hinzu: Kemal Atatürk.

Während die deutsche Delegation schon zum benachbarten Atatürk-Museum weitergeführt wurde, wo Mäntel, Stöcke, Toilette-Necessaires oder Rolls-Royce des großen Staatsmannes zu besichtigen sind, stürzte sich die reichlich erschienene türkische Presse auf den Gästebuch-Eintrag, um ihn mitsamt dem Weizsäcker-Zusatz „Dem türkischen Volk wünsche ich in diesem Geiste eine glückliche und friedvolle Zukunft" *zu kopieren und der Öffentlichkeit* zu übermitteln.

Während bei früheren Besuchen deutscher Politiker in der Türkei noch Beschwerden über die Lebensbedingungen der 1,5 Millionen türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik und angebliche deutsche Bestrebungen, sie gegen ihren Willen abzuschieben, im Vordergrund der deutsch-türkischen Gespräche gestanden hatten, war diesmal davon nicht die Rede. Staatspräsident Evren, einst als General Chef der Militärjunta, die den Umsturz im Lande 1980 geleitet hatte, versicherte von Weizsäcker sogar, er vermute, daß nicht nur wirtschaftliche Gründe die große Zahl türkischer Arbeiter nach Deutschland bringen, sondern „die Existenz einer Freundschaft zu den Deutschen".

Seit 1960 hat die Bundesrepublik, so der Bundespräsident, mit rund acht Milliarden Mark Wirtschafts- und Verteidigungshilfe zur Entwicklung des Landes beigetragen. Der Handelsaustausch im Vorjahr mit über sieben Milliarden Mark hat sich seit 1981 mehr als verdoppelt. Kein Wunder, daß der türkische Staatspräsident in seiner ersten Tischrede auf diesem Felde keine Verbesserungsvorschläge hatte – außer dem Wunsch, die Deutschen möchten doch die türkischen Anstrengungen zur Gründung einer eigenen Verteidigungsindustrie unterstützen. Auf diese Anspielung ging der deutsche Gast freilich nicht ein.

Enger Rückhalt in Bonn wird von Evren bei einem Problem gesucht, das gerade zum Staatsbesuch der Deutschen auf die Titelseiten der Zeitungen geriet. Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen die dem türkischen Festland vorgelagerte und zwischen Griechen und Türken umstrittene griechische Insel Limnos für Verteidigungszwecke im Rahmen der NATO ausbauen.

Die Türkei beklagt Vertrags-Verletzung

Ankara sieht darin eine Verletzung des Vertrages von Lausanne, der die griechisch-türkischen Grenzen regelte und für diese Insel Demilitarisierung verfügte.

Was die Erfüllungen der Erwartungen aus dem EG-Assoziierungsvertrag von 1963 betrifft, vor allem die umstrittene Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer auf dem europäischen Markt, beschränkte sich Evren auf die Aussage, man habe Schwierigkeiten, zu verstehen, daß die Türkei von Zeit zu Zeit dazu gebracht werde, um ihre Position in Europa kämpfen zu müssen.

Auf von Weizsäckers Programm stehen nicht nur Besuche bei Grabungen des (vom Auswärtigen Amt finanzierten) Deutschen Archäologischen Instituts in Bergama, die Besichtigung einer Polizeischule in Izmir oder eine Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Istanbul, sondern auch die Einweihung einer Gedenktafel in der Universität der Stadt am Bosporus, auf der auf den Zufluchtsort für die vom nationalsozialistischen Regime verfolgten Deutschen hingewiesen wird. Zu ihnen gehörte auch Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Ernst Reuter.

Daß man einem „Freund in Not" auch einmal in solcher Weise beige*standen hat, das macht die Türken* angesichts der Tatsache, daß sie in den letzten Jahrzehnten häufig die Nehmenden sein mußten, besonders stolz: „Wir senden nicht nur Emigranten – wir nehmen sie auch auf!"



Unter dem Bild Kemal Atatürks, des Begründers der modernen Türkei: Richard von Weizsäcker, Kenan Evren im Präsidenten-Palast in Ankara
FOTO: AP

„Es spricht der Delegierte mit der Nummer 28010"

Bundeskongreß des DGB in Hamburg: Proteste wegen der Neuen Heimat, Angriffe gegen die Bundesregierung und verhaltener Unmut über die *Führungsrolle der IG Metall.* Gestern sprach ihr Vorsitzender Hans Mayr.

Von GÜNTHER BADING

Gewerkschaftstage leben bei aller Eigendynamik in der Regel von der straffen Regie, von Beratungen, Absprachen, Flügel- und Blockbildungen hinter den Kulissen.

Von zentraler Regie, gar einer gestrafften, war auf dem DGB-Bundeskongreß in Hamburg bisher allerdings kaum etwas zu spüren. Denn auch am Dienstag, zwei Tage nach der feierlichen Eröffnung, hatte der 13. Bundeskongreß sein eigentliches Thema noch nicht gefunden.

Bei der Eröffnungsfeier am Sonntag ließ die brillante Rede des Bundespräsidenten über innere und äußere Grenzen des Machtanspruchs der Funktionäre die Worte des DGB-Vorsitzenden zur Marginalie werden.

Am Montag, dem ersten vollen Beratungstag, wurde den 525 Delegierten das Thema des Tages von außen diktiert: Die Demonstration der um ihre Arbeitsplätze bangenden Mitarbeiter *der gewerkschaftseigenen* Neuen Heimat ließ die eher langweiligen Rechenschaftsberichte der DGB-Vorstandsmitglieder in den Hintergrund treten. Dort, wo die Stimmung eines Gewerkschaftskongresses am leichtesten spürbar wird, an den runden weißen Tischen vor dem Gratis-Kaffeestand der Volksfürsorge, unterhielten sich die Delegierten zumeist nur über diese *Umkehrung* der festgefügten Ordnung gewerkschaftlichen Denkens.

Unversehens waren die demonstrations-, kundgebungs- und streikgewohnten Funktionäre selber zum Ziel eines Protestaufmarsches geworden. „Und das noch vor der Kulisse unserer Fahnen. Wie das wohl im Fernsehen wirkt?" stöhnte ein hauptamtlicher DGB-Mitarbeiter.

Am Dienstag sah alles anders aus: Diszipliniert, fast lustlos geschäftsmäßig nahmen die Delegierten die mehr oder minder wohlgesetzten Redebeiträge in der Aussprache über die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder entgegen. Das Engagement, das am Montag abend in den Reden des für die Neue Heimat zuständigen Vorstandsmitgliedes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Christian Götz, und dann noch einmal in den Attacken des IG Metallers Otto König auf die Bundesregierung und – wie könnte es anders sein – auf Norbert Blüm spürbar wurde, schien erloschen.

Da sprach sich der Vorsitzende der Bau-Gewerkschaft, Konrad Carl, die Sorgen um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe von der Seele, und der erste Mann der Lehrergewerkschaft, Dieter Wunder, jammerte über die Lehrerarbeitslosigkeit. Er wagte sogar einmal einen leichten Seitenhieb auf die dem Zuhörer doch sonst so nahestehende sozialdemokratische *Regierung in Düsseldorf wegen ihrer* Personalpolitik an den Schulen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), Günter Döding, beschränkte sich in seinem Diskussionsbeitrag – auch für die Chefs galt die Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten – ganz darauf, eine Lanze für die Reinheitsgebote der deutschen Lebensmittelgesetzgebung zu brechen. Auch er, dem zu Recht ein feiner Humor nachgesagt wird, verzichtete auf griffige Beispiele wie etwa den EG-internen Kampf ums gute deutsche Bier aus Hopfen und Malz und ließ es bei Sätzen wie: „Für uns sind Verstöße gegen unsere Lebensmittelgesetze keine Kavaliersdelikte." Statt eines zündenden Appells an die Delegierten schloß er in deutlicher Übereinstimmung mit einer noch undefinierten Stimmungslage des Kongresses: „Ich bitte um Unterstützung der hier vorgetragenen Position."

Das hinter den Kulissen des DGB-Kongresses seit der vorbereitenden Sitzung des Bundesvorstands mit den Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften am Wochenende schwelende Streitthema Nummer eins, der Entwurf für einen Initiativantrag der IG Metall zur Einbindung gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter in Bundestag und Länderparlamenten, wurde von Döding nicht angesprochen.

Zwar gehört Döding zu jenen Gewerkschaftschefs, die nichts von der Konfrontationsstrategie der Metaller halten, die trotz eigener SPD-Mitgliedschaft den DGB freihalten wollen vom Vorwurf, zum Wahlhilfeverein für die Sozialdemokraten zu werden. Aber er setzte wohl auf die Einsicht der Metall-Führung, daß man in den abschließenden Beratungen der Antragskommission in der Nacht zum Mittwoch den Antrag des Anstoßes wohl verwässern oder sogar ganz zurückziehen werde.

Kurz vor der Mittagspause wurde der Kongreß aus seinem abwartenden Dämmern gerissen. Nach endlosen, jammervollen Beschreibungen mangelnder Wertschätzung der Frauen in Politik, Gesellschaft, am Arbeitsmarkt, ja im DGB selber – meist vorgetragen von weiblichen Delegierten der ÖTV, der ersten Gewerkschaft mit einer Frau an der Spitze – ging ein Raunen durch den Sitzungssaal. „Nächster Redner ist Hans Mayr mit der Delegiertennummer 28010", kündigte der Tagungspräsident an.

Kein rauschender Vorab-Applaus folgte. Aber es wurde still im Saal. Tonbandgeräte wurden eingeschaltet, Kameras richteten sich auf das Rednerpult.

Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Der Vorsitzende der IG Metall, der größten deutschen Einzelgewerkschaft, langte kräftig zu. Was man an Demonstrationen, an politischem Druck beim Kampf gegen die Änderung des Paragraphen 116 zuwege gebracht habe, sei noch nicht alles. „Wir können noch viel mehr . . ., wenn wir es wollen!" rief Mayr unter tosendem Beifall in den Saal. Und, es könne „den Gewerkschaften nicht egal sein, wer regiert". Wer über das Parlament Gesetze zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändere, wie den 116, der „muß mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen". Das, und nichts anderes, fügte Mayr hinzu, verstehe er unter Einheitsgewerkschaft.

Damit war das Stichwort gefallen. Hermann Rappe, Chef der IG Chemie, stellte unter Beweis, daß er als einer der Besonnenen im DGB gilt. Mit einem Beispiel führte er den Metallern vor Augen, wie verfehlt ihre Konfliktstrategie gegenüber der Regierung Kohl sei. Auch in Großbritannien, sagte er, sei die Gewerkschaft mit ihrem Konfrontationskurs gegenüber der konservativen Regierung gescheitert.

Noch deutlicher waren die Stimmen aus der ÖTV. Denn was hier unter dem Stichwort „Einheit lebt aus Toleranz" gesagt wurde, griff nicht nur den Kurs der IG Metall nach außen an. Auch die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies nahm zwar bei Kritik an der Regierung kein Blatt vor den Mund. Doch aus ihrer Gewerkschaft kam jenes Wort, das den ganzen Unmut über die Bevormundung des DGB und seiner Gewerkschaften durch die allmächtige IG Metall widerspiegelte. In einem „offenen Wort nach innen" hieß es da: „Wer sich im DGB separiert, Blockbildung betreibt (ein Seitenhieb auf Hermann Rappe, die Red.), belastet die Einheit ebenso wie derjenige, der glaubt, ihm gebühre stets die Führungsrolle."

Die Kampfansage an die Vorrangstellung der IG Metall ist damit gemacht. Wer wird sie aufnehmen: Hans Mayr oder sein auf dessen Nachfolge erpichter Stellvertreter Franz Steinkühler?



Steuermann in rauher See: Ernst Breit auf dem DGB-Kongreß in Hamburg
FOTO: DPA

Kommission prüft Regelung für 'Trümmerfrauen'

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat als Ergebnis eines kurzen Koalitionsgesprächs gestern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Modalitäten für eine finanzielle Regelung zugunsten der „Trümmerfrauen" erarbeiten soll. Es geht dabei um die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Frauen des Jahrgangs 1920 und früher. Der Arbeitsgruppe gehören die Minister Blüm, Bangemann, Stoltenberg und Schäuble an. Sie ist vom Kanzler auch gehalten, finanzielle Deckungsvorschläge vorzulegen.

Die angestrebte Regelung wird allerdings kostspielig sein. Der Kanzler hat im Vorfeld der Diskussion gesagt, es gehe nicht ums „Gönnen, sondern ums Können", womit er die finanziellen Kosten, die in die Milliarden gehen dürften, meinte. Man müsse bei Überlegungen zugunsten der Trümmerfrauen „ehrlich in der Sache sein, auch was die Finanzierung betrifft". Ein zeitlicher Rahmen ist der Arbeitsgruppe der Minister nicht gesetzt, doch erwartet der Kanzler, daß sie Vorschläge zügig erarbeitet.

Kirchenrat nicht DKP-Mitglied

DW. Bonn

Oberkirchenrat Klaus Wilkens vom Kirchenamt der EKD Hannover hat bestätigt, daß das Informationsbüro

Nicaragua in Wuppertal in diesem Jahr für „projektbezogene Bildung und Publizistik" 20 000 Mark vom Kirchlichen Entwicklungsdient (KED) erhalten hat. Das Büro ist wegen seiner Vermittlung von deutschen „Aufbauhelfern" für das sandinistische Regime in Nicaragua umstritten. Wilkens betonte in einem Gespräch mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea), diese Mittel dürften aber nur für die Arbeit der Organisation in der Bundesrepublik Deutschland und nicht für Vermittlungsdienste verwendet werden. Der Oberkirchenrat räumte ein, daß die kirchlichen Partner der Entwicklungsdienste im Bereich der EKD zum Teil auch mit sandinistischen Regierungsstellen zusammenarbeiten. Zur allgemeinen Lage in dem mittelamerikanischen Land sagte Wilkens, es gebe neben „viel positiven Tendenzen auch fragwürdige Entwicklungen, etwa im Menschenrechtsbereich".

Ein Sprecher der EKD dementierte die Darstellung der WELT, daß der der kirchlichen Entwicklungshilfe engagierte Oberkirchenrat Rudolf Hinz früher einmal wegen DKP-Mitgliedschaft kritisiert worden sei (WELT v. 24/25. 05.). Der Sprecher wies darauf hin, daß es sich in dem Bericht um eine Namensverwechslung handelte, wie sie bereits öfter vorgekommen sei.

Vogel heute bei Honecker

dpa, Berlin

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Hans-Jochen Vogel, wird heute ein Gespräch mit „DDR"-Staats- und Parteichef *Erich Honecker führen. Das Treffen* findet, wie gestern in Ost-Berlin offiziell bestätigt wurde, im Jagdschloß Hubertusstock in der Schorfheide nördlich Berlins statt.

Ebenfalls heute wird der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf mit dem für Außenpolitik zuständigen Mitglied des SED-Politbüros, Hermann Axen, in Ost-Berlin eine Unterredung haben. Die Begegnung ist für den Nachmittag vorgesehen. Honecker hatte in jüngster Zeit mehrfach Politiker aus der Bundesrepublik empfangen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Schäuble vermutet: Ost-Berlin will den „internationalen Terrorismus" treffen

Einheitliche Reaktion der Alliierten auf Diplomaten-Paßzwang an Sektorengrenze erwartet

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bundesregierung drängt gemeinsam mit den Alliierten auf eine schnelle Regelung der Praxis beim Grenzübertritt der in Ost-Berlin akkreditierten Diplomaten nach West-Berlin. Das erklärte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble gestern der WELT.

Auf der am heutigen Mittwoch im *kanadischen Halifax beginnenden* NATO-Tagung wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, wie Schäuble ankündigte, im Rahmen des traditionellen Deutschlandgesprächs die neue Praxis mit seinen Amtskollegen der USA, Englands und Frankreichs beraten. Dabei werde man eine einheitliche Reaktion auf das Ostberliner Vorgehen vereinbaren.

Minister Schäuble, der im Kanzleramt die Deutschlandpolitik koordiniert, hält es für höchst unwahrscheinlich, daß die Westmächte wegen der neuen Praxis der „DDR" an der Sektorengrenze die diplomatischen Beziehungen zu Ost-Berlin abbrechen.

Dienstkarte reicht nicht

Wie gemeldet, müssen sich seit Montag die in Ost-Berlin tätigen *Diplomaten* beim Grenzübertritt neben ihrem Dienstausweis vom „DDR"-Außenministerium auch mit ihrem Paß legitimieren.

Wie Schäuble der WELT erläuterte, wurde bei Errichtung der Botschaf*ten der Westmächte* im Ostteil der Stadt mit Rücksicht auf den Vier-Mächte-Status Berlins für die Diplomaten eine rote Klappkarte als Dienstausweis des „DDR"-Außenministeriums eingeführt. Er wurde bisher bei der Grenzkontrolle als Legitimation akzeptiert.

Der Kanzleramtsminister hält es für möglich, daß die „DDR" die zusätzliche Paßkontrolle für die Diplomaten jetzt eingeführt hat, um terroristischen Aktivitäten besser begegnen zu können. Seit dem Terroranschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle" Anfang April werden auf westlicher Seite der Sektorengrenze Diplomaten, besonders aus arabischen Ländern, genauer kontrolliert. Diese Schutzmaßnahme hatten die Alliierten nach Konsultationen mit der Bundesregierung und dem Berliner Senat veranlaßt. Mehrfach sind seither arabische Diplomaten, unter ihnen Angehörige der libyschen Botschaft in Ost-Berlin, am Betreten des Westteils der Stadt gehindert worden.

In enger Absprache haben sich die Diplomaten der drei Westmächte und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bisher geweigert, dem „DDR"-Verlangen zu entsprechen und neben der roten Klappkarte auch ihren Paß vorzuzeigen. Während Botschaftsangehörige der drei Westmächte noch mit der roten Klappkarte durchgelassen wurden und sie lediglich auf die neue Praxis verwiesen wurden, konnten Mitglieder der Ständigen Vertretung mit dem Ausweis des „DDR"-Außenministeriums nicht mehr passieren.

Der Pressesprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Eberhard Grasshoff, sagte gestern der WELT: „Wir zeigen weiter unsere roten Klappkarten und werden zurückgewiesen." Er selber sei am Montag zweimal an der Fahrt nach West-Berlin gehindert worden.

Sowohl in Bonner Regierungskreisen wie auch bei den West-Alliierten wird der Ostberliner Vorstoß als ernster Vorgang bewertet. Offenbar wolle die „DDR" versuchen, durch die *Hintertür* die Sektorengrenze als Demarkationslinie zwischen beiden Teilen der Stadt in eine internationale Grenze umzuwandeln und damit den Vier-Mächte-Status für ganz Berlin auszuhöhlen.

Paß nur zeigen?

Dennoch wurde die Erwartung geäußert, daß sich nach der Abstimmung auf der NATO-Konferenz die Angelegenheit für beide Seiten zufriedenstellend regeln lassen werde. Offenbar könnte sich der Westen damit einverstanden erklären, daß seine Diplomaten neben der roten Klappkarte auch ihren Paß bei der Kontrolle zeigen, das Dokument aber nicht aus der Hand geben oder gar abstempeln lassen. So sei früher auch schon verfahren worden, hieß es von zuständiger Stelle.

Bis sich die NATO-Partner verständigt haben, gehen die Diplomaten der neuen Kontrolle aus dem Wege. So umfahren sie die Sektorengrenze mit einem längeren Umweg über „DDR"-Gebiet und erreichen am Übergang Stolpe West-Berlin. Hier haben die Diplomaten auch bisher schon ihre Pässe den „DDR"-Kontrolleuren vorgelegt.

Geißler-Mahnung zum 17. Juni

AP, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat die SPD aufgefordert, zur Gemeinsamkeit aller Demokraten in der Deutschlandpolitik zurückzukehren. In einem Schreiben an die CDU-Kreisvorsitzenden kritisierte Geißler, daß das Festhalten am Gedanken der Einheit der deutschen Nation nicht mehr so selbstverständlich sei wie in den 50er Jahren. „Führende SPD-Politiker sind heute bereit, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen preiszugeben, der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft zuzugestehen und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzugeben." An die Adresse der SPD gewandt, schrieb Geißler: „Die Verhandlungen und Verträge mit der kommunistischen SED fallen der Bundesregierung in den Rücken und schaden den deutschen Interessen."

In dem Rundschreiben regte Geißler an, zum „Tag der Deutschen Einheit" am 17. Juni in Veranstaltungen und Aktionen des Aufstandes in Mitteldeutschland zu gedenken. Der CDU-Generalsekretär versicherte, die Bundesregierung tue alles, um den Gedanken der Einheit der Nation zu stärken.

Entschädigung für Bauern erweitert

gü, Stuttgart

Beim Ausgleich landwirtschaftlicher Strahlenschäden wollen Bund und Länder offenbar betont großzügig verfahren. In Stuttgart stellte Baden-Württembergs Ernährungsminister Gerhard Weiser (CDU) gestern Entschädigungsleistungen auch für Ertragseinbußen bei solchen Gemüsearten in Aussicht, deren Vernichtung von den Behörden nicht ausdrücklich empfohlen worden war. Die meisten Länder, so Weiser, seien bereit, an entsprechenden Ergänzungsrichtlinien sowie der Finanzierung solcher „Billigkeitslösungen" mitzuwirken.

Aufgrund der Empfehlungen der Bonner Strahlenschutzkommission wurden bisher Salat, Spinat, Mangold, Porree und Stielmus als „ausgleichsfähig" anerkannt. Hinzu kämen nach den erweiterten Entschädigungsrichtlinien, über die heute die zuständigen Minister aus Bund und Ländern im Kanzleramt befinden, Rhabarber, Radieschen, Rettich, Kohlrabi, Petersilie, Schnittlauch und Sellerie. Formulare des Kölner Bundesverwaltungsamtes zur Erfassung der entstandenen Schäden liegen den Gemeindeverwaltungen vor.

Neue Waffen auch „im Alleingang"

AP, München

Der bayerische Ministerrat hat gestern den Vorschlägen von Innenminister Karl Hillermeier zugestimmt, die Entwicklung und Einführung von „Distanzmitteln" – Waffen zum Verschießen von Gummigeschossen – zu beschleunigen und diese „gegebenenfalls auch im Alleingang einzuführen". Das Kabinett befaßte sich mit den schweren Krawallen zu Pfingsten am Bauzaun der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

In einem Bericht, den die Staatskanzlei nach der Sitzung veröffentlichte, hieß es, das Kabinett habe auch die von Hillermeier für notwendig gehaltenen Verbesserungen des rechtlichen und verwaltungsmäßigen Instrumentariums in Form einer Verbesserung des Meldedienstes „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten" zur effektiven Erkennung und Bekämpfung reisender Gewalttäter unterstützt. Vermummung und passive Bewaffnung sollen nach dem Bericht als Straftaten eingestuft werden. Außerdem müßte ein Tatbestand des Landfriedensbruchs geschaffen werden, wie er vor den siebziger Jahren gegolten hat.



Präsident Karl Bonhoeffer (rechts) will „seinen" Kongreß retten: Durch Jewgeni Tschasows Direktiven aus Moskau ist der Streit programmiert FOTOS: AP/DPA

Moskau will Tschernobyl in Köln ausklammern

Kongreß der „Ärzte gegen den Atomkrieg" droht der Bruch

WERNER KAHL, Köln

Unter Funktionären des Exekutiv*rates der Vereinigung „Internationale* Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) schien gestern – 48 Stunden vor der Eröffnung ihres Weltkongresses in Köln (29. Mai bis 1. Juni) – die Spaltung der Organisation *zeitweilig nicht* mehr vermeidbar. Der Grund war das als anmaßend und einseitig-ideologisch empfundene Beharren des sowjetischen Ko-Präsidenten Jewgeni Tschasow und ihn begleitender Moskauer Spitzenfunk*tionäre auf der Forderung*, die rund 1000 bis 1200 erwarteten Ärzte sollten während des Kongresses auf jedwede Wortmeldung zu den akuten Risiken ziviler Nutzung der Kernenergie nach der Katastrophe im russischen Atomwerk Tschernobyl verzichten.

Aufgeregt hatten die Sowjetfunktionäre bereits vor dem Eintreffen in Köln ultimativ erklärt, daß Wünsche deutscher und ausländischer Mediziner nach Diskussionen über Tschernobyl und die Folgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt würden. Von den rund 200 000 in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Ärzten gehören etwa 4300 der Bewegung an.

Plutonium einbeziehen

Doch plötzlich verfaßten 1500 Teilnehmer einer Sondersitzung zum Thema „Nukleare Katastrophen" vor Beginn des 6. IPPNW-Kongresses eine Resolution, die von der „Gesundheitsinitiative Duisburg" angeregt worden war. Darin heißt es unter anderem, daß die Delegierten am Donnerstag darüber abstimmen sollen, bei den Bemühungen zur Verhinderung eines Atomkrieges „selbstverständlich schon die Produktion von Plutonium in atomtechnischen Anlagen zur Verwendung von Atomwaffen mit einzuschließen". Gerade diese Abschöpfung von Plutonium für den Bau von Atomwaffen erfolgte durch die Sowjets in Tschernobyl. Kongreß-Präsident Karl Bonhoeffer habe nach dieser Resolution den „Ruin" seiner Organisation befürchtet, so berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger", falls man der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf der Tagung nicht aus dem Weg gehe. Diesem Problemkreis könne sich eher später ein zweiter Verein widmen.

Überraschend wurde gestern jedoch nach Angaben der Veranstalter gegenüber der WELT die Resolution auf die Tagesordnung des Exekutivkomitees gesetzt, das über die Themen des mehrtägigen Kongresses *endgültig entscheiden* soll. Die Sowjetvertreter wehrten sich gegen diese Diskussion, weil sie zwar für die Bundesrepublik Deutschland analog dem DKP-Programm den totalen Verzicht auf friedliche Nutzung der *Kernenergie befürworten, jedoch* dies aus „ökonomischen und klassenkämpferischen" Gründen für die UdSSR ausschließen.

Kleinster Nenner

Für die politische Einhaltung dieser Linie sind außer Tschasow der Spitzenfunktionär der KPdSU, Sagladin, und der führende Atomfunktionär Welikow verantwortlich. Aus der alternativen Presse in der Bunderepublik erfuhren die Sowjets gestern, daß sie sich mit ihrem Verhalten in Köln „unglaubwürdig" („taz") machen. Die Delegierten wurden in einem Kommentar der alternativen Tageszeitung aufgefordert, nicht „zu Gunsten eines kleinsten gemeinsamen Nenners einen wesentlichen Teil atomarer Bedrohung auszublenden".

Auf diesen „kleinsten gemeinsamen Nenner" – den Frieden – hatten die Sowjets Anfang der achtziger Jahre bereits die „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik Deutschland eingeschworen. Falls es ihnen gelänge, sich auch bei den Ärzten durchzusetzen, werde die IPPNW, die mit dem Friedens-Nobelpreis ausgezeichnet wurde, „ihre ramponierte Glaubwürdigkeit gänzlich verlieren", meinen die Alternativen.

Bonner Ruf geschadet

Verstoß gegen Kontrollgesetz / Urteil im Rheinmetallprozeß

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Zehnte Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts hat gestern ein Urteil gesprochen, das Rechtsgeschichte machen wird. Zum ersten Mal mußte eine Gericht entscheiden, ob Waffen eines deutschen Herstellers illegal – und damit strafbar als Verbrechen – oder durch Umgehungsgeschäfte am deutschen Recht vorbei exportiert worden sind.

Nach 38 Verhandlungstagen verurteilten die Richter nun vier Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall zu Bewährungsstrafen zwischen 15 Monaten und zwei Jahren Haft sowie Geldbußen von 3000 bis 25 000 Mark. Sie seien schuld daran, erkannte das Gericht, daß Maschinengewehre, Fliegerabwehrkanonen, Panzerwaffen und eine Munitionsabfüllanlage nach Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika gelangt sind – statt, wie von Rheinmetall angegeben, nach Italien, Spanien und Paraguay.

„Gemeinschaftlich bei wechselnder Beteiligung handelnd", warf die Staatsanwaltschaft den Managern Dietrich Falcke, Dieter Köhler, Hans Voß und Friedrich Wilhelm Striepke *vor. Die Verteidigung dagegen* meinte, die Zuordnung des „angeblichen tatbestandlichen Geschehens" zu den einzelnen Anklagepunkten beruhe „weitestgehend auf Mutmaßungen und Spekulationen".

Umweg über Spanien

Das Gericht hingegen kam zu dem Schluß, die Angeklagten hätten bei den Waffengeschäften zwischen 1977 und 1980 gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen. Sie hätten den auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zugefügt, weil sie durch Umgehungsgeschäfte Waffen in Länder ausgeliefert hätten, für die sie sonst keine Genehmigung erhalten hätten. So nahmen die von Saudi-Arabien bestellten Maschinengewehre und Waffenteile auf dem Papier einen Umweg über Spanien und Italien. Die Rechnung aber zahlte „folgerichtig" Saudi-Arabien direkt bei der Düsseldorfer Waffenfirma, erläuterte der Vorsitzende der Kammer, Hans Joachim Krüger. Den Angeklagten sei also bewußt gewesen, daß sie trotz der Umwegverträge eine Genehmigung für die Beförderung nach Saudi-Arabien gebraucht hätten. „Nachhaltige und schwere Folgen" für die Bundesrepublik habe der Verkauf einer Munitionsabfüllanlage im Jahr 1978 über Paraguay nach Südafrika.

Scheinvertrag abgeschlossen

Die Angeklagten hätten zumindest billigend in Kauf genommen, daß dadurch die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik „erheblich gestört" worden seien. Denn Bonn sei durch diese Lieferung „erneut in den Verdacht " geraten, es unterlaufe das Waffenembargo der UNO gegen Südafrika. Erklärungen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) gegenüber schwarzafrikanischen Staaten seien so „in einem Zwielicht " erschienen.

Nach Überzeugung der Richter schlossen die Angeklagten „mit gro*ßem organisatorischen Aufwand*" Scheinverträge mit einer spanischen Firma, um Zwillings-Flaks und Panzer nach Argentinien liefern zu können.

Durch diese Scheinverträge sollte das Bundeswirtschaftsministerium getäuscht werden, das die Genehmigung erteilen muß. Das Endverbleibsland sei aber wesentlicher Bestandteil der Genehmigung. Zwar sei *im Kriegswaffenkontrollgesetz nur* von Beförderungs- und nicht von Ausfuhrgenehmigung die Rede, doch stelle dies nach Ansicht des Gerichts nur eine Verkürzung des Gesetzgebers dar.

Zugute kam den Angeklagten die „unorganisierte Arbeit" im Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn und die „mangelnde" Koordination im Bonner Wirtschaftsministerium. Zudem hätten sie Mitwisser in der Firma gehabt.

Tauziehen um Listenplatz für Bauernpräsident

geo. Kiel

Der Landesvorstand der Christdemokraten Schleswig-Holsteins sieht sich vor eine schwierige Personalentscheidung gestellt. Beim Tauziehen um die Listenplätze für die Bundestagswahl im Januar muß der Vorstand morgen darüber befinden, ob er dem Bauernpräsidenten des nördlichsten Bundeslandes, dem Bundestagsabgeordneten Karl Eigen, den sicheren Listenplatz Nummer 4 zuerkennt.

Das Schicksal Eigens hängt in erster Linie von dem Landesvorsitzenden der Partei, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, ab. Wie es heißt, habe er bereits im internen Kreis dem Landwirt mit Rücksicht auf die Bauernschaft in Schleswig-Holstein den vierten Platz zugesagt. Durch das Verhalten Eigens in jüngster Zeit sollen ihm an dieser Entscheidung allerdings Zweifel gekommen sein.

In der Partei genießt Eigen nicht das größte Ansehen. Sie wirft ihm vor, sich in dieser Legislaturperiode so gut wie nicht um seinen Wahlkreis Plön gekümmert zu haben, mit der Konsequenz, daß nun der dortige Kreisvorsitzende Werner Kalinka den Verband um sich scharte und sich anstelle von Eigen als Kandidat für die Bundestagswahl aufstellen ließ.

Auch im Verband ist die Stellung *des Bauernpräsidenten nicht mehr* unangefochten. Allzusehr habe der Bundestagsabgeordnete, der einen stattlichen Hof sein eigen nennt, in der Vergangenheit die Interessen der besser gestellten Landwirte verfochten. Die Folge: Im nördlichsten Bundesland wurde eine neue Interessengemeinschaft der Bauern gegründet.

Der Unmut über Eigen beschränkt sich nicht auf Schleswig-Holstein. Mit seiner „Politik der Ellenbogen" verärgert er auch so manchen Kollegen aus dem Agrarausschuß in Bonn.

Sollte Eigen den vierten Listenplatz für sich entscheiden, so verdankt er das vor allem dem Umstand, *daß die Christdemokraten keine* Alternative zu Eigen sehen.

Option für Hamburg

Kiel verabschiedet gegen Widerstand der SPD Mediengesetz

GEORG BAUER, Kiel

Als zweites Bundesland nach Niedersachsen hat Schleswig-Holstein gestern die Weichen für den Abschluß eines norddeutschen Medienstaatsvertrags zwischen den Bundesländern Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gestellt. In zweiter und abschließender Lesung verabschiedete der Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein entsprechendes Mediengesetz. Der Vertrag räumt auch der Hansestadt Hamburg eine Option auf den Beitritt ein. Im Gegensatz zu dem Senat, der sich bereits für den Beitritt ausgesprochen hat, hat sich die Bürgerschaft der Hansestadt noch nicht entschieden.

Mit dem Vertrag wollen die Bundesländer, denen nach der Quotenregelung ein Kanal auf dem Direktstrahlensatelliten TV Sat zusteht, einem privaten Programmveranstalter bundesweit Sendemöglichkeiten bieten. Der Satellit, der insgesamt über vier Fernsehkanäle und einen Hörfunkkanal verfügt, soll Ende des Jahres betriebsbereit sein. Bisher zeichnet sich ab, daß neben den norddeutschen auch die süddeutschen Länder einen Kanal für sich beanspruchen. Die beiden anderen Kanäle sollen von der ARD und dem ZDF genutzt werden.

„Private Fenster"

Nach dem vorliegenden Gesetz muß der private Veranstalter neben der bundesweiten Ausstrahlung eines Programmes „private Fenster" anbieten, in denen sich das Leben aus den Regionen der Bundesländer spiegelt. Diese Fenster werden entweder über Kabelnetze oder sogenannte Low-Power-Stationen empfangen werden, Frequenzen mit einer maximalen Reichweite von 30 Kilometern.

Als Interessenten für die Sendeerlaubnis gelten der Luxemburger Sender RTL Plus in Zusammenarbeit mit dem Medienkonzern Bertelsmann so*wie Sat 1, ein Konsortium von Zei*tungsverlegern. Die Erlaubnis soll von einem gemeinsamen Ausschuß *mit 26 Ländervertretern erteilt* werden. Rechtliche Grundlage für das bundesweite Programm soll das Mediengesetz des Landes sein, in dem der Rundfunkveranstalter seinen Sitz haben wird. Für die „regionalen Fen*ster" sollen die jeweiligen Landesge*setze gültig sein.

Kritik aus Berlin

Im Vorfeld des Vertrages zwischen *den norddeutschen Ländern* hatte es Diskussionen um das niedersächsische Mediengesetz gegeben, das zu Beginn der Debatte Grundlage des neuen Vertragswerkes gewesen war. Gegen den Gesetzestext, der einen *größeren Einfluß auf die Programm*gestaltung durch den Staat eingeräumt hatte, war vor allem in Schleswig-Holstein, aber auch in Berlin, Kritik laut geworden.

Ministerpräsident Uwe Barschel bedauerte gestern in der Landtagssitzung das Nein der Sozialdemokraten. Die SPD habe eine Chance für ein größeres Maß an Gemeinsamkeit in der norddeutschen Medienpolitik vertan. Der christdemokratische Regierungschef verteidigte das Vorgehen des Nordens mit der Haltung Hessens, an der der Abschluß eines bundesweiten Medienstaatsvertrages gescheitert sei. In Konkurrenz zum Süden, dessen gemeinsamer Vertrag zwar unterzeichnet, aber noch ratifiziert ist, habe man den Medienstandort Norddeutschlands sichern müssen.

Der medienpolitische Sprecher der SPD, Gert Börnsen, meinte hingegen, der Entwurf sei ungeeignet und verfassungsrechtlich „höchst bedenklich". Recht und Planungssicherheit gewännen zukünftige Rundfunkveranstalter nicht durch Teilstaatsverträge einiger Länder, sondern nur durch einen bundeseinheitlichen Vertrag, der in seinen inhaltlichen Bestimmungen das in den kommenden Wochen erwartete neue Urteil des Bun*desverfassungsgerichtes* berücksichtige.

DRK-Gruppe schweigt über „DDR"-Besuch

DIETHART GOOS, Bonn

Eine Präsidiumsdelegation des Deutschen Roten Kreuzes ist von einem fünftägigen Besuch der „DDR" in die Bundesrepublik zurückgekehrt, ohne daß Einzelheiten über die Gespräche *mit dem Roten Kreuz* der „DDR" mitgeteilt wurden. Eine Pressekonfenz in Bonn wurde kurzfristig abgesagt. DRK-Pressesprecher Horst Hamborg sagte: „Wegen der von beiden Seiten vereinbarten Vertraulichkeit der Gespräche werden keine öffentlichen Erklärungen abgegeben."

Dennoch haben „DDR"-Medien mehrfach über den Besuch berichtet. So hieß es am 21. Mai im SED-Zentralorgan „*Neues Deutschland*", der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der „DDR", Professor Siegfried Akkermann, habe in Dresden eine Delegation des DRK der Bundesrepublik empfangen. Im Verlauf des Gesprächs habe Akkermann unterstrichen, die Rotkreuzbewegung weltweit für die Erhaltung des Friedens wirken zu lassen.

Einen Tag später berichtete das „Neue Deutschland", die DRK-Delegation aus Bonn habe das Sport- und Erholungszentrum in Berlin besucht. Das besondere Interesse der Gäste habe dem sportmedizinischen Bereich gegolten. Am 23. Mai veröffentlichte das „Neue Deutschland" einen Bericht unter der Überschrift: „Delegation des DRK der BRD in Buchenwald und Weimar." So habe die Delegation aus der Bundesrepublik die nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald sowie historische Stätten in Weimar besucht. Im Glockenturm des ehemaligen Konzentrationslagers habe die Delegation einen Kranz niedergelegt und der Opfer des faschistischen Terrors schweigend gedacht. DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn Wittgenstein-Hohenstein, der die Delegation aus Bonn leitete, wird im ND mit den Worten zitiert, die er in das Buch der Gedenkstätte schrieb: „Wir gedenken in Ehrfurcht der Opfer von Willkür und Gewalt." Der Präsident habe versichert, das DRK der Bundesrepublik werde sich mit dafür einsetzen, daß sich solch Grauen nie wiederhole. Zum Gesprächskatalog des DRK gehörten unter anderem der grenzüberschreitende Krankentransport, die Jugendarbeit sowie die Verwirklichung der Schlußdokumente der 2. Weltfriedenskonferenz des Roten Kreuzes.

SPD: Privilegien der Siegermächte abbauen

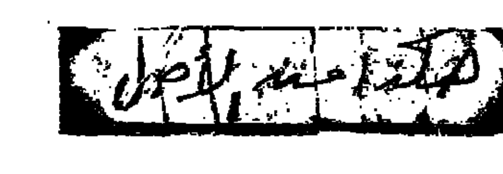
gü. Stuttgart

„Sozialdemokratische Friedenspolitik" muß nach den Vorstellungen der baden-württembergischen SPD langfristig „die Militärblöcke überwinden" und zur Aufgabe der „aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Besitzstände der ehemaligen Siegermächte" führen. Als Einstieg ist militärische Enthaltsamkeit angesagt: Für den Fall eines Machtwechsels in Bonn wird eine sofortige Kürzung des Verteidigungsetats um zehn Prozent und um jeweils zwei Prozent in den Folgejahren gefordert. Außerdem sollen „innerhalb von 24 Monaten nach Übernahme der Regierungsverantwortung" alle im Bundesgebiet stationierten Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper abgebaut werden. Das gesamte Verteidigungskonzept solle einen „unverwechselbar defensiven" Charakter haben.

Niedergeschrieben hat diese friedenspolitischen Absichtserklärungen eine von dem Freiburger SPD-Kreisvorsitzenden Gernot Erler, Repräsentant des linken Parteiflügels im Lan*despräsidium, geleitete Kommission.* Mit Zustimmung des Landesvorstands soll das Papier auf einem Landesparteitag am 7. Juni verabschiedet und beim nächsten Bundesparteitag der SPD als Antrag eingebracht werden.

Den „beiden deutschen Staaten" wird in der Beschlußvorlage auf dem Weg zu einem „positiven Frieden" eine Schlüsselrolle zugedacht. Gemeinsam sollen beide die Rückzugsverhandlungen mit den Siegermächten führen und Berlin eine „zentrale Funktion im europäischen Friedensprozeß" zuweisen. Bis dahin wollen Erler und Genossen den „eher offensiv angelegten Strategiekonzepten" der USA eine „gemeinsame Sicherheits-, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der wichtigsten westeuropäischen Länder" entgegensetzen.

Mit Rücksicht auf „die Sicherheitsinteressen der anderen Seite" schlagen die Friedenspolitiker der Südwest-SPD neben dem „einseitigen Abbau" der atomaren Mittelstreckenraketen und der Kürzung des Verteidigungshaushalts den Aufbau einer „unverwechselbar defensiven Luftverteidigung" sowie die Umstrukturierung der Landverteidigung von „panzerstarken Großverbänden" zu „kleineren, beweglichen, panzerabwehrstarken Gliederungen" vor. Ferner soll die Friedensstärke der Bundeswehr auf „gekaderte Verbände", die im Ernstfall durch besser ausgebildete Reservisten aufzufüllen seien, eingeschmolzen werden. Das wiederum erlaube eine Verkürzung des Wehrdienstes.



De Mita wehrt sich gegen „alternatives“ Bündnis

Anspielung auf KPI / Pfiffe für Craxi / Anspruch auf sein Amt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit einem Pfeifkonzert, das dem sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi auf der Ehrentribüne im römischen Sportpalast entgegenschlug, haben Italiens Christdemokraten zu Beginn ihres 17. Nationalkongresses unüberhörbar ihre Entschlossenheit signalisiert, sobald wie möglich die Ablösung des seit fast drei Jahren amtierenden Chefs der römischen Fünfparteienkoalition durch einen christdemokratischen Politiker durchzusetzen.

DC-Parteisekretär Ciriaco De Mita vermied es zwar, dieser von der pfeifenden Parteibasis artikulierten Forderung in seiner vierstündigen Eröffnungsrede die Form eines Ultimatums zu geben, da er offensichtlich das Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses befürchtet.

Er plädierte ausdrücklich für die Fortsetzung dieser seiner Meinung nach alternativlosen Koalition nicht nur bis zu den 1988 fälligen Parlamentswahlen, sondern darüber hinaus für die ganze nächste Legislaturperiode.

Aber auch er machte deutlich: Der zeitweilige Verzicht seiner Partei als des mit Abstand stärksten Koalitionspartners auf den Posten des Regierungschefs kann nur die Ausnahme, nicht aber die Regel bilden.

De Mita, dessen Wiederwahl zum Parteisekretär unumstritten ist, übte scharfe Kritik an der in der Sozialistischen Partei erkennbaren Tendenz, das jetzige Regierungsbündnis der DC als Sprungbrett für eine sozialistisch-laizistische Alternative zur Democrazia Cristiana zu benutzen. Eine solche Alternative, so unterstrich er, könne unter den gegebenen Umständen nur mit entscheidender Hilfe der KPI verwirklicht werden.

Zweideutige Politik

Bisher hätten die Sozialisten stets versichert, daß die Bedingungen für eine Allianz mit der KPI nicht gegeben seien, trotzdem aber die Alternative als Ziel herausgestellt. Das sei eine Politik der Zweideutigkeit.

Craxi bezeichnete diese und andere kritische Anmerkungen De Mitas zur Politik der Sozialisten als polemische Ausfälle und kündigte „nicht weniger polemische Antworten“ an.

Klarer und eindeutiger als von manchen politischen Beobachtern erwartet äußerte sich De Mita zu zwei Themen, die in den letzten Wochen immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion standen: zur Außenpolitik und zum Verhältnis zwischen Democrazia Cristiana und KPI.

Im außenpolitischen Teil seiner Marathonrede sagte er: „Was die Außenpolitik angeht, so sind Zweideutigkeiten und passive Einstellungen unmöglich. Sie widersprächen dem Geist und den Buchstaben unserer Allianz mit den Vereinigten Staaten.

Verständnis erneuern

Es kann weder *Äquidistanz oder* tendenziell neutralistische Eskapaden noch ein nationalistisches Aufbegehren alter Art geben. Man kann die USA und andere Supermächte wie die UdSSR nicht auf die gleiche Ebene stellen.“

Die in letzter Zeit im Zusammenhang mit Ereignissen im Mittelmeer deutlich gewordenen Differenzen und Verständigungsschwierigkeiten zwischen Europa und Amerika, die keineswegs nur auf Mißverständnissen beruhten, müßten durch „die Erneuerung des gegenseitigen Verständnisses“ überwunden werden.

Im Nahen Osten müsse eine politische Lösung gefunden werden. Dem Terrorismus, der von Libyen – „aber leider nicht nur von Libyen“ – unterstützt werde, sei fest und ohne Schwäche zu begegnen.

Das Verhältnis seiner Partei zur KPI brachte De Mita auf die Formel: Die christdemokratische Position ist *kulturell, historisch und politisch* alternativ zur kommunistischen Position, auch wenn in großen nationalen Fragen nach gemeinsamen Werten gesucht werden sollte.

Ihr jüngstes Bekenntnis zur europäischen Linken macht die KPI nach Ansicht De Mitas außenpolitisch keineswegs zu einem verläßlicheren Partner. Suchten doch die Kommunisten offensichtlich vor allem den Kontakt zur SPD, die nach ihrem Überwechseln in die Opposition außenpolitisch heute an der Grenze zum Neutralismus stehe.

Am römischen Kongreß nehmen Delegierte von mehr als 100 christdemokratischen oder den Christdemokraten nahestehenden Parteien der Welt teil, darunter auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler.

Murdoch unterbreitet letztes Angebot

REINER GATERMANN, London

Der 18wöchige Arbeitskampf zwischen News International, Herausgeber der „Times“, „Sun“, „Sunday Times“ und „News of the world“, und fünf Druckergewerkschaften ist jetzt mit der Unterbreitung des „endgültig letzten“ Arbeitgeber-Angebotes in seine entscheidende Phase eingetreten. NI-Präsident Rupert Murdoch offerierte den Gewerkschaften und ihren rund 5500 von ihm entlassenen Mitgliedern eine Abfindung von 620 Pfund, ungefähr 2110 Mark, pro Beschäftigungsjahr, insgesamt etwa 50 Millionen Pfund, außerdem will er ihnen den gesamten Gebäudekomplex der „Sunday Times“, einschließlich der Druckpressen, überlassen. Bis zum 30. Mai müssen sich die Gewerkschaften entscheiden, ob sie das Angebot annehmen oder eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern herbeiführen.

Der Konflikt war Mitte Januar ausgebrochen, als Murdoch nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen Redaktion und Druckerei seiner vier Blätter in einer strenggeheimen Wochenendaktion aus der Umgebung der Fleet Street in einen ein paar Kilometer entfernten Neubaukomplex in Wapping verlegte. Die am Vortag in den Streik getretenen Drucker sowie alle übrigen Mitglieder der fünf Gewerkschaften entließ er. Seine Zeitungen werden seitdem in Wapping von Mitgliedern der Elektriker-Gewerkschaft hergestellt.

Obwohl die Gewerkschaften nach der jüngsten Murdoch-Offerte einräumen, daß die finanziellen Bedingungen erheblich verbessert worden sind, tun sie sich schwer, ihr zuzustimmen, denn in einem entscheidenden Punkt bleibt der Australier mit dem US-Paß hart: Den traditionellen Druckergewerkschaften bleibt zumindest für weitere zwölf Monate der Zutritt zu Wapping versperrt, dann will Murdoch die Lage neu überdenken, und von den Entlassenen hat kaum jemand die Möglichkeit, in dem neuen Betrieb beschäftigt zu werden. Die Hauptforderungen der Gewerkschaftsmitglieder beziehen sich jedoch ausschließlich auf Wiedereinstellung und Organisationsrecht in Wapping für ihre Gewerkschaften. Bisher war keine bereit, ihren Mitgliedern die Annahme der Offerte zu empfehlen.

„Dies ist ein Test für die USA“

London warnt Washington vor Verlust an Glaubwürdigkeit in der Terrorbekämpfung

FRITZ WIRTH, Washington

Im amerikanischen Senat liegt seit fast einem Jahr ein Gesetz, das im scheinbar so harmonischen und freundschaftlichen Klima zwischen Washington und London immer mehr *den Charakter einer politischen Zeitbombe* bekommt. Es ist das neue Auslieferungsabkommen zwischen beiden Ländern, das von beiden Regierungen bereits im letzten Jahr unterzeichnet worden ist, jedoch noch der Zustimmung des amerikanischen senats mit zweidrittelmehrheit bedarf, bevor es wirksam wird.

Dieses neue Auslieferungsgesetz hat für die von schweren politischen Rückschlägen gezeichnete britische Premierministerin nicht nur erhebliche innenpolitische Bedeutung, es ist auch zum Gradmesser der Glaubwürdigkeit und Krisenfestigkeit des britisch-amerikanischen Verhältnisses geworden. Der britische Nordirlandminister Tom King gab den amerikanischen Senatoren, die sich so vehement diesem Ankommen widersetzen, bei seinem kürzlichen Washington-Aufenthalt sehr deutlich zu verstehen, daß es zwischen dem Terrorismus im Nahen Osten und dem in Irland und Ulster keine großen Unterschiede gibt.

40 Millionen Stimmen

Zugleich ermahnte er die amerikanische Administration, daß hier die Glaubwürdigkeit der Terrorismus-Deklaration von Tokio auf dem Spiel stehe, in der ausdrücklich schärfere Auslieferungsmaßnahmen gefordert wurden. Er erinnerte daran, daß die USA und Großbritannien bei der Formulierung dieser Erklärung von Tokio eine führende Rolle gespielt haben. „Die Öffentlichkeit würde kein Verständis dafür haben, wenn sie nun nicht bereit sind, diese Maßnahmen *in die Wirklichkeit umzusetzen*“, *sagte* King. Und aus Downingstreet selbst kam die Mahnung: „Dieser Vertrag ist ein Test für die USA, der Auskunft darüber gibt, wie ernst es Washington mit seinem Kampf gegen den Terrorismus meint.“

Der neue Vertrag sieht vor, daß Gewaltverbrechen wie Mord, Kidnapping, Bombenattentate und Highjacking nicht mehr den Charakter von „politisch motivierten Aktionen“ haben sollen, die die Auslieferung eines Angeklagten, der sich in die USA absetzt, verhindern. In der Vergangenheit haben eine Serie von IRA-Terroristen in den USA Zuflucht gefunden und sich erfolgreich allen britischen Auslieferungsanträgen widersetzt.

Die Gegner dieses neuen Vertrages sind in erster Linie Demokraten und Repräsentanten der überaus starken und einflußreichen amerikanisch-irischen Gemeinde, die über 40 Millionen Bürger umfaßt. Diese Volksgruppe sowie deren politische Repräsentanten haben über den Kampf der IRA in vielen Fällen noch sehr romantische Vorstellungen und sehen sie ungeachtet der Tatsache, daß sie selbst in Irland als eine illegale Organisation gilt, als irische Freiheitskämpfer. Die meisten von ihnen haben wenig Ahnung über die zuweilen linksextremen Strömungen innerhalb der IRA und über die Tatsache, daß sie für lange Zeit von Khadhafi aktiv unterstützt wurde.

Unerwartete Unterstützung fanden die demokratischen Gegner des Vertrages im Senat durch den republikanischen Senator Jesse Helms. Er fürchtet, daß dieser neue Vertrag zu einem Präzedenzfall werden und dazu führen könnte, daß künftig die Regierung in Afghanistan die Auslieferung von afghanischen Rebellen oder die Regierung von Nicaragua die Auslieferung von „Contra“-Kämpfern verlangen könnte.

Dilemma spitzt sich zu

Der neue Vertrag konnte bisher *noch nicht dem Senat zur Ratifizierung* vorgelegt werden, weil er seit Monaten im außenpolitischen Senatsausschuß blockiert wird. Um diese Blockade aufzubrechen, hat der Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Richard Lugar, die Ratifizierung mit der Gewährung der amerikanischen Wirtschaftshilfe in Höhe von 250 Millionen für Nordirland gekoppelt, an denen zahlreichen Demokraten sehr gelegen ist.

Die vorwiegend demokratischen Opponenten des neuen pro-britischen Auslieferungsabkommens befinden sich in einem wachsenden Dilemma. Sie möchten einerseits im Vorfeld der Kongreßwahlen ihre starke amerikanisch-irische Anhängerschaft nicht vor den Kopf stoßen, möchten andererseits aber im gegenwärtigen militanten Anti-Terroristen-Klima in den USA nicht als Apologeten der Gewalt dastehen.

Tass-Korrespondent verschwunden

dpa, Helsinki

Der Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in Finnland, Raivo Ojasaar, ist nach Angaben der in Helsinki erscheinenden Zeitung „Ilta-Sanomat“ seit zehn Tagen mit seiner Familie spurlos verschwunden. In Helsinki wird vermutet, daß sich der sowjetische Journalist inzwischen in den Westen abgesetzt hat.

Die finnische Polizei bestätigte, daß für Raivo Ojasaar und seine Familie eine Vermißtenmeldung abgegeben wurde. Weitere Einzelheiten sind bisher aus Finnland nicht bekannt worden.

Intervenieren USA gegen Klenner?

AP, Bern

Die USA wollen nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums verhindern, daß der „DDR“-Diplomat Klenner Präsident der UNO-Menschenrechtskommission wird. Es liege ein diesbezüglicher Brief des US-Außenministeriums vor. Jüdische Gruppen werfen Klenner vor, daß er als junger Mann in die NSDAP eingetreten sei. Nach Angaben von Kurt Hendl, Leiter des Genfer Menschenrechtszentrums, ist Klenner für den Präsidentenposten gar nicht im Gespräch. Der „DDR“-Diplomat war zuletzt Vizepräsident der UNO-Menschenrechtskommission.

Schachmeister darf UdSSR verlassen

rtr, Moskau

Der frühere sowjetische Schachmeister Boris Gulko hat nach siebenjährigem Bemühen jetzt eine Ausreisegenehmigung erhalten. Seine Familie teilte mit, Gulko wolle nach Israel ziehen. Der 38jährige hatte erst kürzlich seine Kampagne für ein Ausreisevisum verstärkt, indem er versuchte, täglich vor dem Moskauer Denkmal des Dichters Gogol eine Ein-Mann-Demonstration abzuhalten. Die Polizei hinderte ihn jedoch gewöhnlich daran, sein Spruchband zu entfalten.

Nach Angaben von Gulkos Familie haben auch die Ehefrau Anna und Sohn David Ausreisevisa erhalten.

ANC droht mit Angriffen auf weiße Kinder

rtr, Harare

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat mit Angriffen auf weiße Zivilisten und Kinder in Südafrika gedroht. Der Vertreter der schwarzen Widerstandsorganisation in Simbabwe, Freddie Mzimba, sagte in einem gestern veröffentlichten Interview der in Harare erscheinenden Zeitung „Herald“, die Regierung in Südafrika habe ihre Mißachtung für das Leben wehrloser Zivilisten unter Beweis gestellt. Seine Organisation werde nun dasselbe tun.

„Jetzt müssen auch die weißen Eltern auf die Friedhöfe gehen. Unsere Leute werden in die Wohngebiete und Schulen der Weißen gehen und das machen, was die Weißen unserem Volk antun“, sagte Mzimba. „Wir wissen, daß die internationale Gemeinschaft laut aufschreien wird, weil wir Unschuldige töten, aber was ist mit unseren Kindern?“

Bislang hat der ANC – die größte schwarze Untergrundbewegung –, der die weiße Minderheitsregierung in Südafrika stürzen will, immer darauf hingewiesen, daß sich sein Kampf nur gegen militärische Ziele richte. „Wer jetzt stirbt, stirbt im Kreuzfeuer. Unser Volk hat genug seiner Angehörigen beerdigt, die Weißen müssen bald folgen“, sagte Mzimba.

Mzimba berichtete, der jüngste Aufschwung beim Widerstand der Schwarzen in Südafrika gebe dem ANC nur die Möglichkeit, eine härtere Position einzunehmen, da er ansonsten an Einfluß verlieren würde. Die südafrikanischen Angriffe der vergangenen Woche gegen Simbabwe, Sambia und Botswana hätten zudem die ANC-Kämpfer angestachelt, da sich Südafrika auch von der Anwesenheit einer Friedens-Delegation des Commonwealth nicht habe stören lassen.



Schüsse auf Sri Lanka, aber auch Gespräche

Extremisten schlagen Entgegenkommen Colombos aus

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

„Mit so heftigem Widerstand", sagt ein Sprecher des srilankischen Sicherheitsministeriums, „haben wir nicht gerechnet." Kurz nach Überschreiten des Elephanten-Passes im nördlichen Teil der Insel Sri Lanka mußten die srilankischen Streitkräfte den Marsch auf die Stadt Jaffna stoppen; er war Teil einer großangelegten Offensive gegen militante Tamilen.

Trotz der Bombenangriffe auf zahlreiche Gebäude in Jaffna und Granatfeuer von See her auf verschiedene Küstenorte wurde deutlich, daß die Nordprovinz der Insel in der Hand der Extremisten ist.

Kurz nach der Armee-Offensive schlugen die Militanten zurück: Im Distrikt Trincomalee, in der mehrheitlich von Singhalesen bewohnten Ostprovinz, überfielen sie das Dorf Siripura, töteten 20 Singhalesen und legten die Häuser in Schutt und Asche.

Überfälle, die mehrere Menschenleben kosteten, übten sie auf größere landwirtschaftliche Anwesen in der Ostprovinz aus, wo die Regierung in den letzten Monaten Singhalesen angesiedelt hatte.

Die Lage auf der Tropeninsel hat sich verschlechtert. Bemühungen, den seit drei Jahren andauernden Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen politisch zu lösen, sind bisher gescheitert.

Aber ungeachtet der großangelegten Operation der Streitkräfte wird hinter den Kulissen zwischen Colombo und den im indischen Exil lebenden gemäßigten Tamilen-Führern mit Indiens Vermittlung weiter verhandelt.

Weitgehende Autonomie

Der Führer der Tamilischen Vereinigten Befreiungsfront (Tulf) Amirthalingam, aber auch der Volksbefreiungsfront für Tamil Eelam (Plote) sind offensichtlich bereit, über das jüngste Angebot Colombos an die Tamilen, den Staat per Verfassungsänderung in weitgehend autonome Verwaltungseinheiten aufzuteilen, mit Präsident Junius Jayewardene zu reden.

Denn für die Tamilen würde dies die Selbstverwaltung der nördlichen Halbinsel um Jaffna und eine Beteiligung an der Regierung der Ostprovinz bedeuten. Colombo lehnt weiterhin die Tamilenforderung nach einer Vereinigung der Ost- und Nordprovinzen ab, weil dies „de facto" ein Tamilenland von etwa einem Drittel der Oberfläche Sri Lankas bedeuten würde. Die Regierung will den Tamilen in der Nordprovinz Polizeihoheit einräumen und zusätzlich beide Provinzen übergreifende gemeinsame Einrichtungen schaffen.

Mit Hilfe indischer Experten für Verfassungsrecht wurde außerdem ein Schlupfloch in Sri Lankas Verfassung gefunden, das ein für Verfassungsänderungen vorgeschriebenes Referendum unnötig macht. Tamilen hatten erklärt, daß ein landesweites Referendum zu ihren Ungunsten enden würde.

Eine schwache Armee

Trotz allem Entgegenkommen zögern die Gemäßigten, ihre Unterschrift unter einen Vertrag mit Colombo zu setzen. Denn ein Regieren in der Nordprovinz ist ihnen unmöglich geworden, da diese von den Extremisten kontrolliert wird, die den Staat „Eelam" fordern. Mit der militärischen Operation wollte Colombo Amirthalingam „ermutigen" und ihm die „Vorarbeit" für eine Übernahme von Jaffna leisten. Doch dies ist offensichtlich fehlgeschlagen.

Denn die Armee ist trotz Verdoppelung ihrer Stärke, modernerer Ausrüstung und Anti-Guerrilla-Training in Pakistan ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Indien, selbst von inneren Unruhen geschüttelt, möchte lieber heute als morgen das Tamilen-Problem zu den Akten legen, nachdem im indischen Bundesstaat Tamilnadu der Unmut der Bevölkerung gegen tamilische Flüchtlinge wächst.

Sri Lanka selber steckt in ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sollte das Problem über das Jahr 1987 hinaus andauern. Der Tourismus mußte Einbußen bis zu 60 Prozent hinnehmen.

Noch hilft ausländische Entwicklungshilfe über die Ausgabenexplosion hinweg, vornehmlich im Verteidigungssektor. Aber Colombo befürchtet, daß künftig westliche Geber den Geldhahn zudrehen, wenn der Bürgerkrieg andauert. Mit Erlösen aus Tee- und Gummiexport und einer noch in den Kinderschuhen steckenden Industrie allein könnte Sri Lanka nicht auskommen.

Ghana verordnet sich moralische Erneuerung

INGRID ZAHN, Accra

„Zahl deine Steuern!" Ghanaische Zeitungen sind voll mit Appellen an die Zahlungsmoral der Bürger. Verdächtige Steuersünder werden gebeten, sich zu einem Gesprächstermin bei der zuständigen Behörde einzufinden. Regierungsbeamte müssen – so wie jüngst vier Mitglieder des Erziehungsministeriums – damit rechnen, daß ihnen auf Verdacht der Zutritt zu ihrem Büro verwehrt, daß ihre Konten gesperrt werden.

Dem Aufruf des Fliegerhauptmanns Jerry Rawlings (39) als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (PNDC) widmeten die Zeitungen tagelang breiten Raum. Rawlings putschte im Juni 1979 zum ersten Mal; vier Monate später übergab er die Macht der zivilen Regierung unter Staatspräsident Hilla Limann. Doch dieser ließ die Zügel schleifen, bis Rawlings sie ihm im Januar 1982 wieder entriß.

Ghana, so stellt Rawlings selbstkritisch fest, befinde sich im 29. Jahr seiner Unabhängigkeit in einem Zustand des Mangels und der Rückständigkeit, in den es sich selbst hineingesteuert habe. Lethargie und moralische Laschheit lähmten die Entwicklung des jungen Staates, der als einer der ersten und reichsten Länder an der Goldküste Afrikas aus kolonialer Vormundschaft entlassen worden sei.

Der zornige „junge" Mann mit den Kompetenzen eines Diktators und dem Sendungsbewußtsein eines Missionars hält seinen Landsleuten den Spiegel vor: Diese Revolutionsregierung würde nicht ruhen, bis sich alle ihre Mitglieder und Untertanen wieder auf den Weg der nationalen Würde begeben hätten, bis Korruption und Bestechlichkeit, wo immer sie auftauchen, besiegt seien.

Selbstkritik tut not

Jerry Rawlings baut auf die Toleranz der Ghanaer in Fragen der unterschiedlichen Religionszugehörigkeit, wenn er die Vorbildfunktion des christlichen Erlösers für die Nation als Ganzes in Anspruch nimmt. Das selbstlose Wirken Jesu sei dazu angetan, alle Personen in verantwortlichen Stellungen zu ermutigen, ihre Arroganz und ihre Anspruchshaltung aufzugeben, um der Allgemeinheit selbstkritisch zu dienen. Die moralische Erneuerung auf allen Ebenen sei die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung.

Westliche Diplomaten, Entwicklungshelfer und Missionare bestätigen, daß die Regierung um die Wiederherstellung von Vertrauen bemüht ist, das durch jahrzehntelange Verschwendung und Schlamperei untergraben worden sei.

Mit der mehrfachen radikalen Abwertung des Cedi wurde ein erster mutiger Schritt getan. Er hat es multilateralen Gebern erleichtert, Ghana mehr Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Es geht um ein Gesamtvolumen von mehr als 500 Millionen US-Dollar.

Rat eines Pragmatikers

Mit seiner schmerzhaften Währungsoperation zur Selbstheilung hat sich Rawlings als ein Politiker erwiesen, der auf pragmatische Ratgeber hört, so auf Kwese Botchwey, Finanzexperte und eines der fähigsten Mitglieder der provisorischen Regierung.

Andererseits hat die Verringerung der Schere zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem Schwarzmarkterlös in ghanaischer Währung für einen US-Dollar unzähligen ghanaischen Importeuren das große Geschäft verdorben.

Der Kampf gilt jetzt vor allem den unlauteren Geschäftsmethoden gut ausgebildeter und fähiger Leute, auf deren Mitwirkung am Wiederaufbau des Landes Rawlings nicht verzichten kann. Immerhin ist die Korruption großen Stils zurückgegangen. Eine „Selbstbedienung" aus den Regierungsbudgets ist nicht mehr möglich. An eine globale Hexenjagd auf frühere „Feinde der Revolution" ist jedoch nicht gedacht. Viele politische Gefangene kamen inzwischen frei. Die Zahl der Neufestnahmen ist gering.

Nur wenige der 20 000 Ghanaer, die über Ost-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und um Schutz vor politischer Verfolgung bitten, sind – wie westliche Diplomaten in Accra sagen – tatsächlich bedroht. Sie suchen vielmehr eine bessere Existenz.

Dazu gehören auch 200 ghanaische Ärzte, die in ihrer Heimat dringend gebraucht werden. Die Lücke versuchen Missionsärzte aus dem westlichen Ausland auszufüllen.

Der neue Austerity-Kurs ist von Unwägbarkeiten geprägt. Kaum werden die Beamtengehälter erhöht, droht schon wieder die Streichung des bezahlten Urlaubs. Auch bei den Studenten wird gespart.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zwischen Terror und Utopie

„Karikatur: Der kleine grüne Unterschied"; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Klaus Böhle trifft mit seiner Karikatur den Nagel auf den Kopf. Denn der Umweltschutz gibt nur den Tarnmantel für handfesten Antiamerikanismus der im „Grünen"-Gewande daherschreitenden „Roten" her.

Der Fehler, den die CDU/CSU macht, besteht darin, daß sie bereit ist, die Grünen als demokratische Partei anzuerkennen. Gewählt waren die Nazis schließlich damals vor knapp 60 Jahren auch. Es ist die Frage, ob die Demokraten etwas aus der Geschichte gelernt haben.

Mit freundlichem Gruß
Christoph Rassek,
Göttingen

*

„Wackersdorf ist nicht Tschernobyl"; WELT vom 17. Mai

Was wollen die vermummten Roßtäuscher, die sich als Friedensfreunde ausgeben und von den Grünen zunächst immer noch als Demonstranten zugelassen werden, mit ihren Schneidbrennern, Vorschlaghämmern und Sprengsätzen, wenn sie die Zäune um unsere Kernkraftwerke zu druchbrechen versuchen? Schon allein die Sprengung von Stromleitungsmasten kann zu Überhitzung und somit zu einer Katastrophe führen. Und gerade das wollen sie.

Wann muß an Feldlazarette für Hunderte von verwundeten Polizisten gedacht werden? Wie lange soll die in Notwehr agierende Polizei sich noch der Abschlachtung aussetzen, um die „Verhältnismäßigkeit" der Mittel der „liberalen" Justiz auf den allzu grünen Richtertisch zu legen?

J. Suchsland,
Wesel

*

„Brutalster Angriff auf die Polizei"; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

der SPD-Spitzenkandidat Hiersemann soll nicht auffordern, Gasbombeneinsätze zu unterlassen, sondern beim nächsten Krawall mit der Polizei an vorderster Front mitkämpfen und vormachen, wie man sich mit Worten vor Chaoten schützen kann. Nur Mut, Herr Hiersemann!

Mit freundlichem Gruß
Rudolf Huttenlocher,
Plochingen/Neckar

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dank und Anerkennung wieder einmal mehr für Klaus Böhles Karikatur in Verbindung mit Peter Gillies' Aufsatz „Ausflug ins Grüne" in der WELT vom 21. Mai 1986.

Kaum einer der andernorts zu findenden zahlreichen Kommentare zu den in „rasender" Aufeinanderfolge stattfindenden Grünen-Treffs – üben deren Teilnehmer übrigens auch noch andere Berufe aus? – hat deren Ergebnisse und deren geistige Grundlagen so kurz und bündig und dazu auch noch treffend den Lesern zu vermitteln vermocht.

Eins fehlt jedoch bei der Karikatur: Richtungsweisend hätte Klaus Böhle vielleicht doch noch den für einige die erlösende Hoffnung bringenden Schößling zeichnen sollen: „Rin ins Sowjetparadies mit den sonnigen Inselgestaden von GULag!"

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hubert Alda,
Lüdinghausen

Energiekosten

Da zur Zeit viele laienhafte Argumente in die Energiediskussion eingebracht werden, nenne ich hier einige allgemein zu wenig bekannte Tatsachen:

1. Steinkohle enthält die natürlich radioaktiven Elemente Blei-210 (Halbwertzeit 22,3 Jahre), Radium-226 (1600 Jahre), Radium-228 (5,75 Jahre), Uran-238 (4,5 Milliarden Jahre), Polonium-210 (138,4 Tage), wobei je nach Herkunft der Steinkohle das eine oder andere dieser Elemente fehlen kann.

2. Messungen in der Bundesrepublik Deutschland haben ergeben, daß ein Kohlekraftwerk (Leistung 1000 Megawatt) etwa 30 Millicurie (= 1,1 Milliarden Becquerel) pro Jahr an Blei-210 bzw. 4 Millicurie (= 148 Millionen Becquerel) pro Jahr an Radium-226 freisetzt.

3. Die jährliche Strahlenbelastung durch diese Stoffe beträgt im ungünstigsten Fall in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks in Hauptwindrichtung ca. 19 Millirem. Zum Vergleich: Die 1974 unter gleichen Bedingungen beim Kernkraftwerk Stade gemessene Strahlenbelastung betrug 0,01 Millirem pro Jahr.

Wer gegen die „Plutonium-Wirtschaft" zu Felde zieht, sollte sich die genannten Zahlen vor Augen halten. Er muß außerdem bedenken, daß Kernkraftwerke kein Schwefeldioxid und keine Stickoxide abgeben und daß in Kernkraftwerken für die Energieerzeugung kein Sauerstoff verbraucht wird, der ja von den Pflanzen regeneriert werden muß.

Mit freundlichen Grüßen
W. Abromeit,
Soltau

Wort des Tages

„An den Pessimismus gewöhnt man sich zuletzt wie an ein zu enges Sakko, das sich nicht mehr ändern läßt."

André Gide, französischer Autor (1869–1951)

Der Amtseid

„Kohl beschwert sich bei Kwizinskij"; WELT vom 22. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

wenn Bundeskanzler Kohl sein Amt ernst nimmt (woran kein Anlaß zum Zweifeln besteht), kann er gar nicht umhin, von den Sowjets für den bei uns durch den Reaktorunfall in Tschernobyl angerichteten Schaden Ersatz zu fordern. Schließlich hat er vor dem Amtsantritt den Eid geschworen, Schaden vom deutschen Volke abwenden zu wollen.

Man kann sich leicht vorstellen, daß uns die Sowjets im umgekehrten Falle mit Krieg bedrohen würden, wenn die Bundesregierung ihren astronomischen Forderungen nicht unverzüglich nachkommen würde.

Herr Genscher, der denselben Amtseid wie Bundeskanzler Kohl geleistet hat, fühlt sich offenbar an diesen nicht gebunden. Denn wie anders soll man seinen beklemmenden Satz verstehen: „Wir sollten die Sowjetunion deswegen nicht auf die Anklagebank setzen."

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Kosten 1936

„Hannovers See feiert Geburtstag"; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrter Herr Jach,

Sie bezeichnen den Lohn von 64 Pfennig für die Stunde als „kärglich genug". Sicher war er das, aber es gab sie damals noch niedriger. Das damalige Preisniveau war wesentlich anders als das heutige.

Ich erinne mich: Ich war damals Syndikus im Bezirksbüro einer Wirtschaftsgruppe (heute heißt es Arbeitgeberverband). Bezüglich der Einstellung und Entlohnung von Mitarbeitern hatten wir freie Hand; wir hatten von der Zentrale in Berlin nur die Anweisung, die Gehälter nach der ortsüblichen Höhe zu vereinbaren, aber nicht unter 100,00 RM monatlich. Bei der damals üblichen Arbeitszeit von 200 Stunden monatlich entsprach das einem Stundenlohn von 50 Pfennig. Tatsächlich stellten wir auch eine Stenotypistin (Anfängerin) dafür ein.

Man muß aber auch die damaligen Lebenshaltungskosten berücksichtigen. 1931 bis 1934 war ich, noch unverheiratet, in Köln beschäftigt. Ich lebte aufwendig, leistete mir zwei möblierte Zimmer (Wohnzimmer und Schlafzimmer getrennt) und bezahlte dafür monatlich 40,00 RM einschließlich einem Kännchen Kaffee zum Frühstück. 1930 zahlte ich in einer thüringischen Kleinstadt für die gleiche Leistung sogar nur 25,00 RM, und das Mittagsgedeck im besten Hotel des Ortes kostete 1,00 RM. Per saldo war alles nicht viel anders als heute.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hans Hansen,
Eutin

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Das Auswärtige Amt schickt einen neuen deutschen Botschafter nach Hanoi. **Joachim Broudré-Gröger** ist inzwischen von der Regierung in Vietnam das Agrément erteilt worden. Der Diplomat, Jahrgang 1944, hatte Betriebswirtschaft und Politologie studiert. 1971 ging er in das Auswärtige Amt. Nach vorübergehender Tätigkeit im Bundeskanzleramt, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und beim Bundestag wurde er 1981 an die deutsche Botschaft nach Mexiko versetzt. Seit 1985 leitet Joachim Broudré-Gröger ein Referat in der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik des Auswärtigen Amtes.

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Josef Boch**, emeritierter Professor für Vergleichende Tropenmedizin und Parasitologie in der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, feiert morgen seinen 70. Geburtstag. Professor Boch gilt als einer der führenden Parasitologen in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist unter anderem Verfasser des als Standardwerk anerkannten Lehrbuchs „Veterinärmedizinische Parasitologie", das bereits in dritter Auflage vorliegt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hubert Miller** ist als Professor für Allgemeine und Angewandte Geologie an die Fakultät für Geowissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München als Nachfolger von Professor Dr. **Klaus Schmidt** berufen worden, der vor einigen Jahren gestorben ist. Nach Lehrtätigkeiten an den chilenischen Universitäten in Santiago und Valdivia sowie in Münster kehrt Professor Miller wieder in seine Geburtsstadt, wo er von 1954 bis 1960 studiert hat, zurück. Professor Millers Zukunftsplan ist die Einrichtung eines Uran-Blei-Aufbereitungslabors, in dem eine Untersuchung der Herkunftsgebiete klastischer (Gesteinstrümmer) Sedimentsgesteine mit Hilfe der Altersbestimmungen der in ihnen enthaltenen Zirkonkristalle ermöglicht wird.

STÄDTETAG

An der Spitze des Deutschen Städtetages bahnt sich ein vorzeitiger Wechsel an. Mit dem angekündigten Eintritt des Frankfurter Oberbürgermeisters **Walter Wallmann** in den Bundestag nach der Wahl im Januar 1987 fällt die Position des Städtetagspräsidenten wieder von der CDU an die SPD zurück. Nachfolger Wallmanns in der Führung des kommunalen Spitzenverbandes wird dann der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Hannover, **Herbert Schmalstieg**.

EHRUNGEN

Die Amerikanische Psychiatrische Gesellschaft hat in Washington den Tübinger Theologieprofessor **Hans Küng** mit dem Oskar-Pfister-Preis für Religion und Psychiatrie ausgezeichnet. Der nach dem Züricher Pfarrer und Freud-Schüler **Oskar Pfister** benannte Preis wird für „außerordentliche Beiträge zu Fragen gegenseitigen Interesses von Psychiatern und Theologen" verliehen. Küng erhielt den Preis für seine Auseinandersetzung mit Freuds psychoanalytischer Religionskritik in seinem Buch „Existiert Gott?".



Hans Küng

*

Die Münchner Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften verleiht morgen in München dem britischen Psychiater Sir **Martin Roth** von der Universität Cambridge die Kraepelin-Medaille in Gold. Roth hat sich besonders um die Erforschung von Depressionen und Alterserkrankungen des Gehirns verdient gemacht. Die hohe wissenschaftliche Auszeichnung erhielten seit 1928 erst zwölf besonders herausragende Forscherpersönlichkeiten.

*

UNO-Generalsekretär **Pérez de Cuéllar** wird am 24. Juni die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Osnabrücker Universität verliehen.

MEDIEN

Der Intendant des Deutschlandfunks in Köln, **Richard Becker**, will den bisherigen Rias-Chefredakteur **Dettmar Cramer** aus Berlin als Nachfolger von **Bernhard Wördehoff** als Chefredakteur an seinen Sender nach Köln holen. Der 56jährige Cramer, der früher Bonner Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und des Rias war, soll seine neue Position am 1. Januar 1987 antreten. Der Vertrag des bisherigen langjährigen DLF-Chefredakteurs Wördehoff läuft in diesem Sommer aus und wurde nicht verlängert.

VERANSTALTUNGEN

Argentiniens Botschafter **Hugo Boatti Ossorio**, in einer prachtvollen Residenz auf dem Bonner Venusberg angesiedelt, bat zum Nationalfeiertag. Glückwünsche für die Bundesregierung und das Auswärtige Amt sprachen Staatssekretär Dr. **Andreas Meyer-Landrut**, Ministerialdirektor Dr. **Jürgen Sudhoff** und stellvertretender Protokollchef **Erhard Holtermann** aus. Unter den ausländischen Gästen waren Israels Botschafter **Yitzhak Ben-Ari**, Spaniens Botschafter **Eduardo Foncillas** und Prags Botschafter Dr. **Dusan Spacil**. Auch Südafrikas Botschafter **Willem Rudolph Retief** kam, obwohl Argentinien kürzlich die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen hat.



STAND●PUNKT

Klaus Ludwig: 24 Stunden lang immer am Limit

Klaus Ludwig ist wieder in Europa – um einen Rekord aufzustellen: Am Wochenende will er zum dritten Mal hintereinander die „24 Stunden von Le Mans" gewinnen, das klassischste aller klassischen Autorennen. Dreimal hat er zwar schon in Le Mans gewonnen, doch nicht hintereinander. „Und gerade diesmal", so der Bonner, der in erster Linie in den USA tätig ist, „wird es besonders schwer."

Da wären als Konkurrenten immerhin die beiden Werks-Porsche mit den Langstrecken-Weltmeistern Hans Stuck und Derek Bell aus England sowie im zweiten Auto mit Jochen Mass und dem Elsässer Bob Wollek. Und nach jahrelanger Renn-Abstinenz auch wieder das englische Jaguar-Team – vertreten durch die beiden ehemaligen Grand-Prix-Piloten Derek Warwick (England) und Eddie Cheever (USA).

Eine offizielle Formel-1-Offerte hatte Klaus Ludwig, den Hans Stuck den am meisten unterschätzten deutschen Autorennfahrer nennt, übrigens noch nie erhalten. Auch nicht von seinem ehemaligen Vertragspartner Erich Zakowski in Niederzissen, dessen Grand-Prix-Team sich in diesem Jahr mit den Fahrern Palmer (England) und Rothengatter (Holland) ganz hervorragend schlägt: sportlich, technisch und auch wirtschaftlich.

Für Ludwig wäre das nichts – er gehört mittlerweile zu den Top-Piloten der internationalen Sportwagenbranche. Im vorigen Jahr, als er zum zweiten Mal hintereinander die „24 Stunden von Le Mans" gewann, saß er insgesamt 14 Stunden und 30 Minuten im Cockpit seines Jöst-Porsche. Gefahren wurde eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 240 Stundenkilometer – und auf der fünf Kilometer langen Mulsanne-Geraden etwa 360 Stundenkilometer. Das alles nachts, und Stunde für Stunde.

Am Wochenende steht der 24-Stunden-Dauerstreß erneut auf dem Programm. Ludwig und sein italienischer Partner Barilla wissen, was sie erwartet: „Denn wir fahren schließlich 24 Stunden lang immer mit *Höchstgeschwindigkeit am Limit*." Die Leistung kann sich sehen lassen.

K. Bl.

FUSSBALL / Eine DFB-Erklärung als Rüffel und der Rückzieher von Teamchef Franz Beckenbauer


Beckenbauer: Schwierig? FOTO: AP

Die Nationalspieler im fernen Mexiko seien heftig irritiert gewesen, die Bundesliga-Vertreter daheim waren es ebenfalls ob der Erklärungen Beckenbauers. Da setzte es seitens des DFB den ersten Rüffel für den Teamchef. Und siehe da: Auch Beckenbauer war zu einem Rückzieher fähig. So gab es die nebenstehende Erklärung des DFB, denn Beckenbauer war sich ohnehin im klaren: Er hatte nur Denkanstöße geben wollen, auf daß sich endlich etwas bewege.

Der deutsche Teamchef Franz Beckenbauer hatte mit seiner Feststellung: „Für mich steht schon fest, Welt- und Europameister *werden wir eh' nicht*", sowohl in Mexiko als auch bei den Bundesligaklubs daheim für große Aufregung gesorgt. Der DFB gab nun folgende Erklärung heraus: „Nachdem die Delegation des Deutschen Fußball-Bundes in Mexiko heute morgen über Berichte vom Pressegespräch mit Franz Beckenbauer informiert wurde, fand ein Gespräch zwischen Delegationsleiter Egidius Braun und dem Teamchef statt. Die Delegation teilt die Sorge um die weitere Entwicklung des deutschen Fußballs, die insbesondere im Hinblick auf die Abwanderung mehrerer Spitzenspieler ins Ausland zum Ausdruck gebracht wird. Franz Beckenbauer hat im Gespräch mit dem Delegationsleiter erklärt, daß es ihm nur um seine Sorge um den deutschen Fußball gehe. Wenn aus dieser Sorge heraus überspitzte Formulierungen verwendet wurden, so kann dies nach übereinstimmender Auffassung der Delegationsleitung und des Teamchefs den Zielvorstellungen und den gutgemeinten Absichten nicht dienlich sein."

„Wir können Weltmeister werden"

sid/dpa, Morelia

Zwei Tage nach seinem verbalen Rundumschlag vollführte Franz Beckenbauer einen klassischen Rückzieher. Vor dem Umzug von Morelia ins endgültige WM-Quartier Queretaro relativierte der DFB-Teamchef seine Kritik an der Leistungsfähigkeit der deutschen Nationalmannschaft („Weltmeister werden wir sowieso nicht und Europameister auch nicht"). Beckenbauer sagte: „Vielleicht war das etwas zu hart, wir Bayern sind nun einmal temperamentvoll. Das ist alles in die falschen Kanäle geraten, aber ich bin auch nur ein Mensch."

Vor dieser neuen Erklärung hatten allerdings die Telefondrähte zwischen Morelia und der DFB-Zentrale in Frankfurt geglüht, wo DFB-Generalsekretär Wilfried Gerhardt von den Presseberichten aufgeschreckt worden war. In Abstimmung mit Delegationsleiter Egidius Braun einigte man sich auf das oben stehende Kommuniqué, in dem der DFB sich zwar voll hinter Beckenbauer stellte, einige Formulierungen aber als zu überspitzt bezeichnete, die dem Ziel nicht dienlich sein könnten.

Der erste, wenngleich dezent verpackte Rüffel für den Teamchef, der dann einen spektakulären Rückzieher lieferte.

Zum Ablauf: Vom Frankfurter Weckruf alarmiert, bestellte Braun Beckenbauer beim Frühstück zur Aussprache unter vier Augen. Der DFB-Schatzmeister stützte den Rekord-Nationalspieler zwar in der Substanz seiner Kritik, tadelte jedoch den Zeitpunkt und die verbalen Kraftakte.

Nicht nur Braun sah „gerade jetzt, da wir um Harmonie bemüht sind", das DFB-Verhältnis zu den Vereinen erheblich belastet. Man dürfe nicht vergessen, „daß die Bundesliga-Klubs schließlich die Nationalspieler abstellen". Worte wie „Schrott" und „ausmisten" seien daher fehl am Platz: „Das ist nicht unsere Sprache."

Intern hatte sich Beckenbauer zuerst der Selbstkritik in einem Sechs-Augen-Gespräch mit Karl-Heinz Rummenigge und Harald Schumacher gestellt. „Ich wollte niemanden beleidigen, ich habe mich mit der Mannschaft ausgesprochen", sagte Beckenbauer danach.

Beckenbauer seinerseits sah sich dann gezwungen, vor den Spielern besonders seine Äußerungen hinsichtlich der WM- und EM-Chancen („Welt- und Europameister werden wir eh nicht") zu relativieren. Er wies auf die im Vergleich zur Konkurrenz schlechtere Vorbereitung hin, womit im Titelkampf keine Chancengleichheit mehr bestünde. Dazu Dieter Hoeneß: „Nachdem am Vortag einige Spieler bedient waren, hat Beckenbauer die Ungereimtheiten ausgeräumt."

Gleiches versuchte der Teamchef später auch gegenüber den Medienvertretern. „Wir kommen als Außenseiter, unser Ziel ist das Halbfinale, aber natürlich können wir auch Weltmeister werden. Schließlich sind die anderen auch nicht besser", berichtete er einer staunenden Zuhörerschar.

Beckenbauer wiederholte, er habe nur Denkanstöße geben wollen. „Wer gehört werden will, muß lauter schreien als gewohnt." Die Kritik von Bundesliga-Vertretern ließ Beckenbauer allerdings nicht gelten. „Das hatte sich seit Monaten aufgestaut und ist jetzt herausgebrochen. Nach der Weltmeisterschaft müssen wir uns unbedingt alle zusammensetzen, denn ich habe höchste Bedenken." Weiter sagte er: „Es ist normal, daß die jetzt zurückschlagen, aber das interessiert mich nicht. Mir geht es um die Zukunft, und um nichts anderes."

Und nach sieben Tagen Arbeit in Morelia sagte der Teamchef: „Wir sind sehr zufrieden mit der konzentrierten Arbeit und dem konditionellen Stand. Malente und Kaiserau eingerechnet, haben sich die Spieler drei Wochen lang die Lungen aus dem Leib gerannt, nun wollen sie bald die Früchte ernten. Noch fehlt die geistige und körperliche Frische, daher werden wir ab jetzt das Training dosieren und kürzertreten."

Deutschlands erster WM-Gegner Uruguay zeigte sich gegen Bulgarien nicht in Bestform. In einer über dreimal 40 Minuten geführten Begegnung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen wurde, gewannen die ersatzgeschwächten Bulgaren mit 4:1.

Ein Kampf um 138 Gramm

Die Weltmeisterschaft hat noch gar nicht angefangen, und die Europäer haben schon gewonnen. Gegen die Südamerikaner. Einen Kampf um 138 Gramm.

Fundamentale 138 Gramm. 138 Gramm, die Karrieren beginnen und enden lassen können, die ein Land ins Unglück stürzen oder glücklich machen können.

Die Rede ist vom Ball.

Von seinem Gewicht wird sehr wenig gesprochen – obwohl alle Welt vom Gewicht redet. Aber nun haben die Europäer die Sache endlich angefaßt. Macht den Ball leicht, verlangten sie von der FIFA. Schwerer als 138 Gramm dürfe der Ball nicht sein bei der WM in Mexiko – in der dünnen Luft fliege er sonst viel zu schnell.

Alle europäischen Torhüter warteten gespannt auf die Entscheidung. Aber die Südamerikaner heulten auf – auf keinen Fall leichter, zeterten sie, schwerer muß er sein. Ein gutes Pfund. Von 506 Gramm gehen wir nicht ab.

138 Gramm, eine Weltanschauung. Die Belgier lieferten die Argumente, die Beweise. 1970 gegen Mexiko, berichteten sie, sei ihrem Torwart Piot der Ball durch die Hände geglitten, und deshalb hätten sie verloren. Und nur, weil der Ball zu schwer gewesen sei. Und damit zu schnell.

Also fanden die FIFA-Herren ein für ihre Verhältnisse überaus bemerkenswertes Urteil. Sie zogen den Südamerikanern 92 Gramm von deren 506 Gramm ab. Und sie legten den Europäern nur 46 Gramm auf ihre 368 Gramm drauf. Der Ball wird also jetzt 414 Gramm wiegen, und die Europäer haben 46 Gramm gewonnen.

Ein bedeutender Sieg.

ULFERT SCHRÖDER

KRAWALLE

Brüssel und die Folgen

C. FISCHER, Hannover

Die Bilder von Brüssel wirken nach. Berstende Mauern im Brüsseler Heysel-Stadion, Schreie vor dem Tod von 39 Fußballfans. Ein Jahr ist seit der Tragödie beim Europapokal-Endspiel zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin vergangen. Was hat sich seitdem bewegt?

Soziologen haben eine Veränderung der Fan-Szene festgestellt. Gunter A. Pilz von der Universität Hannover: *„Die Fan-Gruppen sind kleiner* geworden, aber die Tendenz zur Gewalttätigkeit in diesen Kleingruppen hat sich verstärkt." Der engagierte Soziologe, wissenschaftlicher Leiter des Fan-Projekts Hannover, verfolgt diese Szene seit Jahren. Die Zahl der Projekte in der Bundesrepublik hat sich nach der Katastrophe in Brüssel erhöht, die Fans werden in den meisten Bundesligastädten inzwischen sozialpädagogisch betreut, aber „die Öffentlichkeit ist immer noch mehrheitlich der Meinung, daß man die Gewalt nur mit Gegengewalt bekämpfen kann."

Die Beschäftigung mit der Fan-Szene hat sich „vor allem beim Verband und bei den Vereinen noch nicht durchgesetzt". Der Wissenschaftler erhebt schwere Vorwürfe gegen den Deutschen Fußball-Bund (DFB): „Nach der Katastrophe hat der Verband Versprechungen gemacht, Projekte zu unterstützen. Nichts ist daraus geworden. Von dem Verband, den die Fan-Problematik am intensivsten betrifft, hört man nichts mehr."

Die Fans haben sich auf die veränderten Verhältnisse eingestellt. Der verschärften Observation durch die Polizei haben sich die Anhänger durch Wanderungsbewegungen in den Stadien entzogen. Pilz: „Die Fans wechseln häufiger ihren Standort, die Fan-Kurve im alten Sinne gibt es nicht mehr." Es gab aber auch Wanderungsbewegungen in andere Sportarten, wo die Präsenz der Ordnungskräfte noch nicht so ausgeprägt ist, so zum Eishockey.

„Die Öffentlichkeit ist durch die Opfer von Brüssel auf ein Problem aufmerksam geworden, das ein gesellschaftliches Problem ist. Von Lösungen", so das vorläufige Soziologen-Fazit, „sind wir aber noch weit entfernt." Die Katastrophe von Brüssel kann sich jederzeit wiederholen.

TENNIS / Paris

Vorsichtig gestartet

dpa, Paris

Die Weltranglistenvierte Claudia Kohde-Kilsch aus Saarbrücken startete auch in Paris bei den französischen Meisterschaften vorsichtig. Nach einem schwierigen ersten Satz hatte sie nach 65 Minuten beim 6:4, 6:1 gegen die Amerikanerin Lori McNeil jedoch den Einzug in die zweite Runde sicher geschafft.

Die Brillanz und Schnelligkeit von Steffi Graf, die am Montag gegen *Andrea Betzner nur 34 Minuten* benötigt hatte, kann die 22jährige Rivalin der zur Zeit erfolgreicheren 16jährigen aus Heidelberg in der jetzigen Form nicht erreichen. Ihr Trainer Olaf Merkel zeigte sich dennoch nicht besorgt: „Sie ist eben nicht der Typ, der auf den Platz geht und die Gegnerin einfach abschießt. Claudia ist etwas vorsichtig und spielt im Augenblick nicht so gut, wie sie eigentlich könnte."

Besonders im ersten Satz traute sich die 1,84 Meter große Saarbrückerin gegen die Nummer 75 der Weltrangliste viel zu wenig zu. Nach einer 2:0-Führung stand es plötzlich 2:4 gegen sie, und immer häufiger warf sie flehentliche, hilfesuchende Blicke zu ihrem Stiefvater Peter Kilsch und dem Damen-Teamchef des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), Klaus Hofsäß.

Sie kam auch mit den Platzverhältnissen nicht zurecht. Die steilen Zuschauerränge auf Platz 1 der Roland-Garros-Anlage sind kreisrund angelegt. Die Hitze staut sich dort, und der Wind wirbelt ständig sehr störende Sandfontänen hoch. Claudia Kohde-Kilsch fand erst zu ihrem Rhythmus, als sie die Probleme mit sich selbst und den äußeren Umständen ignorierte, häufiger ans Netz ging und generell mit Stops, Lobs und mit härteren zweiten Aufschlägen mehr riskierte. Im zweiten Satz hörte sie dann vollständig auf, den Ball nur drucklos übers Netz zu spielen, und ließ ihrer flinken, aber technisch klar unterlegenen Gegnerin keine Chance mehr.

Der bei den Herren an Nummer 3 gesetzte Wimbledonsieger Boris Bekker schlug in der ersten Runde den Franzosen Jérôme Potier 6:0, 6:3, 6:0. Der Neusser Eric Jelen warf Beckers Doppelpartner Zivojinovic (Jugoslawien) mit 7:6, 7:6, 6:4 aus dem Rennen.

SPORT-NACHRICHTEN

Kölner Protest

Frankfurt (sid) – Gegen die Entscheidung des DFB-Spielausschusses, das dritte Relegationsspiel zwischen Fortuna Köln und Borussia Dortmund am 30. Mai (20 Uhr) im Düsseldorfer Rheinstadion stattfinden *zu lassen, haben die Kölner* Protest eingelegt. Der Termin erscheint ihnen zu früh, weil einige Spieler noch zwei Wochen krank geschrieben sind. Dortmunds Torhüter Eike Immel wird Samstag zur Weltmeisterschaft nach Mexiko fliegen.

Bei Halbzeit Zweiter

Rüsselsheim (sid) – Der Düsseldorfer Nationalspieler Ralf Wosik nimmt bei Halbzeit der zwölf Wertungsprüfungen um den mit insgesamt 70 000 Mark dotierten Tischtennis-Supercup den zweiten Rang ein. Beim sechsten Turnier in Rüsselsheim scheiterte der deutsche Vizemeister erst im Finale am zweimaligen Weltmeister Ulf Carlsson (Schweden) mit 14:21, 18:21. Im Gesamtklassement führt der sechsmalige Weltmeister Liang Geliang (China) mit 20 Zählern.

Tscha will verlängern

Mexico City (sid) – Trotz mehrerer Angebote aus seiner Heimat will der südkoreanische Fußball-Nationalspieler Bum Kun Tscha (33) seinen am 30. Juni 1987 auslaufenden Vertrag beim Bundesligaklub Bayer Leverkusen verlängern. Das sagte Tscha in Mexico City.

Gegen Auslandssperre

London (dpa) – Der neue Präsident des englischen Ligaverbandes, Philip Carter, hat sich die Aufhebung der Auslandssperre für europäische Vereinswettbewerbe zum Hauptziel gesetzt. Die Sperre für alle englischen Klubs wurde vor einem Jahr auf unbestimmte Zeit verhängt, nachdem durch Einwirkung der englischen Rowdies aus Liverpool beim Europapokal-Finale in Brüssel 39 Menschen ums Leben gekommen waren.

Hansen für Sportmagazin

Baden-Baden (dpa) – Der neue Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Hans Hansen, sprach sich für ein Sportmagazin im Fernsehen aus, das wie politische Magazine auf die Probleme der Gegenwart eingehen soll. Der Sport brauche ein solches Forum, wo zum Beispiel die Umweltschutzprobleme dargestellt werden können.

Rekord knapp verpaßt

Dortmund (sid) – Wladyslaw Kozakiewicz, für Polen 1980 Olympiasieger, verfehlte bei einem Stabhochsprung-Wettbewerb in der Dortmunder Innenstadt nur knapp den deutschen Rekord. Der 33jährige, der in der letzten Woche einen deutschen Paß erhalten hatte, lag mit 5,65 m nur einen Zentimeter unter der Bestmarke des Bonners Jürgen Winkler (5,66).

Geldliste: Langer Achter

Ponte Vedra (sid) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) nimmt in der aktuellen PGA-Geldrangliste der US-Tour den achten Rang ein. Langer, Gewinner der US-Masters 1985, spielte bisher 233 390 Dollar ein und rangiert deutlich hinter dem führenden US-Profi Andy Bean (388 213 Dollar) sowie dessen Landsleuten Greg Norman (318 500) und Hal Sutton (306 498).

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Amorbach – Eintr. Frankfurt 2:12. – **WM-Vorbereitungsspiele:** Bulgarien – Uruguay über dreimal 40 Min. 4:1, León – Ungarn 1:6, Dänemark – Atletico Juniors Barranquilla 2:2.

HANDBALL

Bundesliga, Nachholspiel vom 15. Spieltag: Weiche-Handewitt – Düsseldorf 25:20.

TENNIS

French Open in Paris, Damen, 1. Runde: Fernandez (Puerto Rico) – Schropp (Deutschland) 6:0, 6:2, Graf – Betzner (beide Deutschland) 6:1, 6:0, Krapl (Schweiz) – Cueto (Deutschland) 2:6, 6:1, 6:3, Tarabini (Argentinien) – Hanika (Deutschland) 3:6, 6:3, 6:4, Porwik – Keppeler (beide Deutschland) 6:2, 6:4, Meier (Deutschland) – Demongeot (Frankreich) 0:6, 6:3, 6:4, Kohde-Kilsch (Deutschland) – McNeil (USA) 6:4, 6:1. – Herren, 1. Runde: Stenlund (Schweden) – Maurer (Deutschland) 6:3, 6:1, 6:2, Becker (Deutschland) – Potier (Frankreich) 6:0, 6:3, 6:0, Jelen (Deutschland) – Zivojinovič (Jugoslawien) 7:6, 7:6, 6:4, Lendl (CSSR) – Westphal (Deutschland) 6:3, 6:3, 6:4.

TISCHTENNIS

Super-Cup in Rüsselsheim, Viertelfinale: Surbek – Kalinič (beide Jugoslawien) 21:17, 21:13, Wosik (Deutschland) – Douglas (England) 21:16, 21:19, Birocheau (Frankreich) – Geliang (Chile) 21:14, 21:14, Carlsson (Schweden) – Orlowski (CSSR) 21:19, 21:18. – Halbfinale: Wosik – Surbek 21:18, 21:11, Carlsson – Birocheau 21:14, 21:14. – Finale: Carlsson – Wosik 21:14, 21:18. – Punktestand nach sechs Durchgängen: 1. Liang 20 Punkte, 2. Orlowski, Wosik und Douglas je 17, 5. Carlsson 16.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 341 889,70, 2: 49 549,20, 3: 3601,30, 4: 90,60, 5: 8,20. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 11 082,60, 2: 370,30, 3: 33,00. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 773 698,90, 2: 32 245,30, 3: 3414,20, 4: 64,20, 5: 7,40. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1003,10, 2: 158,30. – Rennen B: Klasse 1: 16,70, 2: 7,70. – **Kombinations-Gewinn:** unbesetzt, Jackpot: 139 437,20. (Ohne Gewähr).

GALOPP / Baden-Badener Rennwoche: Warum verlor der Favorit Lirung?

Das falsche Rennen für das richtige Pferd

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Meistdiskutiertes Thema bei der Galopprennwoche, die derzeit auf der Rennbahn von Iffezheim bei Baden-Baden stattfindet, ist immer noch die Niederlage des für unschlagbar gehaltenen 14:10-Favoriten Lirung in der Badener Meile gegen den zweitklassigen Engländer Sarab mit Richard Quinn. Lirungs Besitzer Walther Jacobs kritisierte den Ritt von Jockey Bocskai, der wiederum tröstete sich selbst damit, daß Sarab „ein sehr gutes Pferd" sei.

Trainer Jentzsch will Auslandsstarts erst einmal vom Programm streichen, Jacobs sieht das aber etwas anders. Womit sich indes kaum jemand beschäftigt, ist die Frage, ob die Badener Meile überhaupt das *richtige* Rennen für den bis zum Sonntag nur einmal bezwungenen Lirung war. Die 1500-m-Distanz scheint nicht unbedingt ideal (weil zu kurz) für eine „Galoppiermaschine" wie Lirung. Der Stellenwert eines Sieges in der Badener Meile ist zudem verhältnismäßig gering. Lirung hatte also nur alles zu verlieren und nichts zu gewinnen.

Ein Start in einem 1950-m-Rennen von Longchamps wäre möglicherweise für Lirung eine wesentlich interessantere Aufgabe gewesen. Aber mit Auslandsstarts haben die deutschen Trainer stets ihre Probleme.

Daß Risiken belohnt werden, zeigte sich am Sonntag nachmittag wieder einmal, als der hierzulande nicht zur allerersten Klasse zählende Anatas mit Andrzej Tylicki in einem Rennen der Europa-Gruppe I in Rom Zweiter wurde. Auch in Frankreich und England wird mitunter nur mit Wasser gekocht.

Das Oleander-Rennen über die Marathondistanz von 3200 m ist heute der sportliche Höhepunkt am vierten Tag des Frühjahrs-Meetings in Iffezheim. Am Start der mit 51 000 Mark dotierten Prüfung (33 000 Mark für den Gewinner) ist auch Vorjahressieger El Arco mit Georg Bocskai. Favoriten sind aber auch Ganymed und Hydros.

Das Ergebnis des Hauptrennens von Dienstag stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Der neue Favorit für den SFB heißt wieder Fest

D. D. Berlin

Sechs Stunden tagte der Rundfunkrat des Senders Freies Berlin (SFB). Ergebnis: Das Kandidatenkarussell für einen neuen Intendanten und Nachfolger von Lothar Loewe wird wieder in Fahrt gebracht und die für Freitag vorgesehene Intendantenwahl erst einmal auf den 9. Juni verschoben.

Einer, der schon mehrfach ins Gespräch gebracht worden war, ist nun wieder in die Favoritenrolle gerückt: Staatssekretär Winfried Fest (57), Berliner Senatssprecher und Diepgen-Vertrauter. „Der würde sofort mit großer Mehrheit gewählt", verlautet aus dem Rundfunkrat. Zweifel aber gibt es, ob Diepgen Fest vom Rathaus in die SFB-Chefetage wechseln läßt.

Nachdem zeitweise bis zu zehn Kandidaten auf der Liste standen und erst wenige Stunden vor Beginn der Rundfunkratssitzung der „mehrheitsfähige" Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam abgesprungen war (WELT v. 27. 5.), stellten sich nur zwei Anwärter zur Anhörung: Der Berliner FU-Präsident Dieter Heckelmann und ZDF-Mann Walter Konrad. Sie gelten als Favoriten der Berliner CDU. Doch beiden werden wenig Chancen eingeräumt. Von Heckelmann heißt es „zu wenig kompetent", über Konrad „zu konservativ". Beide aber bleiben im Rennen.

Bonn bedauert amerikanische Haltung und setzt auf KSZE-Treffen in Wien

Berner Konferenz scheitert an fehlendem Passus über Ausreiseerleichterung für russische Juden

DW. Bern

Die Bundesregierung hat gestern mit aller Deutlichkeit ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß das Berner Expertentreffen der KSZE-Staaten zur Verbesserung der menschlichen Kontakte gescheitert ist. Wie das Auswärtige Amt zum Ausgang der KSZE- Konferenz erklärte, wird die Bundesregierung sich bemühen, das in dem Entwurf, trotz aller Unvolkommenheiten, Erreichte zu bewahren. Sie will ihre Bemühungen im Herbst beim dritten KSZE-Folgetreffen in Wien wiederaufnehmen und dabei an den Stand von Bern anknüpfen. „Die Arbeit von Bern darf nicht vergeblich sein. Die Diskussion wird fortgesetzt. Wir müssen in kleinen Schritten vorankommen", heißt es in der Erklärung.

Die Verabschiedung des Schlußdokuments war am Widerstand der Vereinigten Staaten gescheitert, die sich damit in Widerspruch zu allen NATO-Verbündeten gesetzt hatten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte versucht, im Telefonkontakt mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz die USA in letzter Minute doch noch zu einer Zustimmung zu dem Schlußpapier zu bewegen. Der deutsche Delegationsleiter, Botschafter Ekkehard Eickhoff, der das Dokument trotz aller Unvollkommenheiten als akzeptabel bezeichnet hatte, wird dem Vernehmen nach auch wieder die Delegation der Bundestreffen beim Folgetreffen in Wien leiten.

Befürchtet wird in Bonn auch, daß die Haltung der USA in einem wichtigen Forum der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) nicht absehbare Folgen für die Zusammenarbeit und die Stimmung im Bündnis haben könnte.

Von besonderem Interesse für die Bundesrepublik wäre vor allem ein Punkt des achtseitigen Kompromißvorschlags gewesen, nach dem alle Altersbeschränkungen für Auslandsreisen untersagt werden sollten. Damit hätte Bonn bei der „DDR" auf den Wegfall der Reisebeschränkungen dringen können.

Mit Ausnahme der USA waren alle KSZE-Teilnehmerstaaten bereit, einem Kompromißvorschlag der neutralen und blockfreien Staaten zuzustimmen, der von der Schweiz und Österreich eingebracht worden war. In dem Dokument, das dem Helsinki-Folgetreffen in Wien im kommenden September hätte vorgelegt werden sollen, wurden unter anderem Reisegenehmigungen für alle Mitglieder einer Familie bei familiären Anlässen, die wohlwollende Behandlung von Reiseanträgen bei Familienzusammenführungen und die schnelle Behandlung von Familienreisen, die dringenden humanitären Charakter haben, gefordert. Vermieden wurden in dem Papier strittige Punkte wie die Abschaffung von Ausreisevisa für Personen im Ostblock oder die Lage von Minderheiten.

Ein Sprecher der amerikanischen Delegation begründete die Opposition der USA gegen das Dokument damit, daß auf einen Passus verzichtet worden sei, der indirekt für eine Erleichterung der Ausreise von Juden aus der UdSSR plädiert hätte. Der amerikanische Delegationschef, Botschafter Michael Novak, versicherte, daß die Position der USA lange und sorgfältig abgewogen worden sei. Der Entwurf sei abgelehnt worden, weil er ihnen zu schwach erschien und „durch viele Kompromisse reduziertes Gewicht hatte". Zudem bestehe Unbehagen über die „wachsende Kluft in dem Helsinki-Prozeß zwischen Worten und ihrer Befolgung". Das Dokument habe „Schlupflöcher" enthalten, die seine Befolgung erschwert haben würden. „Der Test für den Helsinki-Prozeß ist nicht die Produktion neuer Dokumente sondern vielmehr die Einhaltung und die Ausführung", es sei „auf lange Sicht gesehen, besser gewesen, nein zu sagen." Er verwies aber auch auf einige „bedeutsame Errungenschaften" der Konferenz.

Moskau lockt London mit separaten Gesprächen

Gorbatschow-Offerte eine Spitze gegen Washington?

DW. Moskau

Die Sowjetunion hat einen weiteren Versuch unternommen, die Bindungen zwischen Großbritannien und dem westlichen Verteidigungsbündnis zu lockern. KPdSU-Chef Michail Gorbatschow bekräftigte vor einer britischen Parlamentarier-Delegation sein Angebot an London für bilaterale Abrüstungsgespräche. Nach einem Treffen Gorbatschows mit den Parlamentariern sagte der Labour-Abgeordnete Dennis Healey, der KPdSU-Chef reagiere mit dieser Offerte auf den Wunsch von Premierministerin Margaret Thatcher nach besseren Beziehungen. Das Angebot sei neu, weil es sich nicht auf Mittelstreckensysteme beschränke, sagte Healey.

Nach den Worten des britischen Parlamentariers sei die Sowjetunion zu einem Abbau ihrer Atomwaffen entsprechend jeder britischen Reduktion bereit. Wörtlich habe, so die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass, der Parteichef den britischen Parlamentariern gesagt: „Wenn sich Großbritannien offiziell entscheidet, seine Atomwaffen abzuschaffen, wird die Sowjetunion bereit sein, ihr atomares Potential entsprechend zu verringern." Später meldete Tass über die Gorbatschow-Offerte: „Wenn Großbritannien gleichzeitig die auf seinem Staatsgebiet stationierten ausländischen Kernwaffen entfernt, wird die Sowjetunion eine Garantie dafür geben, daß ihr Atomarsenal niemals auf britisches Staatsgebiet gerichtet sein und niemals gegen Großbritannien eingesetzt werden wird."

Auch bei dem Problem eines Atomteststopp-Abkommens ist Moskau offenbar bemüht, die Briten gegen die amerikanische Regierung auszuspielen. Nach Angaben Healeys sagte Gorbatschow, daß London in der Frage eines Atomteststopps eine wichtige Rolle spielen könnte. „Man könnte gemeinsam über eine sowjetisch-britische Initiative nachdenken, um die 1980 unterbrochenen dreiseitigen Verhandlungen wieder aufzunehmen", habe Gorbatschow gesagt, so Healey.

Der Leiter der britischen Delegation, der stellvertretende Premierminister Lord Whitelaw, überreichte dem Kreml-Chef eine „persönliche Botschaft" von Margaret Thatcher, in der die Regierungschefin die Abhaltung eines neuen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens noch vor Ende des Jahres empfiehlt. Lord Whitelaw erklärte, Gorbatschow habe betont, zu einer Begegnung mit US-Präsident Ronald Reagan bereit zu sein, wenn Aussicht auf ein neues Rüstungskontrollabkommen bestehe.

USA bemängeln Positionen der SPD zum Bündnis

dpa, Bonn

Massive Kritik hat der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, gestern in Bonn an den Positionen der deutschen Sozialdemokraten zur westlichen Sicherheitspolitik und zur NATO geäußert. Bei einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung warf Perle die Frage auf, welche Bedeutung das grundsätzliche Ja der SPD zur NATO noch habe, wenn sie dafür eintrete, die im NATO-Bündnis vereinbarte Strategie in fundamentalen Punkten zu ändern.

Perle wandte sich besonders gegen die in der SPD vertretene Auffassung, die Sicherheit der östlichen Seite sei eine Voraussetzung für die westliche Sicherheit. Mit dieser Haltung, die wahrscheinlich Zufriedenheit in Moskau auslöse, werde Sicherheit auf eine Weise propagiert, „die uns unsicher macht".

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, und sein Fraktionskollege Andreas von Bülow wiesen die Kritik von Perle scharf zurück. Voigt sagte, die amerikanische Politik der Stärke sei ein Ausdruck der politischen Schwäche der US-Regierung. Washington habe kein Konzept für die Überwindung der Spaltung und der militärischen Konfrontation in Europa, sondern ziele auf den Zusammenbruch der Sowjetunion.

Hessen kauft Wohnungen von der Neuen Heimat

„Sozialbindung sichern" / FDP rügt „unverfrorenen Coup"

DW. Wiesbaden

Die hessische Landesregierung ist grundsätzlich bereit, die Geschäftsanteile der hessischen Regionalgesellschaft des angeschlagenen gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat zu übernehmen. Das Kabinett von Ministerpräsident Holger Börner hatte am Montag eine Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt 1987 verabschiedet, mit dem sich der Landtag heute abschließend befassen will.

Die Vorlage, die mit den Fraktionen von SPD und Grünen abgestimmt ist, ermächtigt die Landesregierung, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses ganz oder teilweise Geschäftsanteile der Neuen Heimat Süd-West zu erwerben und hierfür Kredite aufzunehmen. Finanzminister Hans Krollmann und Innenminister Horst Winterstein erklärten gestern in Wiesbaden, diese Maßnahme liege im Interesse der 30 000 betroffenen Familien. „Das Land Hessen setzt Steuergelder ein, um die Wohnungen in der Sozialbindung zu halten", sagte Krollmann.

Der Finanzminister wollte sich nicht zu einem möglichen Kaufpreis äußern. Die Landesregierung werde nach der Verabschiedung des Ermächtigungsvermerks durch den Landtag Verhandlungen mit der Neuen Heimat beginnen. Eine Übernahme komme letztlich nur dann in Frage, „wenn wir uns auf einen fairen Preis einigen können".

Die „Neue Heimat Süd-West" mit Sitz in Frankfurt ist Eigentümerin von 30 000 Wohnungen, die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden und von denen 90 Prozent in Hessen, der Rest in Rheinland-Pfalz und im Saarland liegen. In den vergangenen Monaten wurden bereits 5800 Wohnungen veräußert. Krollmann sagte, Hessen lehne es ab, den DGB zu zwingen, mit den Siedlungen auf den Markt zu gehen. Das Land wolle aber auch nicht einzelne oder größere Wohnungsbestände von der Neuen Heimat erwerben, sondern die gesamte Tochtergesellschaft.

Krollmann sagte, mit dem Erwerb der Tochtergesellschaft zu einem Preis, der höher als die Ertragseinnahmen liegen werde, solle es dem Konzern ermöglicht werden, „Reserven zu realisieren" und damit „an anderer Stelle Probleme zu lösen". Winterstein sagte, das Land müsse in den Wohnungsbau einsteigen, da auch in Zukunft ein Bedarf an Sozialwohnungen bestehe.

Als eine „unglaubliche Unverfrorenheit" hat der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Otto Wilke, den „Coup der hessischen Landesregierung" bezeichnet, mit dem sie dem hessischen Landtag „einen Blankoscheck zum Erwerb der Neue-Heimat-Tochter 'Neue Heimat Südwest' abverlange". Mit diesem Ansinnen wolle die Landesregierung „das Land Hessen bewußt in das unkalkulierbare wirtschaftliche Risiko des angeschlagenen Konzerns neue Heimat hineinziehen".

Die Bundesregierung informiert als Reaktion auf die massiven Wohnungsverkäufe der Neuen Heimat in einem neu erschienenen Faltblatt „Mieterschutz beim Wohnungsverkauf" über die Mieterrechte beim Wechsel des Hauseigentümers.

Thatchers Geste der Demut beeindruckt die Israelis

„Selbstbestimmung für PLO nur in Föderation mit Jordanien"

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Sie wünscht sich gewiß, sie wäre zu Hause so beliebt wie in Israel", bemerkte ein britischer Diplomat aus dem Gefolge der Premierministerin Margaret Thatcher, die gestern einen knapp dreitägigen Staatsbesuch in Israel beendete. Wohin sie ging – Frau Thatcher wurde mit Applaus begrüßt.

Besonders beeindruckt war die israelische Öffentlichkeit von Frau Thatcher, als diese bei der Holocaust-Gedächtnisstätte „Yad Vashem" einen Kranz auf das symbolische Grab legte, in dem Asche aus den Todeslagern liegt, niederkniete und etwa eine halbe Minute in stiller Andacht verblieb. Eine solche Geste der Demut hatte vor ihr noch niemand an dieser Stelle gemacht.

Sie erklärte später, erst ein Rundgang durch das Museum von Yad Vashem könne es „verständlich machen, wie groß das israelische Streben nach Sicherheit ist und warum Israel so enormen Wert darauf legt".

Offenbar unter dem tiefen Eindruck, die ein solcher Besuch hinterläßt, machte die britische Premierministerin bei ihrer abschließenden Pressekonferenz im Jerusalemer King David Hotel eine Erklärung, die auf eine politische Wendung hindeutet: „Großbritannien tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein, aber im Rahmen einer Föderation mit Jordanien, denn wir suchen Frieden gepaart mit Sicherheit." Einem palästinensischen Reporter, der ihr vorhielt, daß dies eine Souveränität für einen palästinensichen Staat ausschließe, erwiderte sie, das sei die beste Lösung. Aus Erfahrung wisse sie, daß es in der Politik nicht ratsam sei, nach etwas minderem als der besten Lösung zu streben.

Diese Worte waren Musik in israelischen Ohren. Es war das erste Mal, daß Frau Thatcher – oder irgendein anderer ausländischer Regierungschef – das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in einem derartigen Ausmaß eingeschränkt hat.

Auch was sie über die PLO sagte, war für Israel angenehmer als so manche frühere Stellungnahme, die es aus London vernommen hatte. Großbritannien werde die PLO nur dann anerkennen, wenn sie die Sicherheitsratsresolution 242 und das Existenzrecht des Staates Israel akzeptierten. Da dies nicht der Fall sei, sollte eine alternative Repräsentation für das palästinensische Volk erwogen werden. Trotz dieser Nichtanerkennung träfen sich britische Diplomaten alle paar Monate mit Vertretern der PLO in London, doch kein Premierminister habe dies getan und auch sie selbst habe keine solche Absicht.

Im Verlaufe ihrer drei Tage hier traf sich Frau Thatcher mit Staatspräsident Herzog, dreimal mit Premier Peres, sowie mit Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Rabin. In einer ergreifenden Zeremonie ehrte sie das Andenken von 2600 Commonwealth-Gefallenen aus dem Ersten Weltkrieg, die auf dem Britischen Kriegsfriedhof auf dem Skopusberg begraben sind.







Preussag-Programm

dos – Bemerkenswert oft bemüht Günther Saßmannshausen, allmächtiger Chef der Preussag AG, das Wort von negativen Außeneinflüssen, die zufällig zusammentrafen. Der krisenerprobte Manager, der zuletzt tatkräftig bei der Sanierung des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns half, umschreibt damit einen Tatbestand, der noch vor Jahresfrist undenkbar schien: Rote Zahlen im eigenen Haus. Vergessen ist das Rekordergebnis von 1984 und letztlich noch befriedigende Abschluß 1985. Der Preiseinbruch auf dem Metallmarkt, bei Erdöl und Erdgas haben die Aufwärtsentwicklung des Rohstoff-Konzerns abrupt gestoppt und machen schnelles Handeln erforderlich.

Mit einem Notprogramm will Saßmannshausen kurzfristig Schlimmeres verhüten. Ans Eingemachte geht der Preussag-Chef hingegen mit seinen weiterreichenden Plänen. Der Metallbereich, der immer wieder das Gesamtergebnis erheblich belastet hatte, soll neu strukturiert werden. Angestrebt wird die Verselbständigung der Hütten und der Bergwerke mit dem Ziel, das Risiko breiter zu streuen.

Die jüngste Entwicklung im Preussag-Konzern zeigt aber zugleich, daß auch in anderen Unternehmensbereichen Handlungsbedarf bestand. Das Ausflaggen von Versorgungsschiffen der Tochter VTG ist ein Beispiel, die anhaltende Misere bei der britischen AMC-Gruppe ein anderes. Die günstigen Ergebnisse der vergangenen Jahre haben offenbar überdeckt, was jetzt endlich nachgeholt wird.

Vorsprung

JB. – Die Hamburger Werft Blohm + Voss bleibt eine Ausnahmeerscheinung in der tristen deutschen Werftlandschaft. Das Unternehmen, das Anfang der siebziger Jahre unter dem höhnischen Gelächter der Branche den Handelsschiffbau aufgab und sich anderen schiffbauähnlichen Aktivitäten widmete, präsentiert für 1985 nicht nur einen Abschluß mit soviel Gewinn, wie ihn die gesamte übrige Schiffbau-Industrie nicht zusammenbekommt, es belegt auch gleichzeitig, daß Krisenbewältigung analytischen Durchblick und Eigeninitiative voraussetzt. Kaum nämlich ist die reiche Ernte eingefahren, drohen nun auch Blohm + Voss neue Stürme. Den Zusammenbruch des für die Werft wichtigen Off-Shore-Marktes als strukturelles und nicht kurzfristiges Problem erkannt, reagiert das Unternehmen nach innen und nicht nach außen. Mit dem Betriebsrat soll beraten werden, wo und in welchem Ausmaß Kapazitäten in den gefährdeten Bereichen beschnitten werden müssen, um andere Bereiche nicht zu verwässern. Auf diese Art war Blohm + Voss bereits vor 15 Jahren der Schiffbau-Krise begegnet.

AUSSENWIRTSCHAFT / Eine Umfrage des DIHT bei den Auslandskammern

Trotz des schwachen Dollar wird 1986 ein gutes Jahr für den Export

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

1986 wird für den deutschen Außenhandel ein gutes Jahr. Die deutschen Exporteure werden selbst mit einer starken D-Mark fertig. Allerdings dürfte der hohe Zuwachs von rund zehn Prozent des vergangenen Jahres bei den Ausfuhren nicht gehalten werden können. Die Importe werden mengenmäßig deutlich anziehen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 43 Auslandskammern, mit deren Gastländern 85 Prozent des Außenhandels abgewickelt wird.

Das außenwirtschaftliche Umfeld wird 1986 vor allem von sinkenden Ölpreisen und von weltweit zurückgehenden Zinsen günstig beeinflußt. Verstärkend treten verbesserte Wachstumsaussichten in den meisten Industrieländern, aber auch in einer Reihe von Schwellenländern und selbst in einigen Entwicklungsländern hinzu. Die Inflationsbekämpfung kommt weiter voran.

Diese positive Grundtendenz wird auch durch die Verschiebung der Wechselkurse nicht entscheidend tangiert. „Von den Kursverschiebungen gehen teilweise beachtliche preisliche Belastungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus; dieser Effekt wird überwiegend aufgewogen durch die Struktur und den qualitativ hohen Standard des deutschen Güterangebots", so das Resümee von DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser.

Eines der Asse im deutschen Export sind nach Schoser die Investitionsgüter. Ihr Anteil am Gesamtexport stieg 1985 auf 53 Prozent. Gerade beim Kauf dieser Produkte gebe der Preis oft nicht allein den Ausschlag. Hier muß das Angebot genau auf die Bedürfnisse des Käufers zugeschnitten sein, die Lieferzeiten müssen stimmen ebenso wie die Kundenbetreuung. „Hier haben die deutschen Exporteure Wettbewerbsvorteile. Sie gleichen die Nachteile des Wechselkurses zumindest zum Teil aus", betonte Schoser.

Allerdings müßten die deutschen Exporteure mit einem wachsenden Protektionismus fertig werden, dessen Instrumentarium immer weiter verfeinert wird. Auch aus diesem Grunde dürfte das Exportplus nicht so hoch ausfallen wie im vergangenen Jahr. Schoser hält jedoch Zuwächse von rund vier Prozent, wie sie in den meisten Prognosen genannt werden, für nach wie vor realistisch.

Wegen der größer werdenden Unterschiede in der Wachstumsdynamik der einzelnen Räume wird sich auch der deutsche Export nicht so gleichförmig wie im vergangenen Jahr entwickeln. Besonders zuversichtlich äußern sich die Auslandskammern in Europa und Asien. Trotz der jüngsten Aufwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) werden die deutschen Exporteure in Europa weitere Absatzerfolge erzielen – selbst in Frankreich, obwohl hier die Aufwertung der D-Mark besonders zu Buche schlägt. Innere Preisstabilität und eine maßvolle Kostenentwicklung würden zu handfesten Vorteilen gegenüber der Konkurrenz, so Schoser.

Die Deutsch-Amerikanische Handelskammer rechnet trotz der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um rund 30 Prozent während der vergangenen zwölf Monate sogar mit einer Zunahme der deutschen Exporte. Der Grund: 70 Prozent der Waren, die über den Atlantik gehen, sind Investitionsgüter, vor allem Maschinen, Elektroartikel und Autos, bei denen der Preis nicht so ausschlaggebend ist. Sorgen bereitet der sich ausbreitende Protektionismus.

Die überwiegende Mehrzahl der Kammern rechnet mit wachsenden Käufen aus der Bundesrepublik in ihren Gastländern. Das dürfte sich aber kaum nominal auswirken. In Europa schätzen alle Kammern, mit Ausnahme derjenigen in Großbritannien und Norwegen, die Entwicklung so ein. In den USA wird mit einem Anziehen der deutschen Käufe erst für das zweite Halbjahr gerechnet, da die Amerikaner nach der Phase der hohen Dollarkurse erst ihre Märkte wieder aufbauen müßten. Auch die Kammern in Asien und im pazifischen Raum rechnen ausnahmslos mit einem besseren Geschäft.

LANDWIRTSCHAFT

Nachwachsende Rohstoffe vorerst noch ohne Chancen

ARNULF GOSCH, Bonn

Wenig optimistisch beurteilt die Bundesregierung die Chancen für nachwachsende Rohstoffe, in absehbarer Zeit ins Gewicht fallende Anteile am Treibstoffmarkt zu erwerben. Wie es in der gestern bekanntgewordenen Regierungsantwort auf die Große Anfrage von CDU/CSU und FDP, die heute vom Bonner Kabinett beschlossen werden soll, heißt, würden die Herstellungskosten von Agraralkohol aus wirtschaftlich und technisch optimierten Großanlagen in der Größenordnung von 1,20 bis 1,60 Mark pro Liter liegen. Der finanzielle Stützungsbedarf von Agraralkohol als Treibstoffzusatz entspräche annähernd dem Unterschied zwischen Herstellungskosten von Agraralkohol und Raffinerieabgabepreis für Superbenzin vor Steuern. Dieser Raffinerieabgabepreis betrug im Durchschnitt des Jahres 1985 rund 66 Pfennig je Liter. Aufgrund des Ölpreisverfalls und des gesunkenen Dollarkurses lag er Mitte April 1986 bei nur 33 Pfennig je Liter.

Maßgeblich für politische Entscheidungen wären allerdings die Preise und Kosten etwa von 1990 an, da von der Planung bis zur Inbetriebnahme moderner Anlagen etwa drei Jahre vergingen. Um zu einer besseren Beurteilung der Produktionskosten zu kommen, will die Bundesregierung eine Systemanalyse zur Wirtschaftlichkeit von Agraralkohol unter den Produktionsverhältnissen in der Bundesrepublik vergeben. Dabei sollen Energiebilanz und Auswirkungen auf den Agrarsektor und die Umwelt berücksichtigt werden.

Wie es an anderer Stelle heißt, weisen die beträchtlichen Differenzen zwischen der tatsächlichen und der möglichen Nachfrage unmißverständlich darauf hin, daß die Voraussetzungen für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe generell noch teilweise ungünstig seien. So hätten die relativ hohen EG-Agrarpreise hohe Nutzungskosten zur Folge. Der erhöhte Einsatz von Stärke und Zucker für industrielle Zwecke sei bisher weniger durch technische Probleme als vielmehr durch die bestehenden Marktordnungen erschwert worden.

Im Bereich der technischen Öle und Fette behinderten die gegebenen Fettsäuremuster der bisher erzeugten Ölpflanzen und niedrige Erträge die Anbauausdehnung für industrielle Zwecke. Die Herstellungskosten von Alkohol ließen sich mehr durch Fortschritte in der Pflanzenzüchtung senken als durch eine technische Weiterentwicklung der Konversionsverfahren. Die verstärkte Erzeugung von Naturfasern hänge auch davon ab, ob es gelingt, im produktionstechnischen Bereich Fortschritte zu erzielen und neue Einsatzbereiche zu erschließen. Wenn nachwachsende Rohstoffe wettbewerbsfähig werden und einen ungeschmälerten Beitrag zu den landwirtschaftlichen Einkommen leisten sollen, setze dies erhebliche Produktivitätsfortschritte voraus.

Gebremster Maschinenbau

Von WERNER NEITZEL

Für den deutschen Werkzeugmaschinenbau, nach wie vor eines der wichtigsten technologischen Aushängeschilder, scheinen sich über dem US-Markt Gewitterwolken zusammenzuballen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Maschinenbauer aus Japan, der Bundesrepublik, Taiwan und der Schweiz dieser Tage dazu aufgefordert, sich bei ihren Exporten in die USA zu beschränken (WELT vom 22. 5.).

Im Blickfeld steht dabei ein Katalog von einem halben Dutzend Standardmaschinen, bei denen die Importquote gemessen am Marktvolumen besonders hoch (mengenmäßig an die 70 Prozent) ist. Falls sich nach Ablauf einer Sechsmonatsfrist kein entsprechender Effekt eingestellt haben sollte, wollen die Amerikaner größere Geschütze auffahren, nämlich Importquoten.

Unvorbereitet und überraschend kommt der amerikanische Schritt keineswegs. Schon seit einigen Jahren versucht die US-Maschienbau-Lobby Washington dazu zu bewegen, bei den Importen von Werkzeugmaschinen eine Bremse anzulegen. Von dem Nimbus, führendes Herstellerland auf dem Gebiete des Werkzeugmaschinenbaus zu sein – dieser hatte bis in die 70er Jahre hinein Gültigkeit –, sind die USA inzwischen erheblich zurückgefallen. In der Produktionsrangliste des vergangenen Jahres nehmen die US-Werkzeugmaschinenbauer nur noch den vierten Platz ein. An erster Stelle rangiert Japan mit einer rund doppelt so hohen Produktion (umgerechnet 15,5 Milliarden DM) wie die USA, zweitgrößtes Herstellerland war die Bundesrepublik (elf Milliarden DM), und selbst die Sowjetunion, über deren Ausbringung es allerdings nur Schätzungen gibt, dürfte vor den Staaten gelegen haben.

Natürlich gibt es Ursachen für diese Rückwärtsentwicklung: Waren die USA noch vor zehn Jahren die Schrittmacher bei der Entwicklung und Einführung flexibler Anlagen, so sind seitdem von dort kaum mehr besondere technologische Impulse gekommen. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, daß die Binnenkonjunktur auf diesem spezifischen Sektor in den Staaten bereits seit längerem ausgesprochen schlecht ist.

Kommt hinzu, daß insbesondere die Japaner u. a. auf dem Gebiet der Standardmaschinen über den Preis für einen rasch gestiegenen Importdruck sorgten (50 Prozent der Einfuhren in 1985). Die Tatsache, daß auch Taiwan im Fadenkreuz amerikanischer Bremsmanöver steht, zeigt das Symptom deutlich auf. Aber neben der Schweiz waren und sind es gerade auch die Werkzeugmaschinen aus der Bundesrepublik, die sich bei der amerikanischen Industrie-Kundschaft mit modernsten, auf Flexibilität in die verschiedensten Richtungen hin ausgelegten Werkzeugmaschinen und Fertigungszentren eine gute Marktposition eroberten.

Gerade dieser Maschinentypus ist aber nicht in Reagans Forderungskatalog enthalten, weshalb denn auch in großen Teilen dieser Branche in der Bundesrepublik die These vertreten wird, daß „die Sache nicht so heiß gegessen wird". Man ist realistisch genug zu sehen, daß hinter den amerikanischen Bemühungen um stärkere Unabhängigkeit von ausländischen Werkzeugmaschinen und Stützung der US-Industrie dieses Sektors mit einem Forschungsförderungsprogramm erhebliche verteidigungsstrategische Interessen stecken.

Die deutschen Werkzeugmaschinenbauer, die sich vor Jahren noch um ihre Wettbewerbsfähigkeit sorgen mußten, geben sich ruhig, wenngleich der amerikanische Markt für sie im vergangenen Jahr der größte Auslandsmarkt war. Ihr Erfolg in den letzten beiden Jahren, in denen sich die Exporte nach USA mehr als verdoppelten, wurde sicherlich zu einem großen Teil von der damals günstigen Währungsrelation getragen. Von dieser Seite kommen inzwischen für den Auftragseingang eher dämpfende Einflüsse.

Sie schmerzen nicht, weil die Inlandskonjunktur in der Bundesrepublik ihre volle Zugkraft für diese Sparte entfaltet hat. Die Werkzeugmaschinen-Fabriken hierzulande sind so gut beschäftigt wie schon lange nicht mehr. Aus dieser Perspektive und aus dem Wissen um die eigenen technologischen Stärken sollte die Branche die nötige Gelassenheit und Zähigkeit aufbringen, mit den Amerikanern zu verhandeln, um sie von formellen protektionistischen Maßnahmen abzubringen.

AUF EIN WORT



„Wo bleibt das Selbstbewußtsein der deutschen Brauer? Mit versteinertem Blick auf das Reinheitsgebot können sie die Zukunft nicht erobern. Wenn deutsches Bier das angesehendste der Welt ist, dann sollten es die deutschen Brauer auch sein."

Wolfgang Höselbarth, Vorsitzender des Verbandes Dortmunder Bierbrauer. FOTO: DIE WELT

Wirtschaft soll schneller wachsen

AP, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) rechnet trotz eines Wachstumseinbruchs Anfang 1986 mit einem beschleunigten Aufschwung im Jahresverlauf. Im jüngsten Konjunkturbericht hieß es, vor allem aufgrund der Inlandsnachfrage werde im zweiten Halbjahr das Produktionsergebnis der ersten Jahreshälfte um sieben Prozent überschritten werden. Der Rückgang der Produktion im ersten Quartal sei kein Anlaß zur Korrektur der Konjunkturerwartungen. Im Vergleich zum ersten Quartal 1985 sei das Bruttosozialprodukt real um 2,3 Prozent gestiegen.

AGRARPOLITIK

Die EG stimmt den Bonner Subventions-Plänen zu

Ha. Brüssel

Die Bundesregierung hat gestern die Zustimmung der EG für eine Verdoppelung der als benachteiligt eingestuften deutschen Agrargebiete erhalten. Damit können in diesem Jahr zusätzlich rund 200 Mill. Mark an direkten Einkommensbeihilfen an die Bauern fließen.

Der Agrarministerrat entschied einstimmig, obwohl mehrere Regierungen zuvor deutlich Bedenken gegen die Aufstockung der Subventionen geäußert hatten. Ignaz Kiechles Kollegen lösten damit ein Versprechen ein, das sie – wenn auch in unverbindlicher Form – während der letzten Agrarpreisrunde gegeben hatten.

Mit den zusätzlichen Beihilfen sollen die Bauern nach einem Bonner Kabinettsbeschluß für die in der EG vereinbarten Einkommenseinbußen entschädigt werden. Ein Viertel der gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Aufwendungen wird später aus der EG-Kasse erstattet.

Wie Kiechle gestern bestätigte, gelten nach dem EG-Beschluß 50,9 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Bundesrepublik als benachteiligt. Am meisten profitieren werden von den zusätzlichen Beihilfen die Bauern in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Immerhin liegt der Anteil der Fördergebiete auch künftig nicht höher als im EG-Durchschnitt.

Nur zögernd erklärten sich freilich die Briten und einige ärmere EG-Länder mit der Aufstockung einverstanden: Die südlichen Länder sehen darin eine Renationalisierung in der europäischen Agrarpolitik. Sie wollen demnächst mit ähnlichen Wünschen nachziehen.

BUNDESGERICHTSHOF

Süddeutscher Verlag darf Beteiligung nicht aufstocken

DW. Karlsruhe

Der Kartellsenat des Bundesgerichtshofes hat die Rechtsbeschwerde des Süddeutschen Verlages gegen den Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 11. Juli 1984 zurückgewiesen. Das Kammergericht hatte eine Verfügung des Bundeskartellamts vom 24. Oktober 1983 bestätigt, durch die dem Süddeutschen Verlag verboten worden war, seine Beteiligung an den beiden Donau-Kurier-Gesellschaften (KG und GmbH) von bereits bestehenden 25 Prozent auf zunächst jeweils 50 Prozent und später 75 Prozent zu erhöhen.

Die geplante Aufstockung der Beteiligung stellt auch nach Auffassung des Bundesgerichtshofes einen Zusammenschluß (Paragraphen 23, 24 GWB) zwischen dem Süddeutschen Verlag und dem Donau-Kurier dar, dessen Zulässigkeit nach den 1976 im Bereich der Pressefusionskontrolle erheblich verschärften Vorschriften des Kartellgesetzes zu beurteilen ist, obwohl die schuldrechtlichen Verträge über die spätere Erhöhung der Beteiligung bereits 1974 abgeschlossen worden waren. Weiter hat der Bundesgerichtshof die Auffassung des Bundeskartellamts bestätigt, es sei nicht auszuschließen, daß die geplante Erhöhung der Beteiligung zu einer wesentlichen Verstärkung der bereits – mit Anteilen von je 25 Prozent – bestehenden Unternehmensverbindungen führt.

Darüber hinaus sei zu erwarten, daß durch den beabsichtigten weiteren Anteilserwerb die bereits vorhandene marktbeherrschende Stellung des Donau-Kurier in seinem Verbreitungsgebiet weiter verstärkt wird (Beschluß vom 27. Mai 1986, KVR 7/84).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sondersparformen zunehmend bevorzugt

Spareinlagen bei den Sparkassen nach Anlageformen. Bestände in Mrd. DM

	1981	1983	1985
Gesetzliche Kündigungsfrist*	154,6	181,2	187,8
Vereinbarte Kündigungsfrist*	81,0	73,7	73,5
Sondersparformen	19,7	36,2	61,0
Insgesamt	255,3	291,1	322,3

*ohne Sondersparformen

DIE WELT

Nach Feststellung der Sparkassen hat sich das Anlagevolumen auf Sondersparkonten in den Jahren 1981 bis 1985 von 19,7 auf 61,0 Mrd. Mark verdreifacht. Damit stieg es wesentlich stärker als die Gesamtsumme der Spareinlagen bei Sparkassen von 255,3 auf 322,3 Mrd. Mark. Vornehmlich traditionell zinsbewußte Sparer steigen in zunehmendem Maße auf die günstigen Sondersparangebote der Sparkassen um. QUELLE: WVH

Japan ist größter Gläubiger der Welt

Tokio (dpa/VWD) – Japan ist 1985 die weltweit größte Gläubigernation geworden und hat Großbritannien aus dieser Spitzenposition verdrängt. Wie das Finanzministerium in Tokio gestern mitteilte, überstiegen die öffentlichen und privaten Guthaben Japans im Ausland die Schulden Ende des Jahres um 129,8 Mrd. Dollar (derzeit rund 292 Mrd. DM). Das waren 55,5 Mrd. mehr als ein Jahr zuvor.

Keine Lohnabtretung

Bonn (AP) – Ein Vermieter darf seine Mietansprüche nicht durch Lohn- oder Gehaltsabtretung des Mieters sichern lassen. Dies hat das Landgericht Lübeck in einem Urteil entschieden, das die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) gestern veröffentlichte. Anlaß war der Rechtsstreit über eine Wohnungsendabrechnung, bei der der Vermieter seine Forderung auch gegenüber dem Arbeitgeber des Mieters geltend gemacht hatte.(Landgericht Lübeck – 14 s 307/84)

Neuer Name für Arbed

Saarbrücken (dpa/VWD) – Das in den Mehrheitsbesitz des Saarlandes übergegangene Stahlunternehmen Arbed Saarstahl wird schon in Kürze einen neuen Namen erhalten. Wie Saar-Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann (SPD) gestern mitteilte, erfolgt die neue Namensgebung für das Unternehmen auf einer Eigentümerversammlung am 6. Juni.

Chemie schwächer

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die chemische Industrie der Bundesrepublik konnte im 1. Quartal dieses Jahres nicht an die Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen. Die Produktion, die schon im 4. Quartal 1985 gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent gesunken war, war auch im 1. Quartal 1986 um 0,4 Prozent niedriger als vor Jahresfrist, teilt der Bundesarbeitgeberverband Chemie mit.

Gegen Protektionismus

Bonn (Mk.) – Mit „ausgesprochener Sorge" betrachten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die gegenwärtige Entwicklung der Schiffahrtspolitik in der EG. Der jetzt von der EG beabsichtigte Außenprotektionismus gegenüber Flotten aus Drittländern könne von der Wirtschaft nicht mitgetragen werden.

Umweltschutzpreis

Bonn (A.G.) – Die Deutsche Ausgleichsbank wird einen Preis für Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes stiften. Der Preis wird besonders für effiziente Produkt- oder Verfahrensinnovationen vergeben, durch die Umweltbelastungen deutlich verringert oder vermieden werden. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen und ist mit 50 000 Mark dotiert.

„Ins eigene Portemonnaie"

Bonn (dpa) – Die Bürger haben nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler bis gestern die vom Staat verordneten Steuern und Sozialbeiträge für dieses Jahr erbracht und können „endlich für das eigene Portemonnaie arbeiten". Bei einem Abgabenanteil am Sozialprodukt von 40 Prozent in diesem Jahr seien 146 Tage notwendig gewesen, um diese Geldleistungen für die öffentlichen Kassen zu erbringen.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,76 (164,89); Elektrowerte: 297,52 (300,89); Autowerte: 758,99 (778,93); Maschinenbau: 156,62 (161,49), Versorgungsaktien: 161,73 (166,56); Banken: 393,20 (402,16); Warenhäuser: 136,67 (138,09); Bauwirtschaft: 473,58 (476,96); Konsumgüterindustrie: 165,49 (167,95); Versicherung: 1487,96 (1510,00); Stahlpapiere: 161,35 (166,75); Gesamt 272,83

ARBEITSMARKT

OECD: Strukturanpassung nur durch mehr Flexibilität

J. Sch. Paris

Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt ist eine wichtige Komponente für die notwendigen Strukturveränderungen in den westlichen Industriestaaten. Denn sie fördert die Produktivität der Wirtschaft und schafft mehr Arbeitsplätze. Aber sie ist „kein Allheilmittel", heißt es in einem Expertenbericht der OECD, der unter Vorsitz des früheren deutschen EG-Kommissars Professor Ralf Dahrendorf erstellt wurde.

Um die von den OECD-Staaten angestrebten wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu erreichen, hält es die Expertengruppe für „besonders wichtig", daß die Personalkosten begrenzt werden. Die Flexibilität der Arbeitszeit wird als „wünschenswert" angesehen. Notwendig seien auch Maßnahmen zur Beseitigung der Mobilitätshindernisse.

Berücksichtigt werden müßten in jedem Land jedoch die unterschiedlichen historischen und kulturellen Hintergründe. In den USA beispielsweise ist die geographische Mobilität eine aus der Pionierzeit stammende Tradition. In Japan wird die Arbeitsplatzsicherheit betont.

Die Bundesrepublik weise starke nach Branchen organisierte Gewerkschaften aus, was zu maßvollen Tarifabkommen beitrage, bemerkte Professor Dahrendorf in Paris. Dagegen seien die deutschen Arbeitszeitregeln (Ladenschluß) zu starr.

In Frankreich übt der Staat einen übermäßigen Einfluß auf den Arbeitsmarkt aus, was sich aus der traditionellen Schwäche der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände erklärt, während in Großbritannien die Zersplitterung der Gewerkschaften die Flexibilität behindert.

INFORMATIKER / „Siemens könnte dreißig Prozent der Absolventen gebrauchen"

Jeder zweite auf neu errichteter Stelle

THOMAS LINKE, Bonn

Jeder zweite Informationsverarbeitungsexperte sitzt auf einem neu geschaffenen Arbeitsplatz. Das jedenfalls hat eine Befragung ergeben, die die Gesellschaft für Informatik (GI) unter ihren Mitgliedern durchgeführt hat. „Eindrucksvoller läßt sich die direkte arbeitsplatzschaffende Wirkung einer neuen Technologie kaum belegen", meinte der Präsident der GI, Prof. Fritz Krückeberg.

Die Umfrage war Anfang des letzten Jahres an die rund 10 000 Mitglieder – darunter ein Viertel Studenten – verschickt worden. Unter den berufstätigen GI-Mitgliedern haben 22 Prozent geantwortet: „Eine durchaus repräsentative Größe, bessere Zahlen aus diesem Bereich gibt es im Augenblick nicht", erklärte GI-Geschäftsführer Hermann Rampacher.

Nur fünf Prozent der in der Datenverarbeitung Tätigen sind laut Umfrage Frauen. Die meisten Datenverarbeiter sind Angestellte (77 Prozent).

Fast 46 Prozent der Befragten gibt an, daß ihr Arbeitsplatz extra für sie neu geschaffen wurde. In der Informatikindustrie lag der Anteil der „Berufsplatz-Neugeburten" mit 49 Prozent am höchsten, bei den Anwendern der Informationsverarbeitung waren es 44,5 Prozent. „Der Bedarf an Fachkräften übersteigt das Angebot bei weitem. Von Siemens wissen wir, daß sie allein ein Drittel aller qualifizierten Informatikabsolventen bei uns gebrauchen könnten", meinte Rampacher.

Obwohl alle Befragten im Bereich der Informationsverarbeitung arbeiten, gaben nur 38 Prozent Berufsbezeichnungen an, die auf eine solche Tätigkeit schließen lassen. Würde man dies bei rund 130 000 Datenverarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland hochrechnen, hieße das: Es gibt bei uns etwa 340 000 mit der Informationsverarbeitung befaßte Spezialisten.

Um mit der Rasanz der technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, müssen die Berufstätigen in diesem Bereich eine überdurchschnittliche Fortbildungsbereitschaft an den Tag legen. In der Informatikindustrie werden laut Umfrage 10,4 Stunden während der Arbeitszeit und 11,1 Stunden während der Freizeit gebüffelt; bei den Anwendern lauten die entsprechenden Zahlen 11,0 und 12,3 Stunden.

Prof. Krückeberg beklagte, daß die 250 000 Ingenieurstudenten nur unzureichend darauf vorbereitet werden, daß der Umgang mit Computern und Computerprogrammen zur täglichen Routine in ihrem Berufsleben gehören wird. Deshalb muß nach Auffassung der GI die Informatik neben der Mathematik und der Physik im Grundstudium der Ingenieure Pflicht werden.

NAHER OSTEN

Straße von Hormus verliert Bedeutung

dpa/VWD, **Hamburg**

Nur noch 15 Prozent des international gehandelten Rohöls passieren die Straße von Hormus am Ausgang des Persischen Golfs. Vor zehn Jahren waren es noch 41 Prozent. Dies schreibt das Deutsche Orient-Institut, Hamburg, in seinem Jahresbericht 1985. Grund hierfür ist der Ausbau eines Netzes von Ölleitungen, die diese Meerenge umgehen und ihre strategische Bedeutung vermindern.

Insgesamt sei die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten 1985 deutlicher als je zuvor durch politische und sicherheitspolitische Faktoren geprägt gewesen. Angesichts der gewachsenen inneren und äußeren Gefahren hätten die meisten Länder ihre Rüstungsprogramme auf Kosten der Entwicklung der zivilen Bereiche ausgeweitet. Die Auswirkungen des Golfkrieges hätten sich verschärft. Nicht nur seien weitere Infrastrukturen, Erdölanlagen und Industriebetriebe zerstört worden, der Krieg habe auch zum Verlust zahlreicher Fach- und Führungskräfte geführt.

Der Verfall der Ölpreise hätte in den Ländern des Golf-Kooperationsrates erstmals 1983 zu einem Defizit der Zahlungsbilanzen geführt, das sich bis 1985 auf 13,8 Mrd. Dollar vergrößert habe. Die Rezession in der Golfregion wiederum habe auch die Exportländer von Arbeitskräften – *Ägypten, Jordanien, Nordjemen*, Pakistan, Indien und Südkorea – betroffen. Die Geldüberweisungen der in der Golfregion arbeitenden 2,5 Mill. Pakistani seien in den letzten zwei Jahren um 15 Prozent auf 2,6 Mrd. Dollar gesunken. Die Zahl der am Golf arbeitenden Inder sei 1985 um rund 100 000 zurückgegangen, die der Südkoreaner um rund 70 000. Nur Ägypten habe Arbeitsplatzverluste zum Teil ausgleichen können.

PREUSSAG / Unternehmerischer Spielraum soll vergrößert werden – Erweiterung existierender Partnerschaften

Ergebnisse im ersten Quartal 1986 weit unter Plan

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Das Zusammentreffen einer Vielzahl negativer Faktoren haben den hannoverschen Rohstoffkonzern Preussag AG nach dem ersten Quartal 1986 in die Verlustzone abrutschen lassen. Vorstandschef Günther Saßmannshausen spricht zwar von einem „knapp ausgeglichenen Ergebnis", hatte dabei aber wohl bereits die leichten Besserungstendenzen im April im Blick, als der Zinkproduzentenpreis schrittweise von 670 Dollar je Tonne auf nunmehr 760 Dollar angehoben werden konnte.

Zur Schwäche auf den Metallmärkten und dem drastischen Preisverfall bei Erdöl gesellen sich bei der Preussag auch Probleme in anderen Unternehmensbereichen. Dazu gehören die Versorgungsschiffahrt der Tochter VTG, der Erzbergbau im Harz und der noch immer nicht genehmigte Verkauf der Agefko. Wenig Freude hat die Preussag ferner an der britischen AMC-Gruppe, bei der als Folge des Zinn-Desasters bereits 1985 Verluste von rund 100 Mill. DM entstanden waren. Vor kurzem hat die Preussag bei AMC eine Kapitalerhöhung von 10 Mill. Pfund vorgenommen und damit ihre Anteile auf 94,7 (86,8) Prozent erhöht.

Saßmannshausen läßt keinen Zweifel daran, daß die Ergebnisse der ersten Monate 1986 „weit hinter den ursprünglichen Plananahmen" zurückgeblieben sind. Auf Prognosen für das Gesamtjahr wollte sich der Preussag-Chef nicht einlassen, zumal weitere Belastungen nicht auszuschließen seien. So gesehen erübrige sich auch die Frage, ob das Unternehmen für 1986 ein „dividendenfähiges Ergebnis" erwirtschaften werde.

Auf die veränderten Entwicklungen habe der Vorstand „natürlich sofort reagiert" und noch in der Bilanz 1985 Vorsorgemaßnahmen getroffen, die das Jahresergebnis 1986 entlasten werden. Zu den kurzfristig wirkenden Maßnahmen gehöre die Verschiebung oder Streichung von Investitionsvorhaben, der geringere Explorationsaufwand im Erdöl- und Metallbereich, die Einstellung der Erdölförderung in einzelnen Feldern und die Einführung von Kurzarbeit.

Um Strukturverbesserungen im Konzern zu erreichen, die mittelfristig „einen größeren unternehmerischen Spielraum" schaffen sollen, plant der Vorstand die „gesellschaftsrechtliche Verselbständigung von Betriebsteilen im Metallbereich". Ziel dieser Maßnahme ist es, die Struktur der Hüttenwerke im Harz und in Nordenham zu verbessern. Dabei steht die Erweiterung bereits existierender Partnerschaften im Vordergrund. Offenbar befindet sich die Preussag bereits mit verschiedenen europäischen Unternehmen in Gesprächen. Namen wollte Saßmannshausen aber nicht nennen.

Obwohl die Verschlechterung der Situation bereits im Jahresabschluß 1985 sichtbar wird, spricht Saßmannshausen von einem befriedigenden Ergebnis. Bei einem um sieben Prozent auf 4,3 (4,7) Mrd. DM verringerten Umsatz des Inlandskonzerns ging der Jahresüberschuß auf 78 (122) Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß der AG reduzierte sich auf 65 (103) Mill. DM. Er wird in voller Höhe zur Ausschüttung einer Dividende von 8 (9) DM pro Aktie verwandt. Durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien erhöhte sich das Grundkapital auf 402 (400) Mill. DM. Eine stärkere Senkung der Dividende sei vor allem aus steuerlichen Überlegungen nicht in Betracht gezogen worden.

Im Welt-Abschluß, also einschließlich der AMC-Gruppe, weist die Preussag bei einem um 12,8 Prozent auf knapp 12 Mrd. DM reduzierten Umsatz einen Verlust von 13 Mill. DM aus, nachdem 1984 noch ein Überschuß von 155 Mill. DM erzielt wurde. Die Konzern-Bilanzzahlen des Jahres 1985 sind mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar, weil zum ersten Mal die C. Deilmann AG, Bad Bentheim, konsolidiert wurden. In der Gewinn- und Verlustrechnung dagegen schlägt sich die Übernahme der Deilmann-Mehrheit noch nicht nieder. Die Einbeziehung im ersten Quartal 1986 ließ den Umsatz des Inlandskonzerns um 3,8 Prozent auf knapp 1,2 Mrd. DM wachsen. Auf Deilmann entfallen davon rund 250 Mill. DM.

Ungewiß ist nach den Worten Saßmannshausens die Zukunft der Bleihütte in Nordenham, die nicht mehr den Ansprüchen der TA Luft genügt. Ein Neubau würde rund 150 Mill. DM erfordern. Mit dem Partner Boliden befinde man sich derzeit im Gespräch über weitere Maßnahmen.

Preussag	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)[1]	4 367	- 7
dav. Metall	1 139	- 33,2
Verkehr	541	+ 7,6
Erdöl/Chemie	844	+ 5,1
Kohle	1 217	+ 10,5
Anlagenbau	624	+ 6,7
AMC-Gruppe	7 224	- 17,1
Sachinvestitionen	363	- 1,2
Finanzinvestitionen	63	- 29,2
Abschreibungen	357	+ 3,5
Eigenkapital	1 424	+ 33,8
Eigenkapitalquote (%)	31,2	(30,5)
Grundkapital	402	+ 0,5
Jahresüberschuß	78	- 36,1
Ergeb. pro Aktie (DM)	27,60	+ 5,3
Cash-flow	454	- 13
Dividende (DM)	8	- 11,1

[1]) Inlandskonzern – Die Bilanzzahlen beinhalten erstmals die Deilmann-Gruppe.

DGZ / Eigenkapitalbedarf für sieben Jahre gedeckt

Viel Dividende und Steuern

cd. **Frankfurt**

Eine Landesbank, die keine Affären oder spektakulären Pleiten am Halse hat, die seit Jahren Dividende (sechs Prozent, was dank Steuerfreiheit einem Satz von etwa 15 Prozent entspricht) und reichlich Steuern (für letztes Jahr 99 nach 81 Mill. DM) zahlt – soviel Kontinuität, wie sie die Deutsche Girozentrale Deutsche Kommunalbank (DGZ), Frankfurt, zeigt, mutet in der Gruppe schon fast langweilig an.

Sie präsentiert nach einem vom Vorstandsvorsitzenden Ernst-Otto Sandvoß als sehr gut charakterisierten Geschäftsjahr ein um 20 Prozent auf 128,7 Mill. DM verbessertes Ergebnis vor Steuern und ein um 8,7 Prozent auf 152,3 Mill. DM erhöhtes Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft. Mit den ersten vier Monaten 1986 ist die Bank zufrieden.

Der gute Ertrag, zu dem maßgeblich eine zehnprozentige Steigerung des Zinsüberschusses auf 210 Mill. DM und höhere Eigenhandelserträge beitrugen, erlaubte eine Aufstockung der Risikoabdeckungsquote für die im Auslandsobligo von 7,2 Mrd. DM enthaltenen, von Sandvoß auf rund eine halbe Mrd. DM bezifferten Engagements in Problemländern von 46 auf 56 Prozent, womit die DGZ im Gewerbe zur Spitzengruppe zählt.

Die offenen Rücklagen werden wieder mit 5 Mill. DM bedacht; damit steigen die haftenden Mittel auf 620 Mill. DM. Die Hauptversammlung hat dieser Tage eine Kapitalerhöhung um 150 Mill. DM zu Pari beschlossen und außerdem die Ausgabe von 150 Mill. DM Genußscheinen genehmigt, die wohl noch in diesem Jahr in der Sparkassenorganisation plaziert werden. Mit diesem „Tendenzbeschluß" soll der Eigenkapitalbedarf für etwa sieben Jahre gedeckt werden.

Die Bilanzsumme des Spitzeninstituts der Sparkassenorganisation wuchs zwar 1985 um elf Prozent auf 34 Mrd. DM, aber das hauptsächlich wegen des stichtagsbedingt hohen Volumens des Geldhandels mit 6,6 (4,6) Mrd. DM Forderungen. Im Kreditgeschäft erhöhten sich die Forderungen lediglich um 3,5 Prozent auf 20 Mrd. DM mit Schwerpunkt bei den 13,4 Mrd. DM (plus 4,1 Prozent) langfristigen Ausleihungen an öffentliche Stellen, deren Kreditbedarf wegen zunehmender Finanzierung über Anleihen nachließ.

Als teilweisen Ersatz für fehlendes, vor allem öffentliches Kreditgeschäft betrachtet die DGZ ihren um 10 Prozent auf 5,9 Mrd. DM aufgestockten Rentenbestand, den sie im übrigen zur liquiditätsmäßigen Absicherung des Geldhandels benötigt.

Die Refinanzierung der DGZ wurde durch den Bruttoabsatz von 5,5 Mrd. DM Eigenemissionen und die Aufnahme von netto 1,5 Mrd. DM langfristigen Darlehen bestritten. Auf diese Weise wurde, wie Sandvoß sagte, die Refinanzierung der längerfristigen Kredite und des Wertpapierbestandes durch Geldmarktmittel weitgehend abgebaut.

BLOHM + VOSS / Ein für die Werftindustrie „sensationell" guter Abschluß

Vor neuer großer Herausforderung

JAN BRECH, **Hamburg**

Bei der letzten deutschen Großwerft Blohm + Voss AG, Hamburg, wechseln Licht und Schatten in rasantem Tempo. Während Vorstandsvorsitzender Michael Budczies auf der einen Seite einen für die Werftindustrie „sensationell" guten Abschluß für 1985 präsentiert, muß er auf der anderen Seite für dieses Jahr wieder gravierende Einschnitte bei den personellen Kapazitäten ankündigen. Blohm + Voss, das mit der Aufgabe des Handelsschiffbaus Anfang der *siebziger Jahre* ihren eigenen und im großen und ganzen erfolgreichen Weg als Werft ging, stehe vor einer ähnlich großen Herausforderung wie damals, erklärt Budczies.

Das Unternehmen sei auch jetzt entschlossen, das als notwendig Erkannte unverzüglich durchzuführen. Anpassungsmaßnahmen werden vor allem durch den Zusammenbruch des Off-shore-Bereichs ausgelöst, der sowohl den Stahlschiffbau als auch das Reparaturgeschäft bei Blohm + Voss empfindlich berührt. Bereits jetzt müssen bei der Werft 400 Mitarbeiter kurzarbeiten.

Da Budczies den Beschäftigungseinbruch *nicht als kurzfristiges*, sondern als strukturelles Problem ausgemacht hat, wird es bei Kurzarbeit nicht bleiben. Personalabbau kündigt er außerdem für den Fertigungsbereich „Panzer" wegen geringerer Aufträge der Bundeswehr an. Schließlich sind bei dem von HDW übernommenen Betrieb Ross Industrie GmbH die verbliebenen Arbeitsplätze nicht alle sicher. In welchem Ausmaß Blohm + Voss die Belegschaft von rund 5400 (bei Ross weitere 1700) reduzieren *wird, läßt Budczies offen.*

Nach dem vorgesehenen Kapazitätsabbau in den strukturell unterbeschäftigten Bereichen dürfte der vorhandene Auftragsbestand reichen, um die Werft wieder in sicheres Fahrwasser zu bekommen. Nach Angaben von Budczies stehen zur Zeit Aufträge im Wert von 1,3 Mrd. DM bei der AG in den Büchern. Dazu kommen anteilmäßig 440 Mill. DM aus einem Fregatten-Auftrag für Portugal (drei Einheiten, zwei davon für HDW) sowie *90 Mill. DM* bei den Tochtergesellschaften.

Vor allem die Marineaufträge, der solide Maschinenbau und die Anfangserfolge *auf* dem Gebiet Schweißtechnik, Automation und Industrieroboter machen Budczies Hoffnungen, daß Blohm + Voss auch 1986 trotz aller Probleme schwarze Zahlen schreiben wird.

Vornehmlich durch die Abrechnung einiger lukrativer Aufträge aus dem Ende der 70er Jahre weist Blohm + Voss für 1985 einen Gewinn von 26,7 (10,4) Mill. DM aus und erreicht damit eine für die marode Werftindustrie unvorstellbare Rendite von *1,8 Prozent. Die Aktionäre*, an der Spitze die Thyssen AG mit 57,5 Prozent und die Gruppe Blohm mit 25,1 Prozent, erhalten 3,50 (3) DM Dividende und zusätzlich 1,50 DM Bonus. Die restlichen 14 Mill. DM werden den Rücklagen zugeführt.

Positive Ergebnisse erzielten die Bereiche Marine und Reparatur, während der zivile Schiffbau und Maschinenbau rote Zahlen schrieben. Zum Gesamtumsatz von 1,38 Mrd. DM, der sich um 13 Prozent erhöhte, steuerten der Schiffbau 616 (536 allein Marine), die Reparatur 339 und der Maschinenbau 300 Mill. DM bei.

Linde weiterhin auf Erfolgskurs

dpa/VWD, **München**

Die Linde AG, Wiesbaden, maßgeblicher Hersteller von Investitionsgütern in der Bundesrepublik, hat ihre erfolgreiche Geschäftsentwicklung des Vorjahres in den ersten vier Monaten 1986 fortgesetzt. Der Konzernumsatz ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,8 Prozent auf 921,7 Mill. DM gestiegen, teilte Vorstandsvorsitzender Hans Meinhardt gestern auf der Hauptversammlung in München mit. Der Auftragseingang habe mit 1,08 Mrd. DM den Vergleichswert 1985 um 10,2 Prozent übertroffen.

Die Hauptversammlung (53 Prozent Anwesenheit) beschloß neben der Ausschüttung von 11 DM Dividende je 50-DM-Aktie, das genehmig*te Kapital wieder auf 50 Mill. DM* aufzustocken. Nach den Kapitalerhöhungen des letzten Jahres hatte es noch 6 Mill. DM betragen. Die Beteiligung an der Wagner Fördertechnik GmbH + Co KG (Reutlingen) soll ab 1. Januar 1989 auf eine Mehrheit aufgestockt werden. Linde hatte sich an dem bedeutenden Hersteller fahrerloser Transportsysteme zum 1. Januar 1986 zunächst mit einem Minderheitsanteil beteiligt.

BINDING / Dividenden- und Kapitalerhöhung

Erfolg mit Spezialitäten

adh. **Frankfurt**

Auch die Frankfurter Binding-Brauerei würde natürlich gerne in diesem Jahr die Bierpreise erhöhen, nachdem der deutsche Markt seit Jahren schon keine Musik mehr aufweist. *Das wird vermutlich auch in* diesem Jahr nicht anders sein, denn der Wettbewerb der Bierbrauer untereinander ist unverändert hart. Daß Binding trotzdem im vergangenen Jahr weiter gut vorangekommen ist und auch für dieses Jahr festhalten kann, „Absatz und Erlöse entwickeln sich positiv", liegt vor allem an der „ertragsorientierten, auf kontinuierliche Markenführung gerichteten Absatzpolitik".

Binding hat nämlich rechtzeitig (*und mit Erfolg*) auf – ertragreichere – Spezialitäten gesetzt. Auch im vergangenen Jahr wuchs der Umsatz damit (plus 54 Prozent auf 206 Mill. DM) stärker als der gesamte Bierumsatz (plus 3,7 Prozent auf 351,5 Mill. DM). Insgesamt wuchs der Umsatz der AG 1985 um 3,4 Prozent auf 423,3 (409,3) Mill. DM. Den Ausstoß nennt Binding aus *Konkurrenzgründen seit Jahren* nicht mehr, Schätzungen rechnen mit gut 2,6 Mill. hl, darunter im vergangenen Jahr 250 000 hl alkoholfreies Bier, mit dem Binding besonders im Export große Fortschritte macht.

Bei einer um 4,3 Prozent auf 1123 (1174) Mitarbeiter gesunkenen Beschäftigtenzahl schließt die Erfolgsrechnung der AG mit 7,7 (7,2) Mill. DM Jahresüberschuß. Die Investitionen von 49,4 (46) Mill. DM wurden wie in den Vorjahren eigenfinanziert. Die Aktionäre (zu gut 60 Prozent Oetker-Bereich) beteiligt Binding mit 8 DM je Stamm- und 9 DM je Vorzugsaktie (im Vorjahr waren 7 und 8 DM plus jeweils *1 DM Bonus gezahlt worden*). Ferner soll die Hauptversammlung am 2. Juli über 3 Mill. DM bzw. 5,35 Mill. DM genehmigtes Stamm- beziehungsweise Vorzugskapital beschließen, damit will sich das Unternehmen für eventuelle Zukäufe rüsten.

CHEMIEFASERN

1986 nur noch geringes Wachstum

adh. **Frankfurt**

In den ersten Monaten dieses Jahres lief der Chemiefaserabsatz noch gut. Nach Einschätzung von Ernst Heim, Vorsitzender der Industrievereinigung Chemiefaser (IVC), wird die Branche, die 1985 erstmals seit elf Jahren die Beschäftigtenzahl wieder leicht auf 26 200 erhöhte, jedoch in diesem Jahr kaum Wachstum haben. Dafür sorge einmal die allgemeine Unsicherheit am Textilmarkt (die bei den Herstellern zu extrem kurzfristigen Aufträgen führt) und der steigende Außenwert der D-Mark, der die Konkurrenzsituation der deutschen Anbieter erschwere.

Die deutschen Chemiefaserhersteller setzten nach Angaben der IVC im *vergangenen Jahr* 6,2 Mrd. DM um, rund 7 Prozent mehr als 1984. Die deutsche Chemiefaserproduktion stieg dabei um gut 5 Prozent auf 971 000 t. Dabei blieb Polyester die marktstärkste Faser, Polyacryl hatte aber mit plus 12 Prozent den stärksten Zuwachs. Die Exporte von 693 000 (662 000) t gingen zu mehr als drei Vierteln nach Westeuropa.

Weltweit war das Produktionswachstum weitaus größer: Mit 16,1 (12,8) Mill. t wurde eine neue „Re*kordmarke" erreicht. Das rapide* Wachstum (seit vier Jahren rund 25 Prozent jährlich) ist Folge gewachsener Chemiefaserkapazitäten in der Dritten Welt (vor allem Fernost), die inzwischen auf 44 Prozent der weltweiten Kapazitäten kommt.

HAGEDA / Kostendämpfung im Pharmabereich spürbar

Keine Dividende in Sicht

Py. **Düsseldorf**

Die zu den führenden Pharma-Großhandelsunternehmen gehörende Hageda AG, Köln, läßt nach einem Jahresüberschuß von 1,4 Mill. DM für 1985 und Verrechnung mit dem Verlustvortrag von 1,6 Mill. DM „noch keine nachhaltigen Gewinne in nächster Zeit erwarten". Im Geschäftsbericht fehlt entsprechend jeder Hinweis auf eine nächste Dividendenzahlung; die letzte erfolgte 1979.

Trotz des Branchenumsatz-Zuwachses von 5,5 (4,5) Prozent (preisbereinigt 2,2 Prozent) greifen die Maßnahmen zur Kostendämpfung auf dem Arzneimittelmarkt. Zwar lassen die Diskussionen über mögliche weitere Wege der Kostendämpfung noch keine einschneidenden Auswirkungen für den Großhandel erkennen, doch würden „weitgehende Ausgrenzungen verordnungsfähiger Arzneimittelgruppen für den Großhandel relevant". Anhaltend scharf ist *auch der Wettbewerb der rund 110* vollsortierten Großhandelsbetriebe um die rund 17 000 Apotheken. Rabatte seien „unvertretbar" stark gestiegen.

Bei der Hageda haben die Investitionen und Rationalisierungsmaßnahmen 1985 Früchte getragen. Das Unternehmen hat sich in kritischer Anpassungsphase behauptet. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Umsatzsteigerung um 10,8 Prozent auf 576 Mill. DM geht überwiegend auf die Übernahme einer Großhandlung zurück. Der Rohertrag stieg – bedingt durch Umsatzplus und die positive Entwicklung der den Kunden *gewährten Rationalisierungsrabatte* – auf 52 (46) Mill. DM. Die Kostenstruktur wurde insbesondere durch den Rückgang der Aufwendungen auf 24,8 (25,4) Mill. DM für die auf 723 (767) gesunkene Mitarbeiterzahl verbessert. Den Investitionen von 1 (3) Mill. DM standen 1985 Abschreibungen auf Sachanlagen von 3 *(4,2) Mill. DM* gegenüber.

GESTRA / Gute Entwicklung im neuen Geschäftsjahr

Auftragseingang gestiegen

ww, **Bremen**

Die Entwicklung der Gestra AG, Bremen, im neuen Geschäftsjahr verläuft nach den Worten des Vorstandes „wieder gut bis sehr gut". Die Steigerungsrate im Umsatz belief sich per April schon auf 18,8 Prozent, für das Geschäftsjahr 1986 erwartet der Vorstand eine Umsatzsteigerung um etwa acht Prozent auf 120 Mill. DM. Nach einem unbefriedigenden Abschneiden 1985 bei der 100prozentigen Tochtergesellschaft Gestra-Strack GmbH hofft die Geschäftsführung für 1986 auf eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent auf 33 Mill. DM bei deutlich verbesserter Ertragslage.

Die Entwicklung der Gestra AG, Bremen, war auch 1985 durch starkes Wachstum gekennzeichnet; der Auftragseingang erhöhte sich um sieben Prozent auf 111,2 (104,1) Mill. DM, der Umsatz um über zehn Prozent auf 111,7 (101,4) Mill. DM. Der Jahresüberschuß reduzierte sich allerdings *auf 3,2 (4,1) Mill. DM. Dieser Rück*schritt geht auf einen Forderungsverzicht in Höhe 5,6 Mill. DM gegenüber Gestra-Strack zurück.

Zur Ertragssituation der Gestra AG erklärte der Vorstand die ausgewiesene Ergebnisverschlechterung mit dem Forderungsverzicht gegenüber der Tochter. Ohne diesen Verzicht hätte der Jahresüberschuß 5,2 (4,1) Mill. betragen, die Umsatzrendite 4,7 (4) Prozent erreicht.

An der deutlichen Aufwärtsbewegung der Gestra AG waren alle wichtigen Produktbereiche im Armaturenbau für Wärme- und Energietechnik beteiligt. Erste Erfolge brachte *auch der 1984 erfolgte Einstieg in die* Mikroprozessortechnik. Die breitgefächerte Programmstruktur ermöglichte im Inland einen Umsatzzuwachs von fast neun Prozent, im Exportgeschäft sogar einen solchen um 12,7 Prozent. Der Inlandsanteil am Umsatz belief sich 1985 auf 59 (60) Prozent. Der Exportanteil auf 41 (40) Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wella: Wieder 9 Mark

Darmstadt (adh.) – Eine unveränderte Dividende von 9 DM je Vorzugs- und 8 DM je Stammaktie schlägt die Wella AG, Darmstadt, der Hauptversammlung am 11. Juli vor. Die freien Rücklagen sollen aus dem auf 24,3 (20) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß mit 5,6 (1,6) Mill. DM deutlich stärker dotiert werden als im Vorjahr; damit soll weiteres Wachstum abgesichert werden. 1985 stieg der AG-Umsatz auf 538,5 (494,6) *Mill. DM*.

Ravensberger zahlt nichts

Bielefeld (hdt.) – Keine Ausschüttung auf ihr 2-Mill.-DM-Grundkapital kündigt die Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld, für 1985 an. Das Unternehmen hatte 1984 einen noch bestehenden Verlustvortrag abgebaut und erstmalig nach acht dividendenlosen Jahren wieder vier Prozent ausgeschüttet.

Neuer Weinriese

Trier (der.) – In Trier formiert sich eine bemerkenswerte deutsch-französische Kooperation im Wein- und Sektbereich. Die Trierer Reh-Gruppe (Faber-Sekt, Weingut Reichsgraf von Kesselstatt) hat zusammen mit der an der Börse notierten französischen Weinfirma Grands Vins Jean-Claude Boisset S. A. (Nuits-St.-Georges) die Louis Deschamps GmbH mit Sitz in Trier gegründet. Boisset wird im lau*fenden Geschäftsjahr einen Umsatz* von circa 365 Mill. Franc erzielen. Die neue Gesellschaft, deren deutscher Geschäftsführer der frühere Pieroth-Gesellschafter und jetzige Generalbevollmächtigte bei der Reh-Gruppe Adolf Huber ist, plant den weltweiten Ausbau eines gemeinsamen Vertriebs deutscher und französischer Weine und Sekte.

WFG-Beteiligung

Frankfurt (VWD) – Eine Beteiligung von 25 Prozent am Stammkapital der Computer 2000 GmbH, München, hat die von deutschen Banken getragene WFG – Deutsche Gesellschaft für Wagnis-Kapital mbH, Frankfurt, übernommen. Das Münchner Unternehmen mit 50 Mitarbeitern vertreibt zusammen mit der im Verbund stehenden Software 2000 GmbH und Töchtern in Zürich und Wien über den Fachhandel Hard- und *Software-Zusatzprodukte* namhafter US-Hersteller in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) wird eine Steigerung des Umsatzes um 50 Prozent auf 54 Mill. DM erwartet. Der Ertrag im letzten Geschäftsjahr wird als gut bezeichnet. Nach WFG-Angaben ist *die Umwandlung der mit 1,0* Mill. DM Stammkapital ausgestatteten Computer 2000 GmbH in die Rechtsform der Aktiengesellschaft geplant.

Pegulan-Neuordnung

Frankenthal (dpa/VWD) – Die Pegulan-Gruppe, die über die Batig Gesellschaft für Beteiligungen mbH zum britischen BAT-Konzern gehört, wird neu geordnet. Die Pegulan-Werke AG, *Frankenthal, konzentriert sich* künftig wieder auf ihr angestammtes Geschäft der Textil-, Kunststoff- und Keramikbeläge sowie der PVC-Folien. Die Peguform-Werke GmbH, Bötzingen, die Formteile für die Autoindustrie herstellt, wird von der Batig übernommen. Darüber hinaus wird die Hüppe-Gruppe, Oldenburg, in die direkte Verantwortung der Batig zurückkehren. Die Pegulan-Gruppe hat 1985 rund 1,34 Mrd. DM umgesetzt.

FFZ stagnierte

Frankfurt (cd.) – Die Forfaitierung- und Finanz AG (FFZ), Zürich, Tochter der Bakola Mannheim, hat 1985 hohe Kreditrückflüsse durch Konsortialkredite zur Finanzierung deutscher und Schweizer Exporte sowie *durch Ausleihungen* an Verbundunternehmen der badischen Sparkassenorganisation und deren Kunden ausgeglichen. Der harte und margendrückende Wettbewerb im Forfaitierungsgeschäft und der Dollarkursrückgang ließen die Bilanzsumme von 460 auf 447 Mill. DM schrumpfen. Das Betriebsergebnis erhöhte sich im zehnten Geschäftsjahr von 7,4 auf 7,5 Mill. DM.

H. J. Stauder gestorben

Essen (DW.) – Am Montag ist in Essen der Seniorchef der Privatbrauerei Jacob Stauder, Dr. Hans Jacob Stauder, im Alter von 78 Jahren gestorben. Stauder, der 1933 nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, München und Bonn in die 1867 von seinem Urgroßvater gegründete Brauerei eintrat, baute das Unternehmen nach dem zweiten Weltkrieg aus. Vor einigen Jahren übertrug er zweien seiner vier Söhne, Rolf und Claus, die Tagesgeschäfte der Privatbrauerei.

BEIERSDORF / Zum dritten Mal hintereinander wird die Ausschüttung auf nun zehn Mark je Aktie erhöht

Aktionäre profitieren vom guten Weltgeschäft

JAN BRECH, **Hamburg**

Eine Verlangsamung des Umsatzwachstums auf den Inlandsmärkten erwartet Hellmut Kruse, Vorstandsvorsitzender der Beiersdorf AG, Hamburg, für dieses Jahr. Nach der starken Expansion im Berichtsjahr 1985 schätzt Kruse das Plus auf 6,5 Prozent; bei durchschnittlich 1 Prozent Preiserhöhungen entspricht das einem realen Wachstum von 5,5 Prozent. Für die vier Sparten reichen die Planzahlen von 4 Prozent bei cosmed *und medical*, über 7 Prozent bei tesa bis zu 8 Prozent bei pharma.

Im Ausland, in dem Beiersdorf knapp 60 Prozent des Geschäfts abwickelt, *soll das Mengenwachstum* auf hohem Niveau gehalten werden. Der für das erste Quartal angegebene Umsatz-Rückgang von 0,5 Prozent ist ausschließlich währungsbedingt und betrifft nur Nordamerika. In Europa liegen die Zuwachsraten mit 10 Prozent deutlich über denen des Inlands. Für das ganze Jahr erwartet Kruse ein nominales Wachstum im Ausland von 3 Prozent. Der Weltumsatz dürfte damit um 4,3 Prozent steigen.

Berücksichtigt man, daß Beiersdorf mit seinen wichtigsten Produktgruppen auf nur noch schwach wachsenden und hart umkämpften Märkten tätig ist, bleibt das prognostizierte Wachstum stattlich und bestätigt die überragende Stellung des Unternehmens in seinen Märkten. Die Zuwachsraten *fallen 1986* ohnehin nur deshalb niedriger aus, weil Beiersdorf im Berichtsjahr das Umsatzniveau nochmals kräftig erhöht hat. An der *weltweiten Wachstumsrate* von 9,3 Prozent waren cosmed mit 10 Prozent, medical mit 7, pharma mit 18,4 und tesa mit 8,6 Prozent beteiligt.

Glanzstück blieb das Produktprogramm unter dem Markenzeichen Nivea. Weltweit setzte Beiersdorf mit Nivea-Artikeln 12,5 Prozent mehr ab. Der Umsatz dieser *Markenfamilie* erreicht mehr als 900 Mill. DM und macht fast ein Drittel des Gesamtumsatzes aus.

Auf hohem Niveau ist auch der Ertrag bei Beiersdorf geblieben, zu dem alle Sparten, wenn auch mit Unterschieden, einen positiven Beitrag geleistet haben. Da *sich der Nettoge*winn der AG allerdings nur unterproportional zum Umsatz verbesserte, sank die Rendite auf 4,3 Prozent. Im Ausland hielt demgegenüber die stetige Ergebnisverbesserung an. Der Nettogewinn in der Weltbilanz lag deutlich über 100 Mill. DM. Auch stieg der Cash-flow weiter auf 233 Mill. DM, so daß Beiersdorf kaum Probleme hatte, das weltweite Investitionsprogramm von 169 Mill. DM zu finanzieren.

Die Gewinnentwicklung bei den ausländischen Gesellschaften, die ihre Überschüsse weitgehend thesaurieren, bezeichnet Kruse als den entscheidenden Grund dafür, daß Beiersdorf trotz stagnierender Erträge im Inland zum dritten Mal in Folge *die Dividende auf nun 10 DM erhöht*. Die Aktionäre, darunter mit jeweils mehr als einer Schachtel die Allianz und die Großrösterei Tchibo, sollten, *so Kruse, auch am Weltgeschäft ihres* Unternehmens partizipieren (Hauptversammlung am 27. Juni).

Die unternehmenspolitische Strategie bei Beiersdorf *bleibt nach den* Worten von Kruse unverändert. Mit einem Forschungs- und Entwicklungsaufwand von vier Prozent des *Umsatzes soll das klassische Marken*artikel-Programm in allen Sparten kontinuierlich verbessert, in der Darbietung modernisiert und durch Innovation erweitert werden. Für die Verteidigung und den Ausbau der Marktpositionen stattet Beiersdorf zudem die Etats für Werbung und Verkaufsförderung reichlich aus. Die Steigerung der sonstigen Aufwendungen im Abschluß 1985 um gut 40 Mill. DM ist überwiegend auf intensivere Werbung zurückzuführen.

Weitere Ziele bleiben, die im Ausland vorhandenen Wachstumsreserven zu nutzen und im Inland vor allem *die Sparte pharma noch auszu*bauen. Keine konkreten Pläne gebe es zur Zeit, so Kruse, über den Aufkauf von Spezialfirmen weitere Teilmärkte zu besetzen.

Beiersdorf	1985	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	2 918	+ 9,3
dav. Inland	1 207	+ 9,3
Ausland	1 706	+ 9,3
AG-Umsatz	1 123	+ 8,7
davon in %		
cosmed	33,1	(33,3)
pharma	9,0	(8,3)
medical	21,6	(21,5)
tesa	36,3	(36,9)
Belegschaft	14 906	+ 4,8
Jahresüberschuß (AG)	48	- 1,8
Jahresüberschuß (Welt)	88	+ 8,6
Nettogewinn [1])	63	+ 1,6
in % v. Umsatz	4,3	(4,4)
Nettogewinn Welt [2])	112	+ 10,9
in % v. Umsatz	3,8	(3,8)
Brutto-Cash-flow	185	- 8,4
Netto-Cash-flow	139	- 2,8

[1]) 19,10 (19) DM je 50 DM-Aktie; [2]) 33,90 (30,75) DM.



HORNSCHUCH / Weiterer Umsatzzuwachs angestrebt

Kunststoffprodukte gefragt

WERNER NEITZEL, Heilbronn

Mit dem Rückenwind einer etwas flotteren Konsumgüterkonjunktur visiert die Konrad Hornschuch AG, Weissbach/Württ., die zu den bedeutenden Herstellern von Kunstleder- und Kunststofferzeugnissen zählt, für das laufende Geschäftsjahr 1986 einen Umsatzzuwachs in der Größenordnung von 5 Prozent sowie eine weitere Verbesserung des Ergebnisses an. Im Zuge der Neuorientierung des Unternehmens hin zu mehr Marktnähe wurde kürzlich der Vertrieb der Gesellschaft in die drei Bereiche Modeartikel, technische Folien sowie Endverbraucherprodukte umorganisiert. Auf diese Sektoren entfällt jeweils rund ein Drittel des Umsatzes.

Im Geschäftsjahr 1985 hat Hornschuch den Umsatz um 5,5 Prozent auf fast 222 Mill. DM ausgeweitet. Wie in den Vorjahren resultierte dieses Wachstum hauptsächlich aus dem erfolgreichen Abschneiden der Sparte Verarbeiterprodukte, das sind Kunstleder und Folien sowie Rollostoffe und andere Flächenerzeugnisse aus Kunststoff und Textil für die industrielle Weiterverarbeitung, in der man erneut eine zweistellige Zuwachsrate erzielt hat. Demgegenüber verringerte sich der Umsatz im Handelssortiment bei den Marken „d-c-fix" und „sol-pal" um 3 Prozent, was Vorstandssprecher Helmut Menges mit dem veränderten Produktmix bei Tischbelägen aus Kunststoff begründet. Die Textil-Division (Marke „smail") kam auf einen Umsatzzuwachs von 1,5 Prozent. Die Exportquote verringerte sich leicht auf 34,4 (36) Prozent.

Die zeitweise stillgelegte Vertriebstochter in den USA wurde im zweiten Quartal des vergangenen Jahres „wiederbelebt", schrieb aufgrund der Anlaufkosten und des schwachen Dollarkurs rote Zahlen. Positive Betriebsergebnisse erwirtschafteten die Vertriebstöchter in Italien, Großbritannien und der Schweiz.

Mit Stolz verweist das Management auf die verbesserte Ertragssituation des Gesamtunternehmens. Nachdem Hornschuch erstmals in vollem Maße gewerbeertragssteuerpflichtig geworden ist, stieg der Steueraufwand auf 3,4 (2,9) Mill. DM. In diesem Jahr wird das Unternehmen auch voll körperschaftssteuerpflichtig werden, womit sich die Relikte aus früheren verlustreichen Jahren dann endgültig verflüchtigt haben. Für das Berichtsjahr wird ein auf 3,1 (2,1) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen. Der HV am 9. Juli wird für 1985 die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Am Grundkapital von 30,8 Mill. DM ist die Kunz-Gruppe, Gschwend mit 51 Prozent beteiligt.

Investiert wurden 7,2 (11,9) Mill. DM und abgeschrieben 6,6 (6,0) Mill. DM. Für das laufende Jahr sind 12 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Die kurzfristige Verschuldung wurde kräftig zurückgeführt, die Eigenmittelquote erhöhte sich auf 39,1 (36,4) Prozent. Beschäftigt werden knapp 1500 Mitarbeiter (minus 5 Prozent).

MANNESMANN / Bei Akquisitionen „gewappnet auch für größere Dinge" – 500 Mill. DM Optionsanleihen-Plan

Neben dem Röhrenschatten überwiegt das Licht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Gut 40 Prozent ihres auch 1985 kräftig gewachsenen Weltumsatzes machte die Mannesmann AG, Düsseldorf, wiederum praktisch ohne Gewinn. Aber nur wenig mehr als ein Viertel ihres weltweit nochmals rasant gestiegenen DVFA-Nettoergebnisses braucht die Holding des „Technologiekonzerns", um ihren 180 000 Eigentümern von 1,18 Mrd. DM gewinnberechtigtem Aktienkapital (darunter 60 000 Belegschaftsaktionäre) zur Hauptversammlung am 3. Juli für 1985 die Rückkehr zu dem bis 1982 gewohnten Dividendensatz von 6 (4) DM vorzuschlagen.

Das sei „angemessen", sagt Vorstandsvorsitzender Werner H. Dieter. „Da die Umstrukturierung des Konzerns noch nicht abgeschlossen und vor allem die Ertragslage der Röhrenwerke noch nicht stabilisiert ist, wäre eine höhere Ausschüttung nicht zu vertreten gewesen." Die beiden Schwerpunkte der künftigen Konzernstrategie sind damit in ihren aktuellen Licht- und Schattenseiten umrissen.

Zur Schattenseite: Die hauptsächlich auf den Großraum Düsseldorf/Duisburg konzentrierten Mannesmannröhren-Werke AG (nur Thyssen als 25-Prozent-Partner an 500 Mill. DM Aktienkapital ist da mit 6 Prozent Mindest-Garantiedividende geschützt) kamen 1985 mit Plusraten von 14 Prozent auf 3,7 Mill. t Rohstahl, von 17 Prozent auf 2,9 Mill. t Röhren und von 17 Prozent auf 5,7 Mrd. DM Gruppenumsatz nach 218 Mill. DM Vorjahresverlust (1983: 180 Mill. DM Verlust) gerade erst auf ausgeglichene Rechnung.

Im laufenden Jahr dreht sich das schon wieder ins Negative. Mit Subventionen andernorts aufgebaute Überkapazitäten, Dollarschwäche und investitionslähmender Ölpreisverfall trieben den Konzern zu dem unlängst veröffentlichten Entschluß, die heimische Röhrenproduktion auf eigener Stahlbasis auch strukturell den kleineren Absatzchancen anzupassen, 500 Mill. DM Kosten einzusparen und bis Ende 1987 hier die Zahl der Inlandsarbeitsplätze um 6500 oder um ein Viertel (mit noch nicht beziffertem Einmal-Aufwand) abzubauen.

Danach soll, betont Dieter, der unverzichtbare Röhrenbereich wieder ein „vernünftiges", in „Normaljahren" auch Ertrag bringendes „Konzernbein" sein. Mehr Gewicht legt er in seinem Kommentar zur Strategie auf die anderen, ertragskräftigen und wachstumsträchtigen Bereiche des Konzerns. Mit gutem Grund.

Der Jahresüberschuß stammte 1985 zu 33 Prozent aus den Maschinenbau-Bereichen des Konzerns. Gleichfalls 33 Prozent steuerten die Gruppen Elektrotechnik/Elektronik bei. Rund 32 Prozent kamen von der Gruppe „Brasilien" (Stahl, Röhren, Maschinenbau) mit 1,4 (1,2) Mrd. DM Umsatz, wo anders als daheim auch das Stahl-/Röhrengeschäft (konstant 0,74 Mill. t Rohstahl und um zwölf Prozent auf 0,43 Mill. t gesteigerte Röhrenproduktion) Freude macht und kräftig expandiert.

Alle diese Produktgruppen sieht der Vorstand auch 1986 im Aufwind. Die im ersten Quartal von 1986 eingetretenen Minusraten des Konzerns von fünf Prozent beim Umsatz und sogar 17 Prozent beim Auftragseingang seien hauptsächlich auf Währungseffekte (Dollarschwäche, Cruzado-Abwertung) zurückzuführen. Der Ertrag liege auf Vorjahresniveau. Aus heutiger Sicht werde auch der 1986er Abschluß „zufriedenstellend" sein.

Folgerichtig will Mannesmann seine ertragsstarken Säulen nicht nur mit den 1986 weiter steigenden Sachinvestitionen noch ausbauen. Auch nach Akquisitionen zur Stärkung und Erweiterung dieser Geschäftsfelder hält man bis nach Übersee eifrig Ausschau. Man sei da „auch für größere Dinge gewappnet".

In der Tat: Die Weltbilanz zeigt nun rund 1,3 (1,1) Mrd. DM flüssige Mittel. Dazu kommen nur knapp 400 Mill. DM Erlös aus der Februar-Kapitalerhöhung auf 1,27 Mrd. DM. Zudem sollen die Aktionäre jetzt die Ermächtigung zur Emission von bis zu 500 Mill. DM Optionsanleihen mit 125 Mill. DM „bedingtem Kapital" geben.

Mannesmann (Welt)	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	18 170	+ 15,2
Auslandsanteil (%)[1]	67	(68)
Rohstahl (1 000 t)	4 413	+ 10,7
Röhren (1 000 t)	3 330	+ 16,0
Belegschaft (31.12.)	107 804	+ 4,0
Personalaufwand	6 105	+ 6,8
Gesamtinvestitionen	831	- 10,6
Sachinvestitionen	759	+ 9,8
Cash flow [2]	1 524	+ 20,1
Nettoergebnis [3]	508	+ 61,3
Jahresüberschuß	256	+ 36,2
AG-Ausschüttung	141	+ 51,0

[1]) Darin 5,5 (5,3) Mrd. DM von Auslandstöchtern; [2]) nach Steuern; [3]) nach DVFA 21 (12) DM je Aktie plus 27 (26) Mill. DM für Konzernfremde.

Glücksklee brachte Umsatzzuwachs

dpa/VWD, Bießenhofen

Die Allgäuer Alpenmilch AG, München, Teilkonzern der Nestlé-Gruppe, hat ihren Gesamtumsatz durch den Zukauf der Glücksklee GmbH 1985 auf knapp 1,7 Mrd. DM gesteigert; das waren 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Wie Vorstandsvorsitzender Hans Kalscheuer in Bießenhofen (Ostallgäu) erklärte, ist der Export „deutlich angestiegen"; 1985 wurden 28 Prozent des Gesamtumsatzes (474 Mill. DM) außerhalb der Bundesrepublik erzielt. Den Bilanzgewinn für 1985 gab Kalscheuer mit 18,8 Mill. DM an. Investiert wurden 42 Mill. DM. Beschäftigt werden derzeit 4892 Mitarbeiter.

Der Inlandsmarkt für Milchprodukte sei leicht geschrumpft, sagte Kalscheuer. Kindernahrung verzeichnete ein rund zweiprozentiges Plus, während andere Produktgruppen wie Feinkost stabil geblieben seien.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU / Dritte Welt ein guter Schuldner

Voll-Finanzierung ohne Hermes angeregt

INGE ADHAM, Frankfurt

„Bessere" Schuldner finden eine Finanzierung beim Einkauf langfristiger Anlagegüter mit Hermes-Dekkung zu teuer. Sie nutzen die für sie ergiebigen internationalen Kapitalmärkte und die neuen Finanzierungsinstrumente. Ohnehin, so Gerhard Götte vom Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), geht die Exportfinanzierung für langfristige Anlagegüter zurück.

Denn zur bekannten Zurückhaltung der Ölländer und anderer potentieller Kunden ist noch eine aus der Verschuldensproblematik resultierende Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Vergabe von Hermes-Deckungen getreten. Die Folge dieser Faktoren: Den traditionellen Exportfinanzierern bläst der Wind kräftig ins Gesicht, so Götte.

Als „Denkanstoß" will er seine Anregung gewertet wissen, „guten" Ländern auch ohne Hermes eine Hundertprozentfinanzierung zu gewähren (die KfW wäre dazu bereit und in der Lage). Bei schwächeren Ländern wäre seiner Ansicht nach trotz des Risikos eine ebenfalls komplette Finanzierung notwendig, die üblichen rund 15 Prozent An- und Zwischenzahlungen bereiteten dort häufig Probleme. Zudem sollte man über Freijahre bis zum Anlauf der gelieferten Anlage nachdenken. Götte sähe ein solches Vorgehen als „marktgerechten" Beitrag zur Entlastung der Schuldnerländer.

Bei ihrer Anregung zeigt die KfW übrigens nicht tollkühnen Mut unter Verkennung sämtlicher Risiken, sie hat kaum ausstehende Fälligkeiten. Und auch den Entwicklungsländern bescheinigt Vorstandsmitglied Richard Brantner den „Willen, ihren Verpflichtungen nachzukommen": 95 Prozent des Zins- und Tilgungssolls solcher Länder aus 1985 sind bei der KfW bisher eingegangen.

Das Institut, das im vergangenen Jahr insgesamt 14,6 (14,1) Mrd. DM Kredite und Zuschüsse, darunter 2,3 (3,6) Mrd. DM für Entwicklungsländer, zusagte, hat wieder gut verdient. Trotz der Verdopplung auf 6,6 Mrd. DM der aus eigenen Mitteln zinsverbilligten Kredite – sie kommen vor allem kleineren Unternehmen zugute – stieg das Betriebsergebnis wiederum um gut ein Drittel, was die Bank zur Reservenbildung und Kapitalanreicherung nutzte.

Bei der Refinanzierung (8,4 Mrd. DM, in diesem Jahr wird eine ähnliche Größe erwartet) stehen nach dem Wegfall der Kuponsteuer ausländische Anleger stärker im Blickpunkt.

WESTFALIA SEPARATOR

Impulse durch Exportausweitung

hdt. Oelde

Rund die Hälfte des Umsatzrückganges im Vorjahr konnte die Westfalia Separator AG, Oelde, 1985 wieder aufholen, da das Gesamtvolumen um 4,6 Prozent auf 400,0 (382,3) Mill. DM stieg. Wachstum gab es auf dem Inlandsmarkt allerdings nur im Bereich Zentrifugen, wo der Anlagenbau weiter an Bedeutung gewinnt. Hier nahmen die Bestellungen erheblich zu, der Auftragsbestand erhöhte sich um 40 Prozent. Der Unternehmensbereich Landtechnik, in dem im Vorjahr wegen der Investitionszurückhaltung der Landwirtschaft die größten Einbrüche erfolgten, vermeldet dagegen weiterhin Stagnation. Auch der Auftragseingang aus dem Inland und aus den EG-Ländern war hier wieder rückläufig. Positive Ergebnisse kamen insgesamt vor allem aus dem Export, dessen Anteil am Gesamtumsatz auf 70 (68) Prozent stieg. Ausgezahlt haben sich inzwischen die Bemühungen um den chinesischen Markt, der bereits den vierten Rang unter den Exportmärkten einnimmt.

Erstmalig erstellte Westfalia Separator eine Konzernbilanz, bedingt durch die Übernahme der Stelzer Rührtechnik GmbH, Warburg. Sie weist einen Umsatz von 405,4 Mill. DM aus. Investiert wurden 1985 in Sachanlagen 16,7 (17,2) Mill. DM, als Jahresüberschuß werden 11,4 (11,5) Mill. DM ausgewiesen, von dem nach Einstellung in die Rücklagen in die im Vorjahr einen Bilanzgewinn von 5,75 Mill. DM verbleibt, aus dem die unveränderte Dividende von sechs Prozent gezahlt werden soll. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich zum Jahresende leicht um 74 auf 2700 erhöht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: Nachl. d. Klaus Geier, Inh. d. Firmen Alfred Franck und Hobby shop; **Bochum:** Gudrun Lüdtke; Friedrich-Wilhelm Boltz; **Heilbronn:** Nachl. d. Lore Luise Rükker, Bietigheim-Bissingen; **Karlsruhe:** Hans Werner Bonkowski, Baden-Baden; Autohaus Vogel GmbH & Co. KG, Ettlingen; **Langen:** Franpack GmbH Verpackungsmaschinen, Dreieich-Sprendlingen; **Morsbach:** Nachl. d. Rudolf Paul Einig, Buchen-Götzingen; **Tauberbischofsheim:** Gerhard Wagner GmbH, Wertheim; Wagner Grabmale GmbH, Wertheim; Gerhard Wagner KG, Wertheim; **Vechta:** Dr. Hermann Siemer GmbH, Vechta-Spreda; Süßmosterei Dr. Hermann Siemer GmbH & Co., Vechta-Spreda; **Witten:** Dr. med. Kamal Rouschdy.

Vergleich eröffnet: Balingen: Gütergemeinschaft der Eheleute Ludwig und Anna Luippold geb. Sauter, Balingen-Frommern; **Melsungen:** Kurt Ludwig, Morschen.

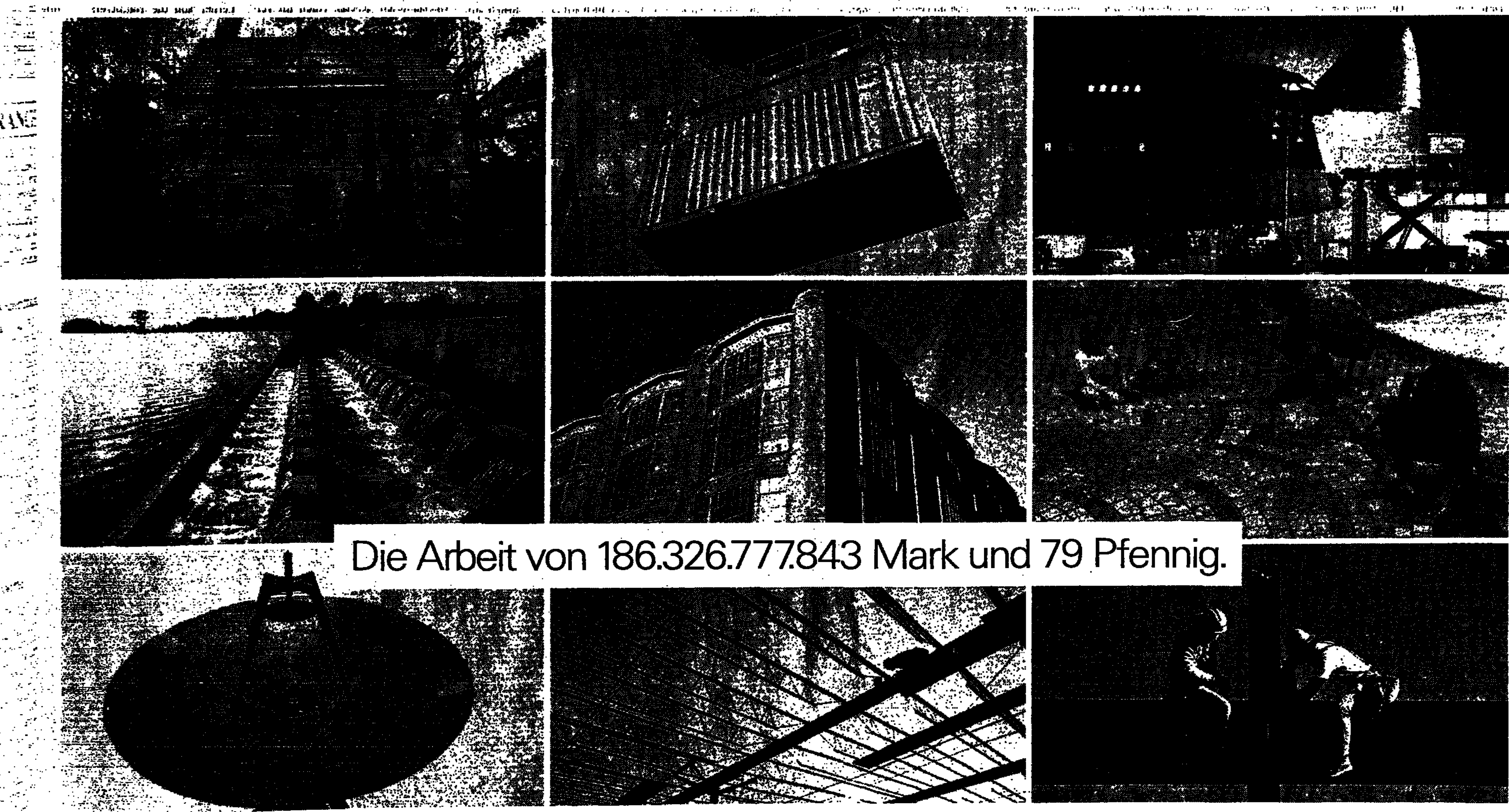
NAMEN

Hans-Joachim Reichert, Generalbevollmächtigter der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank (DGZ) wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum ordentlichen Vorstandsmitglied der DGZ bestellt.

Edmund Sorg, Direktor der Ekkert-Werke in Fürth/Bayern, feiert am 29. Mai seinen 70. Geburtstag.

Fritz Rudorf, von 1959 bis 1967 Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, vollendet am 30. Mai das 85. Lebensjahr.

Manfred Broska, Mitglied der Vorstände der Deutschen Beamten-Versicherungs-Gruppe, Wiesbaden, ist zusätzlich zum Mitglied der Vorstände der Unternehmen der Partner-Gruppe, Offenbach, ernannt worden.



Rentenmarkt ohne Linie

Auf dem Rentenmarkt konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Bei den länger laufenden Bundesanleihen kam es zu kleineren Schwankungen. Bundesobligationen lagen bis zu 0,20 Prozentpunkte fester. Ratlosigkeit herrscht noch immer in der Beurteilung der 30jährigen Tranche der neuen Bundesanleihe. Die DM-Auslandsanleihen blieben unverändert, nach wie vor ist dieser Sektor durch nicht absetzbare Emissionen verstopft.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	27.5.	26.5.
7¾ Afr. Entwickl. 79/86	–	–
8 dgl. 79/87	103T	102,5T
10 dgl. 82/89	110,3G	110,3G
8 dgl. 84/91	104,75G	104,75G
9 Air Canada 82/92	112,5G	112,5G
7¾ dgl. 85/95	105,25	105,25G
9¾ Alcoa 82/89	104,5G	104,5
7½ Allied Chem. 84/94	105,5G	105,5
8¼ AMCA Ltd. 85/91	102,75T	102,9
8¼ A.N.A.S. 83/88	104,75G	104,75G
8½ dgl. 84/91	106G	106

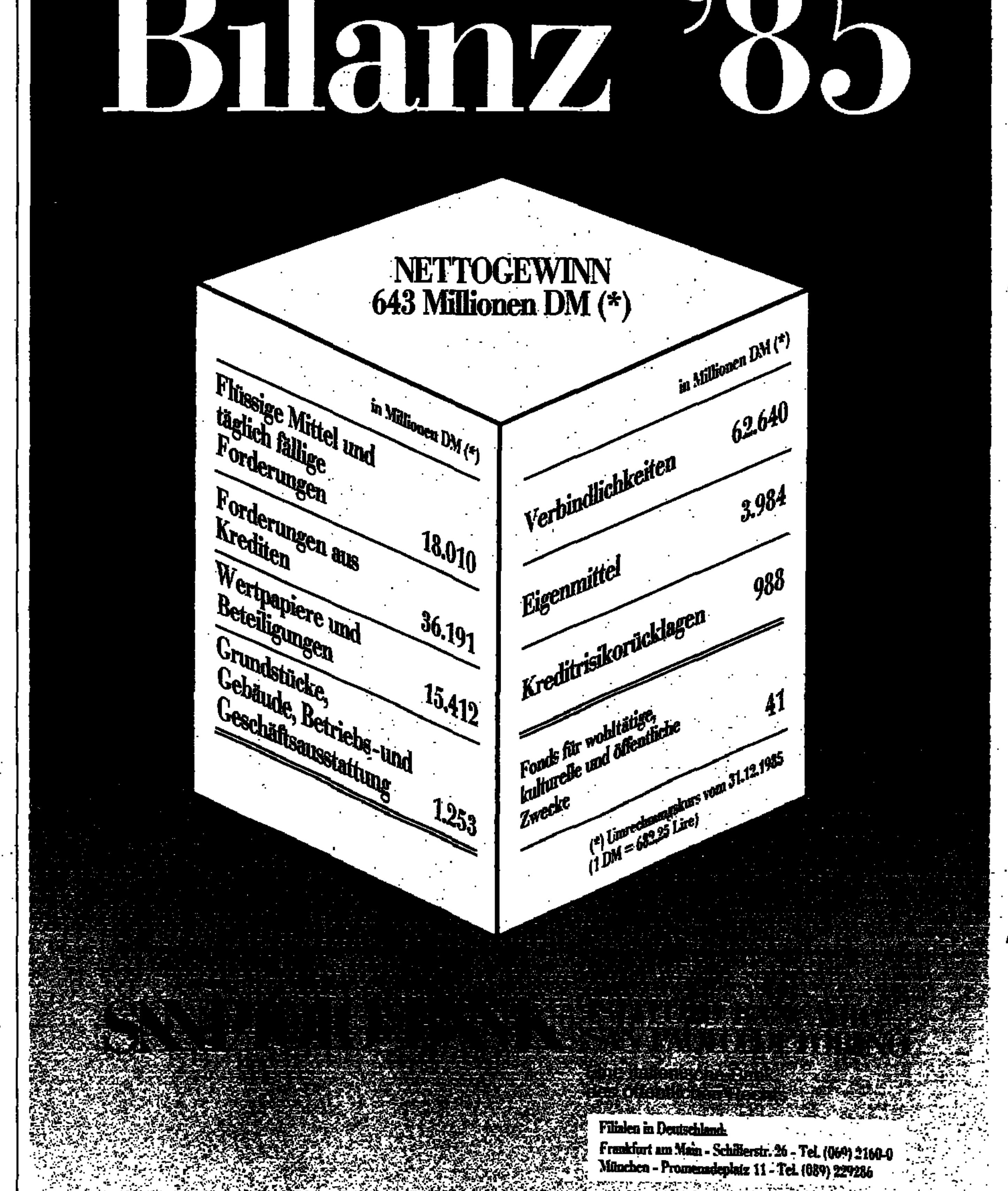
[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]





Warenpreise – Termine

Mit Ausnahme des gut behaupteten verfügbaren Mai-Kontrakts schlossen die Goldnotierungen an der New Yorker Comex bruchteilig schwächer. Fester gingen Silber und Kakao aus dem Markt. Schwächer notierten Kupfer und Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	26.5.	25.5.
Juli		255,50
Sept.	geschl.	257,25
Dez.		266,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW-	unerh.	273,33
Am. Durum		271,11

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai		107,50
Juli	unerh.	107,50
Okt.		111,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai		82,00
Juli	unerh.	82,00
Okt.		80,00

HAFER Chicago (c/bush)

Juli		111,50
Sept.	geschl.	118,00
Dez.		127,50

MAIS Chicago (c/bush)

Juli		234,00
Sept.	geschl.	203,00
Dez.		196,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai		105,60
Juli	unerh.	98,80
Okt.		91,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	26.5.	25.5.
Juli		207,00
Sept.	geschl.	213,00
Dez.		218,50

KAKAO New York ($/t)

	26.5.	25.5.
Juli		1770
Sept.	geschl.	1830
Dez.		1873
Umsatz		3364

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Juli		7,42
Sept.		7,57
Okt.	geschl.	7,71
Jan.		7,86
März		8,14
Umsatz		5857

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) geschl. 6,93

KAFFEE London (£/t) Robusta

	26.5.	25.5.
Mai		1980-1989
Juli	geschl.	2026
Sept.		2061-2065
Umsatz		2636

KAKAO London (£/t)

Mai		1300-1312
Juli	geschl.	1310-1311
Sept.		1332-1335
Umsatz		2793

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	26.5.	25.5.
Aug.		186,20-188,00
Okt.	geschl.	191,20-193,00
Dez.		-
Umsatz		0

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	27.5.	26.5.
schw. Saraw.spez.	805,00	790,00
weiß.Saraw.	1085,00	1085,00
weiß.Munt.	1100,00	1100,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	26.5.	25.5.
Mai		99,30
Juli		98,75
Sept.	geschl.	99,10
Nov.		99,50
Jan.		99,95
Umsatz	400	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

26.5.	25.5.
geschl.	27,75

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk: geschl. 18,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli		18,55
Aug.		18,61
Sept.		18,50
Okt.	geschl.	18,50
Dez.		18,62
Jan.		18,70
März		18,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk: geschl. 16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	geschl.	10,00
Choise white hog 4 % fr. F.	geschl.	9,00

TALG New York (c/lb)

top white		10,75
fancy	geschl.	10,25
bleichf.		10,00
yellow max. 10% fr.F	geschl.	9,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni		49,10
Juli	geschl.	47,90
Aug.		45,50

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli		62,62
Aug.	geschl.	61,15
Febr.		60,05

HÄUTE Chicago (c/lb)

	26.5.	25.5.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	-

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Juli		531,25
Aug.		526,50
Sept.		516,75
Nov.	geschl.	514,25
Jan.		523,75
März		538,00
Mai		538,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Juli		147,50
Aug.		147,50
Sept.		146,60
Okt.	geschl.	144,00
Dez.		146,80
Jan.		147,50
März		150,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	26.5.	25.5.
Mai		272,50
Juli	unerh.	276,80
Okt.		284,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

26.5.	25.5.
geschl.	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	27.5.	26.5.
jegl. Herk. cif	580,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk. ex Tank	445,00	445,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	235,00	235,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)

roh Niederl. fob Werk	95,00	98,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	235,00	235,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	212,00	216,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	26.5.	25.5.
Juli		66,65
Okt.		36,06
Dez.	geschl.	36,16
März		37,20
Mai		37,65
Juli		38,60

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1: geschl. 41,00

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	27.5.	26.5.
Mai	485-515	485-500
Aug.	524-528	522-530
Okt.	532-533	-
Umsatz	1534	1536

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	27.5.	26.5.
Juli	41,50	41,50
Okt.	41,50	41,50
-	-	-
-	-	-
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	27.5.	26.5.
Juli	621,00-625,00	-
Sept.	-	-
Okt.	-	-
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	27.5.	26.5.
EA	680,00	geschl.
UG	570,00	

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	27.5.	26.5.
Mai	12382	12386
Juni	12289	12232

KAUTSCHUK London (p/kg)

	26.5.	25.5.
RSS 1 Juni		55,75-56,75
RSS 1 Juli	geschl.	56,00-57,00
RSS 2 Juni		54,75-55,75
RSS 3 Juni		53,50-54,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	27.5.	26.5.
Juni	202,50-204,50	201,50-203,50
Juli	203,00-205,00	202,50-204,50
Nr. 2 Juni	198,50-199,50	199,50-200,50
Nr. 3 Juni	197,00-198,00	197,00-198,00
Nr. 4 Juni	193,00-194,00	193,00-194,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	27.5.	26.5.
BWC	395	
BWD	360	geschl.
BTC	395	
BTD	360	

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	27.5.	26.5.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	262,24-262,58	geschl.
dritt. M.	260,53-260,87	
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	87,33-87,41	geschl.
dritt. M.	88,96-89,13	
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	916,99-920,42	geschl.
dritt. M.	939,27-939,96	
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	152,55-152,89	geschl.
Prod.-Pr.	174,65	
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

	27.5.	26.5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	unerh.	14,29

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	27.5.	26.5.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	325,83-328,23	325,83-328,23
BLEI in Kabeln	95,00-96,00	92,75-93,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	27.5.	26.5.
MS 58, 1.VS	295-297	295-297
MS 58, 2.VS	340-341	335-338
MS 63	321-325	321-324

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	27.5.	26.5.
Leg. 225	310-315	310-315
Leg. 226	312-317	312-317
Leg. 231	347-352	347-352
Leg. 233	357-362	357-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	27.5.	26.5.
PLATIN (DM/g)	32,30	31,90
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25580	25580
Rückn.-Pr.	24850	24830
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25690	25660
Rückn.-Pr.	25010	24750
verarbeitet	26950	26920
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25145	25100
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	385,60	387,30
Rückn.-Pr.	374,00	366,60
verarbeitet	402,50	404,30

Internationale Edelmetalle

	27.5.	26.5.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	341,15	geschl.
15.00	341,50	geschl.
Zürich mit.	340,90-341,40	341,75-342,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80200	80450
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	341,15	
3 Mon.	349,35	geschl.
6 Mon.	357,55	
12 Mon.	372,65	

	26.5.	25.5.
PLATIN (£/Feinunze) London fr. Markt	geschl.	275,05
PALLADIUM (£/Feinunze) London f. Händl.-Pr.	geschl.	73,80

New Yorker Metallbörse

	26.5.	25.5.
GOLD H & H Ankauf	geschl.	341,40
SILBER H & H Ankauf	geschl.	516,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	geschl.	413,00-415,00
Prod.-Pr.		475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	geschl.	109,00-110,00
Prod.-Pr.		150,00
COMEX GOLD Mai		342,40
Juni		342,30
Juli	geschl.	344,00
Aug.		345,50
Okt.		349,00
Umsatz		20000
SILBER (c/Feinunze) Mai		514,60
Juni		515,10
Juli		516,00
Sept.	geschl.	522,00
Dez.		531,00
Jan.		536,70
März		542,80
Umsatz		17000

KUPFER (c/lb)

	26.5.	25.5.
Mai		61,80
Juni		61,85
Juli		62,10
Sept.	geschl.	62,45
Dez.		62,90
Jan.		63,10
März		63,40
Umsatz		4000

Londoner Metallbörse

	27.5.	26.5.
ALUMINIUM (c/lb) mitt. Kasse	765,00-766,00	geschl.
3 Mon.	760,00-761,00	
BLEI (£/t) mitt. Kasse	254,70-255,00	geschl.
3 Mon.	259,50-260,00	
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	951,50-952,50	
3 Monate	ausg.	geschl.
ab. Kasse	-	
3 Monate	-	
KUPFER-Standard mitt. Kasse	ausg.	geschl.
3 Monate	929,00-951,00	
ZINK Highergrade (£/t) mitt. Kasse	489,00-490,00	geschl.
3 Monate	500,00-500,50	
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	geschl.
3 Monate	ausg.	
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	geschl.
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	geschl.

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	26.5.	25.5.
Juni		44,80-45,05
Juli	geschl.	43,05-43,30
Aug.		43,00-43,20
Sept.		43,50-43,60

GASÖL – London ($/t)

	26.5.	25.5.
Juni		134,50-134,75
Juli		133,25-133,50
Aug.		133,25-133,75
Sept.	geschl.	134,25-135,00
Okt.		135,25-135,75
Nov.		137,00-137,50
Dez.		130,00-140,00
Jan.		130,00-140,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	26.5.	25.5.
Juni		53,69
Juli		51,70
Aug.	geschl.	48,40
Sept.		45,80
Okt.		43,35

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	26.5.	25.5.
Juli		15,55-15,60
Aug.		14,98-15,05
Sept.	geschl.	14,65-14,70
Okt.		14,50
Nov.		14,40

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	26.5.	25.5.
[illegible]an Lg.		-
Arabian Hv.		-
Iran Lg.	geschl.	-
Forties		15,90
N. Sea Brent		14,25
Bonny Light		-

Kartoffeln

London (£/t)

	26.5.	25.5.
Nov.		91,40
Febr.	geschl.	99,50
April		125,90
Mai		137,50

New York (c/lb)

	26.5.	25.5.
Nov.		3,20-3,22
März	geschl.	3,45
Mai		4,01-4,04
-		-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	26.5.	25.5.
Juli		171,00-170,50
Sept.	geschl.	166,40-166,00
Nov.		162,60-162,00
Jan.		165,90-165,50

Devisenterminmarkt

Die Terminabschläge notierten auch am 27. 5. wenig verändert. Die Euromarkt-Depots waren auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,53-0,43	1,43-1,33	2,73-2,53
Pfund/Dollar	0,40-0,38	1,07-1,04	1,90-1,85
Pfund/DM	2,30-0,90	5,10-3,70	8,80-7,40
FF/DM	16-p	30-14	49-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27.5.: Tagesgeld 4,00-4,10 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27.5.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 27.5.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27.5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7	4⅜-4⅝	4½-4¾
3 Monate	6⅞-7⅛	4⅜-4⅝	4½-4¾
6 Monate	6⅞-7⅛	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	7-7¼	4½-4¾	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 27.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1055,00	1362,30
5 US-Dollar (Indian)**	675,00	829,25
5 US-Dollar (Liberty)	380,00	513,60
1 £ Sovereign alt	190,50	239,97
1 £ Sovereign Elizabeth II.	177,75	225,44
20 belgische Franken	138,75	184,40
10 Rubel Tscherwonez	188,50	242,25
2 südafrikanische Rand	172,50	218,31
Krüger Rand, neu	770,50	918,27
Maple Leaf	789,25	939,65
Platin Noble Man	963,00	1137,72
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	223,00	282,72
20 schweiz. Franken „Vreneli"	159,75	210,62
20 franz. Franken „Napoléon"	163,50	214,89
100 österr. Kronen (Neuprägung)	736,75	895,76
20 österr. Kronen (Neuprägung)	147,00	190,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	75,50	105,17
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	341,00	422,94
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	79,50	113,43

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent). 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 5,50, Kurs 99,60, Rendite 5,59.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 27.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	400,00	1.7.95	56,409	6,50
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,40	6,50
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,85	6,20
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	41,70	6,40
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,95	6,69
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,01	6,83
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	134,00	9,18
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,17	5,70
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,68	5,70
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,14	6,70
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	111,55	6,50
Hbg. Ldbk. A.Z	100,00	15.8.96	51,25	6,75
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,75	6,49
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,53	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,23	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,38	7,02
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,19	6,93
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,00	7,02
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,14	6,60
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,00	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,00	6,66
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,60	6,79
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,30	4,94
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,65	5,41
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,95	4,70
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,85	5,64
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	-	9,31
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,00	8,45
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	56,75	10,43
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,25	9,27
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,875	9,29
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	57,50	8,57
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,50	9,54
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,25	9,31
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,25	8,97
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	49,25	9,21
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,75	8,53

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,5	101,2	102,1	103,1	104,0	105,[illegible]
2	5,08 (5,10)	99,85	101,5	103,4	105,3	107,1	109,[illegible]
3	5,40 (5,45)	98,65	101,4	104,1	106,8	109,5	112,[illegible]
4	5,75 (5,80)	97,05	100,9	104,0	107,5	111,0	114,[illegible]
5	5,88 (5,91)	95,85	100,5	104,3	108,5	112,8	117,[illegible]
6	6,17 (6,20)	93,80	99,20	103,6	108,5	113,3	118,[illegible]
7	6,45 (6,48)	91,50	97,00	102,5	108,0	113,4	118,[illegible]
8	6,68 (6,71)	89,30	95,30	102,0	107,4	113,4	119,[illegible]
9	6,79 (6,87)	87,65	94,20	101,4	107,3	113,8	120,[illegible]
10	6,82 (6,90)	86,45	93,50	101,3	107,6	114,7	121,[illegible]
15	7,10 (7,15)	80,20	89,20	99,10	107,2	116,2	125,[illegible]

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechne[t] (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,255 (112,157)
Performance-Rentenindex: 241,519 (241,356)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	23. Mai	6,7[illegible]
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,7[illegible]
	60–270 Tage	6,2[illegible]
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,7[illegible]
	60 Tage	6,7[illegible]
	90 Tage	6,7[illegible]
Certificates of Deposit	1 Monat	6,6[illegible]
	2 Monate	6,6[illegible]
	3 Monate	6,6[illegible]
	6 Monate	6,6[illegible]
	12 Monate	6,8[illegible]
US-Schatzwechsel	13 Wochen	unerh.
	26 Wochen	unerh.
US-Staatsanleihe	10 Jahre	unerh.
	30 Jahre	unerh.
US-Diskontsatz		4,5[illegible]
US-Primerate		8,5[illegible]
Geldmenge M1	12. Mai	656,0 Mrd. $ (+ 1,3 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Juni	139,65	geschl.
Sept.	141,35	geschl.

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	26.5.	25.5.
9¾ EEC 90	Werte sind zur Zeit nicht erhältlich	Werte sind zur Zeit nicht erhältlich
11½ dgl. 90		
10¾ EIB 93		
11 dgl. 91		
11½ dgl. 90		
11¾ dgl. 95		
12 dgl. 95		
12½ dgl. 90		
12¾ dgl. 95		
13 dgl. 96		
10¾ Wld Bk 95		
10¾ dgl. 88		
10¾ dgl. 90		
10¾ dgl. 95		
11 dgl. 92		
11½ dgl. 88		
11½ dgl. 98		
11¾ dgl. 89		
11¾ dgl. 90		
12 dgl. 93		
12½ dgl. 94		
12¾ dgl. 94		

Euro-Yen

	26.5.	25.5.
6¾ ALCorp 91	99,25	99,25
6¾ All.Sign93	99,25	99,25
7⅛ ADB 94	106,875	106,875
7 Austria 95	105,875	105,875
7 BP 92	102,125	102,125
6⅞ Denmark 92	102,125	102,125
7 Denm.Bk. 92	103	103
7 Dow Chem.94	99,5	99,5
6⅞ EDF 95	104,875	104,875
6⅞ Eurofima95	100,375	100,375
6⅞ dgl. 92	100,5	100,5
6⅞ dgl. 95	100,875	100,875
7⅛ dgl. 94	105,375	105,375
6⅞ Fossain 92	102,5	102,5
6¾ Finl.Rep90	102,875	102,875
6⅞ GMAC 90	101,5	101,375
7⅛ Goodyear95	101,25	101,25
6⅞ dgl. 94	99,75	99,625
6⅞ ITT 92	100,125	100,125
6⅞ McDonal.92	100,75	100,75
6⅞ Montreal95	100,125	100,125
7⅛ N.Bruns.95	105,5	105,5
7⅛ N.Zeald.90	105,5	105,5
7⅛ dgl. 89	105,5	105,5
7 Pac.Gas 94	102,25	102,25
6⅞ Penney 92	99,75	99,75
6⅞ Procter 92	102	102
6⅞ Sallie 92	101,875	101,875
6⅞ Sears 91	103	103
6⅞ Swed.Ex.91	100,5	100,5
7 TRW 94	99,375	99,375
6⅞ Un.Tech.92	100,375	100,375
6⅞ World Bk90	105,625	105,625
6⅞ dgl. 94	104,25	104,25
7 dgl. 94	107,125	107,125
7⅛ dgl. 93	111,125	111
8 dgl. 93	111,75	111,625

Lux. Franc Bonds

	26.5.	25.5.
9¾ Alza 87	99,25	99,75
9⅞ Asea 89	100	101
6¾ Asian Dv87	98	98,5
10¾ BFG Lux90	102,5	103
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	105
10¾ Ceca 94	106	104,5
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101
12½ Comm[illegible]92	102	102
8 Coptel 88	99,5	99,5
8⅞ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102	102,5
13 dgl. 87	107	108
7⅛ Den.Mtg 88	99	99
9⅞ Euratom 85	100,5	100,5
10¾ dgl. 96	108,5	107
11 dgl. 95	102	102
12½ dgl. 88	100,25	100,25
9 Eurofima 95	106,75	106,5
10 dgl. 91	106,75	106,75
10 dgl. 94	104	105
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	99,75	99,75
9⅛ dgl. 95	106	106
9⅞ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	100	100
10⅛ dgl. 94	105,5	105,5
11⅞ dgl. 88	101,5	101,5
12⅞ dgl. 90	100,5	100,5
9⅞ Ind.B.F.95	104	104
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,5
11 Kredlet.95	106,5	107
7⅛ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	101,5	102
11⅞ dgl. 89	103,5	103,5
8 Luxair 87	99,75	100
8⅞ dgl. 87	100,25	100,25
10⅞ Lux Bk.91	-	-
8⅞ Met.Chin92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	105,75
10⅞ N.Lx.Al92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8⅞ dgl. 87	99	99,75
9 Paribas 92	101,75	102
10⅞ Paribas89	102,25	102,25
8 Philips 89	100,5	100,75
7⅞ Renault 88	99,5	99,5
9⅞ Sogenal 92	106	106
10⅞ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9⅞ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104
9⅞ dgl. 90	104,5	105,75
10⅞ dgl. 89	105,5	105,5

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	26.5.	25.5.
8⅞ Cop City91	98,5	98,5
12⅞ dgl. 92	102	102
8⅞ CCA 91	99,5	99,5
11⅞ Ned. G.88	101	101
9⅞ Queb. P.94	99	99
8⅞ SDR 94	99	99

ECU

	26.5.	25.5.
9⅞ ABN 92	108,25	108
All Nippon 95	109,625	109,5
9⅞ ANZ 92	108,375	108,25
10⅞ Austria95	115,625	115,375
10 BNDA 92	108	107,75
8⅞ B.d.Roma95	102,75	102,625
9 M.+Hope 92	107	106,875
9 Bk.Hels.96	105,125	105
9⅞ Bk.Tok.90	107,75	107,75
7⅞ BNP 93	99,5	99,375
8⅞ dgl. 95	106,75	106,375
8⅞ Bay.Vbk.88	106,25	106,125
8⅞ BFCE 93	103,75	103,375
9⅞ dgl. 92	112,125	112
9⅞ dgl. 95	112,125	112
9⅞ Bull 92	108,25	108,25
9⅞ CNT 92	112,125	112
9⅞ dgl. 95	112,25	112
8⅞ Cargill 95	106,875	106,75
10⅞ Ceca 87	108,25	108,25
9 Chrysl. 92	103,75	103,625
9⅞ dgl. 94	105,375	105,375
10 dgl. 91	109,25	109,125
10⅞ dgl. 93	113,25	113,375
9 ClubMed 88	103,5	103,25
9 Colgate 91	103,625	103
9 Cap City 95	109,375	109,375
9⅞ CCF 95	109,5	109,375
9⅞ CrdNord 91	108,5	108,5
11⅞ CrdFonc90	109,625	109,625
11⅞ dgl. 90	113,125	113
8⅞ CrdNat 96	108,75	108,25
10⅞ dgl. 94	119,25	119,25
8⅞ Crdanst.94	108,375	108,25
9⅞ Credito 92	107,625	107,5
7⅞ Denmark 96	101,125	100,125
10⅞ dgl. 91	-	-
9 EDF 97	108,375	108,375
8⅞ EEC 93	108,375	108,375
8⅞ ELFAqu. 88	103,5	103,375
9 Erso Gut 91	105,125	105,25
9⅞ dgl. 93	105,625	105,5
10 Euratom 97	114,875	114,5
9⅞ Eurofima93	107,575	107,125
11 dgl. 92	-	-
8⅞ EIB 90	108,75	108,625
8⅞ dgl. 95	108,5	107,75
8⅞ dgl. 92	108,625	108,625
9⅞ dgl. 95	114,5	114,5
10⅞ dgl. 94	114,75	114,5
10⅞ dgl. 94	114,5	114,5
10⅞ dgl. 90	115,875	115,875
11⅞ dgl. 92	112,625	112,5
9 Eutelsat 95	107,75	107,75
8⅞ Fiat 90	105,875	105,375
9 IBKFinal 95	106,25	106,25
8⅞ Ford C.95	108,375	108,125
7 Girozr. 93	98,125	98,25
10⅞ dgl. 93	115,5	115,25
10 IADB 95	113	113,125
8⅞ IBM 90	105	104,875
8⅞ IKB 93	105,25	105
9 Imatran 96	106,375	106,375
9⅞ Italia 89	105,5	105,375
10⅞ dgl. 92	116,125	114,125
11⅞ dgl. 90	114,875	114,75
9⅞ Kansall 92	110	110
9⅞ Kbl[illegible] 92	113	113
10⅞ Megal 95	110,75	110,75
8⅞ Mits.Tr.95	106,75	106,75
9 MostHan.91	107,25	107,125
9⅞ Mot 90	103,375	103,375
8⅞ Morgan 90	104,125	103,75
8⅞ Motorola92	106,875	106,875
9 Norsa 95	106,5	106,375
8⅞ N.S.Wal.93	108,625	108,25
9⅞ N.Zeal. 90	105,75	105,75
9⅞ N.Zeal.92	107,75	107,75
9 Östl.bk. 89	105,125	105
8⅞ Olivetti95	107,875	107,75
8⅞ Parbel 89	102,25	102
10 Pechin.90	108,125	107,875
9 Petroc.95	104,25	104,25
10⅞ Peugt. 90	113	113
9⅞ dgl. 90	107,75	107,6
8⅞ Phibro 96	103,125	102,875
9 Philips 93	109,625	109,25
9⅞ Pilba 92	108,5	108,5
10 Prvbk. 92	107,375	107,375
10⅞ RATP 92	107,875	107,75
11 dgl. 94	112,75	112,75
7⅞ Rabobk. 96	101,375	101,375
9⅞ dgl. 95	115,75	115,5
8⅞ Reynolds91	105,5	105
9 SAS 95	108,375	107,75
9 Sanwa 95	106,75	106,875
8⅞ Secpac 90	103,375	103,125
11⅞ SNCF 94	-	-
9 SNCI 95	107	107,375
8⅞ Sumitomo92	106,25	106
9⅞ dgl. 93	109	108,75
9 dgl. 95	109,625	109,5
9 Unibk.Nor.95	107,5	107,5
8⅞ Vict. 90	105,75	105,5
8⅞ WolzD. 94	108,5	108,25
9⅞ dgl. 95	110,625	110,125
8⅞ Washgt.96	107,5	107,5
9⅞ Westpac92	109,25	109,25
8⅞ Worldbk.95	108,375	107,875
8⅞ dgl. 93	106,625	106,25
9⅞ dgl. 92	110,625	109,875
10⅞ dgl. 89	108,5	108
10⅞ dgl. 94	112,625	112,25
11 dgl. 93	110,5	110,25
8⅞ Xerox 90	107	106,875

ECU-Tageswerte

	26.5.	25.5.
Dollar	0,944465	0,943512
Bfr	43,9885	43,9676
DM	2,15385	2,15309
Hfl	2,42302	2,42152
£	0,631665	0,633229
Dkr	7,96892	7,96465
FF	6,86748	6,85933
Lira	1477,14	1477,07
I-£	0,707995	0,708076
Sfr	1,78551	1,78578
öS	15,1351	15,1056
Peseta	136,815	136,592
Skr	6,86154	6,85508
Nkr	7,27821	7,27212
Kan-$	1,29491	1,29025
Esc	143,559	143,555
Fmk	4,9575	4,95815
Yen	160,228	159,878
Drachme	134,486	134,284

SZR-Wert

	26.5.	25.5.
Dollar	geschl.	unerh.
DM	geschl.	2,62926

Inlandszertifikate

	Ausg. 27.5.	Rückn. 27.5.	Rückn. 26.5.
AAR-UNIV.F.I	147,81	158,31	158,51
Adifonds	68,32	65,07	66,15
Adirenta	25,06	24,33	24,33
Adiverba	105,64	100,64	100,47
Aditec	112,12	106,78	107,43
Adiverba	181,05	172,41	175,05
Aegis Ertr.-Fds.	39,48	37,78	37,95
Aegis Wachst.-Fds.	64,95	61,85	62,53
AGI Fonds	171,10	162,95	162,95
Akkumula	207,00	197,14	198,24
Albingia Rendite Fds.	51,40	49,53	49,57
Alfa Kapital Fds.	34,94	34,34	34,78
Allianz-Rentenfonds	124,19	121,16	121,17
Analytik Fonds	35,38	32,89	32,99
Ara-Rendit.	58,80	56,76	56,74
AriDeka	55,88	53,64	54,57
Assecura I	90,12	89,47	88,88
Austr. Pazifik	52,89	51,35	51,16
Berenberg-U-Fonds	421,19	408,92	411,42
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,33	50,85	51,10
Berenberg-U-Renten	124,05	121,00	121,09
BW-Renta-Univ.	54,25	52,95	52,95
BW-Wertberg-Univ.	130,05	125,35	125,36
Colonia Rentenfonds	51,48	49,74	49,72
Concentra	36,71	35,01	34,34
dbi-Fonds V I	–	58,76	58,76
DekaFonds	52,75	50,11	50,97
DekaRent	33,68	32,17	32,75
DekaSpezial	249,77	237,29	241,59
DekaTresor	61,38	59,88	59,89
DespaFonds	84,11	79,91	79,91
DEVIF-Invest	102,70	97,80	99,01
DEVIF-Rent	56,50	54,76	54,77
DIFA-Fonds	187,30	177,80	177,30
DIFA GRUND	104,72	99,48	99,48
DIT Fonds f. Verm.	66,52	64,90	66,19
DIT Rohstoffonds	75,90	71,75	71,52
DIT Pazifikfonds	112,15	108,88	108,75
DIT Spezial	70,45	68,40	68,87
DIT Technologiefonds	86,92	84,39	84,12
DIT Fds.f. Wdl.u.Opt.A	135,49	132,19	132,84
Dt. Rentenfonds	84,49	82,83	82,82
Dt. Vermögensb. Fds. A	38,76	36,91	37,57
dgl. I	52,09	49,61	50,22
dgl. II	27,90	27,08	27,08
DWS Bayern Spezial	98,85	94,11	95,36
DWS Energiefonds	87,60	85,45	85,46
DWS Provesta	81,60	77,70	78,89
DWS Rohstoff Fds.	79,50	77,53	77,59
DWS Technologie Fds.	94,25	91,91	92,07
Fondak	71,77	68,55	69,51
Fondirent	89,28	86,68	86,60
Fondis	64,77	63,59	64,56
Fondra	113,77	108,35	109,62
FT Accuzins	142,40	138,45	138,55
FT Am Dynamik	25,64	23,46	23,44
FT Frankf. Eff. F	141,12	134,06	134,53
FT Interspezial I	29,34	26,85	26,83
FT Interspezial II	33,99	31,10	31,06
FT Interzins	45,45	44,13	44,13
FT Nippon Dynamik	93,37	85,43	84,87
FT Re-Spezial	192,68	185,05	183,80
Gerling Dynamik	70,43	67,40	67,81
Gerling Rendite	56,55	54,90	54,88
GKD-Fonds	74,85	71,98	72,54
Gothaerent	100,65	97,15	97,12
Grundbesitz-Invest.	73,58	69,95	69,95
Grundwert-Fonds	132,89	125,96	125,96
Hbg.-M. Rentenfonds	58,80	56,54	56,54
Hansainternational	56,98	55,06	54,94
Hansaprofit	–	29,85	29,02
Hansarenta	48,91	47,26	47,25
Hansasecur	67,46	64,25	64,95
Hansazins	49,94	48,25	48,22
Haus-Invest	71,50	68,21	68,21
ä-Fonds Nr. 1	115,70	110,18	110,18
dgl Nr. 2	74,80	71,20	71,20
Industria	65,75	62,07	62,40
INKA-Global	86,00	81,80	82,10
INKA-Rent	55,70	53,90	53,80
INKA-Re-Invest	137,60	133,50	133,80
Inrenta	73,50	71,68	71,67
Interglobal	156,34	151,79	151,98
Inter-Renta	41,80	39,81	39,83
Intervest	105,85	100,01	100,01
Interkapital	29,10	27,30	27,30
Int. Rentenfonds	87,08	84,96	84,72
Investa	68,10	84,85	65,86
Investors Fds.	16,23	15,89	15,16
Ivenafonds	63,10	57,74	58,22
Japan-Pazifik-Fds.	80,58	78,16	77,96
Kapitalf. Spezial	142,31	131,63	132,38
Magdeb. W.-Fd.DIT	83,76	79,77	80,05
Medico-Invest	123,08	115,80	114,70
Merkur I	–	29,92	29,65
NB Rent	57,87	56,17	56,12
Nordcumula	77,96	75,49	75,99
Nordrenta Int.	62,33	60,61	60,41
Nordstern-F. RK	51,83	50,07	50,05
Nürnberger Rentenfds.	50,70	48,41	48,43
Oppenh. Int. Rent.	101,77	98,80	98,73
Oppenh. Priva-Rent	113,50	110,18	110,17
Oppenheim-Privat	57,19	54,46	54,87
Oppenheim-Spez. I	130,80	127,86	127,37
Oppenheim-Spez. II	93,05	88,61	88,66
Plusfonds	74,96	71,39	72,44
Privatfonds	68,35	65,07	65,42
Re-Investa	172,05	167,83	168,25
Renditdeka	35,21	34,18	34,21
Restak	165,17	155,01	155,00
Rentex	109,86	106,56	106,56
Rentensparfonds	57,36	55,69	55,69
Ring Aktien-Fds. DWS	48,55	46,34	46,90
Ring Renten-Fds. DWS	47,95	45,79	45,78
Schutze-U-Fonds	176,22	171,09	164,87
SMH-Rentenfonds	53,01	51,47	51,46
Südinvest I	69,10	65,81	66,11
dgl. II	78,78	75,05	75,92
dgl. III	27,07	26,28	26,27
dgl. IV	87,66	84,29	84,70
Thesaurent	71,20	69,46	69,19
Thesaurus	228,39	222,82	226,08
Transatlanta	33,63	32,65	32,60
Unifonds	32,00	30,46	30,90
Uniglobal	105,20	100,13	100,39
Unikapital	84,90	82,80	82,71
Unirak	87,95	83,74	83,74
Unirenta	43,20	41,87	41,82
Unispezial I	–	56,86	56,89
Universal-Eff.-F.	98,21	96,28	96,28
Unizins	113,20	109,87	109,82
Verm.-Aufbau-F.	124,28	118,36	118,95
Verm.-Ertrag-F.	105,10	99,13	99,84
VICTORIA Rent-Adig	73,55	71,94	71,00

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,98	32,00	32,00
Bond Valor DM	112,07	109,96	109,95
Convert Fund A DM	unerh.	unerh.	34,50
Convert Fund B DM	unerh.	unerh.	105,30
CS Money Market DM	1084,01	1084,00	1083,77
Eurinvest DM	96,10	92,20	91,80
Euronion DM	202,28	184,42	187,52
Forsafor Sel. DM	81,57	76,27	76,27
GT Inv. Fund DM	69,60	65,98	65,20
Interspar DM	28,96	27,51	unerh.
Japan Sel. DM	408,55	382,00	382,00
Unico DM	79,40	77,85	77,80
Amerika-Valor sfr.	584,25	533,25	unerh.
Asia Fd. $	314,66	299,68	296,20
Automation sfr.	132,00	122,50	122,80
Bond-Invest sfr.	65,50	64,00	64,00
Bond Valor Yen	10661,00	10464,00	10458,00
Bond Valor $	125,79	121,49	121,57
Bond Valor sfr.	107,95	105,90	105,90
Bond Valor Ster.	109,02	106,98	106,72
CSF-Bonds sfr.	80,00	77,25	77,25
CS Gold Valor	97,01	95,31	95,09
CS Money Market $	1142,81	1142,80	1142,61
CS Money Market Ster.	1104,58	1104,57	1104,37
CS Money Market Yen	102953,0	102952,0	102941,0
Convert Valor sfr.	140,35	137,75	137,30
Convert Valor $	152,20	149,38	149,94
Dreyfus $*	geschl.	geschl.	unerh.
Dreyfus Internat. $*	geschl.	geschl.	46,33
Dreyfus Intercont. $*	geschl.	geschl.	48,01
Dreyfus Leverage $*	geschl.	geschl.	unerh.
Energie-Valor DM	180,31	171,24	170,59
Europa Valor sfr.	207,75	197,75	198,50
Fonsa sfr.	201,00	196,50	197,00
Founders Growth $*	geschl.	geschl.	10,04
Founders Mutual $*	geschl.	geschl.	11,31
Goldmines hfl.	–	212,00	211,00
Intercont. Tc. sfr.	–	370,00	unerh.
Interswiss sfr.	164,50B	164,00G	164,00G
Intervalor sfr.	93,75	90,25	unerh.
Japan Portfolio sfr.	1335,75	1257,25	unerh.
Kemper Growth $*	geschl.	geschl.	15,63
Pacific-Valor sfr.	197,75	185,50	184,00
Pharmafonds sfr.	342,50	317,50	317,00
Pioneer Fond $*	geschl.	geschl.	23,61
dgl. II $*	geschl.	geschl.	19,30
Schweizeraktien sfr.	517,75	491,00	491,25
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1360,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2580,00	2460,00	2460,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1525,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	438,50	416,00	unerh.
Technology $*	geschl.	geschl.	13,76
Technogrowth Fd.	114,01	107,57	107,57
Templeton Growth $*	geschl.	geschl.	13,11
Universal B.S sfr.	81,50	78,25	unerh.
Universal Fund sfr.	130,62	126,07	unerh.
Ussec	842,00	802,00	800,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 27. 5. 1986
2341 Optionen = 132 850 (143 250) Aktien,
davon 382 Verkaufsoptionen = 20 450 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-270/60B; 290/40B; 300/30G; 310/26G; 380/6,5; 400/4G; 10-300/46G; 330/39; 340/30; 380/18; 400/10; 1-300/70; 320/55G; 360/35G; 380/33; 400/25; 420/16G; BASF 7-270/25G; 280/20,8; 290/11; 360/2G; 10-270/46; 280/35; 290/30B; 300/23; 310/19; 320/14; 330/12,6; 340/12B; 350/8; 380/6,4; 1-300/35; 320/29B; 340/18; 360/12,9G; 380/10; Bayer 7-290/27; 300/12; 360/5; 400/1,6G; 10-290/40G; 300/33B; 310/27; 320/21,8; 340/14,9; 360/9,5; 380/9; 1-320/33; 340/23,5; 360/16; 380/13; 400/10; BBC 10-270/79,5; 280/66B; 300/45B; 340/25; 360/22; BHF 7-550/12; 1-600/50B; Bay.Hypo 7-662/20B; 10-680/16; Babcock 7-120/18B; 10-120/22B; 130/15B; 140/10; 160/7B; 1-120/26G; 130/20B; 140/18B; 150/12B; 160/9,5B; 170/4,5G; BMW 7-550/60B; 560/55; 600/25; 650/16G; 700/4,6G; 720/2,5G; 10-550/90G; 600/50G; 650/29,8; 700/18; 750/10B; 750/9G; 1-600/65G; 650/45G; 700/35G; 750/24B; Bay.Vereinsbk. 7-550/10G; 590/5G; Commerzbk. 7-281,9/50B; 340/15,1; 350/13; 360/9,1; 380/8B; 392/7,5B; 400/5; 420/4,3B; 10-290/35B; 300/52,75G; 400/13; 400/910,5B; 1-300/68; 340/38; 380/29B; 400/25; Conti 7-210/42G; 220/40B; 230/22,8; 240/19G; 250/15; 260/14; 280/8B; 10-20/50G; 200/60B; 210/55B; 250/32; 260/25; 280/20; 300/10G; 1-220/60G; 240/40B; 260/32,5; 280/24; 300/20; Daimler 7-1000/400G; 1100/276G; 1200/150; 2000/5; 10-1200/220G; 1300/185; 1400/148; 1500/80; 1600/64G; 1700/45B; 1800/25B; 2000/20G; 2500/10B; Dt. Babcock St. 7-200/20B; 220/11B; 230/8,9G; 240/5; 10-210/25B; 220/19,5; 237/14B; 240/13,5; 250/11; 1-220/24; Dt. Babcock Vz. 10-220/19,5; 240/11; 1-240/15B; Deutsche Bk. 7-800/50; 800/38B; 888/15B; 900/10G; 988/5,5; 10-800/80; 850/50B; 888/38B; 900/30; 988/20,8B; [illegible]

... 600/75; Alcan 7-75/8,5B; 10-70/6B; Chrysler 1-90/10G; General Motors 7-170/4B; 180/4,5; 10-180/11; 1-180/19G; IBM 7-340/12G; 10-340/40B; Norsk Hydro 7-45/3,5; 10-40/1,5; 1-40/3; Philips 7-55/7; 10-53,80/3,1; Sony 1-45/5,2B; Sperry 1-160/9; Xerox 10-140/8G.

Renten-Optionshandel

Frankfurt: 27. 5. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): OKT86-108/1,5G; APR87-108/1,5G; 110/4; 7 1/2 Bund 85 III (91): OKT86-108/1,5G; APR87-108/1,5G; 110/1; 8 1/2 Bund 82 (92): OKT86-112/1,5G; 114/0,50G; APR87-112/1,5G; 114/0,80G; 8 3/4 Bund 82 (92): OKT86-114/1,5G; 116/0,50G; APR87-114/2G; 116/1G; 7 1/2 Bund 85 I (95): OKT86-108/1,5G; 110/0,50G; APR87-108/2G; 110/1G; 8 Bund 85 (95): OKT86-110/1,8G; 112/1G; APR87-110/2G; 112/1,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): OKT86-112/2,35B; 114/1,25B; APR87-110/2G; 112/3G; 7 1/2 Bund 86/96: OKT86-108/2B; 110/1,5G; APR87-108/3G; 110/1,5G; 7 Bund 86 I (96): OKT86-106/2,5B; APR87-106/2,5G; 108/1,5G; 7 1/4 Bund 86 II (96): OKT86-108/2,3B; APR87-108/2,5G; 6 3/4 Bund 86 (96): OKT86-104/2,5G; APR87-104/2,75G; 106/2,5G; 6 1/2 Bund 86 (95): OKT86-104/2,25G; 106/0,50G; APR87-104/2,5G; 106/1,5G; 7 1/8 Bahn 86 (96): OKT86-104/2,5G; 106/1,5G; APR87-104/2,7G; 106/2G; 7 Post 86 (97): OKT86-106/1,75G; 108/0,50G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): OKT86-108/1,5G; 110/2,5G; APR87-108/2G; 110/3G; 7 1/2 Bund 85 III (91): OKT86-108/1,5G; 110/2G; APR87-108/1,5G; 110/2,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): OKT86-112/0,9G; 114/2,9G; APR87-112/2G; 114/3,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): OKT86-114/1,5G; 116/3G; APR87-114/2,5G; 116/4G; 7 1/2 Bund 85 I (95): OKT86-108/1,5G; 110/2,8G; APR87-108/2G; 110/3,5G; 8 Bund 85 (95): OKT86-112/2,5B; 114/3G; APR87-112/3G; 114/4,5G; 8 1/4 Bund 85 V (95): OKT86-112/1,5G; 114/3,2B; 116/4,5G; APR87-112/2G; 114/4G; 116/5G; 7 1/2 Bund 86/96: OKT86-108/1,75; 110/3,25; 112/4,5G; APR87-108/2,25G; 110/4,25G; 112/5G; 7 Bund 86 I (96): OKT86-106/2,1G; 108/4B; 110/5G; APR87-106/2,5G; 108/4G; 110/5,5G; 7 1/4 Bund 86 II (96): OKT86-108/2,1G; 110/2,5G; APR87-108/2,2G; 110/3,5G; 6 3/4 Bund 86 (96): OKT86-104/1G; 106/3B; 108/3,5G; APR87-104/1G; 106/3G; 108/4G; 6 1/2 Bund 86 (96): OKT86-104/1,5G; 106/2,8; 108/4,5G; APR87-104/2,2G; 106/3,2G; 7 1/8 Bahn 86 (96): OKT86-106/1,9G; 108/4; APR87-106/2,5G; 108/4G; 7 Post 86 (97): OKT86-106/1,5G; 108/2,5; 110/4,5G; APR87-106/2,5G; 108/3,5.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. Düsseldorf: BASF 264, Bayer 285, Hoechst 267,5, IWK 270, KSB St. 187T, KSB Vz. 165T, Linde 685G, Nixdorf 562, Salamander 315, Schering 555, VEW 152,2. Frankfurt: Adt 74, Allweiler St. 265G, Allweiler Vz. 225bB, BASF 264,5, Bayer 285, Commerzbk. 308, Conti Gummi 235G, Hoechst 266, IWK 270, KSB St. 200G, KSB Vz. 174G, Linde 702, Magdeburger Feuer NA 690B, Magdeburger Feuer 1580B, Nixdorf 554,5, Pfaff 215, Salamander 310T, Schering 557, VEW 158,5, Wella 805, Ymos 182. Hamburg: Doag 450G, Schering 555. München: Bayer 280bG, BASF 263bG, Br. Wolff. 300TB, Hoechst 268, Linde 680bG, Nixdorf 558, Schering 547bG, Stumpf 142G, VAB 2790G, VEW 160bB, Wanderer 660TB.

Bezugsrechte: München: Bay. Vereinsbk. 14bG, Frankona 310. Düsseldorf: IKB 9,8.

Devisenmärkte

Kommerzielle Dollarnachfrage zum Ultimo unterstützte am 27. Mai das noch wie vor technisch bestimmte Handeln der Marktteilnehmer. Der Dollarkurs festigte sich von 2,285 zu Beginn der europäischen Märkte in der Spitze bis 2,296. Innerhalb dieses Kursbandes pendelte der Dollar mit teilweise hektischen Ausschlägen mehrmals hin und her. Die amtliche Notiz wurde mit 2,294 festgestellt. Die insgesamt festere Dollartendenz zeigte sich besonders ausgeprägt gegen DM, so daß die übrigen wichtigen Währungen überwiegend Kursgewinne verbuchten. Der Kanadische Dollar legte 0,5 Prozent auf 1,675 zu. Mit 1,349 verpaßte der Japanische Yen nur knapp seinen bisherigen Höchststand. Das Britische Pfund legte weiter zu und kam mit 3,421 (plus 2,6 Promille) zur Notiz. Dollar in: Amsterdam 2,5795; Brüssel 46,84; Paris 7,256; Mailand 1572,00; Wien 16,132; Zürich 1,8998; Ir. Pfund/DM 3,042; Pfund/Dollar 1,4913; Pfund/DM 3,421.

Devisen und Sorten

27.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,290	2,298	2,2774	2,23	2,33
London[2]	12,0	3,414	3,428	3,375	3,35	3,50
Dublin[2]	16,5	3,035	3,049	3,003	2,97	3,12
Montreal[1]	8,43	1,669	1,677	1,6516	1,61	1,71
Amsterd.	4,50	88,805	89,025	88,60	88,00	89,75
Zürich	4,00	120,65	120,85	120,79	119,50	122,25
Brüssel	8,50	4,888	4,908	4,859	4,77	4,97
Paris	9,50	31,31	31,47	31,175	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,97	27,09	26,84	26,50	28,25
Oslo	8,00	29,60	29,72	28,975	28,75	30,50
Stockh.	8,00	31,35	31,51	30,98	30,25	32,00
Mailand[3]**	12,0	1,4535	1,4635	1,4325	1,40	1,50
Wien	4,00	14,206	14,246	14,20	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,568	1,578	1,547	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,495	1,515	1,445	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3475	1,3505	–	1,31	1,37
Helsinki	8,00	43,38	43,58	42,79	42,50	44,50
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,578	1,632	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,6455	1,6645	–	1,54	1,69
Johannbg.*	12,0	0,978	1,012	–	0,65	0,90
Hongkong*	–	29,21	29,49	–	25,50	31,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Ausländer stiegen aus

Auf breiter Front deutliche Kurseinbußen

DW. – Für die am Dienstag eingetretenen Kursverluste in fast allen Bereichen des Aktienmarktes werden in erster Linie aus dem Ausland kommende Verkaufsaufträge verantwortlich gemacht. Es gab zwar Anleger, die bereit waren, auf ermäßigter Basis Material aufzunehmen, dennoch schlossen die meisten Standardaktien deutlich unter ihren Vortagesnotierungen. Erstmals setzte sich die Schwäche bei den meisten Regional- und Spezialwerten fort. Bis zum Börsenschluß blieb eine Erholungsphase aus.

Besonderes Gewicht hatten die Ausländerabgaben bei den Aktien der Großchemie, obwohl sich die wirtschaftliche Situation der Chemiekonzerne durch den wiederbefestigten Dollar bessert. Ähnliches gilt für die Autoindustrie, deren Aktien gleichwohl unter Druck lagen. Die Autozulieferer gaben ebenfalls deutlich nach. Ausländer lösten sich auch von Siemens und trotz des bereits scharf gesunkenen Kurses auch von Mannesmann. Selbst Springer-Aktien, die bisher gegen den Strom schwimmen konnten, hatten Einbußen hinzunehmen. Als besonders empfindlich erwiesen sich Bankaktien, *nicht zuletzt* wegen der ungeklärten Zinsentwicklung. Zweistellige Tageseinbußen waren hier an der Tagesordnung. Unter Druck auch Versorgungswerte, bei HEW kam die Enttäuschung über die unerwartet geringe Dividendenanhebung hinzu.

Frankfurt: Adler verloren 4,50 DM und Bilfinger 4 DM. Degussa gaben um 1,50 DM und Goldschmidt um 4 DM nach. Nixdorf lagen um 9 DM und Rosenthal um 6 DM schwächer. *Buderus* verminderten um 15 DM.

Düsseldorf: Balcke-Dürr lagen um 4,50 DM schwächer. Heinrich gaben um 18 DM, Kochs Adler um 10 DM und Leffers um 8 DM nach. Nino verloren 4 DM und VDN 5 DM. Verseidag erhöhten um 3 DM und Schiess um 4,90 DM.

Hamburg: HEW verminderten um 5,50 DM. 5 DM niedriger wurden Beiersdorf notiert. Phoenix Gummi fielen um 1 DM zurück. Reichelt lagen um 0,50 DM fester. Vereins- und Westbank verloren 5 DM. 2 DM legten Hapag und Haller-Meurer zu.

Berlin: Kempinski wurden um 10 DM höher taxiert. Engelhardt lagen um 5 DM fester. Dt. Hypobank Berlin mußten 20 DM abgeben. Berthold verloren 10,50 DM. Berliner Elektro verminderten um 5 DM und Springer um 3 DM.

München: Escada erhöhten um 25 DM. Knürr lagen um 19 DM niedriger. Nachgegeben haben auch Hutschenreuther um 15 DM und Patrizier um 10 DM. Gehe AG stockten um 2,50 DM auf.

Stuttgart: Salamander zogen um 7 DM an. Porsche legten 19,50 DM zu. Daimler waren um 50 DM und Mercedes um 40 DM abgeschwächt. Boss wurden 30 DM niedriger taxiert. Zeag Zement waren um 30 DM ermäßigt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 272,83 (277,91)
WELT-Umsatzindex: 2876 (2694)
Advance-decline-Zahl: 59 (86)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		27.5.	26.5.
H	Aach M Beil. 10	2378	2400
H	Aach. M. Vers. 7	1798	1800
D	Aach. Rück. 9	2958	3000
D	Aseag *4	410T	410T
M	Ack-Gögg. 6	175	175
H	Adca 5	175	175
D	Adler 9	335	330G
F	AEG 0	315	324,5
D	AEG KABEL 9	455G	455
S	Asscutop 9	430	435
F	AGAB 5	135	135
D	Agrippina *0	3990	3999bB
M	Agrob *0	178	177

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

	27.5.	26.5.
Walt Disney	47,25	
Warner Comm.	48,875	
Westinghouse El.	53,5	
Weyerhaeuser	36,75	
Whittaker	26,75	
Woolworth	90,375	
Wrigley	40,5	
Xerox	60,25	
Zenith Radio	26,25	
Dow Jones Index	1836,95	–
Stand. & Poors	242,45	–

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	27.5.	26.5.
Bergen Bank	145	148
Borregaard	327,5	327,5
Den Norske Cred.	145	144,5
Elkem	108	108
Kreditkassen	155	158,5
Norsk Data	217	224
Norsk Hydro	149	149
Storebrand	215	217,5
OSE Ind. Index	–	341,88

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Dev. Bk. of Sing.	5,3	5,35
Fraser + Neave	6,15	6
Kl. Kepong	1,41	1,33
Mal. Banking	3,16	3
Nat. Iron	2,92	2,94
OCBC	6,6	6,45
Sime Darby	1,24	1,21
Singapur Land	2,47	2,44
Un. Overs. Bank	3,3	3,28

Sydney

	27.5.	26.5.
ACI	360	360
Ampol. Explor.	195	195
Westpacific Banking	524	524
Bougainville Copper	255	255
Bridge Oil	105	105
Brok. Hill Prop.	860	860
Coles	570	574
CRA	610	620
CSR (Theiss)	315	330
Metals Expl.	30	30
MIM-Holdings	220	225
North Broken Hill	188	185
Oakbridge	80	80
Peko Wallsend	470	470

Tokio

	27.5.	26.5.
Alps.	2080	2100
Bank of Tokyo	791	792
Banyu Pharma	1090	1090
Bridgestone Tire	741	738
Canon	1030	1040
Daikin Kogyo	758	747
Daiwa Sec.	1470	1480
Daiwa House	1500	1450
Eisai	1560	1600
Fuji Bank	1490	1470
Fuji Photo	2300	2300
Hitachi	881	888
Honda	1170	1180
Ikegai Iron	410	408
Kansai El. P.	2340	2300
Kao Soap	1550	1500
Kirin Brewery	1330	1330
Komatsu	480	478
Kubota Iron	365	360
Matsushita El. Ind.	1490	1530
Matsushita El. Wks.	1440	1410
Minolta Camera	834	845
Mitsubishi El.	355	351
Mitsubishi H. I.	366	369
Nikko Sec.	1020	1050

Toronto

[illegible]

Gulf Canada	15,75	15,875
Gulfstream Res.	0,62	0,62
Hiram Walker Res.	36,5	36,5
Hudson Bay Mng.	7	7,25
Husky Oil	8	8
Imperial Oil -A-	43,125	43,125
Inco	17,5	17,375
Inter City Gas Ltd.	15,125	15,125
Interprov. Pipeline	–	44
Kerr Addison	–	–
Lac Minerals	20,25	20,4
Massey Ferguson	3,7	3,75
Moore Corp.	34,75	34,5
Noranda Mines	17,75	17,75
Norcen Energy Res.	13,5	13,625
Northgate Expl.		4,3
Northern Telecom.	41,25	41,75
Nova An Alberta 'A'	4,8	4,85
Nu West Group	0,35	0,36
Oakwood Petrol	4,15	4,15
Placer Development	22,125	22,125
Provigo Inc.	19,625	19,5
Ranger Oil	5,5	5,375
Revenue Properties	–	3
Rio Algom	22,75	23
Royal Bk. of Can.	31,75	31,625
Seagram	80,375	80,75

Wien

[illegible]

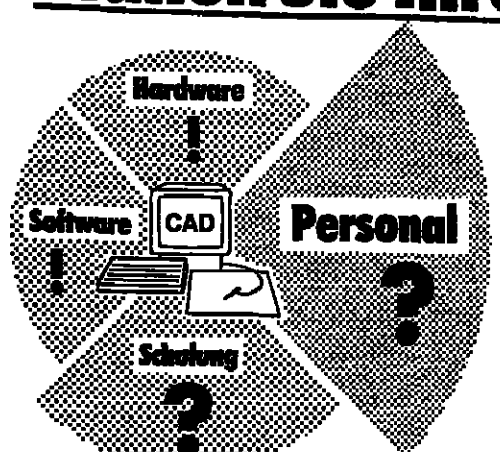
Zürich

[illegible]

Holderbank	4800	4825
Italo-Suisse	333	334
Jacobs Suchard Inh.	7725	7700
Jelmoli	3125	3125
Landis Gyr	1900	1900
Mövenpick Inh.	6600	6500
Motor Columbus	1650	1630
Nestlé Inh.	8390	8380
Oerlikon-Bührle	1840	1870
Sandoz NA	4450	4750
Sandoz Inh.	12300	13100
Sandoz Part.	1785	1950
Art. A. Saurer	230	230
Schw. Bankges.	5600	5400
Schw. Bankverein	560	562
Schw. Kredit. A. Inh.	3785	3780
Schw. Rückv. Inh.	19600	19700
Schw. Volksb. Inh.	2540	2550
Sika -B-	3950	3925
Gebr. Sulzer Part.	610	610
Swissair	1625	1620
dgl. NA	1360	1360
Winterthur Inh.	7400	7400
Winterthur Part.	6290	6275
Zür. Vers. Inh.	8350	8300
Index: Schw. Kred.	522,70	523,40

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Planen Sie Ihren CAD-Erfolg!



Unsere
CAD-Konstrukteure und CAD-Zeichner
können an Ihrem System arbeiten oder bringen die Hard- und Software mit.
Fordern Sie bitte unsere Informationen an:
Seeber Konstruktionen GmbH
Neckarkanalstraße 104
7148 Remseck 2 (Aldingen bei Stuttgart)
Telefon (0 71 46) 9 91-0
Seeber Konstruktionen

Wir suchen für eine Kollektion aktueller, gut verkäuflicher Armbanduhren mit gutem Namen engagierte, beim Facheinzelhandel eingeführte

Handelsvertreter

Postleitgebiete 2, 3, 4 und 5.

Sind Sie interessiert? Bitte nehmen Sie unter T 2402 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, Kontakt mit uns auf.

Elektro-Technik – Schaltschrankbau – Industrieinstallation
Wir haben für Sie noch Kapazitäten frei:
Fleuren, Elektro-Technik, Tel. 0 28 21 / 3 05 43, Telex 8 11 763

Gebietsleiter(in) als Franchisenehmer

Mit nur DM 8000,– Startkapital als Anbieter für Wertgegenstände aus privatem Besitz, bieten wir Ihnen den Einstieg in eine krisenfeste Existenz. Wir vermitteln Ihnen das erforderliche Know-how und binden Sie in unser erfolgsorientiertes Marketingsystem ein. Ein guter Leumund und eine seriöse Erscheinung wird vorausgesetzt. Sie erzielen von uns garantierte Gewinne mit Haupt- oder Nebentätigkeit, standortfest oder/und ortsbeweglich.
H + S GmbH, Adolfsallee 22, 6200 Wiesbaden
0 61 21 / 30 47 04 Herr Schiweck

Exklusive Verkaufsrechte anzubieten von
WELTEROBERNDEN ARTIKELN
Presse, Radio und Fernsehen äußerten sich lobend (Patent angemeldet). In bereits 6 Länder u. a. Japan, die Exklusivrechte verkauft, Gewinnprognose für 1987: DM 33 000,–; für 1988: DM 550 000,–. Preis für Bundesrepublik DM 75 000,– plus Royalty's.
Ausk.: 0031-413062768 oder 0031-18354173

FRANCHISE-NEHMER SUCHT ANGEBOTE
Einzel- oder Großhandel, Verkaufsfläche bis zu 3000 m² (unterteilbar) und Kapital vorhanden.
Zuschr. erb. unter Z 2540 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Internationale Ausschreibung für die Installation von Rohrleitungen

Die INDUSTRIES CHIMIQUES DU SENEGAL (ICS) errichten mit Finanzierung durch die WELTBANK ein Werk zur Valorisierung von feinen Phosphat-Rückständen im Senegal.

Diese Anzeige betrifft die Montage von Rohrleitungen aus Stahl, Durchmesser 300-700 mm, Gesamtlänge ca. 6000 m.

Diese Arbeiten sind im Werk der ICS in DAROU-Khoudoss (Senegal) durchzuführen.

Firmen, die an dieser Ausschreibung interessiert sind, können die entsprechenden Unterlagen gegen einen Unkostenbeitrag von 500,00 FF oder 25000 F CFA ab 26. Mai 1986 von einer der unten aufgeführten Adressen anfordern.

Die Angebote sind unter Einhaltung der in den Ausschreibungsunterlagen genannten Bedingungen bis zum 27. Juni 1986 um 12.00 Uhr einzureichen.

INDUSTRIES CHIMIQUES DU SENEGAL
M'BAO (Senegal), Telex 287
INDUSTRIES CHIMIQUES DU SENEGAL
62, rue Jeanne d'Arc, 75646 PARIS CEDEX 13, Telex 200191

Für den Ausbau unseres Vertriebs suchen wir bei Industrie und Handel gut eingeführte Handelsvertreter CHD, die unsere
Software (Utilities u. Branchenlösungen)
übernehmen. Wir vergeben Vertretungen für die Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Österreich und die Benelux-Länder.
EMCE Software-Systeme, Marktstr. 16, 4300 Essen-Borbeck
Tel. 02 01 / 67 74 46

Wir suchen **Handelsvertretungen**
aller Art für In- und Ausland

Wir bieten **Auslieferungslager** junges, verkaufserfahrenes Team
6 Jahre am Markt. Umsatz 1985 1,7 Mio. DM.
Modern eingerichtete Büroräume mit Telex, Telefon und Computeranlage.
Lagerräume mit Rampe.
Zentrale Lage, PLZ-Gebiet 6520.

Interessenten wenden sich bitte an:
G. L. Media Products GmbH
Niedesheimer Straße 13
6520 Worms Tel. 0 62 41 / 31 28, 31 29, 31 20
Telex 4 67 764 glmp d

Unsere Zielgruppe sind Gewerbetreibende und Einzelhändler

Gesucht: 3 bis 4 zielbewußte Leute als Vertriebs-Partner

die . . .
. . . argumentieren und überzeugen können; . . . stabil bleiben, auch wenn's mal nicht so läuft; . . . sich auf selbständiger Basis ein Regionalgeschäft mit Gebietsschutz aufbauen wollen (evtl. auch als zweites Bein); . . . zwar gut verdienen wollen, aber nicht erwarten, mit uns leicht die 'Schnelle Mark' machen zu können; . . . bereit sind, die Ärmel aufzukrempeln und einen „Schlag reinzuhauen"; . . . in der Lage sind, später Mitarbeiter zu führen und erfolgreich einzusetzen.

Für ein seriöses, vernünftig konzipiertes Produkt und anständige Provisionen wurde gesorgt.

Bei kurzfristigem Optionseinstieg und engagiertem Einsatz könnten Sie in 4 bis 6 Wochen praktisch ermitteln, ob Sie's packen (und was Sie verdienen können).

Interessenten wenden sich bitte mit Befähigungsnachweis schriftlich an die Ernst-A. Bollmann, Marketing- und Werbeberatung, Werderstraße 69, 2000 Hamburg 13.

Wir sind ein junges, leistungsfähiges Unternehmen, das sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie Personalberatung befaßt. Wir decken den gesamten Bereich der Unternehmensberatung ab.

Betriebsanalyse
Bankengespräche
Liquiditätsbeschaffung
Marketing
Krisenmanagement
Konkursabwendung
Marktanalyse
Standortanalyse

Sollten Sie unternehmerische Entscheidungen treffen, so stehen wir Ihnen mit qualifizierten Mitarbeitern zur Verfügung. Wir leisten Soforthilfe und stehen Ihnen in einem Gespräch in Ihrem Haus zur Verfügung.



Gesellschaft für Wirtschafts- und Unternehmensberatung mbH
Personalberatung
Königsallee 60
4000 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 8 60 33 12
Telex 8 587 942 pdus
Telefax 02 11 / 8603 – 999

An alle Gastronomen!
Wollen Sie Ihre Gäste mit etwas ganz Besonderem überraschen? Dann bieten Sie Ihre Tagesmenü-Karte über eine schöne Kassette an, die von einer angenehmen Stimme besprochen sowie mit schöner Musik umrahmt wird.
Melodie Musik-Studio
Postf. 21 01 15, 7500 Karlsruhe
Rudi Lam, Tel. 07 21 / 85 27 07 oder 0 72 71 / 67 75

Engl. GmbH (Ltd.)
Tel. 0 69 / 59 51 47, Tlx. 4 170 194

Ihre Geschäftsadresse in Bremen
Büro- und Konferenzräume
Telefon- und Postservice
Sekretariatsservice
Serienbriefe
u.v.a.m.



Info-Prospekt kostenlos
Heidenberger Straße 15 - 17 · 2800 Bremen 1

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 40, 43 Essen 15.

SELBSTÄNDIG, UNABHÄNGIG
mit WISU-I, auch für Existenzgr. und Kleinfirmen. Kostl. Info.
M. H. Postf. 1266, 7268 Spaichingen

Exporteure gesucht:
(außer CH - F - USA)

für die neue Scheibenwischer-Generation (pat.)



Doppelwischer

Vorteile:
- doppelte Wischgummis – doppelte Wischkraft
- integrierte Waschdüsen
- integrierte Anpressprofile

WOLTERS GmbH
D-3044 Neuenkirchen · Herteler Str. 9
Tel.: (0 51 95) 15 00 · Telex 9 24 186 wowx d

Mit der Unterstützung eines bedeutenden Unternehmens schaffen Sie jetzt den Sprung in die Selbständigkeit mit unserem neuartigen

Alarmsystem

Völlig neue Technik bietet Ihnen jetzt die Möglichkeit Spitzeneinkommen in einem geschützten Verkaufsgebiet zu erzielen.
Startkapital: ca. DM 30 000,–.
Fordern Sie ausführliche Informationen an bei
Protector GmbH, Steinstorwall 4, 2000 Hamburg 1, Tel. 0 40 / 33 12 22

Lagervertrieb
Wir übernehmen Ihre Lagerung und Vertrieb, Lagerfl. bis 500 m², Quadratmeter und Verkaufs-Organisation stehen zur Verfügung, evtl. auch zur Auslieferung und Lagerung.
Tel. 05 11 / 21 09 12 - 13
H. Napirei

Wir suchen Handelsvertreter
– bundesweit –

Sie sind eingeführt in Industrie, Behörden, Verwaltungen.
Sie sind interessiert an einer Zweitvertretung?
Wir sind Hersteller von Freizeit- und Ruhebänken.

Lignit KG A. O. Söchting
Dörnbach 1
3509 Spangenberg
Tel. 0 56 63 / 3 66

Elektro-Technik – Fachpersonal
Verleih hat noch qualifiziertes Personal für Sie frei. Holen Sie doch unverbindlich ein Angebot für Fachpersonal ein, denn Fachpersonal muß nicht unbedingt teuer sein.
Fachpersonal-Service:
Fleuren, Elektro-Technik
Tel. 0 28 21 / 3 05 43, Telex 8 11 763

Wir übernehmen für Sie im Rahmen Ihrer Aktivitäten im
UdSSR-Geschäft
folgende Dienstleistungen:
Erstellung von Dokumentationen
Übersetzungs-Dienst
Abnahmen
Betreuung von sowjetischen Delegationen.
Zuschriften unter X 2417 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkaufsfreifläche
700 m² in Top-Gewerbe-Gebiet Hannover-Altwarmbüchen zu verm., m. 30 m² Büro.
Tel. 05 11 / 61 60 12 - 13
H. Napirei

ADELIGER TITEL UNTERSTÜTZT DAS IMAGE IHRER GESELLSCHAFT
Ein alter und traditionsreicher adeliger deutscher Familienname mit adeligem und bekanntem Wappen wird als Prestige- und Image-Symbol für eine Gesellschaft angeboten. Bloß absolut seriöse Anfragen werden in Betracht gezogen. Absolute Diskretion zugesichert. Bitte richten Sie Ihr Angebot mit Einzelheiten und Auskunft über Ihre Gesellschaft mit Ihren Vorstellungen wie Sie den Namen und Wappen zu benutzen gedenken direkt an den betreffenden Adeligen unter A 2541 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Firmengründung in USA
Wie Sie richtig in den USA Fuß fassen und dabei Fehler vermeiden. Gratis-Info bei: European Business Consultants Inc.
Rothenbaumchaussee 5, 2 Hamburg 13
ECON

SALEM AM BODENSEE
Jungkfm., viels., m. 230 m² Räuml. f. Stützpunkt, Auslieferungslager etc., sucht Auftraggeber oder Partner zwecks Aufbau einer Existenz.
Näheres 0 75 53 / 76 57

Zahntechnisches Labor aus der Schweiz
sucht Kontakte zu deutschen Zahnärzten für eine sehr gute Zusammenarbeit. Ausbildung teilweise in einem Institut, Implantologie, Paratontologie.
Erste Kontakte
Tel. 0041 / 55 2 31 00

Dipl.-Psychologe
sucht Kooperation mit
Personalberatung
auf dem Gebiet der Bewerber-Begutachtung (auch graphologische Analysen). Zuschriften unter Z 2562 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)
bietet freiberufliche Ingenieurberatung, Ausarbeitung kompletter Angebote auch fremdsprachliche bzw. Unterstützung Ihres Personals. Durchführung von Auftragsabwicklungen usw.
W. Cassun, Mienenbüttel 8
2153 Neu Wulmstorf
Tel. 0 41 68 / 12 51

Dienstleistungsservice
Wir erledigen Ihrw kostenaufwendigen Kleinarbeiten: Etikettieren, Verpacken, Zählen, Telefonieren etc.
05 41 / 2 12 12, Tag + Nacht

Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher eingegeben und dann in einer Belichtungseinheit vollautomatisch gesetzt – um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz.

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt der WELT einen oft entscheidenden Aktualitäts-Vorsprung.

Probieren Sie's aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

STELLENGESUCHE

Dipl.-Kaufmann/Dr. jur.
37 J., breite Erfahrungspalette, Einkauf/Materialwirtschaft, Betriebswirtschaft und Controlling i. w. S., Reporting, Betreuung von Beteiligungsgesellschaften, Recht, Organisation, EDV, Verwaltung, z. Z. Direktions-Assistent, sucht
Position als Kaufmänn. Leiter o. ä. in Hamburg
Zuschr. erb. u. R 7918 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

BETRIEBSWIRT – DYNAM. FÜHRUNGSKRAFT
42 Jahre, frei als
MANAGER AUF ZEIT
für
Sonderaufgaben – Übergangslösungen – Krisenmanagement.
Zuschriften erbeten unter T 1478 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Erfahrener Risiko-Analytiker

sucht Mitarbeit in Unternehmen oder Behörde. Auch Mitarbeit in Ingenieurbüro, das hochqualifizierten Fachmann sucht, möglich.

Angebote unter U 2403 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technischer Leiter – Geschäftsführung
Dipl.-Ing. Maschinenbau, Fahrzeugtechnik, 47 Jahre, verh., örtl. ungebunden, derzeit techn. Leiter, ungekündigt, in mittelständischem Unternehmen tätig, sucht Verantwortung als TL-Geschäftsführungsebene in fundiertem expansivem, modern geführten Unternehmen um 80–100 Mio. Umsatz.
Berufliche Entwicklung:
Lehre, Gesellenzeit, Studium Maschinenbautechnik, FH-Studium, Schweiß-fach-Ing.-Ausbildung.
Linientätigkeit im Großbetrieb AL:
Vorfertigung, Endmontage, Qualitätssicherung und Service.
Führungstätigkeit im Mittelbetrieb:
Betriebsleitung, Entwicklung, Versuch und Konstruktion.
Intensive Erfahrungen und Erfolge in
– Mitarbeiterführung, Ausbildung und Beurteilung
– Strategische Erzeugnisplanung mit Produkt Lebenskurvenanalyse
– Terminliche und wirtschaftliche Produktionsplanung und Überwachung mit PPS/BDE
– Investitions- und Fabrikplanung.
Zuschriften erb. u. X 2406 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing-Services
Dipl.-Kfm., Mitte 30, mit langjähriger Erfahrung im Bereich Marketing und Verkauf beratungsintensiver Produkte, spez. Kenntnisse in Werbung, Verkaufsförderung und Mitarbeiterführung sucht langfristige Führungsaufgabe in NRW.
Zuschr. erb. unt. A 2409 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffahrtscontainerleasingindustriegütermarketingmann
30 J., Engl., Franz. fließend. Niederlassungsleiter ausl. Hersteller. Suche neue, interessante Position.
Zuschr. erbeten unter W 2537 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Informatiker
(Uni), 30, 4 Jahre erfolgreich tätig in Analyse, Realisierung und Organisation, movativ, vielseitig, sucht interessante, verantwortungsvolle Position.
Angeb. u. X 2538 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Niederlassungsleiter Südostasien
41 J., Deutscher, ungek., techn. u. kaufm. Ausbildung, 12 Jahre erfolgr. Reise- u. Auslandserf. im Verkauf von Maschinen u. Anlagen, möchte sich verändern.
Angeb. u. U 2535 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

NORDFRANZÖSIN, 39 J., 2 Kinder, vertrauenswürdig, aufopfernd, bürgerl. Erzieh., g. Köchin u. Haushälterin, Führerschein, sucht Beschäftig. m. Unterkunft u. Verpfleg. als
KRANKENPFLEGERIN – GOUVERNANTE
bei älterer Pers. selbst a. behindert.
Angebote: Fr. LEDUC, c/o L. BISCHOFF, 27 rue Guérin, F-77300 FONTAINEBLEAU

Technischer Kaufmann
in leit. Position, In- u. Auslandserf. im Maschinenvertr., langjähr. Osteuropaerfahrung, kontaktfreudig, flexibel, reisebereit, Englisch, su. berufl. Veränderung, Aufgabe.
Zuschr. erb. u. V 2536 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wächst Ihnen der Laden über den Kopf
Ihre Idee hat sich durchgesetzt. Sie haben in den letzten Jahren überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt. Die Akquisition läuft von allein. Aber Ihre innerbetriebliche Organisation liegt im argen. Die Buchhaltung wird immer noch der Steuerberater, betriebliche Kennzahlen werden mühsam zusammengesucht. Eine neue EDV steht ins Haus. Rechnungswesen, Materialwirtschaft, Lagerwirtschaft, Auftragsbearbeitung, Personalwirtschaft, Buchhaltung, Vor- und Nachkalkulation, Deckungsbeitrags- und Kostenrechnung könnte effizienter sein, ja, müßte neu organisiert geführt und gestrafft werden. Ein Praktiker muß her, der Sie entlastet, vertritt, mitdenkt, selbständig arbeitet, unternehmerisch tätig wird, kurzum, den Betrieb überwacht und in Schuß hält. Sie benötigen einen
kaufmännischen Leiter
Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder und möchte mich gerne nach Norddeutschland, der Heimat meiner Frau, verändern (ggf. RD, SL KI).
Kontaktaufnahme unter Y 2539 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr (Kauf)-Mann am Ohr des Kunden
Suche: Auslandseinsatz als erfahrener Auslands-Delegierter im Verkauf von Maschinen u. Anlagen.
Auch als Commercial Manager für Baustelle oder Niederlassung. Englisch und Französisch perfekt, Jg. 40, verh., ohne Kinder, zuletzt Präsident arabischer Länder (Spay/Irak), auch Asien gewünscht. Zuschr. erb. u. E 2545 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing / Vertrieb
41 J., Dipl.-Volkw., 16 Jahre Industriepraxis, Gebrauchs- u. Konsumgüter; Unternehm.-planung, MIS, Marktforschung, Controlling; Vertriebserfahrung; sucht anspruchsvolle Aufgabe in marktorientiertem Unternehmen.
Zuschriften erbeten unter D 2412 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitän AG
39 J., ungekündigt, 9 J. als Kapt., Erfahrung m. Container, Bulk, Schwergut u. Gen.-Cargo. Engl. perfekt, Spanisch- u. Französisch-Kenntnisse, sucht adäquate Stellung. Ang. u. T 2534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ing. (grad.)
47 J., langj. Erfahrungen in Projektleitung, Kalkulation, Kostenu. Terminkontrolle, hohe Einsatzbereitschaft, sucht neuen Wirkungskreis Raum H, BS, CE, Bauffirma-Ingenieurbüro.
Zuschr. erb. unt. Z 2430 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Techniker
Fachricht. Medizintechnik u. Elektroinstallat., 38 J., sucht Wirkungskreis d. Bundesrepublik. (Nicht ortsgeb., auch als Monteur im Ausland.) Hauptinteresse im Bereich der Ultraschall-Diagnostik, Röntgentechnik. Englischkenntn. sind vorh.
Zuschr. erb. unt. V 2558 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt, 32 J.
ungek., Erf. in Verkauf, Außenhandel, Organisation, Sprachen: Deutsch, Urdu, Englisch, Hindi, nicht branchengebunden, sucht neuen Wirkungskreis im In- oder Ausland, Bereitschaft zu reisen.
Zuschriften erb. u. D 2544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Magister(in)
29 Jahre, Theaterwiss., moderne deutsche Literatur, Kunstgeschichte, Dr. phil., sucht Berufschance.
Zuschriften erbeten unter W 2405 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann
32 J., mit Erfahrung im Vertrieb von FU-Anlagen u. Werkzeugen sucht entsprechende Anstellung.
Zuschr. erb. unt. G 2415 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
Außendienst, 39 J., langjährige Erfahrung auf dem Brauereisektor, sucht per 1. 7. 1986 neue Aufgabe im Raum Düsseldorf.
Zuschriften unter X 2296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Norwegen/ Chief Engineer
43 years of age, seeking employment on foreign flag ship. Holding Norwegian, Liberian and Panamanian, Chief Engineer Licence. Last eight years on foreign ship.
Zuschriften unter E 2413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Diplom-Ingenieur Bauwesen
39, Betonbauer, FH Oldenburg 1970, Konstruktiver Ingenieurbau; langj. Berufserfahrung in Bauleitung und Abrechnung schlüsselfertig zu erstellender Hochbauten (Wohnungs- und Industriebau);
sucht Tätigkeit als Bauleiter im Hochbau.
Auskünfte gibt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 04 21/3077-579
Bundesanstalt für Arbeit

Wirtschaftsjournalist/Dipl.-Kfm.
33 J., PR-Hintergrund, als Jugend- u. Presseoffizier der Bundeswehr (Hauptmann), Redaktionserfahrung in Tageszeitung, Illustrierte, Fernsehen, sucht neue Aufgabe im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/PR.
Zuschr. unt. X 2560 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mitglied der Unternehmensleitung, Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol., Anf. 40 - GF und zuständig für Finanzen, Datenverarbeitung, Rechnungswesen und Personal - in einer international tätigen Firmengruppe im Bereich Handel mit Fabrikation, sucht aus ungekündigter Vertrauensstellung neue unternehmerische Aufgabe als
Vorstand oder Geschäftsführer
möglichst im Raum Hamburg.
Angeb. erb. unt. V 2404 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

MARC PICARD
Erfolg im Wachstumsmarkt Mode

Schaffen Sie sich ein zweites Bein, das rasch zum lukrativen ersten wird.

Wir sind ein leistungsstarkes Franchise-Unternehmen mit über 20 Filialen in der gesamten BRD. Mit hochmotivierten weiteren Franchisepartnern bauen wir im gesamten Bundesgebiet (Lederwaren) Modegeschäfte auf. Durch das vorhandene Konzept werden die Vorteile von Groß- und Kleinbetrieben in idealer Weise versinnt.

Das gesamte Management ist an Marc Picard beteiligt und gibt dem Unternehmen eine solide wirtschaftliche Basis.

Wir suchen zur weiteren Expansion

selbständige Districtmanager als Mitgesellschafter

für die Regionen Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Ruhrgebiet, Rheinland-Pfalz, HH, HB.

Ihre Aufgaben sind: Auswahl der Franchisepartner, Standortanalysen, Unterstützung bei Aufbau der Betriebe und laufende Überwachung, Mitwirkung bei der Weiterentwicklung unseres Systems.

Sie sind verhandlungsstark, führungserfahren und haben aufgrund Ihres Werdeganges Durchsetzungsvermögen und persönliches Format. Auf Ihre Aufgabe werden Sie intensiv vorbereitet.

Wir versprechen Ihnen ein stark entwicklungsfähiges Einkommen, das Ihnen die Chance gibt, schon nach einem Jahr aus dem zweiten Bein das erste zu machen.

Ihr Kontakt erreicht uns über unseren Berater

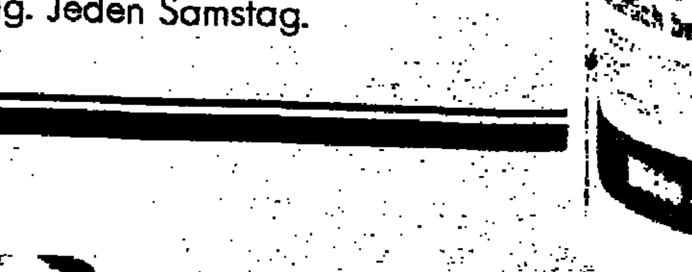
Stefan Picard · Unternehmensberatung · Abt. W 110
Spessartstr. 8 · 8961 Faulbach · Tel. 0 93 92 / 82 56

Auch Ihr Kontakt als Franchise-Interessent ist uns willkommen!

Wyk auf Föhr
Pizzaiolo, ital. Pizzabäcker mit mind. 1 Jahr Erfahrung, ab sofort
Tel. 0 46 81 / 85 22 od. 16 92

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

---



Vertriebs-Karriere

Ein expansives, international tätiges deutsches Unternehmen der technischen Konsumgüterindustrie ist führend in der Papier- und Folienverarbeitung. In einer Großstadt im Rheinland wartet der Chefsessel der „Geschäftsführung Vertrieb" auf eine umfassend erfahrene und unternehmerisch denkende Führungspersönlichkeit aus dem Konsumgüter-Vertrieb.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 31. Mai, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Am 22. Mai 1986 entschlief nach einem arbeitsreichen Leben unser verehrter Seniorchef

Gerhard Müller-Hoedtke

im Alter von 74 Jahren.

Wir verlieren mit ihm einen Menschen, dem das Wohl der Firma und aller Mitarbeiter stets am Herzen lag.

Sein unermüdlicher Einsatz und seine große menschliche Güte werden unvergessen bleiben und uns immer Vorbild sein.

Inhaber und Mitarbeiter der Reederei

LETH & CO.

Wendenstraße 29, 2000 Hamburg 1

Trauerfeier am Dienstag, dem 3. Juni 1986, um 12 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B. Anschließend Beisetzung im Familienkreis.

Wir trauern um

Dr. rer. pol. Peter von Siemens

Mitglied des Ehrenpräsidiums
des Aufsichtsrats der Siemens AG

Dr. Peter von Siemens war von 1966 bis 1982 Mitglied des Aufsichtsrats unseres Unternehmens, davon 2 Jahre als stellvertretender Vorsitzender. Wir danken ihm für die gute und verständnisvolle Zusammenarbeit. Seinen Rat und seine kritische Urteilskraft haben wir sehr geschätzt.

Das Andenken an diese große Unternehmerpersönlichkeit wird in unserem Hause lebendig bleiben.

BAYER AG
Aufsichtsrat und Vorstand

Leverkusen, den 28. Mai 1986

Wir trauern um

Dr. Wilhelm Salewski

Zwei Jahrzehnte diente er der deutschen Stahlindustrie. Sein Wissen, seine Erfahrung und sein Verhandlungsgeschick waren wichtige Hilfen bei der Neugründung unserer Gemeinschaftsorganisation, deren Hauptgeschäftsführer er von 1947 bis 1952 war.

Ein weiteres Jahrzehnt wirkte er im Interesse der europäischen Stahlindustrie mit beim Aufbau der Montanunion, zuletzt als Generaldirektor in der Hohen Behörde.

Nach seiner aktiven Dienstzeit machte sich Wilhelm Salewski mit historischen Arbeiten um die deutsche Stahlindustrie verdient.

Wir werden stets dankbar an ihn denken.

WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
Eisen- und Stahlindustrie
Kriwet Vondran

Am 23. Mai 1986 verstarb unser früheres Aufsichtsratsmitglied

Dr. Peter von Siemens

Zwei Jahrzehnte war er eng mit unserem Unternehmen verbunden. Als kluger Ratgeber und persönlicher Freund hat er uns stets zur Seite gestanden.

Vornehme Gesinnung, Bescheidenheit, fachliches Wissen und beispielhafte Pflichterfüllung zeichneten den Verstorbenen aus.

Wir werden sein Andenken in dankbarer Erinnerung behalten.

MANNESMANN AKTIENGESELLSCHAFT
Aufsichtsrat und Vorstand

Esther Holthusen
geb. Siemsen
8. Juni 1903 13. Mai 1986

ist im 83. Lebensjahr sanft eingeschlafen.

In Liebe und Dankbarkeit
Jan Holthusen
Marlies Holthusen geb. Rütz
Jorek Holthusen
im Namen der Verwandten und Freunde

Windmühlweg 51
2000 Hamburg 52

Die Beisetzung hat auf Wunsch der Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesler, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

---

Ab Samstag einen Monat lang ein Fußball-Marathon, auch wenn die Deutschen früh ausscheiden

Der Ball ist rund – das Spiel dauert 172 Stunden

Während der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko vom 31. Mai bis 29. Juni gibt es Fußball total *im Fernsehen: 172 Stunden, davon 97* live, werden ARD und ZDF berichten. 1982 in Spanien waren es 212 Stunden, 1978 in Argentinien 105 Stunden. Der *Spielplan ist so* gestaltet, daß ein Spiel immer abends um 20 Uhr MESZ gezeigt werden kann, ein weiteres beginnt um Mitternacht. An der Planung, so sagt das ZDF, wird sich auch nichts ändern, falls die deutsche Mannschaft frühzeitig ausscheidet (womit nicht nur Beckenbauer rechnet). Denn, so zeigten Erfahrungen bei der Europa-Meisterschaft 1984 und bei der WM in Argentinien: die Einschaltquoten bei den restlichen Spielen lagen durchweg noch über 35 Prozent.

Die privaten Anbieter, die bei Länderspiel- und Pokalspiel-Übertragungen in letzter Zeit klotzten, sind in Mexiko bescheidener. RTL-Plus steigt neben seinem täglich fünfzigminütigem WM-Stammtisch (19.15 Uhr) vom Halbfinale an live ein. SAT 1 ist für die verkabelten Haushalte in Zusammenfassungen täglich von 18.45 bis 19.05 Uhr am Ball, mit allen Toren und Elfmetern. Ansonsten bietet der Privatkanal ein Kontrastprogramm mit Spielfilmen.

Die totale Fernseh-Berichterstattung – 39 der 52 WM-Begegnungen, darunter alle deutschen Spiele, werden live übertragen, die restlichen 13 als „Konserven" angeboten – hat einen stolzen Preis. Der Mexiko-Anteil von ARD und ZDF an den von der European Broadcasting Union (EBU) für 58,5 Millionen Mark erworbenen Rechte beträgt 14 Millionen Mark, jeweils sechs Millionen Mark für beide Fernsehanstalten sowie zwei Millionen Mark für die Übertragung im ARD-Hörfunk. Die Kostenexplosion verdeutlichen zwei Zahlen: 1974 in der Bundesrepublik zahlte die Eurovision sechs Millionen, 1978 in Argentinien acht Millionen Mark.

„Eine horrende Summe in Mexiko", klagt ARD-Teamchef Rudi Michel, der sich auch nur zähneknirschend mit den von den Mexikanern zusätzlich verlangten 4125 Dollar pro Kommentatorenplatz im Stadion abgefunden hat.

Die Mannschaft der ARD (Fernsehen und Hörfunk) setzt sich aus 30 Journalisten und 24 Technikern zusammen. Das ZDF entsendet unter der Federführung von Reinhard Appel 21 Redakteure und 23 zusätzliche Kräfte. *Probleme mit unterschiedlichen Technik-Systemen* wurden vom ZDF durch den Ankauf eines kompletten Studios beseitigt, das von beiden Anstalten benutzt wird. Über zwei Satelliten gehen die Fernsehbilder in die ganze Welt.

Wie schon bei Olympischen Spielen und Fußball-Weltmeisterschaften bewährt, wechseln sich ARD und ZDF in der täglichen Berichterstattung ab. Die ARD beginnt mit der Eröffnungsfeier und dem Spiel Italien – Bulgarien am Samstag. Das ZDF zeigt am 29. Juni das Endspiel. Dazwischen liegen neben den kompletten Spielübertragungen Magazinsendungen *zu festgelegten Sendezeiten:* „Mexiko gestern und heute" (13.15 Uhr) und „Mexiko-Magazin" (17.15 Uhr) in der ARD, sowie „Mexiko-Extra" (13.15 Uhr) im ZDF.

Nach dem Vorbild der letzten Olympischen Spiele bringen ARD und ZDF ein WM-Frühstücksfernsehen: „Guten Morgen, Mexiko" wünscht das ZDF mit Berichten vom Vortag und der Nacht von 6.00 Uhr bis 9.00 Uhr mit 30-Minuten-Beiträgen, die fünfmal wiederholt werden. „Von sechs bis neun" heißt die vergleichbare ARD-Sendung, für die als Muntermacher der saarländische Mundart-Kabarettist Gerd Dudenhöffer engagiert wurde. dpa/da

KRITIK

Einbeuteln und wegwerfen

Er flieht kein Klischee: Hape Kerkeling, Pausenclown der ARD-Sendung **Känguru**, ist eine Peinlichkeit, deren Lieblingsrolle, die greinende Göre Hannilein, sich schmalspurig als Kalauer-Azubi durch die Sendung laviert. Klar, da darf natürlich nicht vom Playback zu Kerkelings Lippen das Strauß-Imitat fehlen, auch nicht die ausgelatschte Nummer mit dem Streicher-Ensemble und dem falschen Cellisten, auch nicht die Oma, die dem Rocker das Handtäschchen klaut: *Alle diese* Intermezzi waren dazu angetan, die wenigen musikalischen Höhepunkte totzuschlagen im Gelächter aus der Konserve. Schade um Sting, schade vor allem um Annabel Lamb, deren Jazz-freundlicher Song viele vokale Klimmzüge bot; nicht schade um BAP (nun auch mit farbigen Chori*stinnen!) und den konvulsivisch* zukkenden Herbert Grönemeyer, dessen Texte auch bei größtem Wohlwollen kaum noch zu begreifen sind.

So bleibt die Frage, wann endlich das Wappentier den Sprung aus dem Programm schafft – mit Hannilein im Beutel. ALEXANDER SCHMITZ

Gold gibt's immer noch

Den Ort gibt es wirklich: **Goldkronach** im Fichtelgebirge. Im 19. Jahrhundert wurde dort Gold gefunden, der Förderturm steht noch. Er kommt auch ins Bild, als der Film von Fizgerald Kusz, dem Nürnberger Dialektdichter, und Rainer Söhnlein beginnt. Dann sieht und hört man einen Männergesangverein, der einem Rentner ein Geburtstags-Ständchen bringt. Rührung kommt auf.

Aber nicht seine Geschichte wird erzählt, sondern die seines Enkels Schorsch, der aus Nürnberg zur Geburtstagsfeier anreist und immer eine Gelegenheit sucht, schnelles Geld zu machen. Da kommt ihm das abgetakelte Bergwerk recht, er bringt das Gerücht von einem Goldfund in Umlauf, die Kreiszeitung berichtet sorglos darüber und versetzt das Dorf in Aufruhr. Regisseur Helmut Kissel hat *daraus ein spritziges Volksstück* gemacht, fast eine Satire auf die Dummheit der Leute. So lassen sie sich ihre „claims" abstecken, wühlen in der Erde und müssen dafür auch noch bezahlen. Schorsch aber kassiert – anderthalb Stunden gute Unterhaltung im ZDF. ALBAN ROTT

STUDIO

Der Pionier der Radiomission, Clarence W. Jones (85), ist in den USA gestorben. Jones hatte zu Weihnachten 1931 in einem Schafstall in Quito (Ecuador) den Missionssender „Stimme der Anden" begründet. *Heute sendet* ***La Voz de los Andes*** via Kurzwelle in zwölf Sprachen in alle Welt, allein in Deutsch täglich dreimal je 30 Minuten lang. Zum Sender gehören ein Krankenhaus und ein ambulanter Versorgungsdienst für die Indios des Landes. 1931 gab es in Ecuador sechs Radio-Apparate. H. J.

*

Das **Sozialwerk Altensteig** bei Stuttgart hat ein sieben Millionen Mark teures Medienzentrum mit Fernsehstudio eröffnet. Nach Angaben des Vereins können es alle christlichen Gruppen benutzen. Die Produktionen sollen vorwiegend über Kabel- und Satellitenstationen verbreitet werden. Die Studio-Einrichtungen trägt eine Medien-GmbH, der Geschäftsleute angehören. (epd)

*

Die **Stimme der Islamischen Republik**, der Auslands-Rundfunkdienst des Iran, hat bei der Frequenz-Registrierungs-Behörde in Genf drei weitere Senderstandorte mit Sendern von je 500 kW angemeldet, darunter in Abadan und Ahwas. H. J.

*

In Großbritannien wird es ab Mitte Juni ein **24 Stunden pro Tag** laufendes TV-Programm geben. Der kommerzielle Kanal ITV übernimmt von 0.15 Uhr bis 6.15 Uhr die Video-Pop-Programme des Kanals „Music Box", der bereits in mehreren Ländern als Kabelprogramm verbreitet ist. ITV beginnt wie die BBC mit einem Frühstücksfernsehen und sendet dann bis nach Mitternacht. Die 24stündige Ausstrahlung läuft zunächst für drei Probemonate regional in Yorkshire. (SAD)

*

Einen Begleiter zum Fernsehprogramm gibt die Lesegesellschaft (Mainz) Kindern und Eltern an die Hand. Unter dem Titel **Lesen-Fernsehen-Spielen** wird dabei jeweils für 14 Tage das Kinder- und Jugendprogramm aufgeführt und eine Auswahl themenbezogener Lese-, Spiel- und Basteltips geboten. Der Programmführer wird zunächst im süddeutschen Raum in einer Auflage von 20 000 Exemplaren in Kindergärten, Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen verteilt. (dpa)

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 **Sesamstraße**
9.45 **Ratgeber Kochen**
10.05 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.25 **Goldkronach**
11.50 **Umschau**
12.10 **Kontraste**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

15.50 **Tagesschau**
16.00 **Wildnis am Strom**
Moderation: Heinz Sielmann
Über den umstrittenen Kraftwerksbau in den Donau-Auen bei Hainburg in Österreich.
16.45 **Wildwege – aufgespürt von Erik Zimen**
Der Hund – Das Erbe der Wölfe
17.30 **Unterm Dach**
Songs und Lieder zum Hinhören
Mit Sonja Kehler
17.45 **Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **100 Karat**
Die Erbschaft
An ihrem 90. Geburtstag erinnert sich Kate Blackwell an Tragödien rund um „Krüger Brent".
21.05 **Ein Platz für Tiere**
Mit Prof. Bernhard Grzimek
21.50 **Brennpunkt**
Die Neue Heimat
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Susi**
Mit Ingrid Steeger
23.45 **Tagesschau**
23.50 **Nachtgedanken**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Löwenzahn**
Immer der Nase nach
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Grisu, der kleine Drache**
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.50 **Ein Heim für Tiere**
18.55 **Mittwochslotto – 7 aus 38**
19.00 **heute**
19.30 **Kino-Hitparade**
Moderation: Sabine Sauer
20.15 **ZDF-Magazin**
Themen: Dürfen Ärzte Katastrophenhilfe verweigern? Neue Ostpolitik durch Wettbewerb. Namibia: Schwarze gegen Swapo.
21.00 **Der Denver-Clan**
21.45 **heute-journal**
22.05 **Abkehr von der Atomkraft?**
ZDF-Hearing nach Tschernobyl
Mit den Bundesministern Bangemann und Riesenhuber, dem Ministerpräsidenten Lafontaine, dem hessischen Minister Fischer, dem Präsidenten des Deutschen Atomforums Rudolf Guck und dem Ökonom Prof. Bertram Schefold
Leitung: Klaus Bresser
anschließend: heute

III.

WEST
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Ich stelle mich**
Professor Karl Bonhoeffer, Präsident des Weltkongresses „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges"
Moderation: C. H. Casdorff
21.45 ***eff-eff***
22.30 **Die heimlichen Wünsche**
Chilenischer Spielfilm (1980)
0.35 **Nachrichten**

NORD
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Die Sprechstunde**
Wie aufgeklärt ist der Patient?
19.15 **Landwirtschaft aktuell**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Wahl Niedersachsen**
Wähler fragen Politiker
21.45 **Laufsteg Paris**
22.35 **Tatis Schützenfest**
Französischer Spielfilm (1949)
23.50 **Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.35 **News of the Week**
18.50 **Dingsda**
19.20 **Hessenschau**
19.55 **Drei aktuell**
20.00 **Stadtgespräch**
21.30 **Drei aktuell und Sport**
21.50 **Lindenstraße**
22.20 **Adele Spitzeder**
Fernsehfilm von Martin Sperr

SÜDWEST
19.00 **Abendschau**
19.30 **Perspectives du théâtre**
20.15 **Detektei Blunt**
Kriminserie nach Agatha Christie
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 **9 aktuell**
21.15 **Fußball total**
Fans bei Sieg und Niederlage
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 **Neues um 9**
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 **Tiefflug an der Schmerzgrenze**
22.00 **Output**
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 ***Die Frau in den Dünen***
Japanischer Spielfilm (1964)
0.15 **Nachrichten**

BAYERN
18.45 **Rundschau**
19.00 ***Mit Vergnügen!***
Und Carolin Reiber
19.30 **Sag die Wahrheit**
Spiel mit Spaß und Schwindel
20.00 **Der Sonne entgegen**
Auf nach Valun
20.45 **Zeitspiegel**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Hallo Beatrice**
22.40 **Lese-Zeichen**
23.10 **Z. E. N.**
23.15 ***Kein Mord, kein Totschlag***
Polizeistreife in Berlin-Wedding
0.00 **Rundschau**
0.05 **News of the Week**

SAT 1

15.00 **Captain Future**
15.30 **Lassie**
Anschl. Betty Boop
16.00 **Musicbox**
17.00 **Der Magier**
Anschl. Geschichte vom weißen Seelöwen
18.00 **Es darf gelacht werden**
Festival mit Charlie Chaplin
18.30 **APF blick**
18.45 **Sport**
Moderation: Roman Köster
19.45 **So ein Windhund**
Italienischer Spielfilm (1965)
Über die Weihnachtsfeiertage fährt Lucio Ridolfi mit seiner Frau nach Sestiere zum Skilaufen. Eine schöne Unbekannte bittet ihn zu einem Rendezvous.
21.30 **APF blick**
22.15 **M – Ein Männermagazin**
22.45 **Mit Tennisschläger und Kanonen**
Nur 5 Dollar Spesen
23.35 **APF blick**



19.00 **Reisewege zur Kunst**
Spanien
19.45 **Follow me**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **WM-Endspiel 1974**
Deutschland – Holland
21.45 **Einmal im Leben**
Geschichte meines Eigenheims
Mit Fritz Lichtenhahn, Antje Hagen
23.05 **Versteckspiel**
Israelischer Spielfilm (1980)
0.25 **Nachrichten**

3SAT

18.00 **Mini-ZIB**
18.10 **Bilder aus Deutschland**
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Gala für Stadt und Land**
21.00 **Die Mittwochsgeschichte**
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Auferstehung in Lugano**
O. W. Fischer im Gespräch
22.50 **Brot und Spiele**
Mexiko vor der Fußball-WM
23.35 **3SAT-Nachrichten**



18.35 **„Jenseits von Afrika" – ein Film macht Mode**
18.55 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **Knight Rider**
Kitts Unfall mit Folgen
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Menschen in Gottes Hand**
Deutscher Spielfilm (1947/48)
21.57 **RTL-Spiel**
22.05 **Wer bin ich?**
Quiz mit Prominenten
22.30 **Action forever**
Amerikanischer Spielfilm (1977)
23.55 **Wetter / Horoskop / Betthupferl**

Der brave Li Lisan

mar – „Zu Gast bei Frau Professor Li Sha" war „China im Bild", *die deutschsprachige* Pekinger Illustrierte. Und dabei erfährt man gleich im ersten Satz, daß Li Sha die „Witwe des chinesischen Revolutionärs Li Lisan" ist. Dieser Name läßt aufhorchen. Denn bislang fand man ihn nur unter den feindlichen Elementen verzeichnet. Die „Li-Lisan-Linie" galt als eine der „zehn feindlichen Linien" gegen Mao.

Li organisierte die Gewerkschaften der Arbeiter. Und im Gegensatz zu Mao folgte er 1927 der Weisung Stalins, in den Städten mit Aufständen zu beginnen – die allerdings scheiterten. Deswegen werden Li Lisan in Maos Werken „Putschismus" und „linker Opportunismus" vorgeworfen. Angeblich soll Li darum auch beim 3. Plenum des VI. ZK im September 1930 Selbstkritik geübt und seine Parteifunktionen aufgegeben haben. Das schreibt auch „China im Bild". Tatsächlich wurde er jedoch von dem sowjetischen Komintern-Berater Pawel Mif gestürzt, weil der die moskauhörigen „28 Bolschewiken" in die Parteiführung lancieren wollte.

Li Lisan lebte 15 Jahre in Moskau und kehrte 1945 nach China zurück, wo er bis zur Kulturrevolution dem ZK angehörte. Über sein Ende teilt „China im Bild" lakonisch mit: „Infolge grausamer körperlicher Verfolgung starb er am 22. Juni 1967." Am selben Tag wurden seine russische Frau, die inzwischen die chinesische Staatsbürgerschaft besaß, und seine beiden Töchter verhaftet und acht Jahre im Gefängnis festgehalten. Aber die Erfahrung der Sippenhaft war für Li Sha nicht neu. Als Li Lisan im Februar 1938 in Moskau als „trotzkistisches Element" und „japanischer Spion" verhaftet wurde, schloß man sie sofort aus dem Komsomol aus und jagte sie aus der Komintern-Wohnung. Das alles teilt „China im Bild" mit, als handele es sich um eine Geschichte aus ferner Zeit, deren Übeltäter *nichts* mit den *heute* in Moskau und Peking herrschenden Parteien gemein haben. So einfach kann man die „Vergangenheit bewältigen" – wenn man das richtige Bewußtsein hat.

Neue B.-Streisand-LP

Bei jedem Takt unter Starkstrom

Es gibt noch Song-Göttinnen. Mögen in unseren hektischen Pop-Zeiten auch mal ein „Prince", mal eine „Madonna" kurzfristig den lauten Ton angeben: Mitten in das Musik-Szenarium der geballten Künstlichkeit platzt dann plötzlich eine Lichtgestalt des Musical- und balladesken Jazz-Gesangs und offenbart, was Kunst ist. Barbra Streisand, die empfindsame und verletzliche, zugleich aber detail- und perfektionsbesessene Song-Interpretin und Musical-Darstellerin weiß nur zu gut, daß harte Arbeit und unermüdliches Herumfeilen am harmonischen und rhythmischen Gerüst der Lieder vonnöten sind, um wirklich Kunst zu machen. Stück für Stück tüftelt sie so im Studio zusammen. „Putting it together" heißt denn auch ihr explosiver Bekenntnis-Song, der die neue Streisand-LP „The Broadway Album" (CBS 86322) mit einer Art musikalischem Urknall eröffnet.

Eine Platte voller Kunstwerke ist da in Zusammenarbeit mit Stephen Sondheim und Peter Matz (Arrangements) entstanden. In diesem Musical-Potpourri vom Besten und Allerfeinsten, was der Broadway zu bieten hat, gönnt sich die Streisand bei ihrem stimmlichen Einsatz nicht die kleinste Atempause, steht sie bei jedem einzelnen Takt unter Hochspannung. Präzise selbst bei rasanten Tempi und mit jenem „ahnenden" Swing-Gefühl gesegnet, das man nicht erlernen kann, zeigt sie vor allem in ihren betörenden, die Seele durchdringenden Balladen-Interpretationen, wie wahre Gesangskultur beschaffen sein soll. Barbra Streisand hat sich für ihr Broadway-Album die „schönsten Melodien ausgesucht, die je geschrieben wurden", und deswegen erscheint es beinahe müßig, darüber zu philosophieren, welches wohl der beste oder bewegendste Titel der Platte ist.

Leonard Bernstein soll über Barbras „Somewhere" teils in Freudentänze, teils in Freudentränen ausgebrochen sein, Gershwin-Freunde werden die Song-Evergreens „I love you, Porgy" und „Bess, you is my woman now" als neue Offenbarung empfinden. Beobachter der aktuellen Musikszene schließlich werden Barbra Streisands musikalische Ausdeutung von Stephen Sondheims schwermütiger Ballade „Send in the clowns" gegenüber der mehr vordergründigen Song-Variante von Shirley Bassey den Vorzug geben. „The Broadway Album": Eine Platte, die im Lande der Werdings, Nicols und Peters' den Rundfunkanstalten als Pflichtnummer verordnet werden müßte.

KLAUS BERGER

WELT-Gespräch mit Ivan Nagel, Intendant des Stuttgarter Schauspielhauses

Bitte keine B-Produktionen!

WELT: Als Sie vor acht Monaten die *Nachfolge* von Hansgünter Heyme am Stuttgarter Staatsschauspiel antraten, haben Sie versprochen, der grauen Wirklichkeit durch ein lebendiges Theater entgegenwirken zu wollen. Ihre Kritiker sehen das inzwischen anders. Hat die Wirklichkeit Ihr Theater eingeholt?

NAGEL: Bis Ende April (der Premiere von „Tartuffe") stammte unser ältestes Stück von Fassbinder, hieß unser ältester Autor Harold Pinter. Gelobt, auch getadelt werden wir, weil wir kein graues und gestriges, sondern heutiges, realistisches, theatralisches Theater machen. Also: Ich glaube unverändert, daß nur eine harte und genaue Beschäftigung mit der Wirklichkeit unser Publikum, uns Theatermacher aufrütteln kann aus *der Lähmung und Lethargie, die un*sere Gesellschaft, unser Theater in diesen Jahren bedrücken.

WELT: Die Kritik hat Ihnen bald „Fäkalstücke", bald „Unterhaltungstheater" vorgeworfen. Und das Publikum?

NAGEL: Die Kritik konnte uns auch beim bösesten Willen kein langweiliges Theater vorwerfen, keine braven Bildungsübungen, keine weltlos narzistische Nabelschau. Heute ist mir Lachen lieber als Selbstmitleid, ein scharfer Blick lieber als ein feierlicher. Das Stuttgarter Publikum ist uns erstaunlich schnell gefolgt, in meist ausverkauften Häusern. Es hat neue Stoffe, von AIDS (Hoffmanns „Wie Du") bis zur politischen Folter (Pinters „Noch einen letzten"), unbekannte Autoren und Titel akzeptiert.

WELT: *Zwei Regisseure, auf die Sie* gebaut hatten, Peter Zadek und Luc Bondy, sind selbst Intendanten geworden und fielen für sie aus. Hat das nicht einerseits wieder einmal den Manager-Intendanten in Frage gestellt, andererseits den Mangel an guten Nachwuchsregisseuren deutlich gemacht?

NAGEL: Daß zwei meiner engsten Freunde und vorgesehenen Mitarbeiter mittlerweile die beiden prestigereichsten deutschen Schauspielhäuser leiten, ist mir eine Freude – und ein Anstoß, mich für neue Regisseure zu entscheiden (wie ich mich vor 19 Jahren für Zadek, vor 13 für Bondy entschied). Wie lange wird es Zadek, Bondy Spaß machen, die Verantwortung, die Last auch für anderer Leute Arbeit zu übernehmen? – Der Regisseur als Intendant braucht neben sich drei oder vier andere Regisseure. Die Schauspieler kommen seinetwegen, nicht wegen seiner Kollegen. Deren Arbeit schwebt in der Gefahr, zur B- oder C-Produktion hinabgestuft zu werden.

Ein nicht inszenierender Intendant hat es leichter, die Arbeit der Regisseure und Schauspieler unparteiisch, gerecht zu organisieren, zu unterstützen. Die heute interessanten Regisseure um die Dreißig, etwa Breth, Hilsdorf, Weise, Wieler, Zinger, sind nicht bei Zadek oder Peymann in Bochum, nicht bei Stein in Berlin großgeworden. Sie arbeiten in Freiburg, Frankfurt, Mannheim (und Stuttgart). Nicht unterm Druck von theaterleitenden Großregisseuren. Ihre Frage freilich bleibt gültig: Wie und wo wächst heute ein begabter junger Regisseur?

WELT: Hat dessen schwieriges Nachwachsen nicht auch mit dem zu raschen Wechsel von Intendanten zu tun? Sind nicht auch viele Störungen im Verhältnis zwischen Theater und Publikum darin begründet?

NAGEL: Ein Fünf-, Sechs-, Siebenjahreswechsel scheint mir nicht ungesund. Was mich betrifft: Nach sieben Jahren am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg war es mir unentbehrlich, zwei Jahre lang in New York neue Musik und Kunst, neuen Tanz, neues Theater aufzunehmen; dann ein Jahr lang am Wissenschaftskolleg in Berlin Hunderte Bücher zu lesen – und eines, über Mozarts Opern, zu schreiben. Auch meine Kollegen brauchen offenbar den Wechsel: Sie pendeln zwischen Regie und Intendanz, Schauspiel und Oper – oder einfach zwischen den Städten.

Aber im Ernst: Der allzu fiebrige, willkürliche Wechsel gefährdet die Zusammengehörigkeit zwischen Schauspielern und einer Stadt, zwischen Truppe und Publikum. Er kratzt die Selbstverständlichkeiten der großartigen Standesmoral der Theaterberufe an. Zu ihnen gehören immer noch: Kollegialität, Disziplin in der täglichen Probe, Verachtung aller Krankheiten und inneren Nöte, damit am Abend das *Spiel stattfinden kann. Zu solchen* Opfern wird man nicht stündlich neu „motiviert" (wie man das heute sagt) durch Regisseure und Intendanten – sondern stetig verpflichtet durch ein Publikum, durch „sein" Theater, „seine" Stadt. Andererseits der Gewinn: Die „wandernden" Schauspieler verfallen nicht der Wohlstandsroutine, der gewerkschaftlich gesicherten Staatstheaterwürde und -starre – sie spüren noch zeitweilig die alten, schönen Impulse der „Truppe" als Gegenkraft gegen die Institution.

WELT: Aber der heute übliche Um*zug ganzer Theatertruppen stellt sich* überhaupt nicht auf die konkreten Situationen des Publikums in einer Stadt ein. Spielt Ihre „Truppe", die aus München, Hamburg, Wien, Köln, Bochum, Tübingen zusammenkam, etwa für Stuttgart?

NAGEL: Ja. Sogar in unserer Weigerung, in diesem wohl gebildetsten, bürgerlichsten Landstrich der Bundesrepublik nur bürgerliches *Bildungstheater zu spielen – in un*serem Entschluß, auf Realität und Theatralität zu setzen.

WELT: Sie haben zwar einen extrem zeitgenössischen Spielplan, aber es finden sich darin kaum deutsche Autoren. Gibt es keine?

NAGEL: Die meisten deutschen Autoren fangen mit einer vorgefaßten formalen Transposition im Kopf, mit einem mächtigen literarischen Anspruch an, statt diesen Formwillen an Stoffen, gegenwärtigen Konflikten und Problemen zu entfalten. Der deutschen Dramatik ist die Einsicht verloren gegangen, daß neue Stoffe auch neue Formen hervorbringen.

WELT: Bei Peter Handke oder Tankred Dorst oder Botho Strauß scheint doch im Augenblick so etwas wie eine neue Mythossuche stattzufinden. Wäre das nicht auch eine bedenkenswerte Position?

NAGEL: Die Beschäftigung mit dem Mythos, mit einer grausamen Alten Welt, hat mich bis jetzt nur in „Bauern sterben" von Kroetz interessiert. Bei Strauß sehe ich etwas anderes. Strauß gibt eine genaue Diagnose der Verluste. Bei ihm ist „Mythos" nicht die Darstellung eines Alten, Vorgeordneten, sondern die präzise Vermessung des Abstandes der Wirklichkeit vom Wünschbaren – oder vom Verlorenen.

WELT: Führt es nicht, wenn Sie die Darstellung einer Gegenwelt meiden, zur Abbildung jener grauen Wirklichkeit, gegen die Sie sich doch gerade wenden?

NAGEL: Das Theater kann sicherlich nicht allein jenes starre Bewahren von Besitzständen aufbrechen, das unsere Wirklichkeit so lichtlos, ausdruckslos macht. Ihm das zuzutrauen, wäre ein falscher, ebenfalls lähmender Rückfall in die Illusionen der späten 60er Jahre. Aber wenn das Theater wach, konzentriert und lebensnah in uns das Bewußtsein des Mangels schärft, hält *es sich bereit für Situationen,* in denen es wieder stärkere öffentliche Projektionen – in denen es wieder Hoffnung geben könnte.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



„Bewußtsein des Mangels schärfen": Ivan Nagel FOTO: PETER PEITSCH

Carlos Kleiber und das Bayerische Staatsorchester auf ihrer Japan-Tournee

Ein wahrer Mephisto am Konzertpult

Der Schwierige achtmal hintereinander am Pult: Carlos Kleiber je fünfmal mit Beethovens 4. und 7., je dreimal mit der „Freischütz"-Ouvertüre, mit Mozarts B-Dur-Sinfonie Nr. 33 und der 2. Brahms. Das ganze jedesmal überkrönt von der „Fledermaus"-Ouvertüre und der Polka „Unter Donner und Blitz" von Johann Strauß.

Welcher Musikenthusiast hielt das nicht für einen unrealisierbaren Wunschtraum? Der aber wurde Wirklichkeit in Japan, innerhalb von 11 Tagen: Kleiber holte zu einem beispiellosen Siegeszug mit dem Bayerischen Staatsorchester aus, in Tokio, Yokohama, Nagoya und Osaka.

Man kannte ihn in Japan als „*Rosenkavalier*"-Dirigenten vom Gastspiel der Bayerischen Staatsoper 1974. Danach war er noch einmal mit der Mailänder Scala dagewesen, und nun rissen sich die japanischen Veranstalter um ihn wie alle anderen überall in der Welt. Das pflegt den Umworbenen im allgemeinen vollkommen kalt zu lassen. Nicht aber im Falle Japan. Der Konzertagent Tadatsugu Sasaki von der potenten Japan Performing *Arts Foundation lud* ihn zu einer Tournee mit einem Orchester seiner Wahl ein, und Kleiber zeigte sich interessiert. Er fragte beim Bayerischen Staatsorchester an, mit dem er am vertrautesten ist. Schließlich steht er – selten genug zwar – immer noch am häufigsten in München am Opern- oder am Konzertpult.

Das Orchester war sofort Feuer *und Flamme.* Weniger das Kultusministerium, das befand, ein Bayerisches Staatsorchester habe in Bayern zu spielen. Operndirektor Wolfgang Sawallisch setzte sich vehement für den Kollegen Kleiber und das Orchester ein, was um so höher zu veranschlagen ist, als Japan seit 22 Jahren seine, Sawallischs Domäne ist. Dorthin nun das eigene Orchester mit einem *Konkurrenten* ziehen zu lassen, ist ein nicht eben selbstverständlicher Akt von Generosität.

Die rund 24 000 Konzertkarten waren schon verkauft, als um die Zusage des Ministeriums immer noch gerungen wurde. Ein Nervenkrieg auch für den Tourneeleiter und Orchestervorstand Kurt Meister. Doch verbürgte sich Sawallisch für Qualität auch in München: 70 der 140 Musiker sollten nach Japan fliegen, 70 in München Dienst tun – immerhin ein paarmal unter Sinopoli bei der „Macht des Schicksals". Mit je 20 Prozent Aushilfen in München und in Japan mußte es zu schaffen sein. Ministerpräsident Strauß und Kultusminister Maier rangen sich schließlich sogar ein Grußwort fürs Programmheft ab, strichen die fünf Prozent Etikettgebühr ein, weil sie ihren teuren Klangkörper sozusagen in dessen eigener Sache ausliehen. Jetzt dürfen sie sich an die Brust klopfen: ruhmbekränzt kehrt das Orchester unter Kleiber als Sieger heim. Einen auch nur annähernd vergleichbaren Erfolg gab es in Japan noch nie.

Am ersten Abend in Tokios Bunka-Kaikan waren Maurizio Pollini zur Stelle und Japans Dirigent Nummer eins Seiji Ozawa. Sony-Präsident Ohga saß im Parkett und der Nestor der japanischen Musikkritik. Dazu bereiteten 2200 musikbegeisterte Japaner *den Münchner Gästen einen* Triumph, den ältestgediente Japaner aber auch junge Leute, die Beifallsphonzahlen sonst am schnell erhitzten Rock-Publikum messen, übereinstimmend als singulär verzeichnen: einen solchen Beifallssturm haben wir noch nie erlebt.

100 Hände strecken sich Kleiber entgegen, wollen ihn berühren wie einen Guru. Zum Schluß ist der Bühneneingang schwarz von Menschen. Sie bilden Spalier, wenn die Musiker zu ihren Bussen gehen, wollen Autogramme, überreichen Amulette und kleine Blumensträuße, applaudieren jedem einzelnen, wie einem Weltstar. Der Mercedes von Carlos Kleiber schließlich – er sitzt mit Pollini im Fond – wird so von der Menge umdrängt, daß er nur millimeterweise vorwärtskommt.

Seit Weihnachten waren die Kleiber-Konzerte total ausverkauft – zwei Stunden nach Vorverkaufsbeginn. Vier Tage und vier Nächte hatten die überwiegend jungen Interessenten in Schlafsäcken bei Eiseskälte auf der Straße gelegen. Die Preise sind astronomisch: zwischen 80 und 200 Mark. Ermäßigungen gibt es nicht. Jede Karte wird einzeln und zum vollen Preis verkauft.

Daß das japanische Publikum eine Mischung aus Fachkunde und Disziplin vorlebt, wußten wir. Wenn man aber selber mit Japanern im Konzertsaal sitzt, weiß man erst, was das heißt. Absolute Stille. Hochkonzentriertheit. Zwischen den Sätzen ein paar knappe Huster; eine neue Position wird eingenommen, dann wieder diese vollkommen geräuschfreie Aufmerksamkeit. Eine Stille wie im Tonstudio (ketzerischer Gedanke: ein Raub-Mitschnitt würde hier durch keinen Huster verunziert).

Nach dem Schlußakkord bricht der Jubelschrei los. Danach ein Beifall, minutenlang, der einem fast den Atem nimmt. Das ist jedoch durchaus nicht immer so. Pollinis Klavierabend wurde begeistert, aber doch nicht euphorisch aufgenommen, und beim Ballettgastspiel der Pariser Oper mit „Romeo und Julia" hielt *sich der Applaus knapp in den Grenzen der Höflichkeit.*

Kleibers Ausnahmerang jedoch wurde sofort erkannt. Die japanische Kritik reagierte überrascht aber begeistert auf die vehementen Beethoven-Tempi („Ein befreiter aber doch ganz deutscher Beethoven"), freute sich über die „Fledermaus"-Zugabe und fand sie eine willkommene Alternative zur „Leonorenouvertüre". Kleiber wurden mephistophelische Züge nachgerühmt.

In Tokio bekam jeder Musiker nach jedem Konzert ein Tütchen mit 100 Yen (1,40 DM): Alte Kabuki-Sitte für ein ausverkauftes Haus. Carlos Kleiber genoß den Triumph, ließ sich tragen von einer riesigen Sympathiewoge, besuchte sogar die Empfänge, zapfte mit kräftigem Schlag ein Sake-Faß an und hielt folgende Rede in einem Satz: „Ich möchte nur sagen, das ist eine der wenigen Sachen, wo es mir nicht leid tut, daß ich's nicht abgesagt habe."

BEATE KAYSER

Wieder in Mode gekommen: „Andromache", Skulptur von Milhomme. Aus der Pariser Ausstellung FOTO: MUSEES NATIONAUX

Paris zeigt französische Skulpturen des 19. Jhds.

Wettstreit um den Kopf

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, die Monumentalausstellung im Grand Palais „Die französische Skulptur im 19. Jahrhundert" erbringt ihn: Das 19. Jahrhundert ist eindeutig wieder in Mode. Einst zierten sie Grabmäler, jeden größeren Platz einer Stadt, die etwas auf sich hielt, verschönerten Parks, gewährten nach der Niederlage von Sedan die notwendige Bestätigung der eigenen nationalen Größe, wanderten dann, lieblos aufbewahrt in die Depots der Museen, um nun, soweit möglich sorgfältig restauriert, zu neuem Glanz zu erwachen. Ironischerweise führte gerade das, was im *19. Jahrhundert zur weiten* Verbreitung der Bildhauerei beigetragen hatte, nämlich die Skulptur als Ausdruck nationaler Größe, im 20. Jahrhundert dann zu ihrer Mißachtung.

Wichtige Impulse, der Skulptur wieder einen geachteteren Platz zuzuweisen, kamen von der Photographie, und in diesem Zusammenhang war Amerika führend, wird doch in diesem Land die Photographie schon seit geraumer Zeit als eigenständige Kunst betrachtet. Wichtige wissenschaftliche Vorarbeit auf dem Gebiet der „Monumente für die Mittelklasse" – so der Titel einer Ausstellung in Louisville/USA – wurde dementsprechend in den USA bereits geleistet, als Europa noch nicht daran dachte, sich dafür zu interessieren.

Imposant ist die gegenwärtige Aus*stellung fürwahr; sowohl bezüglich* Umfang (an die 250 Skulpturen von winzig klein bis übermannshoch), Diversität als auch umfassender, alles abhandelnder Thematik. So kommen sämtliche Aspekte technischer Natur in sehr geschickter Form im ersten Saal zur Geltung, wobei die Präsentation (grüner Fußboden, grün-schwarz gesprenkelte Trennwände) jeglichen Eindruck von Muffigkeit vertreibt, so daß man die auf der linken Seite aneinandergereihten Büsten gerne, bisweilen sogar amüsiert, betrachtet. Ein großer Teil dieser Büsten stammt aus dem von der Ecole des Beaux Arts zweimal jährlich organisierten Wettbewerb um den ausdrucksvollsten Kopf, wobei die Schüler nach einem lebenden Modell arbeiteten. Das Modell hatte dabei gemäß Statuten möglichst weiblichen Geschlechts, jung und tugendhaft zu sein. Dementsprechend sind auch die Köpfe geraten.

Unter dem technischen Aspekt der Marcottage (Wiederverwendung von Skulpturen und deren Teile zu einem neuen Werk) sind mehrere Skulpturen von Rodin zu sehen, die zum Besten gehören, was die Ausstellung zu bieten hat. Einige davon sind das versteinerte Sinnbild der engen Verbindung zwischen Sinneslust und Schmerz, andere das Abbild des seinen Idealen zustrebenden Menschen, der an der Begrenzung durch die Realität scheitert. Leider ist von seiner Geliebten Camille Claudel, Schwester Paul Claudels und begnadete Bildhauerin, nur ein Werk zu sehen „Das reife Alter oder die Fatalität", von dem Paul Claudel sagte, es stelle das gesamte Leben ihrer leidenschaftlichen Seele dar.

Ein mit der Technik der Bildhauerei eng verbundener Aspekt sind die zur Anwendung gelangenden Materialien. Und so kommt man in ein dunkel gehaltenes Rondell, wo die berühmte „Tänzerin von 14 Jahren" von Degas zu sehen ist. Mit ihrem Tutu und der Satinschleife im Haar ist sie Ausdruck eines Realismus ohne jede Konzession. Gleichzeitig bietet sie eine überraschend moderne Darstellung der menschlichen Bewegung als Kunstpose und Begriff psychischer Dynamik zugleich.

Indem man dann die zu Grabmalzwecken geschaffenen Statuen am besten friedlich weiterschlummern und die steinernen Heroen in ihren kämpferischen Posen läßt, gelangt man schließlich zu Maillols berühmter „Mediterranée", die ohne jede Koketterie, in sich selber ruhend, dasitzt, umgeben von Figuren in antikisierender Gebärde.

Schließlich werden noch die ver*schiedenen geistesgeschichtlichen* Strömungen wie die Romantik und ihre Einflüsse auf die Skulptur abgehandelt. Als langweilig wie Baudelaire 1846 die Skulptur apostrophierte, kann man die gegenwärtige Ausstellung sicher nicht bezeichnen; dazu hat man unter anderem auch zu viel gelernt (bis 28. Juli).

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Nachlaß Benns ins Deutsche Literaturarchiv

dpa, **Marbach**

Ilse Benn, die Witwe des *Dichters* Gottfried Benn, hat mit der Deutschen Schillergesellschaft vertraglich vereinbart, den literarischen Nachlaß ihrer Mannes dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach zu übergeben. Zusammen mit anderen Sammlungen, die bereits vorhanden (zum Beispiel die des Bremer Kaufmanns Friedrich Wilhelm Oelze) oder zugesagt sind, entsteht in Marbach ein umfassendes Gottfried-Benn-Archiv. Im Marbacher Schiller-Nationalmuseum wird zur Zeit aus Anlaß des 100. Geburtstages von Benn eine große Ausstellung gezeigt. Sie dauert bis 31. Oktober (der Katalog, bereits in 2. Auflage, kostet 20 Mark).

Ein ausgemaltes Etruskergrab

dpa, **Tarquinia**

Ein reich ausgemaltes Etruskergrab haben Archäologen bei Tarquinia, etwa 100 Kilometer nördlich von Rom, entdeckt. Sie schätzen, daß die 30 Quadratmeter große Grabkammer vor 2300 Jahren angelegt wurde. Ein 50 Zentimeter breites Loch in einer der Wände verrät, daß Grabräuber bereits in der Kammer waren und alle transportablen Grabbeigaben gestohlen haben. Was blieb, sind die kostbaren Malereien an den Wänden.

Städte finanzieren Kulturausgaben

lnw, **Köln**

Die Städte in der Bundesrepublik, die schon heute den Löwenanteil der öffentlichen Kulturausgaben, nämlich gut 60 Prozent (rund fünf Milliarden Mark), aufbringen, werden künftig ihr kulturelles Angebot noch verstärken müssen. Diese Auffassung hat in Köln der Präsident des Deutschen Städtetages, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU), vertreten. *Angesichts der vermehrten Freizeit* der Bundesbürger falle den Städten die Aufgabe zu, ihr Kultur- und Freizeitangebot auszuweiten.

Neues Madrider Kunstzentrum

dpa, **Madrid**

Ein neues Kunstzentrum ist in Madrid eingeweiht worden. Es ist nach der spanischen Königin Sofia benannt. Zunächst wurde nur rund ein Viertel einer Gesamtfläche von 40 000 Quadratmetern des restaurierten ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses, eines prächtigen Spätbarockbaus aus dem 18. Jahrhundert, seiner neuen Bestimmung übergeben. Das „Centro de Arte Reina Sofia", etwa tausend Meter vom Prado entfernt, soll der modernen Kunst gewidmet sein.

Spielplan der Hamburger Staatsoper 1986/87

warn. **Hamburg**

Als spektakulärste Projekte für die kommende Spielzeit hat die Hamburgische Staatsoper die deutsche Erstaufführung von Luigi Nonos „Prometheus" und eine Neuinszenierung von Verdis „Rigoletto" in der Inszenierung von Johannes Schaaf unter der Stabführung von Giuseppe Sinopoli angekündigt. Daneben sind Neuinszenierungen von Smetanas „Verkaufter Braut" durch Adolf Dresen und von Glucks Einaktern „Le Cadi dupe" und „Le Cinesi" unter der musikalischen Leitung von René Jacobs vorgesehen. John Neumeier plant zwei Ballett-Uraufführungen: eine Choreographie nach Gershwin-Musik und ein „Peer Gynt"-Ballett nach Ibsen. Die Musik schreibt Alfred Schnittke. Auf der Experimentierbühne wird A. Kounadis' Kammeroper „Der Sandmann" uraufgeführt.

Der Dramatiker Fritz Hochwälder wird heute 75

Klassische Experimente

Immer wieder betont der geprüfte Tapezierermeister – und nebenbei großartige Dramatiker wahrhaft klassischen Formats – Fritz Hochwälder, wie wichtig für seine künstlerische Entwicklung die Erlernung des Handwerks gewesen sei: Präzision und Materialechtheit. Bei ihm war es Beruf, bei den österreichischen Adeligen des Vorkrieges war es Prinzip, den jungen Sproß eine Lehrzeit durchlaufen zu lassen.

Hochwälder ist zur Zeit auf einige Wochen aus seinem Schweizer Wohnort nach der Heimatstadt Wien zurückgekehrt, wo er nach Grillparzer und Canetti als Dritter im Bunde der Dichter die selten verliehene Ehrenbürgerurkunde Wiens entgegengenommen hat und wo er heute seinen 75. Geburtstag begeht. Selbst nach mehreren Herzinfarkten wirkt er äußerst wach, ja, quicklebendig, wenn er auch gelegentlich einfließen läßt: „Sehen Sie mich gut an. Sie sehen mich zum letzten Mal." Diesmal wird er nicht, wie 1938 nach der Zwangseingemeindung Österreichs durch Hitler, über den Rhein nach der Schweiz schwimmen müssen, aber man würde es ihm beinahe zutrauen.

Das Burgtheater hat ihn traditionsgetreu mit der Aufführung keines Stückes gewürdigt, aber dafür ist ihm die Ehre widerfahren, in der Volkshochschule Ottakring aus seinem neuesten Stück, „Leporello sucht einen neuen Herrn", vorlesen zu dürfen. „Spätestes wenn ich tot bin, wird die Nachfrage nach mir steigen", stellt er unbeirrt fest, „die Asche meiner Urne wird sich darob vergnügt die Hände reiben." Soll man so etwas in einem Geburtstagsartikel anführen? Gewiß, denn mehr als jede literarische Würdigung zeigt es den kostbaren Menschen Hochwälder, dessen Werk über den Jesuitenstaat in Paraguay, „Das heilige Experiment" (1941/42), ihn berühmt gemacht hat.

Drei Dramen hat er ungespielt in der Lade liegen, die Avantgarde hat ihn glatt überholt, obwohl doch „Donadieu" und „Der Flüchtling" zweifellos Stücke sind, nach denen Theaterdirektoren lechzen müßten. Oder gar sein Meisterwerk „Die Herberge" (1954/55). Immerhin hat das stets bemühte Volkstheater in Wien kürzlich seinen „Himbeerpflücker" neu herausgebracht. Die sich als Hochkultur gebärdende Kamarilla aber nimmt es ihm übel, daß er sich von politischen Stücken abgewendet hat und gar von anderen Experimenten als dem heiligen nichts wissen will.

ERIK G. WICKENBURG

Im Verlag Styria, Graz u. Köln, sind erschienen: „Dramen", Bd. 1–4, 809 Seiten, 108 Mark.



Erhielt soeben die selten verliehene Ehrenbürgerschaft Wiens: Fritz Hochwälder FOTO: INTERPRESS





Fronleichnam in Peru – ein christliches Fest mit heidnischen Wurzeln. Aus den Regenwäldern steigen die Indios zu ihrem Heiligtum in den Anden empor (rechts). In der Morgendämmerung entzündet einer der Ukukus, ihrer Abgesandten im zottigen Bärengewande, Kerzen auf dem Gletscher (links)

FOTOS: IRA BLOCK/IMAGE BANK

Im ewigen Eis beten sie zu El Señor

In endlos langen Serpentinen sind die Indios aus den Regenwäldern herauf gestiegen in die Bergwelt der Anden. Die eiskalte Luft läßt erschauern. Doch es kümmert sie nicht. Wie jedes Jahr zu Fronleichnam sind sie zu Tausenden gekommen, um in diesem abgeschiedenen Tal östlich von Cuzco vor dem Heiligtum „Qoyllur Riti" (Stern des Schnees), zum Gott der Christen zu beten. 1780 soll hier einem Hirten der Heiland erschienen sein. Doch die Wurzeln des Festes gehen zurück in die Zeit, bevor der erste Europäer seinen Fuß auf den Kontinent setzte. Denn noch heute werden von den Indios jene Mächte beschworen, die in vorchristlichen Jahrhunderten ihr Leben bestimmten.

Einige von ihnen haben die federgeschmückten Kostüme der Chunchos angelegt. Sie verkörpern den Mythos, in dem es heißt, die Indios hätten einst in einer nur vom Mondlicht beschienenen Welt gelebt und erst nach der Erschaffung der Sonne in den ewig dunklen Urwäldern Schutz gesucht. In einem Rausch von Farben und Klängen umtanzen sie Heiligtum und Pilger. Dann senkt sich die Nacht auf die Szene.

Plötzlich gellen Pfiffe im Lager, es ist zwei Uhr morgens. Mehrere Hundert Indios, gekleidet in zottige Gewänder, bunte gestrickte Masken vor dem Gesicht, machen sich auf. Es sind die Ukukus, die Bären, die Vermittler zwischen Mensch und Gott. Am Fuße des Gletschers verharren sie im fahlen Mondlicht, die eisige Kälte ertragen sie mit stoischer Ruhe als angemessene Buße. Wenn die nahende Dämmerung die Konturen der Berge in ein weiches Licht zu tauchen beginnt, steigen sie auf den Gletscher. In einer Höhe von 5300 Metern wird ein Holzkreuz in das Eis gesetzt. Einige der Indios graben kleine Höhlen, stellen Kerzen hinein und beten. Beim Abstieg schlagen sie Klumpen aus dem Eis, binden sie auf den Rücken und nehmen sie mit ins Tal. Hat dieses Eis doch die Kraft zu heilen. Unten am Heiligtum mit dem steinernen Bildnis Christi aber tanzen, weinen und beten die Pilger: „Gib mir Deinen Segen, Señor de Qoyllur Riti, damit ich in mein Dorf zurückkehren kann." R. Z.

Kunstraub: Verdächtige im Verhör

SAD/dpa, **Dublin**

Auf der Jagd nach den Kunsträubern, die am 21. Mai 18 Gemälde alter Meister aus dem Palast des deutschstämmigen Multimillionärs Sir Alfred Beit (83) stahlen, hat die irische *Polizei zwei* dringend *tatverdächtige* Männer verhaftet. Die Männer werden im Zusammenhang mit „einer Reihe schwerer Verbrechen" verhört, darunter auch der Kunstraub, erklärte die Polizei. Von den elf wertvollsten Bildern fehlt jedoch weiterhin jede Spur.

Die beiden Männer waren seit längerer Zeit beobachtet worden. Einer der beiden war sogar, zusammen mit seiner Frau, vor mehreren Tagen vorübergehend festgenommen worden. Die Verhaftung in der Nacht zum Dienstag erfolgte auf Grund eines Tips aus der Unterwelt. Die Verdächtigen wurden in der Nähe von Cork im Süden der Republik Irland verhaftet – fast 300 Kilometer von der Hauptstadt Dublin entfernt.

Sieben Gemälde wurden wenige Stunden nach dem Einbruch in der Nähe des Tatorts, des Beit-Palastes, am Straßenrand gefunden. Verschwunden sind unter anderen immer noch die Werke von Jan Vermeer, Frans Hals, Francisco Goya, Silva y Velasquez und Peter Paul Rubens, deren Wert auf mindestens 90 Millionen Mark geschätzt wird.

Unterdessen soll für Hinweise, die zur Auffindung der Gemälde führen, eine fünfstellige Summe als Belohnung ausgesetzt werden. Wie James White, ein Mitglied der von Sir Alfred Beit gegründeten Beit-Stiftung bekanntgab, soll ein Teil der Summe von der Beit-Stiftung übernommen werden. Die genaue Höhe der Belohnung werde noch festgesetzt, sagte White.

Die Ehefrau organisierte den Ausbruch

dpa/AFP, **Paris**

Den spektakulären Hubschrauber-Ausbruch des französischen Gangsters Michel Vaujour hat dessen eigene Frau organisiert und ausgeführt. Die Polizei gab gestern offiziell bekannt, *daß die 35jährige Nadine* Bourgain die Pilotin des Helikopters war, der Vaujour (34) am Montag aus dem Sante-Gefängnis in Paris geholt hatte. Seither sind er und seine Helfer verschwunden.

Nadine Bourgain heiratete Vaujour *1979 im Gefängnis. Sie stammt aus* Reims, ist Mutter einer fünfjährigen Tochter und der Polizei nicht unbekannt. Vor zwei Jahren wurde sie im Rahmen von Ermittlungen über einen Raubüberfall in Mittelfrankreich verhört, bei dem ihr Bruder Gilles Bourgain, ein vorbestrafter Gangster, ums Leben kam.

Vor mehreren Monaten hatte Nadine Bourgain ihren Pilotenschein in einer südfranzösischen Flugschule unter falschem Namen gemacht. Experten würdigten nach dem Ausbruch ihre fliegerische *Leistung als* Bravourstück. Sie war mit einem für eine Stunde gemieteten „Alouette"-Hubschrauber am Vormittag in den gesperrten Luftraum von Paris eingedrungen und hatte ihren auf einem Dach des mitten in der Stadt liegenden Sante-Gefängnisses *wartenden* Mann an Bord gehievt.

Die Flucht wurde von einem mitgebrachten Komplizen mit einer Maschinenpistole abgesichert. Ein zweiter Ausbruchskandidat kam nicht mit. Die Frau des wegen bewaffneten *Raubüberfalls zu 18 Jahren Haft* verurteilten Vaujour, die alle Anrufe der Flugaufsicht ignoriert hatte, landete den Hubschrauber danach auf einem nahegelegenen Sportplatz. Von dort verschwand die Bande unauffindbar.

LEUTE HEUTE

Unter „Gegnern" . . .

Politiker aller Lager brachte der französische Filmstar **Alain Delon** zusammen – und zwar zu eigenen Ehren. Der Star erhielt im Rahmen einer Feier im Pariser „Théâtre des Champs-Elysées" die Auszeichnung eines „Commandeur des Arts et des Lettres" aus den Händen des ehemaligen sozialistischen Kulturministers **Jack Lang**. Lang hatte Delon die Ehrung kurz vor den Parlamentswahlen zuerkannt. Delon, der sich politisch ganz dem konservativen Lager verschrieben hat, lud zu der Ehrung seine politischen Freunde ein: **Jean-Marie Le Pen** von der Nationalen Front und den bürgerlichen Pariser Abgeordneten **Jacques Dominati**. Offensichtlich haben Delon und Lang ihre politischen Differenzen nach einem längeren Gespräch überbrückt. Das neue, „interparteilich" gute Verhältnis machte sich Delon jedoch sofort zunutze, als er bei der Zeremonie darum bat, daß als „Akt der Gerechtigkeit" doch auch seine frühere Lebensgefährtin **Mireille Darc** mit der Auszeichnung geehrt werden möge, sollte Lang wieder einmal in sein früheres Amt zurückkehren.

. . . und Schlangen

90 Tage lang will ein deutscher Schlangenforscher mit zwei Dutzend giftiger Schlangen in einem Raum ausharren und damit den eigenen Rekord brechen. **Jürgen Hergert** aus Schladen (Harz) hat sich am 16. Mai in Florida mit 23 Puffottern, Kobras, Mambas, Vipern und Klapperschlangen in einem Glaskäfig eingeschlossen. Der 43jährige hatte bei Beginn seines Experiments prophezeit, daß er nicht eher werde schlafen können, bis jede seiner Schlangen ihren Winkel gefunden habe. Eine der Kobras teilt jetzt sogar das Bett mit ihm.

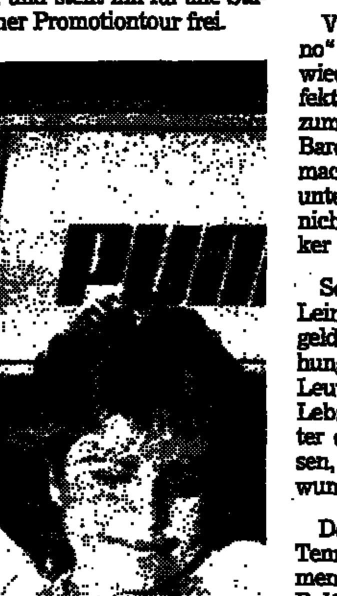
Selbst Boris Becker fiel auf seinen Doppelgänger vom Bodensee herein

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Auf dem Frankfurter Flughafen wurde er schon von japanischen Touristen umjubelt, eine Rentnerin aus der „DDR", der er ein Autogramm gab, war überglücklich, daß sie „das *noch erleben" durfte. Und am Rand* eines internationalen Tennisturniers liefen ihm Anfang Mai in Düsseldorf die Fans nach. Christoph Maier verdankt seine Populariät einer Laune der Natur: Er ist das fleischgewordene Spiegelbild Boris Beckers. Selbst der Leimener *Blondschopf* soll sich auf einem Foto schon mit seinem Double verwechselt haben.

So richtig entdeckt wurde Boris II. erst am 1. April 1986. Da nämlich fiel er in einer oberschwäbischen Bierkneipe einem Werbemanager aus Wiesbaden in die Hände. Wenige Tage später hatte der 20 Jahre alte Industriekaufmann aus Friedrichshafen im ZDF-Sportstudio seinen ersten öffentlichen Auftritt.

Es folgten, natürlich gegen Honorar, diverse Fernseh- und Hörfunkinterviews, Autogrammstunden, Sportmodeschauen und die ersten Illustriertenberichte. Demnächst soll Christoph Maier in den USA, dem gelobten *Marketingland*, eingeführt werden. Sein Arbeitgeber, die Zahnradfabrik (ZF) Friedrichshafen, ist so freundlich und stellt ihn für alle Stationen seiner Promotiontour frei.



Der 20 Jahre alte Industriekaufmann Christoph Maier sieht dem Wimbledon-Sieger zum Verwechseln ähnlich FOTO: FRITSCH, VOGELSANG

Rolf Fritsch, der Tiriac des „Boris vom Bodensee", hält seinen Schützling für ein selten „gutes Produkt". An Christoph Maier mußte nichts umfrisiert oder geliftet werden. Gestalt und Gesichtszüge, Haarfarbe und Frisur, die wasserblauen Augen mit dem ewig fragenden Blick, Mimik und Gestik stimmten auf Anhieb.

Selbst die Pickel und Sommersprossen sitzen, wie Manager Fritsch versichert, an den richtigen Stellen. Nur zwei Kleinigkeiten unterscheidet die Kopie vom Original: Christoph Maier ist acht Zentimeter kleiner und lernt jetzt erst Tennisspielen.

Von einem wie dem „wahren Heino" aus Berlin unterscheidet Maier wiederum nicht nur die optische Perfektion. Er steht auch, im Gegensatz zum Doppelgänger des berühmten Barden, loyal zu seinem Vorbild, macht „nur saubere Sachen" und die unter dem eigenen Namen, tut also nichts, „was dem echten Boris Bekker schaden könnte".

Schließlich will er vom Erfolg des Leimeners profitieren. Daß das Bargeld lockt, die Möglichkeit, „Beziehungen" anzubahnen und „wichtige Leute" kennenzulernen, um nicht auf Lebzeiten acht Stunden am Tag hinter dem Schreibtisch sitzen zu müssen, gibt der Jungkaufmann unumwunden zu.

Deshalb drückt der Amateur dem Tennisprofi für die Zukunft alle Daumen. „Nur erfolgreiche Leute", sagt Rolf Fritsch, „haben auch erfolgreiche Doubles." Und so verfolgt man im Lager Christoph Maiers die jüngsten Formschwankungen Boris Bekkers mit wachsender Sorge. Fritsch: „Der macht uns noch das Geschäft kaputt."

Polizei verstärkt Kontrollen auf den Autobahnen

AP, **München**

Die Polizei hat die Verkehrsüberwachung in der Bundesrepublik verstärkt. Der Deutsche Touring Automobil Club (DTC) teilte mit, dies sei auf eine drastische Zunahme der Verkehrsunfälle seit Jahresbeginn zurückzuführen. Die Todesrate sei um fast 18 Prozent und die der Verletzten um elf Prozent gestiegen.

Vor allem auf den Bundesautobahnen würden in vermehrtem Maß Tempokontrollen vorgenommen. Speziell in Baustellenbereichen werde die Einhaltung von Überholverboten und Geschwindigkeitslimits neuerdings schärfer überwacht. Bisweilen würden die „Überholsünder" mit Videokameras gefilmt und auf frischer Tat im Bild festgehalten.

Weniger Einwanderer

AFP, **Jerusalem**

Israel verzeichnet in den ersten vier Monaten dieses Jahres die seit der Staatsgründung 1948 niedrigste Einwanderungsquote. Seit Jahresbeginn *kamen nur 900 Einwanderer und 1500* Personen, die einen längeren Aufenthalt planen, in Israel an. Das bedeutet eine Abnahme um 47 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Schweine notgeschlachtet

AFP, **London**

In Großbritannien mußten mehr als 5000 Schweine wegen Schweinepest notgeschlachtet werden, gab das Landwirtschaftsministerium bekannt. Es handelt sich um den schwersten Seuchenfall seit 15 Jahren. Betroffen sind bis jetzt mehrere Ortschaften im westlichen Teil von Mittelengland. Für die betroffenen Gebiete besteht Quarantäne.

600 Tote befürchtet

rtr, **Dhaka**

Nach dem Untergang eines Fährschiffes in Bangladesch befürchten die Behörden, daß insgesamt 600 Menschen bei dem Unglück ums Leben gekommen sind. Die mit zwei Passagierdecks ausgestattete Fähre „Samia" war am Samstag auf der Fahrt von Bhola nach Dhaka im Meghna-Fluß gekentert. Man vermutet, daß mindestens 1000 Passagiere an Bord waren. Rund 400 hätten das Ufer erreichen können. Der Präsident Bangladeschs ordnete inzwischen ein Fahrverbot und *technische Überprüfung* aller Flußfähren mit zwei Passagierdecks an.

WETTER: Abkühlung

Lage: Ein Tief vor der norwegischen Küste wandert in nordöstlicher Richtung. Die zugehörige, über Deutschland angelangte Kaltfront zieht ebenfalls weiter ostwärts, so daß ganz Deutschland von kühler Nordatlantikluft erfaßt wird.

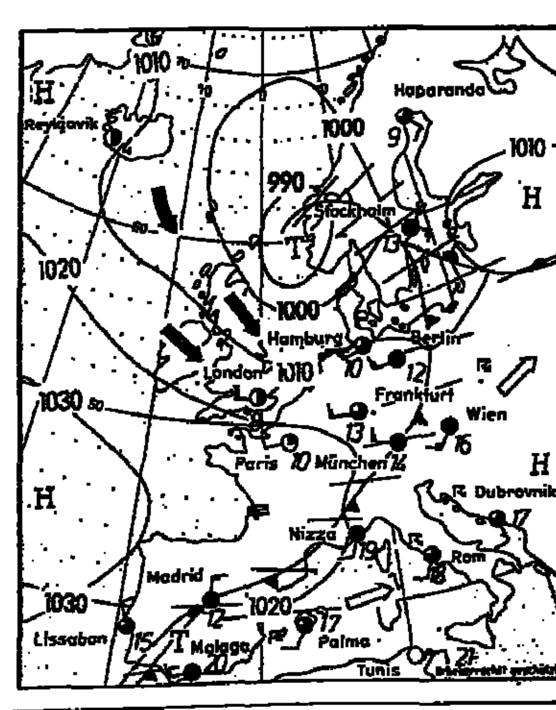
Vorhersage für Mittwoch: Im Südosten zunächst noch überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regenfälle, zum Teil mit Gewittern. Sonst wechselhaft und einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 15 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 12 bis 7 Grad.

Weitere Aussichten: Weiterhin Regenschauer und kühl.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.14 Uhr*, Untergang: 21.25 Uhr; **Mondaufgang:** 2.16 Uhr, Untergang: 11.07 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 28. Mai, 8 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Kaltfront, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	24	he
Bielefeld	24	he
Braunlage	21	he
Bremen	21	he
Dortmund	22	bw
Dresden	27	he
Düsseldorf	22	he
Erfurt	25	he
Essen	21	he
Feldberg/S.	12	bw
Flensburg	19	bw
Frankfurt/M.	24	bw
Freiburg	23	bw
Garmisch	24	he
Greifswald	21	he
Hamburg	22	he
Hannover	24	he
Kahler Asten	19	bw
Kassel	23	bw
Kempten	22	bw
Kiel	20	he
Koblenz	23	bw
Köln-Bonn	22	bw
Konstanz	23	bw
Leipzig	25	he
List/Sylt	17	he
Lübeck	22	he
Mannheim	25	bw
München	24	he
Münster	22	bw
Norderney	16	bw
Nürnberg	28	he
Oberstdorf	22	he
Passau	26	he
Saarbrücken	17	bd
Stuttgart	23	bw
Trier	20	bd
Zugspitze	6	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	20	wl
Amsterdam	14	bd
Athen	29	he
Barcelona	24	he
Belgrad	24	he
Bordeaux	30	he
Bozen	28	he
Brüssel	19	he
Budapest	25	he
Bukarest	25	he
Casablanca	33	he
Dublin	11	bw
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	11	Rs
Faro	24	he
Florenz	30	wl
Genf	22	bw
Helsinki	15	he
Hongkong	29	he
Innsbruck	25	he
Istanbul	23	he
Kairo	28	he
Klagenfurt	26	he
Konstanza	25	he
Kopenhagen	16	he
Korfu	28	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	16	he
Lissabon	24	he
Locarno	20	he
London	13	bw
Los Angeles	17	bd
Luxemburg	18	bw
Madrid	24	he
Mailand	27	he
Malaga	23	he
Mallorca	28	he
Moskau	21	bw
Neapel	29	he
New York	16	bw
Nizza	24	he
Oslo	14	bw
Ostende	15	bw
Palermo	24	he
Paris	23	he
Peking	28	he
Prag	26	he
Rhodos	25	he
Rom	25	he
Salzburg	29	he
Singapur	29	bw
Split	26	he
Stockholm	16	he
Straßburg	23	bw
Tel Aviv	24	wl
Tokio	21	bw
Tunis	27	he
Valencia	25	he
Varna	25	he
Venedig	24	he
Warschau	25	he
Wien	25	he
Zürich	20	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

Drüben wird wieder Platt gesnackt

Renaissance für Dialekte und Brauchtum in der „DDR" / Von Mecklenburg ging alles aus

URSULA DEUBACH, **Köln**

In der „DDR" erleben die regionalen Dialekte – vom Mecklenburgischen bis zum Erzgebirgischen – seit einigen Jahren eine Renaissance. Sprüche wie „Wat bruken wi Alkohol, solang wi Bier und Brannwien hewwen", die „Songs un Snacks ut Mekkelbörg" *des Duos „De Plattfööt"*, Fernsehsendungen und Mundart-Bühnen geben beredtes Zeugnis, daß „Platt Snacken" in der „DDR" rehabilitiert ist.

Nach einer Studie von Wolf Oschlies vom Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien begründet die „DDR" die Entwicklung damit, daß eine „kulturelle Brauchtumslücke" gefüllt wird.

Mundart-Dichtung im Erzgebirge

Begonnen hat die Wiederbelebung der Mundarten laut Oschlies in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Vom Mecklenburgischen, das sich seine Einheitlichkeit bewahrt hatte, sei sie ausgegangen und habe auch den thüringisch-sächsischen Sprachraum erreicht. Sogar kleinste Räume wie das Ruhlaer Tal *im Thüringer Wald* – bekannt durch Uhren und Keramikindustrie – seien wieder dialektbewußt. Auch im Erzgebirge, wo der Dialekt nie ein Schattendasein führte, sei Mundart-Dichtung jüngst wieder neu erschienen.

Ein wenig unerwartet sei die Entwicklung in der „DDR" schon gekommen, stellt Oschlies fest, denn die Gemeinde potentieller Dialektsprecher war rapide geschwunden. 1945 hätten bei einer Umfrage in Rostock 73 Prozent der Befragten angegeben, sie verstünden Platt, 1954 seien es nur noch 56 Prozent gewesen. In den frühen 60er Jahren hätten sich lediglich *noch 16 Prozent* als „aktive" Dialektsprecher bekannt.

Von staatlicher Seite seien zudem ideologische Hindernisse für ein Weiterleben der Dialekte aufgetürmt worden. Dazu zählten laut Oschlies *Vorstellungen wie die, die* „herrschende Sprache" könne nicht die Sprache der Herrschenden von gestern sein, und die Forderung, die Arbeiterklasse müsse die literatursprachlichen Normen setzen.

Wie die Sprache insgesamt, so seien auch die Dialekte von der Ideologie unfreundlich behandelt worden, fand Oschlies. Die Hierarchie von Dialekt, Umgangssprache und Literatursprache sei Ausdruck dafür. Seit etwa vier Jahren habe die „DDR" ihre sprachlichen Abgrenzungsversuche fast völlig zurückgenommen, und auch vom Verschwinden der Dialekte sei keine Rede mehr.

Vor übertriebenen Hoffnungen, daß es nun politisch absolut risikolos sei, wenn die Menschen reden dürften, wie ihnen der mundartliche Schnabel gewachsen ist, warnt Oschlies jedoch. Ein Blick nach Bulgarien *wecke Zweifel. Auch dort* erfreuten sich Dialekte und Volkskunst einer Renaissance.

Wurde eine neue Nische entdeckt?

Doch zwischen Dialekten und schriftsprachlichem Bulgarisch bestünden „Unterschiede, die politischen Tiefgang haben können". Der Einfluß der sowjetischen Parteisprache habe ständig zugenommen, und die seit Jahren offenkundige Abneigung dagegen äußere sich neuerdings im Rückzug auf gewissermaßen urbulgarische Sprachkonventionen.

Auch zwischen „Polit-Blabla und regionaler Mundart" in der „DDR" bestünden extreme Unterschiede, betont Oschlies. Wenn die Dialekte derzeit eine unübersehbare wie unüberhörbare Belebung erlebten, dann könne das nur bedeuten, *daß die* „DDR"-Nischengesellschaft eine neue Nische entdeckt habe. (rtr)

ZU GUTER LETZT

„Streng genommen ist auch das heutige deutsche Landschwein nur eine Imitation der Wildsau", schreibt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in einer Erklärung, in der sie sich gegen das Verbot von Milch-Imitationsprodukten wendet.